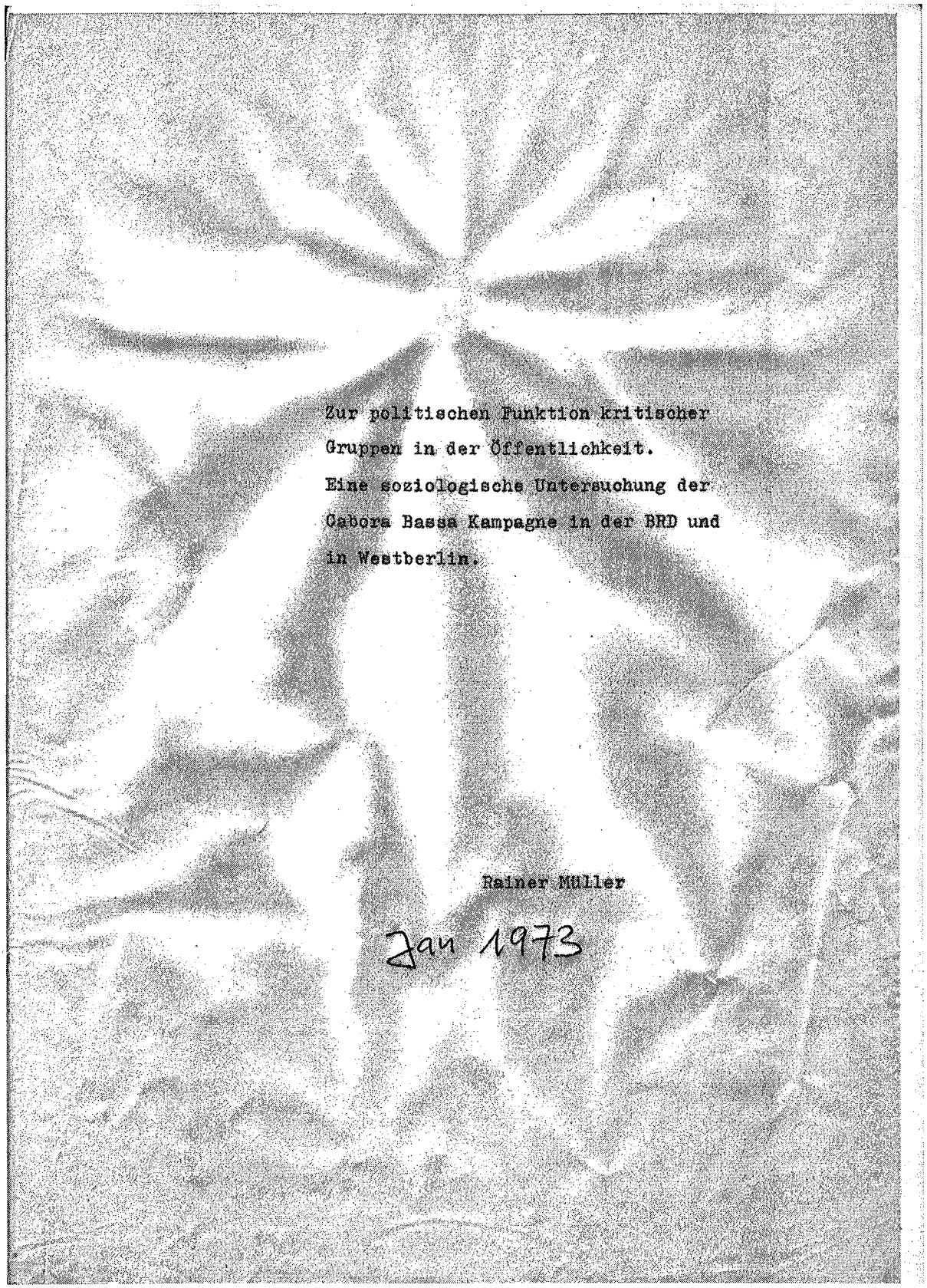

Zur politischen Funktion kritischer Gruppen in der Öffentlichkeit. Eine soziologische Untersuchung der Cabora Bassa Kampagne in der BRD und in Westberlin.

Rainer Müller

Jan 1973

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

		Seite
I.	Einleitung	1
II.	Theoretischer Bezugsrahmen	5
1.	Das Prinzip Öffentlichkeit	5
1.1.	Das liberale Modell der Öffentlichkeit	6
1.2.	Refeudalisierung der Öffentlichkeit	7
1.3.	Die kritische Öffentlichkeit	8
2.	Die Bedeutung von Öffentlichkeit für systemüberwindende Strategien	11
2.1.	Das Problem der Massenloyalität in der Technokratiediskussion	11
2.2.	Öffentlichkeit als konstitutives Prinzip für die Wirksamkeit von kritischen Gruppen	13
3.	Öffentlichkeit - Aktion - Aufklärung	17
4.	Politische Aktion - politisches Lernen	20
III.	Die Träger der Kampagne	21
1.	Aktionsgruppen	23
1.1.	Dritte Welt Gruppen	26
1.2.	Internationalismus- und Antiimperialismusgruppen	36
1.3.	Cabora Bassa und Südliches Afrika Gruppen	46
2.	Institutionen und Verbände	47
2.1.	Institutionen und Verbände der Evangelischen Kirche	47
2.1.1.	Die Bedeutung des Antirassismusprogramms	47

		Seite
2.1.2.	Studentengemeinden und ihre Geschäftsstelle	49
2.1.3.	Gruppen und Institutionen der Evangelischen Jugend	52
2.1.4.	Veranstaltungen Zn Evangelischen Tagungsstätten	53
2.1.5.	Evangelischer Pressedienst	56
2.1.6.	Aktion Kirchenreform	56
2.1.7.	Evangelischer Akademikertag	57
2.1.8.	Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika	58
2.1.9.	Antirassismus-Arbeitskreis des Hendrik-Kraemer Hauses in Westberlin	58
2.1.10.	Kirchliche Persönlichkeiten	58
2.1.11.	Studienaufträge der Kirche zum Thema Südliches Afrika	59
2.2.	Institutionen und Verbände *der* Katholischen Kirche	59
2.2.1.	Katholische Studenten und Jugendverbände	60
2.2.2.	Kritischer Katholizismus	65
2.2.3.	Pax Christi	65
2.2.4.	Katholischer Arbeitskreis für Entwicklung und Frieden	66
2.2.5.	Bischöfe	67
2.2.6.	Katholikentag	67
2.2.7.	Pfarrgemeinderat	68
2.3.	Ökumenisches Pfingsttreffen in Augsburg	69
2.4.	Internationaler Versöhnungsbund, Deutscher Zweig	70
2.5.	Organisationen der Kriegsdienstverweigerer	70
2.6.	Entwicklungs- und Friedensdienste	71

		Seite
2.7.	Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.	72
2.8.	Deutscher Bundesjugendring (DBJR)	73
2.9.	Amnesty International	73
2.10.	Politisches Nachtgebet, politische Clubs	74
2.11.	Deutsche Afrika Gesellschaft	75
2.12.	Internationale Studentenvereinigungen und -clubs, afrikanische Studentenverbände	75
2.13.	pro afrika e.V.	77
2.14.	Gewerkschaften	77
2.15.	Organisationen der SPD	79
2.16.	Ministerpräsident Kühn, Friedrich Ebert-Stiftung	82
2.17.	Jungdemokraten	84
2.18.	Bundestagsabgeordnete	85
IV.	Aktionsmethoden der Kampagne	88
1.	Theorien systemverändernder Aktionen	88
1.1.	Theorie der gewaltfreien Aktion	88
1.2.	Aktionstechniken von Beckman	91
2.	Die Aktionsmethoden der Kampagne	93
2.1.	Aktionen, die direkt auf die Medien der Öffentlichkeiten zielten	93
2.2.	Aktionen, die sich an eine nicht klar definierte Zielgruppe wandten	94

		Seite
2.3.	Popkonzert, Jugendmesse, Theater	97
2.4.	Aktionen, die sich an ein motiviertes Publikum richteten	98
2.4.1.	Vorträge	98
2.4.2.	Filmveranstaltungen	99
2.4.3.	Seminare, Tagungen	99
2.4.4.	Öffentliche Diskussionen	100
2.4.5.	Teach-in's, Protestversammlungen	100
2.4.6.	Portugal-Tribunal, bzw. Kongreß Freiheit für Angola, Guinea-Bissao, und Mozambique	101
2.5.	Aktionen, die direkt auf die Adressaten der Kampagne gerichtet waren	107
2.5.1.	Regierung, Parlament, Parteien	107
2.5.2.	Firmen	109
2.5.2.1.	Aktionärshauptversammlungen	109
2.5.2.1.1.	Die Hauptversammlungen von Siemens, AEG-Telefunken, BBC und Hochtief in den Jahren 1971 und 1972	110
2.5.2.1.2.	Zur Funktion von Hauptversammlungs-Aktionen	115
2.5.2.2.	Die Boykottkampagne	121
2.5.2.2.1.	Allgemeines zu Boykottaktionen	121
2.5.2.2.2.	Die Cabora-Bassa-Boykott-Aktion	123
2.5.3.	Aktionen, die sich gegen Vertreter Von Portugal und der Südafrikanischen Republik richteten	127
2.6.	Aktionen zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen	129

		Seite
2.7.	Zu den publizistischen Aktivitäten der Kampagne	130
V.	Reaktionen	130
1.	Reaktionen der Adressaten der Kampagne	130
1.1.	Firmen und Wirtschaftsinstitutionen	130
1.2.	Bundesregierung	145
2.	Reaktionen von Parteien und Verbänden	150
3.	Reaktionen Portugals und der Südafrikanischen Republik	152
VI.	Ergebnisse der Kampagne	154
VII.	Schlußbemerkungen	156
VIII.	Anmerkungen	159
IX.	Literatur und Quellen	181
X.	Anhang: Chronologie der Cabora Bassa Kampagne	196

I. Einleitung

Seit den sechziger Jahren verlagert die westdeutsche Wirtschaft wegen Mangel an Arbeitskräften und steigenden Lohnkosten ihre Produktionsstätten ins Ausland. Steigende industrielle Produktion und Zunahme der Konkurrenz auf dem Weltmarkt veranlaßt die exportabhängige westdeutsche Wirtschaft außerdem, sieb billige Rohstoffquellen zu sichern (1).

So ist es nicht verwunderlich, daß westdeutsches Kapital gerade in der Südafrikanischen Republik (SAR) und den portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique Fuß faßte, findet sieh doch dort beides: enorme Rohstoffvorräte und ein riesiges Reservoir billiger, rechtloser Arbeitskräfte. Dieser Prozeß wurde seitens der BRD durch staatliche Maßnahmen unterstützt und ergänzt. Sie reichen von Handelsabkommen über Export- und Kreditbürgschaften bis hin zu Waffenlieferungen. Diese zunehmende Verflechtung der Bundesrepublik mit den Konflikten im Südlichen Afrika fand lange Jahre in dar bundesrepublikanischen Öffentlichkeit kaum Beachtung. Eine breitere öffentliche Diskussion über die engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der BRD mit dem Südlichen Afrika entzündete sich erst 197o an dem für diese Situation exemplarischen Cabora Bassa Projekt. An dem Bau dieses Staudammprojektes in Mozambique sind nämlich ganz entscheidend westdeutsche Firmen und Banken mit Unterstützung der Bundesregierung beteiligt (2). Gegen den Bau des Staudammes und die westdeutsche Beteiligung entwickelte sich in der BRD und Westberlin in den letzten Jahren eine beachtliche Opposition. Sie richtete sich nicht nur speziell gegen Cabora Bassa, sondern grundsätzlich gegen Unterdrückung und Diskriminierung im Südlichen Afrika und gegen die Strukturen in der BRD, die diese Systeme im Südlichen Afrika bedingen und unterstützen.

Im Verlauf dieser Cabora Bassa Kampagne wurden von den Akteuren alle relevanten Themenkomplexe zum Konfliktbereich Südliches Afrika artikuliert und in politische Argumentation

überführt. Deshalb kann die Frage, wer in der BRD und West-Berlin zu den Kritikern der Südafrikanischen Republik, Rhodesiens und Portugals gehört und wie diese Kritik vorgebracht warden fst, sinnvollerweise mit der Darstellung der Träger und Aktionsmethoden der Cabora Bassa Kampagne beantwortet werden.

Bei der Darstellung der Kritiker und der Methoden der Kampagne kann *auf* einen theoretischen Hintergrund nicht verzichtet werden, Der Autor hat ihn im Kontext der Begriffe Öffentlichkeit, Aktion und politisches Lernen aufzuzeigen versucht.

Öffentlichkeit wird zu einem zentralen Begriff dar Untersuchung, dem systematischer nachzugehen sein wird.

Aufgabe dieser Arbeit soll es sein, aufzuzeigen, inwieweit es im Verlauf dex Cabora Bassa Kampagne als "single purpose movement" kritischen Gruppen gelang, ihre in Widerspruch zu den Trägern politischer und wirtschaftlicher Autorität stehenden Positionen zu artikulieren und zu propagieren, und somit eine kritische Öffentlichkeit hergestellt wurde.

Die Frage, der Wirkung bzw. dar politischen Punktion von kritischen Gruppen in Bezug auf Öffentlichkeit anhand der Cabora Bassa Kampagne nachzugehen, scheint dem Autar insofern berechtigt, als daß die Träger der Cabora Bassa Kampagne mehr oder weniger unreflektiert Öffentlichkeit als strategischen Punkt anvisiert haben. Dieses strategische und taktische Verhalten basierte allerdings nicht auf einer stringenten Analyse der gesellschaftlichen Strukturen, ihrer eigenen Stellung und den Einwirkungsmöglichkeiten auf politische Entscheidungsprozesse.

Der überwiegende Teil der Akteure waren Schüler, Studenten und Jungakademiker. Diesen Gruppen fehlen zunächst die ökonomischen Druckmittel, um durch Kooperationsentzug Macht von unten ausüben zu können. Durch ihre vorwiegend radikaldemokratische, z.T. moralische Grundhaltung sind sie, werden sie politisch aktiv, auf Öffentlichkeit ausgerichtet.

Es soll dargestellt werden, wie es möglich war, durch bewußtes Handeln der Akteure einen Prozeß öffentlicher Kritik, verbunden mit konkreten Forderungen, in Gang zu setzen, der die Firmen und die Bundesregierung so unter Druck setzte, daß sie gezwungen waren, ihre Beteiligung am Cabora Bassa Projekt häufig öffentlich zu legitimieren. Es wird in diesem Zusammenhang aufzuzeigen sein, mit welchen Aktionsformen in der Kampagne operiert wurde, welche besonderen Umstände die Kampagne begünstigt haben, war sie getragen hat, und wie die Reaktion der Betroffenen (Adressaten) war.

Wie zu sehen sein wird, schließt der benutzte Begriff von Öffentlichkeit nicht den publizistischen Begriff dsr öffentlichen Meinung ein, weshalb von einer Behandlung der Reaktionen und möglichen Wirkungen in Massenmedien abgesehen werden kann. Es sei hier aber vermerkt, daß in publizistischer Hinsicht kritischen Zeitungen und Zeitschriften für die Unterstützung der Kampagne eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukam.

Von einer Kampagne kann insofern gesprochen werden, als daß die Bemühungen, zum Thema Cabora Bassa eine kritische Öffentlichkeit zu entwickeln, zwar nicht auf einer sorgfältigen Planung aller Beteiligten beruhten, aber es im Laufe der Ereignisse doch zur Koordination und Absprache kam, was Aktionea über einen längeren Zeitraum hin ermöglichte.

Wenn von der Cabora Bassa Kampagne die Rede ist, gilt es, sich zu vergegenwärtigen, daß während der Kampagne alle Probleme, die mit dem Projekt Cabora Bassa impliziert sind, thematisiert wurden: Fragen der Dritten Welt, Portugal und die Nato, BRD-Kapital in der Südafrikanischen Republik, Kirche und Rassismus, Befreiungsbewegung, Imperialismus und anderes mehr.

Die Cabora Bassa Kampagne kann als "single purpose movement" (Einpunktbewegung) angesprochen warden, weil es ihr klar umrissenes Ziel war und ist, die Beteiligung westdeutscher Firmen am Bau des Cabora Bassa Staudammes in Mozambique und die Absicherung dieser Teilnahme durch staatliche Kredit-

bürgschaften rückgängig zu machen. Adressaten der Kampagne waren einmal die Firmen AEG-Telefunken, Brown-Boverie und Cie, Siemens, Hochtief und Voith, Heidenheim, zum anderen die Bundesregierung, welche die Kreditbürgschaften bewilligt hat.

Einpunktbewegungen verstehen sich als Elemente eines langfristigen Kampfes für eine emanzipative Gesellschaft. Ihr Charakteristikum ist, wie der Name sagt, daß ein konkretes Ziel gesetzt wird, welches kurz- oder zumindest mittelfristig erreichbar sein kann. In diesem Sinne sind sie mit den "Tagesforderungen" der Arbeiterbewegung vergleichbar (3). Sie können auch als "Umgehungsstrategien" (4) angesprochen werden, weil sie nicht direkt auf die Aktivierung und Lösung des Hauptwiderspruchs der kapitalistischen Gesellschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital ausgerichtet sind. In der Geschichte der Bundesrepublik hat es als "single purpose movements" in den fünfziger Jahren den Kampf gegen die Atombewaffnung gegeben (5) und in den sechziger Jahren die Kampagne gegen die Notstandsgesetze und den Springerkonzern.

Der Gang der Darstellung wird sich in folgenden Schritten vollziehen:
Zunächst soll die für die Arbeit zentrale Kategorie "Öffentlichkeit" unter Einbeziehung relevanter Literatur erläutert werden. Dabei wird der Strukturwandel dieses von der bürgerlichen Gesellschaft herkommenden Prinzips deutlich. Es wird gezeigt werden, daß für demokratische Emanzipationsbemühungen Öffentlichkeit durchaus eine wichtige Größe darstellt, ihre progressive Funktion aber erst in der Form kritischer Öffentlichkeit oder auch als Gegenöffentlichkeit erhält.

Die für die Kampagne bedeutsamen Zusammenhänge von Aktion, kritischer Öffentlichkeit und Aufklärung bzw. politischem Lernen werden dann in einem darauf folgenden Abschnitt explizíert.

Eine Chronologie der Kampagne, die den Überblick über die einzelnen Ereignisse erleichtern soll, wird als Anhang gebracht.

Im Abschnitt über die Träger werden eingangs die eigentlichen Initiatoren, die Basis- oder Aktionsgruppen, behandelt, dem die Zusammenstellung der Aktivitäten institutioneller Gruppierungen folgt.

Im weiteren Teil wird exemplarisch die Reaktion der Firmen und der Bundesrepublik geschildert.

Vor den abschließenden Überlegungen über einige aufgetretene Fragen sollen noch die konkreten Ergebnisse der Kampagne vermerkt werden.

Der Verfasser hat an der Cabora Bassa Kampagne aktiv teilgenommen.

Seine persönliche Materialsammlung wurde durch Besuche *bei* mehreren Aktionsgruppen und Institutionen ergänzt. Die &€ersuchung erstreckt sich auf die Zeit von Anfang 1968 b%$ Juni 1972.
Die vorliegende Studie beruht auf einer soziologischen Diplomarbeit an der PU Berlin, im WS 1972/73.

Auf eine Darstellung des Projektes und der Argumente für und wider den Staudamm ist hier verzichtet worden.

II. Theoretischer Bezugsrahmen:

1. Das Prinzip Öffentlichkeit

Öffentlichkeit besitzt für emanzipatorische Bemühungen wie Kampagnen einen wichtigen Stellenwert. Können Kampagnen wie die gegen die Atombewaffnung, den Vietnamkrieg, den Springer-Konzern oder *die* Cabora Bassa Kampagne zwar nicht zu dem Punkt gelangen, wo die Machtfrage gestellt werden kann, so sind sie für den Prozeß der Heranbildung von demokratischem Gegenmachtpotential aber unerläßlich. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß es gelingt, den Kampagnen eine politische Dimension in Richtung auf Systemtranszendierung zu geben. Ein solcher politischer Kampf löst dann bewußtseinsbildende Prozesse bei einer immer größer werdenden Zahl von Menschen aus.

Auf die wichtige Funktion von Öffentlichkeit für Demokratie weisen mehr oder weniger deutlich alle theoretischen Erörterungen über Demokratie hin, soweit für die Autoren Demokratie Anspruch und Norm ist. Öffentlichkeit, häufig in der Form der öffentlichen Meinung erfaßt, wird vor allem für den politischer Willensbildungsprozeß und zur Kontrolle staatlicher sowie gesellschaftlicher Macht gefordert.

1.1. Das liberale Modell der Öffentlichkeit

Öffentlichkeit, wie sie sich als Norm in den Demokratie-Theorien und in den Verfassungen demokratischer Staaten erhalten hat, ist ihrer Herkunft nach ein Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts. Diesem Tatbestand ist J.Habermas in seiner Arbeit "Strukturwandel der Öffentlichkeit" (1) nachgegangen. In seinem Vorwort macht Habermas darauf aufmerksam, daß es neben dem liberalen Modell von Öffentlichkeit auch eine plebejische Öffentlichkeit gegeben hat. Sie verbinde sich mit dem Wirken von Robespierres, der Chartistenbewegung und den kontinentalen anarchistischen Arbeiterbewegungen (2).

Die Idee der bürgerlichen Öffentlichkeit hat nach Habermas in der Kant'schen Rechtslehre ihre klassische Formulierung gefunden, wurde von Hegel und Marx ihrer Problematik @%@F- führt und m & %@ der politischen Theorie das Liberalismus um die Mitte des 19. Jahrhunderts die Ambivalenz von Idee und Ideologie eingestehen (3).

Als Eigentümer der Produktionsmittel an der Ausweitung des marktwirtschaftlichen Warenverkehrs interessiert, entwickelte die bürgerliche Klasse im Kampf gegen reglementierende feudale Obrigkeit das Prinzip der Öffentlichkeit. Nicht imstande, sich als autonomer Herrschaftsstand zu etablieren, wurde Öffentlichkeit zur Kontrollinstanz staatlicher Gewalt. Durch öffentliche Diskussionen in den Medien des Öffentlichkeit, vor allem Journalen und Tagespresse, sollte autoritäre Herrschaft: in rationale überführt werden. Rationalität wurde an

der sich in dar öffentlichen Meinung aussprechenden Vernunft bemessen (4). Im Begriff der öffentlichen Meinung kristallisiert sich das Selbstverständnis der Funktion bürgerlicher Öffentlichkeit. (5) Im Laufe der Entwicklung unterliegt Öffentlichkeit einem Strukturwandel.

"... in dem Maße, in dem nichtbürgerliche Schichten in die politische Öffentlichkeit eindringen und sich in den Besitz ihrer Institutionen setzen, an Presse, Parteien und Parlament teilhaben, wendet sich dfe vom Bürgertum geschmiedete Waffe der Publizität mit der Spitze gegen es selbst."(6)

1.2. Refeudalisierung dar Öffentlichkeit

Die Trennung von Staat und Gesellschaft wird mehr und mehr aufgehoben. Während der Staat wichtige Aufgaben der Daseinssicherung und Punktionen im Bereich des Warenverkehrs und der gesellschaftlichen Arbeit übernimmt, erhalten gesellschaftliche Mächte umgekehrt zugleich politische Kompetenzen. Habermas spricht von einer "Refeudalisierung" der Öffentlichkeit (7).

"Die großen Organisationen streben mit dem Staat und untereinander politische Kompromisse, möglichst unter Ausschluß der Öffentlichkeit an; gleichzeitig müssen sie sich durch Entfaltung demonstrativer Publizität bei der Masse der Bevölkerung wenigstens plebiszitärer Zustimmung versichern. Die politische Öffentlichkeit des Sozialstaates ist durch eine eigentümliche Entkräftung ihrer kritischen Funktion geprägt." (8)

Der Funktionsverlust das Parlamentes und der öffentlichen Kommunikationsmittel als kritische, kontrollierende Instanz sind das äußere Zeichen dieses Vorgangs. Erscheinungen wie Öffentlichkeitsarbeit und public relations gelten beredtes Zeugnis von der Entkräftung der Öffentlichkeit. Techniken, das Manipulation, der Bewußtseinslenkung und der Verhaltenssteuerung aus dem Bereich des Warenverkehrs greifen auf den politisch-öffentlichen Bereich über. Politik wird individualisiert, bekommt den Schein des Interessen-Neutralen, des Tech-

nokratischen, gerinnt zur Wae (9).

Zu Trägern dieser Herrschaftsausübung werden die Medien der sogenannten Massenkommunikation. Die Ambivalenz zwischen dem liberalen Modell der Öffentlichkeit und den bestehenden Herr* schaftsverhältnissen "wird in der Entwicklung das Meinungsmarktes, wo sich das liberale Modell der Nichtintervention des Staates behauptet, besonders deutlich. Die erwerbswirtschaftlich betriebenen Massenmedien können sich dem Zwang zur Akkumulation von immer größeren Marktanteilen nicht entziehen." (10).

Obwohl die Verfassungen parlamentarisch-demokratischer Staaten die Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und die Pressefreihait garantieren und dadurch den Massenkommunikationsmitteln, auch durch höchst richterliche Beschlüsse bestätigt (11), im Prozeß der öffentlichen Meinung eine große Bedeutung beikommt, sind sie zu Mitteln der Beeinflussung des öffentlichen Bewußtseins und der unterbewußten Motivationen und Wünsche der Menschen geworden.

"Diese Manipulationsmöglichkeiten werden einerseits durch Vertiefung und Reproduktion vorhandener Stereotype und Ideologie zur Stabilisierung des Status quo ausgenützt, andererseits dienen sie auch dar aktiven Meinungsmache oder der Weckung neuer Wünsche und Konsumgewohnheiten." (12)

W.v. Bredow nennt dies *die* "okkupierte Öffentlichkeit" (13).

1.3 Die kritische Öffentlichkeit

Der okkupierten Öffentlichkeit stellt v.Bredow in seiner Untersuchung das Postulat der kritischen Öffentlichkeit gegenüber. Nachdem v.Bredow zunächst öffentliche Meinung als das Phänomen der nicht-institutionalisierten Verbindung zwischen Regierung und Regierten kennzeichnet, (14) definiert er sie in Anlehnung an Habermas als den Prozeß innerhalb dar Öffentlichkeit, "der die Vielzahl der Standpunkte, Meinungen und

Interessenargumentationen um einen bestimmten politisch relevanten Vorgang umfaßt" (15). Öffentlichkeit selbst: wird von ihm nicht als eine geschlossene Einheit begriffen, sondern umfaßt vorherrschend zwei Bedeutungen: einmal ist Öffentlichkeit ihrem streng fordernden Charakter nach der Raum, "in welchem politische, ökonomische, soziale und kulturelle Fragen der Diskussion sich anbieten, In welche einzugreifen jedermann die Möglichkeit hat* (16) - also der Raum, in dem sich eine öffentliche Meinung konstituieren kann (s.o.).

Viel entscheidender ist ihm die zweite Bedeutung: "Kritische Öffentlichkeit meint den Prozeß der ändauernden und sich mit jeweils aktuellen Problemen beschäftigenden Prüfung dar Anschauungen, Entscheidungen und Aktionen von einzelnen oder Gruppen innerhalb der Gesellschaft oder anderen Werten." (17) Auf diesen Öffentlichkeitsbegriff soll in der vorliegenden Untersuchung vor allem abgehoben werden.

Der Zusatz kritisch i s t für v.Bredow tautologisch, er dient nur der besseren Einsieht *in* die spezifische Bedeutung des Gemeinten (18); denn nur eine kritische Öffentlichkeit kenn zugleich Teilhaber und Kontrollinstanz der Macht sein (19).

Unter den angesprochenen "anderen Werten" versteht er neue Normen, die sich im Prozeß des sozialen Wandels ankündigen können. Eine öffentliche Kritik, die sich auf solche neue Normen beruft, hält er für legitim (20). Am Ende seiner Untersuchungen über "Die Bundeswehr und das Problem dar okkupierten Öffentlichkeit" stellt v.Bredow 12 Thesen zur kritischen Öffentlichkeit auf:

" 1. Kritische Öffentlichkeit ist konstitutiv für das Funktionieren der modernen Demokratie.

2. Ihre Aufgabe in den demokratisch verfaßten Gesellschaftsordnungen der westlichen Industrienationen ist die einer ständigen Kontrollinstanz, denn sie mißt die Äußerungen und Handlungen der Regierenden an den Grundwerten der Demokratie.

3. Kritische Öffentlichkeit umfaßt potentiell alle Bürger.

4. Dar kritischen Öffentlichkeit in der Gesellschaft entspricht auf individueller Ebene die politische Bildung.

5. Kritische Öffentlichkeit entsteht jeweils um ein Problem von öffentlichen, d.h. mehr als gruppeninternem Interesse.

6. Katalysatoren innerhalb der kritischen Öffentlichkeit sind die Intellektuellen.

7. Kritische Öffentlichkeit hat keine *#acht'. Aber sie kann sich Nacht verschaffen, wenn die Regierenden vor ihren Forderungen versagen.

8. Staatliche Propaganda (Öffentlichkeitsarbeit) hat die Tendenz, kritische Öffentlichkeit zu verhindern und zu beschneiden.

9. Gerade die Teilsysteme der Gesellschaft, die nicht demokratisch strukturiert sind, müssen sich der kritischen Öffentlichkeit stellen, weil jede Ausdehnung ihrer Institution für die Demokratie gefährlich ist. Eine praktische, wenngleich nicht optimale Lösung dieses Problems besteht zum Beispiel darin, daß an die Spitze solcher Teilsysteme nur berufen wird, wer sich den Normen der modernen Demokratie besonders verpflichtet fühlt.

10. Kritische Öffentlichkeit soll eine immer weitgehende Demokratisierung auch dieser Teilsysteme erreichen.

11. Kritische Öffentlichkeit ist somit das Pendant zu organisationsinternen Bestrebungen, die wie etwa im Bereich der Industrie darauf abzielen, die Anteils der Macht nach einem gerechteren Schlüssel zu verteilen.

12. Mangelhaft entwickelte oder gar fehlende kritische Öffentlichkeit verweist auf die Nichtexistenz oder den Verfall demokratischer Normen." (21).

2. Die Bedeutung von Öffentlichkeit für systemüberwindende Strategien

2.1. Das Problem der Massenloyalität in der Technokratie-Diskussion

In der heutigen Phase des Spätkapitalismus erhält dar Staat als Garant privater Kapitalverwertung zur Sicherung von Stabilität un& Wachstum einen kontinuierlichen Funktionszuwachs (1). Die staatliche Bürokratie kann immer weniger "als 'autonom' von der 'Wirtschaft' und ihrem Mechanismus abtrennbare Institution begriffen werden, immer mehr wird sie zu einem integralen Bestandteil eines umfassenden und gut durchorganisierten gesellschaftlichen Produktionsapparat". (2)

Dia Sicherung von Wachstum und Stabilität erfordern eine planende Regulationstätigkeit des Staates, die vielfältige und ständige Strukturreformen notwendig machen. Sie können nicht in der Art eines absolutistischen Staates von oben verordnet werden, sondern sind auf die Kooperationsbereitschaft und Zustimmung der Bevölkerung bzw. Teile von ihr angewiesen (J).

Die dabei auftretenden gesellschaftlichen Probleme und herrschaftstechnischen Konflikte unterliegen nach Meinung von Vertretern der Technokratietheorie keinerlei normativen Bestimmungen, allein der Sachzwang entscheidet (4).

So verliert nach Schelsky die Idee der Demokratie ihre klassiche Substanz: "an die Stelle eines politischen Volkswillen tritt die Sachgesetzlichkeit, die der Mensch als Wissenschaft und Arbeit selbst produziert. Dieser Tatbestand verändert die Grundlage unserer staatlichen Herrschaft überhaupt. Ir wandelt die Fundamente der Legitimität." (5)

In der Auseinandersetzung mit dieser These weist Offe darauf hin, "daß das Problem der Sicherung von politischer Massenloyalität weder an Gewicht verloren hat, noch manipulativ problemlos zu lösen ist, vielmehr beständiger Anstrengungen bedarf." (6)

Zwar habe, so fährt Offe fort, aufgrund erfolgreicher Wachstums- und Stabilisierungspolitik das System mittels steigender sozialer Entschädigung eine erfolgreich distributive Pazifierung betreiben können, doch könne dies Prinzip einmal bei Erreichen einer bestimmten Sättigungsschwelle versagen, zum anderen seien Reformen im außerökonomischen Bereich auf zustimmende Loyalität angewiesen, ohne dabei an Motive individuell kalkulierbarer Nutzenmaximierung appellieren zu können (7).

Ein reibungsloses Motivationsengagement bewirkt nun eine Destruktion von Institutionen bürgerlicher Öffentlichkeit. Dieses "...hat nur scheinbar die Folge eines wachsenden administrativen Dispositionsspielraums, in dem sich ohne Rücksicht auf "öffentliche Meinung" schalten und walten ließe; in Wirklichkeit schlägt sie gegen die systemstabilisierende Funktionstüchtigkeit des verselbständigten Staatsapparates zurück, weil *sie* ihm den Unterbau einer flexiblen Legitimationszufuhr entzieht. Die Zersetzung der geschlossenen Systeme bürgerlicher Ideologie wirkt ebenso wie ihr strukturelles Korrelat, nämlich die Zerstörung von Institutionen, in denen sich ein affirmativer common sense ausbilden könnte, an der Etablierung einer politischen Gesamtfassung mit, in der wachsender Legitimitätsbedarf und vermindertes Legitimationspotential immer weiter auseinanderklaffen" (8).

W.D. Narr sieht in dieser innersystemischen Schwäche, "in dieser Angewiesenheit auf Teilmobilisierung der Bevölkerung bei gleichzeitigem Legitimationsschwund Chancen der internen Erneuerung über einzelne Gruppen am Rande, in der Wissenschaft, in der Verwaltung und anderwärts" (J).

Im Hinblick auf den Zusammenhang von komplexen Systemen, Interessenartikulation und Partizipation hält er einen Ansatzpunkt in Richtung einer expansiven Demokratie für gegeben. Er meint, daß ein komplexes System, das seine Probleme adäquat verarbeiten soll, der universellen Interessenartikulation ebenso wie der Teilnahme dar Einzelnen am Zielbestimmungs- und Anwendungsprozeß bedarf. Ein zweiter erzeugter

Analphabetismus würde selbst bei einem schmalen Effizienzbegriff effizienzvermindernd wirken und in jedem Fall die so seht erstrebte Systemstabilität verhindern. Ein sich selbst steuerndes System, was immer die Bedeutung sein mag, sei auf die hohe Autonomiefähigkeit der Einzelnen und Gruppen angewiesen (10).

In die gleiche Richtung weisen Ausführung von F. Naschhold, der aufzeigt, daß sich ein hoher Grad von Partizipation der Mitglieder einer Organisation (auch einer Gesellschaft) durchaus mit der Komplexität der Organisation vereinbaren läßt (11).

2.2, Öffentlichkeit als konstitutives Prinzip für die Wirksamkeit von kritischen Gruppen.

Dort, wo sich die spätkapitalistische Gesellschaft mittels Entpolitisierung der Masse dar Bevölkerung gegen das Infragestellen ihrer technokratischen Hintergrundideologie immunisieren muß, nämlich im System der durch Massenmedien verwalteten Öffentlichkeit, sieht nun Habermas eine neue Konfliktzone (12). In bestimmten Gruppen von Studenten und Schülern erkennt er das vorerst einzige Protestpotential, das auf eine Repolitisierung der ausgetrockneten Öffentlichkeit tendiert (13). In seiner Absolutheit ist diese Aussage von 1968, unter dem Eindruck der Studentenrevolte gemacht, nicht haltbar. Schon die Aktivitäten von Lehrlingen gegen Ausbeutungspraktiken widerlegen die Aussage von Habermas (14). Inwieweit die systemnotwendige Entpolitisierung der Öffentlichkeit, auf deren Boden die Willensbildung eine demokratische Form nicht annehmen kann, den einzigen strategischen Punkt dar Verletzbarkeit des Systems enthüllt, wie Habermas an einer anderen Stelle meint (15), und ob der nach wie vor in der Struktur kapitalistischer Gesellschaft eingebaute Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital nach Habermas mit der relativ größten Wahrscheinlichkeit latent bleibt (16), soll hier nicht näher diskutiert werden. In der Öffentlichkeit den einzigen strategischen Punkt zu sehen, Ist sicher falsch. Im Rahmen von systemüberwindenden Strategien kommt der Öffentlichkeit neben anderen wichtigen Faktoren aller

dings ein nicht zu unterschätzender strategischer Wert zu.

In den Antworten auf Habermas "6 Thesen über Taktik, Ziele und Situationsanalysen der oppositionellen Jugend", die er am 2. Juni 1968 auf dem vom Verband Deutscher Studentenschaften einberufenen Schüler- und Studentenkongreß vorgetragen hat (17), kamt diese Einschätzung mehr oder weniger klar zum Ausdruck. So spricht z.B. Oskar Negt davon, daß das Prinzip Öffentlichkeit, des permanenten öffentlichen Legitimationsdrucks auf die Herrschaftsapparate ein für die Protestbewegung konstitutives Prinzip sei (18). Auf Habermas erste These: "Das unmittelbare Ziel das Studenten- und Schülerprotestes ist die Politisierung der Öffentlichkeit" (19) stellt A. Neusüss vom Standpunkt einer sozialistischen Strategie fest: "Sozialistische Politik zielt notwendig auf den Umsturz der bestehenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, nicht bloß auf jene "Politisierung der Öffentlichkeit", von der Habermas in schlechter Abstraktion spricht. Für Sozialisten kann Politisierung der Öffentlichkeit wohl nur heißen: Politisierung des Bewußtseins der Menschen als Kampf gegen den Kapitalismus." (20)

Am ausführlichsten geht Claus Offe in seiner Stellungnahme auf die 1. These von Habermas ein. Nach ihm ist Politisierung der Öffentlichkeit kein Ziel, "sondern ein für sozialistische Opposition im Spätkapitalismus allerdings unverzichtbares und strategisch aussichtsreiches Mittel der revolutionären Politik. Der Politisierung der Öffentlichkeit kommt ein so wichtiger strategischer Stellenwert deshalb *an*, weil die Entstehung von nicht im voraus disziplinierbaren Willensbildungsprozessen das Institutionensystem 3s der Tat an seiner empfindlichsten Stelle trifft: das administrativ regulierte Zusammenspiel vor Staatsapparat und Kapitalverwertungsprozeß kann nur unter Ausschluß praktisch artikulierter Interessen funktionieren. Nur: allenfalls einer liberalen politischen Ästhetik käme die Herstellung einer politischen Öffentlichkeit als eigenständiges politisches Motiv in den Sinn, während

oppositionelle Strategien grundsätzlich an den materialen Fragen *einer* antikapitalistischen und antiautoritären Strukturreform ausgerichtet sind. Deshalb *ist* jene These auch als normativer Satz nicht überzeugend. Die Forderung nach Politisierung als solcher bliebe so lange gedanken- und folgenlos, wie sie nicht in den praktischen Rahmen konkreter Oppositionsziele eingespannt ist. Zwar spielt die politisierte Öffentlichkeit, wo sie zustandekommt, als solche die Rolle eines Störfaktors; aber sie kommt nicht zustande, solange ihrem politischen Inhalt die Konturen fehlen, solange sie nicht von einer vorgängig formulierten politischen Kritik ausgefüllt *wird.* In höherem Maße als unter früheren Bedingungen der sozialistischen Strategie wird deshalb heute politisch relevante Öffentlichkeit durch jene praktischen Absichten konstituiert, die dem liberalen Schematismus zufolge erst ihr Ergebnis sein dürfen. Dieser Zusammenhang hat sich aus den praktischen Erfahrungen der Studenten- und Schülerbewegung ergeben; ihm entsprechen die agitatorischen, plebiszitären und akklamativen Mechanismen der Legitimation, denen diese Bewegung ihre Erfolge verdankt. Nicht die Politisierung der Öffentlichkeit, sondern die Destruktion von Institutionen der politischen, ökonomischen, publizistischen und kulturellen Unterdrückung ist daher das unmittelbare Ziel dar außerparlamentarischen Opposition." (21)

Zur Vorbereitung der Anti-Springer-Kampagne des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in den Jahren 1967/68 wurde auf der 22. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS eine "Resolution zum Kampf gegen Manipulation und für eine Demokratisierung der Öffentlichkeit" verabschiedet. Darin heißt es u.a.: "Die öffentlichen Institute verloren ihre gesellschaftliche Ambivalenz, vorweg die Öffentlichkeit selber: ihre Funktion besteht heute längst nicht mehr in der Widerspiegelung des grundlegenden gesellschaftlichen Konflikts, sondern in der funktionalen Beherrschung der Massen, in ihrer Ausrichtung auf die Disziplin kapitalistischer Produktion." (223

Im 5. Punkt des Aktionsprogramms der Resolution heißt (4% u.a.: "Der SDS wirkt auf die Bildung einer praktisch-kritischen Öffentlichkeit hin." (23) Die Resolution schließt mit der Forderung: "Es kommt darauf an, eine aufklärende Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Die Diktatur der Manipulateure muß gebrochen werden." (24)

Wolfgang Abendroth und Barbara Dietrich haben in ihrem Aufsatz "Chancen des Grundgesetzes" überzeugend nachgewiesen, daß der Kampf um die Rückgewinnung und den Aufbau demokratischer Verfassungspositionen zugleich ein Kampf für die Schaffung kritisch politischen Bewußtseins, einer bewußten "Gegenöffentlichkeit" *ist*, und der Kampf neben und außerhalb der etablierten Organisationen sich auf Jas Grundgesetz (GG) berufen kann (25). Es heißt dort weiter: "Als Formen, in denen der Kampf um die Realisierung der demokratischen Inhalte des GG aufgenommen und politisches Bewußtsein vermittelt werden kann, sieht das Grundgesetz vor allem die Grundrechte der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, der Meinungs- und Informationsfreiheit (Are. 8, 9, 5 GG) vor, denen gemeinsam ist, daß Adressat der in ihrem Rahmen durchgeführten politischen Aktionen prinzipiell die Öffentlichkeit im weitesten Sinns sein kann. Als Formen, in denen diese Grundrechte realisiert werden können, sind äußerst variabel: sie ermöglichen eine Abstufung und Modifikation entsprechend der konkreten politischen Situation und dem jeweiligen Adressaten und sind daher als Mittel politischer Agitation besonders geeignet." (26)

Nach ihrer Meinung erlaubt das Grundgesetz selbst andere direktere Formen der politischen Aktionen und der demokratischen Willensbildung (27). "Inhaltlich impliziert die Inanspruchnahme der demokratischen Grundrechte seitens derjenigen, die als Träger einer dezidiert antikapitalistischen Bewegung zu verstehen sind, einen offensiven Prozeß der Aufklärung, mit dem Ziel, die Stellen des Systems zu eruieren und aufzuzeigen, an denen verändernde Praxis ansetzen kann" (28).

Daß bei der Demokratisierung von Subsystemen der Gesellschaft, Organisationen und Verbänden der Öffentlichkeit als Prinzip eine ebenso große Bedeutung zukomme, hatten z.B. auch die Studenten der Freien Universität in den 60er Jahren in Berlin erkannt. Ihre Forderung nach Öffentlichkeit aller universitären Gremien führte zu Kontroversen mit dem universitären Establishment, die dann zur Mobilisierung und Politisierung der Studentenschaft und der Eskalation der Auseinandersetzungen in Berlin wesentlich beitrugen (29).

Die obigen Zitate weisen daraufhin, daß die Akteure der Cabora Bassa Kampagne, was die Einschätzung von Öffentlichkeit angeht, durchaus in der Tradition der außerparlamentarischen Opposition der sechziger Jahre stehen. Diese Feststellung ist nicht selbstverständlich. Ein Großteil der Akteure der Kampagne sah sich wiederholt dem Vorwurf ausgesetzt: ihre Aktionen im Hinblick auf die Öffentlichkeit seien illusionär, ihnen läge eine falsche Einschätzung der Funktion von Öffentlichkeit zugrunde.

3. Öffentlichkeit - Aktion - Aufklärung

Daß Öffentlichkeit sich nicht nur an einem spektakulären Ereignis wie Spiegelaffäre im Oktober 1962 (1) oder der von v.Bredow analysierten Heye-Affäre entfachen kann, sondern auch bewußt zu einem verdrängten Problem von öffentlicher Bedeutung entwickelt werden kann, zeigen Kampagnen wie die schon erwähnten gegen die Atombewaffnung, den Vietnamkrieg und die Monopolisierung der Kommunikationsmittel. Initiatoren und Träger dieser Kampagnen waren nicht die etablierten Meinungsmacher, sondern Mitglieder der Masse der Bevölkerung, die als einzelne keine Macht zur Verfügung haben. Ihnen kann es gelingen im kollektiven Handeln, ein ausgeklammertes Thema zu einem öffentlichen zu machen.

Dabei genügt es nicht, eine "diskutierende Gegenöffentlichkeit" zu etablieren, um die gesellschaftlichen Publizitätsbarrieren zu sprengen (2). Nur durch eine Praxis der begrenzten Regelver-

letzung (3) ist es möglich, eine Öffentlichkeit herzustellen, in der dann durch Aufklärung Lernprozesse in Gang gebracht werden können, so daß eine Änderung der Verhaltensweisen der Bevölkerung eintreten kann. Nach Rudi Dutschke sind Provokationen ein Mittel, die den Raum frei machen, in den dann Argumente eingebracht werden können (4). Die durch die direkte Aktion initiierten Lernprozesse zielen einmal auf die Bevölkerung ab, deren bislang pathologisches Lernen durchbrochen werden soll, zum anderen auf die Akteure selbst (5).

"Ohne diesen Selbsterziehungsprozeß und Selbstaufklärungsprozeß in der Praxis in der aktiv-militanten Auseinandersetzung mit dem System ist eine Politisierung der einzelnen nicht möglich." (6). "Aufklärung in der Aktion" wurde für die revoltierenden Studenten Ende der sechziger Jahre zum Programm, um die Einheit von Theorie und Praxis wieder herzustellen (7).

Die hohe Kunst der direkten regelverletzenden Aktion besteht nun darin, beide Zielgruppen in diesen Lernprozeß einzubeziehen. Dem Lernen der Träger der Aktionen die Priorität vor dem Lernen der Beobachter der Aktionen gegeben zu haben, darin bestand vor allem Ras Versagen mancher Aktionen oppositioneller Aktionsgruppen (8).

Öffentlichkeit, Aktionen und Aufklärung sind also Größen, die aufeinander bezogen sind. Wie die Kategorie Öffentlichkeit, so ist auch der Begriff Aufklärung und sind die damit verbundenen ideologischen Inhalte ein Produkt der bürgerlichen Gesellschaft. *Ex* unterlag ebenfalls einem "Strukturwandel". Beiden Phänomenen Öffentlichkeit und Aufklärung wohnt eine Dialektik inne. Wird Öffentlichkeit feudalisiert, vermachtet, so kann auch Aufklärung in ihr Gegenteil umschlagen. Auf dieses Charakteristikum haben Adorno und Horkheimer angesichts des Faschismus in ihrer Schrift: "Dialektik der Aufklärung" (9) hingewiesen.

Als sechste These in der schon erwähnten Weda fordert Habermas eine langfristige Strategie der massenhaften Aufklärung (10). Allerdings wird die Forderung von ihm nicht inhaltlich verdeutlicht.

Bei einer Konkretisierung dieser Forderung müßte das Postulat nach freier Selbstbestimmung des gesellschaftlichen Individuums eine zentrale Position einnehmen (11). Im einzelnen wird es darauf ankommen, den ideologischen Schleier, der über den ökonomischen Bedingungen *liegt*, zu zerreißen und durch vermittelbare Anknüpfung an gegebene konkret erfahrbare Widersprüche den Grundwiderspruch der Gesellschaft der Masse der Bevölkerung bewußt zu machen (12). Für Rudi Dutschke bedeutet Aufklärung Durchbrechen das falschen Bewußtseins das Menschen (13).

Auf sainte sich selbst gestellte Frage, wes Aufklären bedeutet, antwortet P. Brückner mit seinem Zitat von L.Feuerbach: "Solange das, was einer denkt, nur in seinem Kopf steckt, ist's Theorie; wenn in den Köpfen aller, aber Praxis." (14). Brückner fährt dann fort: "Einsichten müssen demnach 'vermasst', also kommuniziert werden. Dazu bedarf es der Kommunikationsmittel; aber diese stehen nicht ohne weiteres zur Verfügung .... Aufklären nötigt zum Kampf um Kommunikationsmittel, der Raum des denkenden Aufstandes wird überschritten" (15).

Weiter heißt es dann: "Die Kritik am Bestehenden - ein Implikat der Politisierungsthese, s.o. - kann sich daher nicht auf eine bloß theoretische Analyse der Widerstände beschränken, die ihre Aufnahme und Abneigung bei den Empfängern der Nachricht (den"Massen") verhindern; sie muß, wenn sie aufklären will, Widerstände aufzusprengen suchen" (16). In der Fußnote dazu wird angemerkt: "In den verschiedenen Farmen der sinnlichen Provokation (Aktion, Demonstration usw. ...)" (17). Denn Provokation reizt auf, "weil sie ihrem Prinzip nach auf das Umwerfen von Bewußtsein abzielt". (18) "Provokation muß sich als Moment eines dialektischen Prozesses begreifen, aus dem geschichtlichen Verhältnis von 'Selbstveränderung' (des Bewußtseins) und der 'Veränderung der Umstände'." (19) Der Wille zur Realitätsänderung zwingt zur Organisation des provozierenden Protestes und zur Konzeption einer Zeitperspektive (20). Gelingt beides

nicht, so verkehrt sich dfe doppelte Intention der Provokation ins Gegenteil. Wird über die "Selbstveränderung des Bewußtseins" die Veränderung der Verhältnisse als eines langfristigen Prozesses vergessen, so folgt Verlust der Kommunikation sie der Umwelt, Bildung von Ingroups, Getto, Verelendung, Kriminalisierung oder "Dogmatisierung in Gruppen primitiv marxistischer Couleur". (21)

4. Politische Aktion - politisches Lernen

Hat P.Brückner, wie oben rezipiert, auf die Möglichkeit zur Pervertierung der antiautoritären Strategie verwiesen und damit einen längst eingetroffenen Zustand beschrieben, so kritisiert H.Giesecke vom didaktischen Standpunkt aus die Thesen "Selbstbefreiung durch Aktion". Seiner Meinung nach müssen Lernprozesse sorgfältig organisiert, zeitlich von der Aktion getrennt und mit von außerhalb herangetretenen Kategorien in einer möglichst kleinen Öffentlichkeit befragt werden. Aktion ist für Giesecke lediglich ein Einstieg (1). Größere diskutierende Öffentlichkeit wie z.B. ein Teach-in verhindern Lernprozesse, Mißerfolge werden verleugnet, Aufklärung wird zur Apologetik. Lernen und Aktion sind antinomische soziale Verhaltensweisen. Nur im ständig wechselnden seitlichen Nacheinander m n Aktion und Reflexion, so daß aus dem antinomischen Verhältnis ein dialektisches wird, kann Aufklärung für den einzelnen dar Akteure und auch der Umwelt erfolgen. Im ganzen gesehen bringt für Giesecke die These von der "Aufklärung durch Aktion", so sehr sie politisch einleuchten mag, didaktisch weniger als sie auf den ersten Blick verspricht (2).

Daß erst ein dialektisches Verhältnis von Aktion und Reflexion bewußtseinserstellend und damit verhaltensändernd sein kann, wird man kaum bestreiten können, daß aber gerade bestimmte Erfahrungen in der direkten Aktion diesen Prozeß in Gang setzen, zeigen die Ereignisse im Mai 1968 in Paris (3) und Ende der sechziger Jahre in Westdeutschland und Westberlin (4).

IR seinen Erörterungen zur zweiten These, "Aufklärung durch Aktion", kommt Giesecke, was die Gefahren angeht, zu ähnlichen Deutungen wie P.Brückner. Es vorweist auf die Gefahr des blinden Aktionismus, der Isolierung und auf die Gefahr hin, daß den Provokateuren von der Gesellschaft Narrenbezirke eingeräumt werden (5).

Wenn bisher von der Aktion die Rede war, dann war meistens die direkte Aktion gemeint, bei der z.T. durch begrenzte Regelverletzung ein gesellschaftlicher Konflikt dramatisiert wird, z.B. durch Sit-in, Hausbesetzung, Happening. Unter Aktion versteht man aber auch die spezifischen Bemühungen von Gruppen, ein bestimmtes Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Dem Problem der unterentwickelten oder richtiger der unterentwickelt gehaltenen Länder z.B. haben sich Gruppen angenommen, *die* bezeichnenderweise unter dem Namen "Aktion Dritte Welt" oder "Aktionskreis Dritte Welt" firmieren. Als Aktionsgruppen werden *sie* eben deshalb bezeichnet, weil Aktionen, wie Flugblattverteilen, Demonstrationen, Protestmärsche bis hin zu provokativen direkten Aktionen, ihre bestimmende Arbeitsweise ausmachen, was für die Organisation der Gruppe und ihrem Selbstverständis bestimmte Auswirkungen hat. Auch für Aktion in diesem Sinne gelten die hier über Öffentlichkeit, Aufklärung und Lernen gemachten Aussagen. Aktion so verstanden ist auch ein "Lernverfahren" (6).

Auf Theorien von systemverändernden Aktionen soll später im Zusammenhang mit den Aktionsmethoden der Kampagne eingegangen werden.

III. Die Träger der Kampagne

Die Cabora Bassa Kampagne wurde von zahlreichen und verschiedensten Organisationen getragen. Die ihrer Organisationsform, ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihrem Selbstverständnis nach vielfältige Trägerschaft kann man, stark vereinfacht, in zwei Gruppen einteilen. Zur ersten gehören Organisationen, Institutionen und Gruppierungen, die zur Erreichung eines

definierten Ziels sich eine geordnete Organisationsstruktur gegeben haben (z.B. Amnesty International) oder als solche ER einer größeren Institution wie z.B. Kirche oder Partei eingefügt sind.

Zur anderen Kategorie sollen Gruppen gezählt werden, die nicht in einem vorgegebenen organisatorischen und definierten institutionellen Rahmen angesiedelt sind. Hierzu werden gerechnet z.B. Gruppen, die sieh mit der Problematik Dritte Welt befassen, die Carbora Bassa Komitees oder Anti-Imperialismus-Gruppierungen innerhalb der Universitäten. Diese letzteren Gruppen werden als Aktions-, Basis- oder auch Innovations- bzw. Initiativgruppen bezeichnet. Dia Bezeichnungen weisen auf das Charakteristische dieser Gruppen hin.

Die Gruppen hoben zu bestimmten gesellschaftlichen Problemen und Konflikten die Initiative ergriffen und versuchen durch Aktionen diese zu propagieren und zu dramatisieren, um so eine Lösung herbeizuführen. Das Verdienst, die Kampagne initiiert und weiterbetrieben zu haben, kommt diesen Aktionsgruppen zu.

Doch wäre ihre Arbeit ohne die Unterstützung des etablierten Organisationen weniger erfolgreich gewesen. Diese stellten häufig ihren organisatorischen und informatorischen Apparat, Tagungsstätten und finanzielle Mittel für Aktionen, Tagungen und Informationsverbreitung zur Verfügung. Für die Kommunikation unter den Gruppen und Akteuren waren diese Hilfen besonders wichtig. Wie noch näher erläutert wird, heben sich in dieser Weise besonders Institutionen und Organisationen der Evangelischen Kirche verdient gemacht.

Wie sich bei anderen Kampagnen gezeigt hat, ist politische Arbeit isoliert von gesellschaftlichen Institutionen beschränkt durchführbar. (1) Mur im Bündnis mit fortschrittlichen und lernfähigen Organisationen und progressiven Gruppierungen innerhalb von Verbänden und Institutionen lassen sich gesellschaftlich innovatorische Absichten popularisieren und z.T. realisieren.

Im Sinne einer Doppelstrategie (2) müssen die nichtinstitutionellen Basisgruppen einmal von außen auf die etablierten Organisationen einwirken und sie unter Druck setzen und zugleich über Funktionsträger innerhalb der Organisationen, die z.T. Mitglieder der Basisgruppen sind, auf Diskussionen und Entscheidungen Einfluß nehmen. Der Druck von außen vor allem ermöglicht progressiven aber vereinzelten Personen oder Gruppierungen innerhalb der Organisationen gegen retardierende Kräfte verstärkt vorzugehen. Hier ist besonders auf Journalisten, Pfarrer, Verbandsfunktionäre oder Jugendverbände hinzuweisen,

Die Aktionsgruppen müssen allerdings darauf achten, sich von den Großorganisationen nicht vereinnehmen und für deren Interessen mißbrauchen zu lassen, Nur eine völlige Unabhängigkeit sichert ihnen die Möglichkeit, wenn notwendig, auch gegen diese Organisationen zu opponieren.

Bei der Cabora Bassa Kampagne haben sich die Leistungen der etablierten Organisationen und Institutionen nicht auf Unterstützung beschränkt, sondern man muß davon ausgehen, daß Basisgruppen und diese Organisationen zusammen *die* Kampagne getragen haben.

Diese Koalition heterogener Parteien hatte eisen Rückkoppelungseffekt. War die eine Partei mehr die "innere Unruhe" und hat für die allgemeine Propagierung gesorgt, so haben die Organisationen in ihre Mitgliederschaft hineingewirkt und allgemein für ein aufnahmebereites Klima und für den Rückhalt der Basisaktivisten in der öffentlichen Meinung gesorgt* Dies wirkte auf die Aktivitäten der Innovationsgruppen zurück und verstärkte deren Aktivitäten.

1. Aktionsgruppen

Ir seiner Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Buch "Gruppendynamik und der "subjektive Faktor", Repressive Entsublimierung oder politisierende Praxis" (1) stellt Klaus Horn

lest, daß sich "die Gruppe" als selbsttätige Organisationsform für vielfältige Initiativen aus der Studentenbewegung erhalten hat. (23 Er deutet diese Organisationsform als einen Versuch, "die psychische Vereinzelung und die politische Wirkungslosigkeit zugleich XU Überwinden wie auch Front gegen sich verselbständigende Organisationsformen zu machen" (3). Für ihn ist "die Gruppe" in dem Maße, wie die Primärgruppe Familie sowenig mehr als Emanzipationszelle funktioniert, wie die politischen Großorganisationen die sich entwickelnden Interessen der Subjekte innovatorisch in sich aufnehmen und realisieren können, in eine neue Rolle eingetreten (4). Horn vermutet, daß sowohl in der politischen Theorie als auch in der Praxis der Linken "die Gruppe" als eine spezifische Gattung sozialer Assoziation *tu* ihrem Recht kommen werde, wie das in der Geschickte der Soziologie und der Sozialpsychologie der Fa11 gewesen sei (5).

"Im Rahmen solcher Initiativen könnten Interesse und Organisation in ein neues Verhältnis, das der Solidarisierung, zueinander treten. Vielleicht ließe sich daraus sogar ein Kriterium entwickeln für die politische Bedeutung solcher Gruppen: Wenn zwei Prozesse - der der Solidarisierung und die organisatorische Strukturbildung - in einem ausgewogenen, reflektierten und praktikablen, nicht entfremdeten Verhältnis zueinander sich befinden, wird man nicht von repressiver Entsublimierunggsprechen können für den Fall, daß die Außenbeziehungen der Gruppe wirklich als politisch entwickelt, d.h. reflektiert und praktisch auf diese Gesellschaft bezogen und nicht bloß infantile Anspruchshaltung sind. Ohne diese Dimension - also im Hier und Jetzt aufgehend - , ..., kann von Politisierung nicht die Rede sein. Wahrscheinlich ist diese Art von politischer Arbeit ein Weg aus der von Marcuse festgehaltenen Tendenz zur "Eindimensionalität" der technokratischen Gesellschaft" (6).

Für Horn kann angesichts der Fortdauer der Entfremdung unter der Warenproduktion und der Zerstörung der bürgerlichen persönlichen Identität in dem Versuch einer Herstellung einer neuen Form der Identität durch Arbeit in politischen Gruppen

ein wichtiges Element von Politisierung liegen (7).

Solche Arbeit könne in der Problematisierung von Schlüsselsituationen liegen, in der Entwicklung "gesellschaftlicher Fallgeschichten" (so z.B. Carbora Bassa, R.M.), deren Widersprüche theoretisch und praktisch zu entfalten seien. Durch solches Engagement könne der "subjektive Faktor" wieder ein belebendes Element der Politik werden und der politischen Apathie und dem "alltäglichen Faschismus" (8) entgegengewirkt werden. Dabei werde es darauf ankommen, daß die Entfaltung der individuellen Bedürfnisse und Interessen auch praktisch rum Zuge kommen.

Solche neuartigen Formen politischer Auseinandersetzung werden sich, wie Horn bemerkt, aus der Diskussion zwischen historischem Materialismus und Psychoanalyse entwickeln (9).

Von einer Kooperation der Psychoanalyse mit Gruppeninitiativen (zwei Eltern-Kind-Gruppen, eine Gruppe, die in einem Obdachlosen-Slum arbeitet) berichtet Horst E. Richter etwas "optimistisch", wie er selbst sagt (10), in seinem Buch "Die Gruppe. Hoffnung auf einen neuen Weg, sich selbst und andere zu befreien".

In den Aktivitäten von Initiativgruppen wie die der Cabora Bassa Kampagne sieht Hans-Eckehard Bahr die Intention, weltpolitische Konfliktproblematik (Dritte Welt) in den lokalen Erfahrungsbereich zu vermitteln (11). Zugleich leisten diese Gruppen nach Meinung Bahrs einen Beitrag zu einer strukturallen "Demokratisierung von unten" (12).

Speziell die an der Cabora Bassa Kampgagne beteiligten Gruppen stellen für ihn Initiatoren von Partizipationsbemühungen an öffentlichen Entscheidungsprozessen zentraler Regulierungsinstanzen dar. Für Bahr gibt es eine Rückwirkung makrostruktureller Konflikte (Dritte Welt) auf die psychische Situation des Einzelnen: " das wachsende Empfinden, an den gesellschaftlichen Unfriedensstrukturen prinzipiell nichts ändern zu können. Ohnmachtsgefühle dieser Art befördern die Unmündigkeit

und erzeugen im Blick auf das Leiden anderer (Dritte Welt] wachsende Unempfindlichkeit" (13), Gegen diese Interdependanz von sozialer Ohnmachtserfahrung und Leidensinsensibilität wirken nach Ansicht von Bahr die Initiativ-Gruppen.

Bei den nicht-institutionellen Gruppen der Kampagne lassen sich drei Arten unterscheiden: erstens Dritte Welt Gruppen, zweitens Anti-Imperialismus- oder Internationalismusgruppen und drittens Cabora Bassa - oder Südliches Afrika Gruppen. Auf diese soll nun näher eingegangen werden.

1.1. Dritte Welt Gruppen

Arbeitskreise, die sich mit Entwicklungsländern und Entwicklungspolitik befassen, gibt es in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, so z.B. in den Kirchen, in politischen Organisationen, Verbänden und Vereinen. Im folgenden soll etwas eingehender über Gruppen der "Aktion Dritte Welt" berichtet werden.
Die Initiative zur Bildung von diesen Aktion Dritte Welt Gruppen ging im wesentlichen von Studenten der Freiburger Universität aus. Im Herbst 1968 begannen sie eine Kampagne mit dem Ziel, in der BRD eine Lobby für die Dritte Welt aufzubauen (14). Die Kampagne führte zur Bildung von anderen Aktion Dritte Welt Gruppen in der Gesamten BRD. Da die Freiburger Gruppe im weiteren Verlauf der Aktion dominierend blieb, kann sie im großen und ganzen als repräsentativ für die anderen angesehen werden. Der Verfasser kann sich also bei seinen folgenden Ausführungen über politische Programmatik und Organisation dieser Gruppen auf Material dar Freiburger Gruppe beschränken.

Zur historischen und politischen Ausgangslage und dem Rahmen der Zielsetzung der Aktion Dritte Welt heißt es Zn einem Papier dieser Gruppe aus dem Jahre 1970, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt materielles Blend, Ausbeutung und Unterdrückung in ihrer elementarsten Form in den sog. Entwicklungsländern zutage trete. Dia Staaten Europas und Nordamerikas hätten dabei bislang eine auslösende und verstärkende Rolle gespielt. Obwohl

Wissenschaft und Technologie dieser Länder die Möglichkeit für eins umgekehrte Politik den Entwicklungsländern bieten würde, würde es eine solche emanzipatorische Entwicklungsländerpolitik der BRD in absehbarer Zeit nicht geben. Der Stand der politischen Diskussion in der Regierung, den Parteien, den Verbänden und den meinungsbildenden Massenmedien schließe eine solche emanzipatorische Politik aus, wenn nicht von anderer Seite spürbare Anstöße erfolgen warden (15).

Es wird dann weiter ausgeführt: "Personen oder Gruppen, von deren Verhalten solche Anstöße auf die Politik der Regierung der Bundesrepublik ausgehen sollen, müssen unserer Meinung nach unter den politischen Strukturgegebenheiten ihren eigenen politischen Willen maximal hörbar bekunden und zum anderen die allgemeine politische Willensbildung in der breiten Bevölkerung aufklärerisch beeinflussen.

Die Aktion Dritte Welt betrachtet sich als eine von jenen inzwischen zahlreich gewordenen Initiativgruppen, deren Tätigkeit Impulse für eine Umorientierung der Entwicklungsländerpolitik der Bundesregierung liefern soll, ..." (16).
Daraus abgeleitet würden sich dann für Zielsetzung und Methode im einzelnen zwei Schlüsselfragen ergeben: "a) Wo im einzelnen ist die Kritik an der Entwicklungsländerpolitik der BRD und der anderen Industrienationen anzusetzen und weis ist an E i n z e l forderungen aus dieser Analyse abzuleiten - also, was kritisieren und wollen wir genau.
b) Wie ist strategisch und taktisch vorzugehen, um Kritik und Forderung an die politischen Entscheidungsinstanzen und an die sogenannte "breite Öffentlichkeit" heranzubringen" (17).
Zur Kritik im einzelnen wird in einem anderen Papier der Gruppe u.a. ausgeführt, daßdie deutsche Außenpolitik immer noch von dem Kuriosum einer nach außen gestülpten Innenpolitik (Hallstein-Doktrin) beherrscht sei, die vom BMZ vertretene Ablehnung jeder Einflußnahme auf die inneren Angelegenheiten eines Entwicklungslandes in vielen Entwicklungsländern in fataler Weise dazu führe, daß die konservative, korrupten und faschistischen Machteliten favorisiert, die politische Opposi-

tion aber ahne Unterstützung durch die BRD bliebe (18). Weiter heißt es, daß das BMZ aufgrund personeller Fehlbesetzung und strukturell bedingter Hindernisse in so vielen Fällen weder zu befriedigenden Projektvor- bzw. -überprüfungen gelange, noch den Informationsrückfluß über Erfolg oder Mißerfolg bestimmter Projekte, Methoden oder Leitlinien deutscher Entwicklungspolitik ausreichend zu bewältigen vermöge, die deutschen Botschaftsangehörigen in Entwicklungsländern noch immer in det alten Diplomaten-Tradition für das gesellschaftliche Parkett ausgebildet würden, die Bundesregierung tatenlos dem z.T. skandalösen Profitstreben deutscher Privatunternehmer zuschaue und diesen Firmen vielfach noch einen Versicherungsschutz gegen eventuelle Enteignung gewähren, außerdem die Regierung weiterhin ausgediente laffen der Bundeswehr in Ländern der Dritten Welt zu verkaufen suche (19). Die Strategie und Taktik ihres Vorgehens hat nach Meinung der Freiburger Gruppe zwei Dimensionen: Eine vertikale oder regionale und eine horizontale oder überregionale. Zum regionalen Vorgehen im südbadischen Raum wird im erstgenannten Papier ausgeführt, was von der Gruppe und ihren Mitgliedern in den Jahren 1968 und 1969 geleistet wurde. So seien z.B. über 100 Vorträge bei den verschiedensten Organisationen und Gruppierungen gehalten worden. Durch Vortrage und Podiumsdiskussionen mit und durch namhaften Persönlichkeiten sei es gelungen, über Rundfunk, Fernsehen und Presse auch Teile der Nichtstudentischen Bevölkerung zu informieren. Es habe sich gezeigt, daß dadurch am ehesten der so dringend notwendige Zugang zu den Massenmedien zu erhalten sei. Innerhalb der Universität habe man ein "kritisches Seminar" abgehalten und in der Stadt Flugblatt-, Plakat-, Aufkleber-Aktionen und Straßentheater mit anschließender Diskussion durchgeführt. Durch ein gutes Verhältnis zu Redakteuren der lokalen Presse und des lokalen Rundfunks sei dafür gesorgt worden, daß die Tätigkeit der Aktion Dritte Welt von dieser Seite immer wieder in Fore einer wohlwollenden und ausführlichen Berichterstattung eine meinungsmultiplizierende Unterstützung erfahren habe.

Erfolge eines politischen ordernden und aufklärerischen Vorgehen~auf regionaler Ebene können sich nur dann in der Entwicklungsländerpolitik dar Bundesregierung abzeichnen, wenn in einer Vielzahl anderer örtlicher Bereiche der BRD in ähnlicher Weise, d.h. zeitlich und inhaltlich synchron, vorgegangen werde. Die Gruppe habe deshalb Kontakte eu bereits existierenden entwicklungspolitischen Gruppen aufgenommen und derartige Gruppen initiiert. Inzwischen unterhalte man Beziehungen zu 60 - 70 Gruppen aus allen Teilen der BRD. Auf zwei überregionalen Tagungen hätten entwicklungspolitische Probleme diskutiert.

Neben dieser Koordinationstätigkeit hake die Freiburger Gruppe eine Vielzahl von Informationsmaterial versandt und briefliche sowie telegraphische Anfragen oder Apelle an Ministerien und Politiker gerichtet (20).

Im November 1970 versuchte die Freiburger Gruppe in dem zwanzigseitigen Papier "Wie hilflos sind wir eigentlich? Chancen und Methoden einer außerparlamentarisch arbeitenden entwicklungspolitischen Opposition in der BRD" Antworten auf Fragen der Strategie und Taktik zu geben, ohne Vollständigkeit noch Endgültigkeit zu beanspruchen.

Die wichtigsten Kernsätze dieses Strategie-Papiers sollen kurz referiert werden. Zur gesamtgesellschaftlichen Analyse wird ausgeführt, daß die Entwicklungsländerpolitik der westlichen Industrienationen vordergründig durch nationalstaatliche Interessen und hintergründig diese Interessen durch ihr spätkapitalistisches Wirtschaftssystem geprägt seien (21). Dieser Spätkapitalismus sei nicht funktionsnotwendig imperialistisch, sondern durch u.a. einen wissenschaftlich ausgeklügdten Interventionismus sei das System in der Lage, sich aus sich selbst heraus ohne periodische Katastrophen zu erhalten (22). Auf die Bedeutungseinbuße der Dritten Welt für die Funktionsfähigkeit des bundesrepublikanischen Wirtschaftssystems deuten zwei Punkte hin: Einmal die auffallend geringe

Beachtung, welche die politische Öffentlichkeit der Entwicklungsländerpolitik entgegenbringt und zum anderen die Konzeptions- oder Strategielosigkeit dieser Politik selbst (23).

Da auf diesem Hintergrund Einzelentscheidungen in der Entwicklungsländerpolitik in einem Feld polarer Einzel- und Kollektivinteressen gefällt würden, müsse eins nicht einmal sehr starke entwicklungs-politische Opposition die konkrete Chance offen stehen, durch ein gezieltes Vorgehen Einzelentscheidungen mitzuprägen und zwar immer dann, wenn diese infolge der genannten Interessenskonflikte gewissermaßen auf des Messers Schneide stünden (24). Zur Zeit sei man allerdings erst in der tage, "Schlimmes" abzumildern oder zu verhüten (25). Gelänge es, durch intensivere, organisatorische und aufklärerische Arbeit eins breitete Machtbasis aufzubauen, so könnten die Abwehrfunktionen durch eine Initiativ-Funktion ergänzt werden. Dabei erkenne man *die* Gefahr des entwicklungspolitischen Reformismus, d,h- den Entwicklungsländern kurzfristig finanziell und politisch zu helfen, um sie langfristig noch perfekter von den kapitalistischen Staaten abhängig zu machen, und man sei gewillt, sich von diesem Reformismus abzusetzen und über seine Gefahren sachlische Aufklärung zu treiben. Superlative Pauschalforderungen lehne man allerdings wegen ihrer utopischen Charakter ebenso ab (26).

Zum Reformismus und der Freiburger Gruppe wird ausgeführt: "Der Reformismus war demnach für die Aktion eins Art ideologisches Durchgangsstadium und es scheint, daß es bislang in der BRD allen entwicklungspolitisch engagierten Gruppen, die irgendwo im Bereich eines politisch nicht reflektierten Humanismus beginnen, in ähnlicher Weise ergeht oder ergangen ist. Die völlig unzureichende Kommunikation unter Ben oppositionellen tätigen Gruppen (und Einzelpersonen) zwingt offensichtlich jeden "Anfänger" sich über eine politische Selbst-Sozialisaeion in "trial and error" erst mühsam an die eigentlichen Probleme heranzutasten; und da ihm die im Buchhandel verfügbare linke Literatur sprachlich nicht zugänglich ist, hält er sich zunächst an das Material, womit ihn die offizielle Orga-

nisation der Entwicklungspolitik massenweise überschüttet." (27) Die taktischen Methoden einer entwicklungspolitischen Opposition bestünden nun darin, *hautnah' Einzelforderungen zu stellen. Dazu sei vom Organisatorischen her ein Informationszentrum Dritte Welt notwendig, welchen die Informationsaufbereitung und -verteilung und die Koordination der engagierten Gruppen und Einzelpersonen effizient leisten müßte (28). Um die entwicklungspolitischen Forderungen in manifesten Druck umzusetzen, müßte man auf quantitativer Breite (nicht nur 10 oder 20 Gruppen und Einzelpersonen wie bisher, sondern 200) und in zeitlicher Abstimmung durch Techniken wie Flugblatt- und Plakataktionen, Demonstrationen, Leserzuschriften, Protestschreiben, Resolutionen und ähnlichem über eine breite Öffentlichkeit Druck auf die Entscheidungsinstanzen ausüben. Statt einer diffus streuenden Aufklärung an die Öffentlichkeit sei allerdings eine gezielte Aufklärung effektiver. Solche Zielgruppen seien Studenten, Schüler, Gewerkschaftsjugendliche, die Jugendorganisationen der SPD und der FDP und kirchliche Jugendgruppen. Gezielte Aufklärung bedeute dabei eine didaktisch reflektierte Aufklärung. Durch eine solche Aufklärung könne die organisatorische Basis erweitere werden (29).

Eine derart orientierte Oppositionsbewegung, die vorwiegend im studentischen Bereich operierte, mußte die harte Krftik radikaler, linkerer Studentengruppierungen provozieren. Durch die Auseinandersetzungen der Aktion Dritte Welt mit diesen, durch neue Mitarbeiter und durch weitere theoretische Bemühungen kam in der Freiburger Gruppe verstärkt eine Diskussion über Strategie und Taktik, Organisation und Arbeitsweise der Gruppe in Gang.

Ein internes, nicht im Nahen der Gesamtgruppe sprechendes Diskussionspapier der Gruppe vom Juni 1972, spiegelt in den wichtigsten Zügen diese Diskussion wieder (30). Zur bisher geleisteten Arbeit wird gesagt, daß man einige Fehler gemacht habe. So habe man Sozialstaatsillusionen erweckt. Man kahe durch Tun und Schreiben den Eindruck hervorgerufen, daß das kapitalistische System sich selbst reformieren werde, wenn man nur ent-

sprechend Druck ausübe. Die Gruppe habe völlig die Organisationsperspektive aus dem Auge gelassen. Didaktische Fragen habe man vor inhaltliche geschoben. Man hätte besser daran getan, zuerst sich selbst eindringlich zu fragen und klar zu werden, was man zu sagen habe. Über die Beschränktheit und strukturellen Grenzen der eingesetzten Mittel sei man sich nicht im Klaren gewesen. Ansonsten sei es nicht zu verstehen, warum das Schlagwort von der Pressestrategie soviel Resonanz gefunden habe und finde. Presse könne zwar öfters und sinnvoll eingesetzt werden, sei aber ein begrenztes Mittel, das nur unter ganz bestimmten Bedingungen Erfolg bringe. Schließlich sei man planlos vorgegangen. Man habe Öffentlichkeitsarbeit als Selbstzweck betrieben und öfters versucht, alle Energien darauf abzustellen. Öffentlichkeitsarbeit sei aber nur sinnvoll, wenn sie die Zielgruppen tatsächlich aufrüttele und wenn stets Erfolgskontrolle erfolge. Man solle sich auf sehr wenige, aber gezielt vorbereitete, durchgeführte und analysierte Aktionen beschränken (31).

Zur bisherigen Arbeitsweise der Aktion und seiner Organisation wird vorgebracht, daß sich die Gruppe ganz bewußt als aktionistischer Gegenpol zum "puristischen linken Geklotze" vieler radikaler Studentengruppen verstanden habe. Man habe sozusagen einen Mittelweg verfolgt. Deshalb sei die Gruppe zu einem Auffangbecken vieler humanitär motivierter Studenten geworden, die sich anderswo nicht heimisch gefühlt hätten. Dieser politische Arbeitstypus habe zu einer Fluktuation der Mitarbeiter geführt, die sich um einen festen Kern gruppiert hätten. Die Kerngruppe bestehe aus denjenigen, welche die Aktion initiiert hätten, weiterhin aus "Arbeitstieren", die nolens volens den Konflikt zwischen Studium und Mitarbeit in der Gruppe zugunsten letzteren gelöst hätten und schließlich seien in unregelmäßigen Abständen Leute aufgetaucht, die sich als "Dritte Welt Spezialisten" bezeichnet hätten oder als solche angesehen würden. Zwischen diesen Typen bestünden natürlich Mischungen. Zwischen dem festen Kern und den Restmitgliedern liege nun ein ziemlich großer Graben. Die Vermutung, die Kommunikation und Diskussion

sei dafür innerhalb des Kerns um so größer, entspreche kaum dar Wirklichkeit. Das "Machen von Aktion" sei politisch gesehen so ziemlich der einzige Zusammenhalt. Die Integration von neuen Mitgliedern beruhe meist auf der Eigeninitiative des "new comer's". Diese Art dar Organisierung sei kein Monopol der Freiburger Gruppe, sondern lassensich weitgehend aus der studentischen Herkunft ihrer Mitglieder und ihrer verschiedenen Lebensbedingungen herleiten. Ähnliche Phänomene treffe man in jeder nicht - kadermäßig organisierten Studentenorganisation. Verschärft würde das Problem allerdings durch eine fehlende klare inhaltliche Orientierung.

Die Aktion sei hierin ihrer anfänglichen diffusen Ausrichtung als Auffangbecken von Vertretern verschiedener politischer Stoßrichtungen treu geblieben. Als einzige noch verbliebene Legitimation für ihre Arbeitsweise führe sie an, daß sich Jugendliche und besonders Intellektuelle über Randphänomene (aus hiesiger Sicht) wie Dritte Welt gut politisieren lassen würden. Es sei dahingestellt, ob dies der Wirklichkeit entspreche oder nur eine Übersteigerung dar Gruppenerfahrung sei. Auf jeden Fall erweise sich die Gruppe als unfähig, dieses Politisierungsmoment "Dritte Welt" in einen bundesdeutschen konkreten politischen Bezugsrahmen einzuordnen. Das äußere sich vor allem immer wieder dann, wenn es um die Diskussion dar einzelnen Zielgruppen gehe, Wie seien die Kirchen, Jugendgruppen, Jusos, junge Gewerkschaftler usw. einzuordnen. Dia Diskussion ende dort, wo es um die Suche nach stringenten politischen Kriterien gehe. Der Wille zur theoretischen Weiterbildung versande meist in der "Aktions-Arbeit", zumal Gedankenaustausch und Diskussion nur randmäßig eingeplant und weiterführende Analysen völlig der Initiative des Einzelnen überlassen würden (32).

Im folgenden wird dann versucht, Perspektiven aufzuzeigen, wie die Gruppe aus ihrem Dilemma herauswachsen kann, ohne die vielfältigen Erfahrungen der Vergangenheit zu negieren, ohne aber auch darauf verzichten zu müssen, in eine zielbewußtere Arbeit langsam hineinzuwachsen. Dabei steht der Vorschlag im

Vordergrund, die Aktionsarbeit vermehrt und bewußter mit dem Aufbau einer starken, proletarisch orientierten Linken in der BRD zu verbinden. Dazu wird dann u.a. ausgeführt, daß es richtig sei, zu erkennen, daß die Arbeiterklasse in den Metropolen die Hauptkraft sei, um das imperialistische System revolutionär zu verändern und um eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

Die Vermittlung des Kampfes von Studenten, Lehrern und ähnlichen Gruppen für ein demokratisches System mit dem Kampf der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Klassenherrschaft komme nicht aufgrund materieller gleichlautender Interessen zustande, sondern sei politisch vermittelt. Aufgabe der Aktion Dritte Welt sei es, im Bündnisbereich zu arbeiten, innerhalb der leicht kompromittierbaren "liberalen Bevölkerung", um dort dem kapitalistischen System seine Legitimationsbasis zu zerstören, könne sich an Dritte Welt Problematik orientieren. Man müsse sich dabei, gemessen an den eigenen Kräften, auf die lokale und universitäre Ebene beschränken. Eine solche Arbeit gebe dem Bemühen um den Aufbau einer starken Linken den notwendigen internationalistischen Aspekt (33).

Zum Organisatorischen der Aktion Dritte Welt Freiburg läßt sich noch anmerken, daß die Mitarbeit in der Gruppe unentgeldlich und grundsätzlich freiwillig erfolgte und erfolgt, die Gruppe es abgelehnt hat, sich den Status eines Vereins zu geben, so daß es weder Eintritts- noch Austrittsformalitäten gab. Außerdem fehlte eine reglementierte Ämterverteilung. Eine Arbeitsteilung wurde in Form einer Aufgabenverteilung vorgenommen, wobei einige Mitarbeiter längerfristig Aufgaben wie z.B. Finanzen, Organisation von Vorträgen, Archiv und Korrespondenz und anderes übernahmen. Ihre Finanzen erhielt die Gruppe aus Öffentlichkeitsmitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dem Kultusministerium Baden-Württemberg sowie durch Spenden. Aus finanztechnischen Gründen wurde die Aktion mittlerweile ein gemeinnütziger Verein.

An dem oben wiedergegebenen wird deutlich, welchen Wandlungsprozeß die Freiburger Gruppe in ihrer politischen Programmatik

durchgemacht hat. Konnte sie Anfang 1970 noch schreiben, daß sie sich als politisch unabhängig verstehe (34), so wird in der zuletzt zitierten Stellungnahme ihr Standpunkt recht deutlich. An diesem Wandlungsprozeß hat die Auseinandersetzung mit dem Cabora Bassa Projekt und den Fragen des Südlichen Afrika einen nicht unwesentlichen Anteil. In einem Aufsatz eines Mitglieds aus der oben genannten Kerngruppe der Aktion Dritte Welt wird dies klar ausgesprochen. Er schreibt: "In der Entwicklung der Studentenbewegung Westdeutschlands hat mit dem derzeit größten Stellenwert in der Beherrschung des südlichen Afrika, der Cabora Bassa Staudamm, zu einem Wendepunkt geführt, indem sich hier die Studentenbewegung nicht mehr rein moralisch gegen die Auswüchse des Imperialismus, die militärische Unterdrückung des vietnamesischen Volkes richtete, sondern direkt gegen den westdeutschen Imperialismus, vertreten durch die Elektromonopole Siemens, AEG, BBC und die mit den Monopolen kooperierende SPD/FDP Regierung" (35).

Zur Freiburger Gruppe speziell wird in dem Aufsatz weiter unten gesagt, daß sich die Gruppe selbst von einer fast rein moralisch argumentierenden zu einer Gruppe mit sozialistischem Anspruch entwickelt habe. (36).

Einen derartigen, vielleicht nicht so deutlichen Wandlungsprozeß haben mehrere Dritte Welt Gruppen in der BRD durchgemacht. Schon die Tatsache, daß sich viele dieser Gruppen zu Cabora Bassa engagierten, mag als Indiz dafür gelten. Häufig war man nämlich durch die Beschäftigung mit dem sehr komplexen Problem der unterentwickelten Länder und den Bemühungen, diesem abzuhelfen, zu einer gewissen Ratlosigkeit gekommen. Man hatte zwar erkannt, daß an der Unterentwicklung Strukturen der hiesigen Gesellschaft beteiligt sind oder sie sogar bedingen, zu einer Umsetzung dieser Erkenntnis in eine politische Strategie war es selten gekommen.

Cabora Bassa selbst und all seine Implikationen boten eine solche Konkretheit, an der Fragen der Dritten Welt und der Imperialismus klar aufgezeigt werden konnten. Dadurch, daß die BRD daran aktiv beteiligt war und ist, konnten konkrete

politische Forderungen an festzumachende Zielgruppen aufgestellt werden, Zusätzlich hatte dies Projekt für den Einzelnen und die Gruppen eine für politisches Engagement wichtige psychologische Komponente: Man konnte sich mit Befreiungsbewegungen identifizieren, die gegen dieses Projekt und die herrschenden Mächte in Afrfka aktiv kämpfen.

Neben den Dritte Welt Gruppen, für welche die oben geschilderte Freiburger Gruppe in gewisser Weise typisch ist, waren an der Cabora Bassa-Kampagne nach andere Dritte Welt Gruppen beteiligt. Diese Gruppen bestanden überwiegend aus Schülern, die im lokalen Bereich durch die verschiedensten, z.T. arginellen und spektakulären, allerdings weniger provokativen Aktionsformen an die Öffentlichkeit traten. Auf eine weiters Darstellung dieser Gruppen soll hier verzichtet werden (37).

12 Internationalismus- und Antiimperialismus Gruppen

Internationalismus bzw. Antiimperialismus Gruppen entstanden an einigen Hochschulen im Rahmen der Studentenrevolte in den sechziger Jahren. Diese Gruppen gehörten z.T. direkt dem SDS an oder waren indirekt mit ihm verbunden. Der Antiimperialismus dieser Gruppen orientierte sich theoretisch wie praktisch vorwiegend am US-Imperialismus *und* hier hauptsächlich an Vietnam. Eine Darstellung dieser Gruppen und ihrer Programmatik würde hier zu weit führen. Um dennoch einen Einblick zu geben, soll die Diskussion über Voraussetzungen und Ziele einer Cabora Bassa Kampagne zwischen dem SDS Heidelberg und der Berliner Projektgruppe Afrika (ehemals SDS) in ihren wichtigen Aussagen wiedergegeben werden.

Schon *vor* der vom Heidelberger SDS initiierten Cabora Bassa Kampagne, die zu den Auseinandersetzungen Heidelberger Studenten mit der Polizei im Juni 1970 führte, hatte die Projektgruppe 4m Mai 1970 zu den Voraussetzungen und Zielen einer antiimperialistischen Kampagne Stellung genommen. Sie stellte damals fest, daß ohne richtige Analyse des Staatsapparates

im Monopolkapitalismus eine strategische Bestimmung der Inhalte und Formen von Kampagnen gegen den Staatsapparat zumindest zufällig bleiben müsse. Weiterhin sei eine konkrete Analyse des BRD-Imperialismus und *seiner* verschiedenen Erscheinungsformen eine entscheidende Voraussetzung für die strategische Bestimmung antiimperialistischer Kampagnen. Eine solche Kampagne dürfe nicht lediglich das "häßliche Gesicht" des Imperialismus treffen, da sie so letzlich für einen "sauberen" Kapitalismus eintrete. Jede sozialistische Kampagne müsse die Entfaltung der Klassenkämpfe in *der* BRD zum Inhalt haben (38). Weiter heißt es dann: "Davon sind die Inhalte zu unterscheiden, die in den einzelnen Phasen aus bündnispolitischen Gründen zum Ausgangspunkt d e Agitation verschiedener Zielgruppen genommen werden. In einer Kampagne gegen den BRD-Imperialismus Zn den portugiesischen Kolonien kann sehr wohl dar Terror, den Jas portugiesische Kolonialregime zur Aufrechterhaltung seiner anachronistischen Herrschaft ausübt,, zum Ausgangspunkt der Agitation liberaler Zielgruppen genommen werden. In diesem Ansatz muß aber von Anfang an die Möglichkeit angelegt sein, im Zuge der Entfaltung der Kampagne zu antikapitalistischem Bewußtsein durchdringen und den wesentlichen Inhalt der Kampagne, den Kampf gegen den Monopolkapitalismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen zu entwickeln. Für die zentrale Parole heißt es, daß sie zwar an dem radikal-demokratischen Bewußtseinsstand ihrer Adressaten anknüpfen kann, aber perspektivisch über sich hinausweisen muß {wie z.B. bei der Parole "Enteignet Springer" dies der Fall gewesen ist)" (39). Alle oben genannten Kriterien einer Kampagne hätten zur entscheidenden Voraussetzung die Existenz eines fahrenden revolutionären Kerns, "der in der gegenwärtigen Phase, in der der Aufbau einer kommunistischen Partei das Proletariats die wich*' tigste Aufgabe darstellt, eine national organisierte kommunistische Parbei aber nach nicht existiert, den proletarischen Charakter und die Orientierung der Kampagne aa den Prinzipien des proletarischen Internationalismus gewährleistet" (40). Zum Schluß wird der "Aufruß zur Solidarität mit den Völkern in den portugiesischen Kolonien" von Prof. Abendroth (Marburg) und "anderen DKP nahestehenden Personen" (41) kritisiert (42).

Der Aufruf sei auf der Ebene moralischer Argumentation verblieben, indem er sich gegen das "barbarische" protugiesische Kolonialsystem wende und alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik auffordere, sich dafür einzusetzen, die Öffentlichkeit in der BRD zu informieren und die Befreiungsbewegungen zu unterstützen. Per Ausgangspunkt der von der DKP konzipierten Kampagne enthalte revolutionäre Perspektive für die Entwicklung der Klassenkämpfe In der BRD und wisse für die kämpfenden Völker in den portugiesischen Kolonien keine andere Perspektive aufzuzeigen als die nationale Unabhängigkeit, wes die Integration in das neokoloniale System bedeute (45).

Mit der Konzeption und den Aktionen der Cabora Bassa Kampagne des Heidelberger SDS setzte sich die Projektgruppe in einem Artikel in der Roten Presse Korrespondenz vom 26.6.1970 auseinander. Dia Projektgruppe erklärte, daß die Heidelberger mit ihrem Vorgehen (siehe Chronologie) die ersten praktischen Schritte getan und eine Kampagne eingeleitet hätten, die von ihnen für notwendig, politisch richtig und längst überfällig gehalten werde. Dennoch fordere das Gesamtkonzept der Kampagne, das sich in don bisherigen Aktivitäten der Heidelberger abzeichne, zur Kritik heraus.

In ihrem Vorwort zur Ausgabe des Roten Forum, Nr. 3/70 und in "Der Funke" vom Juni 1970 hatten die Heidelberger geschrieben: "SAALA (Sozialistisches Afrika, Asien und Lateinamerika, R.M.) und SDS Heidelberg worden versuchen, die Agitation gegen das Projekt zusammen mit anderen Gruppen und Organisationen überregional zu führen, um diesen Anschlag der westdeutschen Kapitals gegen die Befreiungsbewegung in Mozambique (FRELIMO) zu verhindern ... Im Mittelpunkt der Agitation zur Vorbereitung dieser Aktion soll die Aufklärung über das Cabora Bassa Projekt stehen.

Unser Agitationsmaterial werden wir allen Gruppen und Organisationen, die der Aufforderung der FRELIMO nachkommen wallen, ihren Kampf gegen das Cabora-Bassa-Projekt zu unterstützen über den Asta, Grabengasse 14, zuschicken" (44).

Dazu bemerkte nun die Projektgruppe, daß damit die Zielrichtung der Kampagne richtig definiert sei. Es müsse in der Tat darum gehen, nicht durch eine lokal, sondern national organisierte Kampagne die Beteiligung der westdeutschen Monopole an diesem konterrevolutionären Projekt zu verhindern. Es sei auch richtig, nickt eine großspurige Kampagne zu proklamieren, wie Jas die Bundesvorstände des SDS zu tun pflegen, sondern daß man stattdessen Material veröffentlichen und mitteilen wolle, wie in Heidelberg die Agitation geführt werden soll. Damit sei zwar eine Voraussetzung zur Organisierung einer nationalen Cabora Bassa Kampagne geschafften, aber man verfalle in denselben Fehler wie zuvor die SDS- und VDS-Vorstände. Die Heidelberger würden ignorieren, daß zu einer Kampagne nicht nur einige propagandistische 'Vorlagen bzw. Agitationsmaterialien gehören, sondern daß eine solche Kampagne organisiert und politisch vorkonzipiert werden müsse (45). "Sie haben zwar im lokalen Rahmen mobilisiert und auch Absprachen mit einigen Internationalismus-Gruppen geführt, haben aber bisher versäumt, die politischen und organisatorischen Voraussetzungen zu klären, die erst garantieren, daß die Kampagnen im nationalen Maßstab geführt werden, und zwar mit Schwerpunkten In den Städten, in denen die beteiligten Monopole AEG-Telefunken, Siemens, RBC, Voith und Hochtief ihre Produktionsanlagen haben (d.h. in Berlin, Frankfurt, Mannheim, Essen, Erlangen, München usw.). Stattdessen haben sie die SAALA-Gruppe eine Pressekonferenz abhalten lassen, wo sie nicht minder großspurig als die früheren SDS- und VDS-Vorstände auf den Ratsch klopften" (46).

Eine Pressekonferenz, zu der die bürgerliche Presse eingeladen werde, känne nicht die Organisation einer Kampagne ersetzen, sondern bedeute allenfalls auf einer bestimmten Saufe der Vorbereitung der Kampagne ein propagandistisches Mittel, über dessen Wirksamkeit auch in Heidelberg keine Illusionen herrschen sollten. Doch Äußerungen der Heidelberger auf das Pressekonferenz wie die, daß die gerechte Sache der Völker von Angola, Guinea und Mozambique die aktive Solidarität der internationalen öffentlichen Meinung verlange, lege die Vermutung nahe, daß *sie* über die Funktion gerade der liberalen, bürgerlichen Presse

im Klassenkampf noch keine ideologische Klarheit erlangt hatten. Der schwächste Punkt der ganzen Heidelberger Kampagne-Konzeption sei so in dem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 17./18.6.1970 über die Pressekonferenz herausgestellt worden:"Studenten wollen deutsche Beteiligung an Kolonialprojekt verhindern".

Hier liege der entscheidende Einwand, der über die Leichtfertigkeit in Bezug auf die Organisierung der Kampagne hinaus zu machen sei. Hier würden nämlich jene Fehler der studentischen Kampagnen der letzten Jahre wiederholt. Es würde die Illusion geschart, als könnten die Studenten die Beteiligung der westdeutschen Monopols am Bau des Cabora Bassa Dammes verhindern. Von einer Zerschlagung des BRD-Imperialismus könne esst dann die Rede sein, wem die Arbeiterklasse den organisierten Kampf gegen die imperialistischen Monopole, deren Staat und ideologischen Oberbau aufgenommen hätten.

Während in Westberlin und anderen Städten - auch aus den Erfahrungen der klassenmäßig bedingten Schranken des studentischen Antiimperialismus - die revolutionäre Organisierung dar Arbeiterklasse in Angriff genommen werde, d.h. der Aufbau der kommunistischen Partei, der sich die studentischen Massenorganisationen zuordnen könnten, würden die Heidelberger SDS-Genossen ihre auch während der antiautoritären Phase unberührt gebliebenen Organisationsstrukturen konservieren.

In Diskussionen über Sinn und Zweck van Kampagnen spiele dks Frage nach der organisierenden Wirkung von Kampagnen eine große Rolle. Kampagnen könnten die Organisierung des Proletariats vorantreiben und über Aufklärungs- und Mobilisierungskonzepte hinaus dringen. "Wenn die Träger solcher Kampagnen nicht studentische Organisation sind, sondern solche, die - seien sie zunächst auch nur Vorformen einer Partei - kontinuierlich in den Betrieben und Stadtteilen unter den proletarischen Massen arbeiten und den Massen ermöglichen, sich in ihnen und den von ihnen geschaffenen proletarischen Massen-

organisationen zu organisieren. Konkret angewandt auf die Vorbereitung und Durchführung einer Carbora Bassa Kampagne heißt das: In Westberlin bildet *sich* weder die Projektgruppe Afrika, die eine Art ad-hoc-Komitee darstellt, in dem Vertreter verschiedener Organisationen zusammenarbeiten, noch eine der Roten Zellen ein, noch einmal eine isolierte studentische Internationalismus-Kampagnenführen zu können (wie dies in Heidelberg *die* SAALA und SDS-Gruppen tun), sondern die KPD-Aufbauorganisation und die PEI haben in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe Afrika begonnen, Agitation über Cabora Bassa in den betreffenden Monopolen (AEG, TELEFUNKEN, SIEMENS) und den proletarischen Stadtteilen durchzuführen, um von einer bestimmten Stufe der Vorbereitung an auch die Roten Zellen an den Hochschulen und Akademien zur Unterstützung der Kampagne aufzufordern. Die Mobilisierung der revolutionären Intelligenz, der Studenten und Schüler stellt also eine nachgeordnete und bündnispolitisch zu bestimmende Aufgabe dar und nicht das Hauptziel dar Kampagne" (47).

In Heidelberg dagegen sei die Kampagne von studentischen Organisationen ausgegangen und habe sich auf die Universität und den lokalen Raum beschränkt. Die Heidelberger Genossen stünden mit ihrem "Konservatismus" in der Organisationsfrage, der sich auch in ihrem Konzept dar Cabora Bassa Kampagne niederschlage, dem umfassend und langfristig zu führenden organisierten Kampf der Arbeiterklasse gegen die nationale und internationale Expansion der BRD-Monopole im Wege (48). Für die Führung der Kampagne gegen die Beteiligung der westdeutschen Monopole am Bau des Cabora-Bassa Dammes eine nur moralische, legalistische und klassenmäßig auf Fraktionen des revolutionären Kleinbürgertums beschrlnkte, dazu noch unorganisierte Bewegung keineswegs aus, um die Monopole zum Rückzug bzwg. die Bundesregierung zur Rücknahme der Kredite und der Hermesbürgschaften zu zwingen. Es müsse klar herausgestellt werden, daß die revolutionäre Organisierung des Proletariats die entscheidende Voraussetzung und das Ziel der Kampagne darstelle (49).

Zu der obigen Kritik nahmen die Betroffenen in einem "Brief an die Genossen von der RPK und der 'Projektgruppe Afrika' Berlin Stellung. (50) Sie führten aus, daß hinter der ganzen Kritik der Berliner Genossen die gegenwärtig arg abstrakte Gegenüberstellung proletarischer Organisationen und studentischer Organisationen stehe, wobei die Berliner sich selbst zu den ersteren zählten. Mit Hilfe dieser Gegenüberstellung würden alle Schwierigkeiten einer antiimperialistischen Kampagne wie der gegen das Cabora Bassa Projekt vom Tisch gewischt.

Die Schwierigkeiten in der gegenwärtigen Phasa das Klassenkampfes für die Organisierung einer antiimperialistischen Kampagne bestünden darin, daß die Arbeiterklasse in der BRD gerade erst dabei seien, in ökonomischen Kämpfen die Verteidigung ihrer Alltagsinteressen wieder aufzunehmen und sich wenigstens in Lohnfragen langsam vom verheerenden Einfluß der bürgerlichen Ideologie zubbefreien. Hauptaufgabe sei, diese ökonomischen Kämpfe zu unterstützen, da sie die unabdingbare Voraussetzung seien, daß eine proletarische Avantgardeorganisation und durch deren Agitation und Propaganda ein politisches Klassenbewußtsein im Proletariat erzeugt werden könne. Noch könne von einem politischen Klassenbewußtsein des Proletariats keine Rede sein. Eine antiimperialistische Kampagne könne deshalb nicht im Mittelpunkt der Heidelberger Agitation in der Arbeiterklasse stehen. Antiimperialistische und internationalistische Agitation in der Arbeiterklasse stoße deshalb auf so große Schwierigkeiten, weil die Arbeiterklasse in der augenblicklichen Phase des Klassenkampfes sich auf die Verteidigung ihrer Interessen innerhalb das Kapitalismus beschränke und in Bezug auf die Ausbeutung und Unterdrückung der nach nicht voll durchkapitalisierten Länder dazumneige, ihre eigenen Interessen mit denen des nationalen und internationalen Monopolkapitals zu identifizieren. Diese Interessenidentifikation (keinesfalls = Identität) könnte bloß in den eigenen Kämpfen, die von Lohnfragen etc. ausgingen, durchbrochen werden, Vorher bleibe der Antiimperialismus einzelner Arbeiter genauso moralisch motiviert, wie der Studenten' und Intellektuellen. Das heiße nicht, daß auf antiimperiali-

stische Kampagnen vorläufig verzichtet werden solle, ein solcher Standpunkt wäre schlimmster Ökonomismus (51).

Die richtige Parole ist vielmehr: die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse unterstützen und die antiimperialistische Propaganda in die Arbeiterklasse tragen. Eine wichtige Rolle in dieser Propaganda aber kann auch solchen antiimperialistischen Kampagnen zukommen, die zunächst vor allem von den Studenten und Intellektuellen getragen werden. Das antiimperialistische Bewußtsein der Studenten, mag es noch so moralisch und demokratisch beschränkt sein, hat durchaus seine progressive Funktion für die Entwicklung des Klassenkampfes. Es wäre so ziemlich das Stupideste, was einer kommunistischen Organisation einfallen könnte, wenn sie die antiimperialistische Bewegung der Studenten und Intellektuellen solange einfrieren wollte, bis die Arbeiterklasse die Führung im antiimperialistischen Kampf übernimmt. Heißt das, daß die Mobilisierung der revolutionären Intelligenz zum "Hauptziel der Kampagne" werden muß? Natürlich heißt es das nicht! Richtig ist, daß die antiimperialistische STudentenbewegung systematisch und strategisch der "revolutionären Organisation" der Arbeiterklasse untergeordnet; ist. Daraus folgt aber keineswegs, daß die Mobilisierung der Studenten in einer bestimmten Kampagne der "revolutionären Organisation" der Arbeiterklasse historisch "nachgeordnet" sein müßte. Eben diesen Fehlschluß aber zieht die Projektgruppe Afrika aus ihrem unbestreitbar richtigen Ansatz, daß die revolutionäre Organisierung des Proletariats das Hauptziel nicht nur, wie sie meinen, jeder antiimperialistischen Kampagne sein muß, sondern unserer ganzen politischen Arbeit. Manche Genossen scheinen nachgerade zu der Ansicht gekommen zu sein, daß die Studentenbewegung der historische Unglücksfall in der Entwicklung dar Klassenkämpfe in der BRD gewesen ist, und weiterhin bleibt (52).

Weiter heißt es dann, warum die Parole "Verhindert den Cabora Bassa Staudamm" studentische Illusionen geschürt würden, wenn doch jedermann klar sei, daß die derzeit einzig wirksame,

die militärische Verhinderung des Projekts bloß durch die FRELIMO selbst vollbracht werden könne. Wenn man den Sieg im vietnamesischen Volkskrieg propagiere, so denke man ja auch nicht daran, daß man ihn selbst herbeiführen werde.

"Unsere Propaganda in der Arbeiterklasse muß so verlaufen, daß wir klar machen, warum die FRELIMO diesen Staudamm verhindern will, warum diese Absicht nicht im Widerspruch zu den Interessen des Arbeiterklasse steht, und warum *wir* diese Absicht voll und ganz unterstützen, und warum wir den Rückzug der westdeutschen Monopole aus dem Projekt fordern. Das klar zu machen ist schließlich gar nicht so einfach, denn die Gegenpropaganda des Monopolkapitals, des Staats, und des DGB, die auf die Furcht der Arbeiter vor dem Verlust der Arbeitsplätze spekuliert, ist so lange höchst wirksam, als die Arbeiterklasse selbst ideologisch auf dem Boden der Bourgeoisie steht und in ihren eigenen Kämpfen kein politisches Klassenbewußtsein erworben hat... Die Propaganda in der Arbeiterklasse muß deshalb vor allem auf die bürgerliche Ideologie in der Arbeiterklasse zielen, d.h. die politischen Legitimationsschwierigkeiten des Monopolkapitals offenlegen und entlarven. Das wird keineswegs zu Aktionen der Arbeiterklasse gegen das Cabora Bassa Projekt führen, aber es kann dazu führen, daß die Arbeiterklasse ihre Kämpfe um unmittelbare Interessen in einem größeren Zusammen-Bang reflektiert und daß sie sich durch dir imperialistische Propaganda nicht verwirren läßt. Die Propaganda gegen das Cabora Bassa Projekt darf sich deshalb auch nicht auf die beteiligten Konzerne beschränken und wenn sie sich auf diese konzentrieren muß, dann vor allem deshalb, weil die Arbeiter dieser Konzerne der massiven Gegenpropaganda am stärksten ausgesetzt sind, nicht aber deshalb, weil wir uns der Hoffnung hingeben könnten, das Nahziel der Kampagne könnten etwa Streiks der Arbeiter dieser Konzerne gegen das Cabora-Bassa Projekt sein. Richtig ist also, daß die Cabora Bassa Kampagne unsere antiimperialistische Propaganda in der Arbeiterklasse verstärken muß. Richtig ist, daß das Hauptziel unserer ganzen

politischen Arbeit sein muß, *die* revolutionäre Organisierung des Proletariats zu unterstützen. Richtig ist, daß die Studenten nicht das Cabora Bassa Projekt verhindern können. Falsch ist, daß die "revolutionäre Organisierung des Proletariats Voraussetzung" der Kampagne ist, und daß diese Kampagne derzeit die zentrale Rolle in dar revolutionären Organisierung des Proletariats spielen könnte. Völlig falsch aber wäre es, ans diesen Wahrheiten den Schluß zu ziehen, wfr dürften nicht schon jetzt die Studenten agitieren und für solche Aktionen mobilisieren, die unserem Hautptziel, der Organisierung des Proletariats nicht widersprechen, durch die Herstellung einer öffentlichen Meinung an dieser Frage, auf die notwendigen militärischen und terroristischen Aktionen der FRELIMO gegen den Bau des Staudamms vorbereiten und die Legitimationsschwierigkeiten des Monopolkapitals und des Staates so weit wie möglich forcieren, um damit auch *die* antiimperialistische Propaganda in der Arbeiterklasse tu erleichtern. Die einzige kontinuierliche Kampagne, die die revolutionäre Linke in der BRD bisher zu organisieren in der Lage war, *ist* die Kampagne gegen die Us-Aggression in Vietnam. Glauben denn die Berliner Genossen, diese Kampagne sei falsch, weil sie der revolutionären Organisierung der Arbeiterklasse vorausging und glauben sie nicht vielmehr, daß diese Kampagne die antiimperialistische Propaganda in der Arbeiterklasse erst ermöglicht und eingeleitet hat?...

Genossen glaubt doch nicht, ihr könntet jade bestimmte politische Frage durch das Herbeten von Grundwahrheiten des Marxismus-Leninismus beantworten.... Und erwartet dach nicht von uns, daß wir den neuesten Fehler einfach nachäffen und uns per Beschluß zur proletarischen Organisation erklären (53).

In der Anmerkung zum Brief wird erklärt, daß man glaubt, daß in der nächsten Zeit vor allem die analytische Arbeit und die publizistische Propaganda verstärkt werden müssen. Man hofft, daß sich hier Möglichkeiten der überregionalen Kooperation ergeben werden, wenngleich entscheidene Differenzen in der Binschätzung der Kampagne bestehen mögen (54).

1.3 Cabora Bassa und südliches Afrika Gruppen

Die sich im Verlauf der Kampagne etablierten Cabora Bassa, Südliches Afrika oder auch Afrika Gruppen bzw. Komitees haben sich z.T. aus früheren Internationalismus oder Dritte Welt Gruppen entwickelt, z.T. waren sie auch Neugründungen. Es ist deshalb verständlich, daß sich in den Gruppen *reit* einer gewissen Tradition diejenige Form von Programm und Organisation mehr oder weniger wiederfanden, wie sie im oben dargestellten angesprochen wurden. In den neugegründeten Gruppen kam es häufig zu ausgiebigen Diskussionen über Strategie, Taktik und Organisation zwischen den verschiedensten Standpunkten des oben aufgezeigten Spektrum. Zum TEil führte dies zur Lähmung der praktischen politischen Arbeit der Gruppen.

Die vielfältigen Aktivitäten und Initiativen im Rahmen der Cabora Bassa Kampagne führten am 4. Juni 1971 zur Gründung des Deutschen Komitees für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique sowie am 17. Juni 1971 zur Etablierung der Informationsstelle Südliches Afrika. Beide Organisationen wurden als Vereine eingetragen und haben ihre Geschäftsstelle in Bonn.

Durch diese beiden Vereine soll für die zukünftige politische Arbeit in der BRD zum Thema Südliches Afrika eine gewisse Arbeitsteilung vorgenommen werden. So bat sich das Komitee vor allem die materielle wie propagandistische Unterstützung der Freiheitsbewegungen in den portugiesischen Kolonien zur Aufgabe gemacht, während die Informationsstelle Bemühungen fördern will, welche die ökonomischen, politischen, sozialen und rassischen Konfliktursachen im Südlichen Afrika analysieren und in emanzipatorischer Absicht aufarbeiten.

Zur Erfüllung dieses Zweckes hat sich die Informationsstelle u.a. vorgenommen, den Erfahrungsaustausch der mit dem Südlichen Afrika befaßten Personen, Gruppen und Institutionen auszuweiten sowie Arbeitsvorhaben anzuregen und die Öffentlichkeit über latente und manifeste Konflikte im Südlichen Afrika zu informieren (55).

2. Institutionen und Verbände

Renate Mayntz hat die gegenwärtige "Gesellschaft" eine "Organisierte Gesellschaft" genannt, denn sie sei durch vielfaches Organisieren und eine große Zahl von Komplexen, zweckbewußt und rational aufgebauten sozialen Gebilden gekennzeichnet, die man unter den Begriff Organisation zusammenfassen kann. Gesellschaftliches Lehen und politisches Wirken sei heute ohne solche Organisationen nicht denkbar (1). Das müssen auch Kampagnen in Rechnung stellen und nach Verbündeten unter diesen Organisationen Ausschau halten. Manche Organisationen tendieren auch aus sich selbst heraus auf eine Demokratisierung und Humanisierung der Gesellschaft. Die Mitglieder solcher Institutionen oder Verbände solidarisieren sieh vielfach mit den verschiedensten emanzipatorischen Unternehmungen.

2.1. Institutionen und Verbände der Evangelischen Kirche

Für die Cabora Bassa Kampagne waren Institutionen, Gruppierungen und Personengruppen der evangelischen Kirche eins wichtige Stütze. Innerhalb dieser Kirche ist des kritische Potential, *wie* es sich auch bei anderen Kampagnen und politischen Auseinandersetzungen gezeigt bat (2), entwickelter als in anderen traditionellen Organisationen.

2.1.1. Die Bedeutung des Antirassismusprogramms

Seine besondere Bedeutung für die Cabora Bassa Kampagne hat die Evangelische Kirche durch das vom Ökumenischen Rat der Kirche (ÖRK) betriebene Antirassismusprogramm erhalten. Das Antirassismusprogramm wurde nach einer längeren Vorgeschichte am 2./3. September 1970 in Arnoldshain/Taunus vom Executivkomitee des ÖRK einstimmig beschlossen. Es wurde entschieden, 200.000 US Dollar an 19 Organisationen in dar Weit zu vergaben, die im Kampf gegen den Rassismus und seine Auswirkung stehen. Unter diesen Organisationen befanden sich auch Befreiungsbewegungen, die in den Portugiesischen Kolonien, Südafrika und Rhodesien kämpfen, z.B. FRELIMO in Mozambique, MPLA in Angola und PAIGC in Guinea-Bissao.

Mach dem Bekanntwerden dieser Beschlüsse setzte eine inzwischen kaum noch zu übersehende Debatte ein. In Westdeutschland wurde das Programm "weniger diskutiert als emotionalisiert" (3). Die Frage, ob die Kirche Organisationen finanziell unterstützen dürfe, die Gewalt anwenden, wie z.B. die FRELIMO in Mozambique, erhitzte die Gemüter. Ein Beobachter konnte den Eindruck gewinnen, als habe sich die Kirche immer konsequent für Gewaltlosigkeit eingesetzt.

Unter Hinweis auf die Wiederaufrüstungs- und Atomdebatte in den 50ziger fahren wurde auf den auffälligen Wechsel der Argumentationsweisen der verschiedenen Gruppen innerhalb der Evangelischen Kirche bei der Frage nach Macht und Gewalt seitens Bar Gegner des Antirassismusprogramms festgestellt (4).

Als erste Landeskirche In Deutschland entschied die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen - Nassau am 24. Oktober 1970, das Antirassismusprogramm mit 100.000 Dm zu unterstützen. Weitere Landeskirchen - allerdings nicht die Mehrzahl - sind ihr bisher gefolgt.

Auf seiner Sitzung im Januar 1971 in Addis Abeba sprach sich der Zentralausschuß des Weltkirchenrats ohne Gegenstimme und ohne zu Protokoll gegebene Stimmenthaltung für die Fortsetzung das Programms aus. Er erhöhte den Fond auf 500.000 US Dollar. Auch mit den Stimmen deutscher Delegierter forderte der Zentralausschuß die Mitgliedskirchen auf, "die militärischen, politischen, industriellen und finanziellen Strukturen ihrer Länder zu untersuchen und zu analysieren, um zu entdecken und beim Namen zu nennen, wo diese Strukturen an der Verfestigung von Rassismus und rassischer Diskriminierung im Rahmen der Innen- und Außenpolitik ihrer Länder beteiligt sind oder Rassismus unterstützen, und ihre Ergebnisse im Rahmen des Programms zur Bekämpfung des Rassismus zu koordinieren: und entweder allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Kirchen Strategien und Aktionsprogramme zu entwickeln, die diese Strukturen so umformen, daß sie zur Beseitigung des Rassismus und der rassischen Diskriminierung beitragen und das Bemühen um

rassische Gerechtigkeit vorantreiben." (5)

Auf dieser Tagung verurteilte der Zentralausschuß der ÖRK auch das Cabora Bassa Projekt als ein neokolonialistisches Projekt. Im August 1972 erhöhte der Zentralausschuß auf seiner Tagung in Utrecht den Fond des Antirassismus-Programms erneut, und zwar auf 1.000.000 US Dollar.

Im folgenden sollten aus der Fülle der Aktivitäten zum Antirassismusprogramm und den damit verbundenen Fragen innerhalb der westdeutschen Evangelischen Kirche diejenigen herausgestellt werden, die für die Kampagne von besonderer Bedeutung waren.

2.1.2. Studentengemeinden und ihre Geschäftsstelle

Internationale Arbeitskreise, Anti-Imperialismus-, Antirassismus- und Südafrika-Gruppen innerhalb der Evangelischen Studentengemeinden waren an vielen Hochschulen durch Informationsveranstaltungen, Schulungskurse,und auch Aktionen an der Kampagne gegen das Cabora Bassa Projekt beteiligt. Zum Teil wurden sie in der oben aufgeführten Chronologie genannt. An dieser Stelle soll lediglich auf das Wirken der Ökumenekommission und des Ökumenereferats der Geschäftsstelle der Studentengemeinden in Stuttgart hingewiesen werden.

Im Rahmen der von dieser Geschäftsstelle herausgegebenen "ESG-Nachrichten" wurden wiederholt Probleme des Südlichen Afrika behandelt. So erschien im März 1969 die erste Auflage der Nummer 45 über Südafrika. In der Nummer sind Materialien zur Apartbei&-Politik, Wirtschaft, der Beziehung der BRD zur Südafrikanischen Republik, Kommentare und Literaturhinweise zusammengestellt. Die 4, Auflage dieser Nummer ist das Schulungspapier das Südafrika-Seminars der Geschäftsstelle in Dassel vom 6.-8. Februar 197o angefügt. Im Oktober 197o erschien Nummer 56 als sechzigseitige "Sondernummer zum Cabora Bassa Projekt in Mozambique". In dieser Ausgabe finden sich Auszüge aus Broschüren und Artikeln von Zeitungen und Zeitschriften zu Themen wie: Portugal und Mozambique, FRELIMO, der Cabora Bassa Damm und seine politischen sowie wirtschaft-

lichen Folgen, die deutsche Industrie und die Politik der Bundesregierung, Auch in vorigen Ausgaben wie z.B. Nr. 52 war auf Portugal und seine Kolonien eingegangen worden. Nr. 69 vom 1.Februar 1971 stand unter dem Thema: BRD Imperialismus auf dem Vormarsch im südlichen Afrika". Im Ökumene-Rundbrief 2/70 der ESG vom 15.7.70 war u.a. auch ausführlich afuf Cabora Bassa und seine Hintergründe eingegangen worden. Neben dem oben schon erwähnten Seminar in Dassel wurden nach weitere überregionale Tagungen und Treffen von Vertretern der oben genannten ESG-Gruppen durchgeführt, so z.B. in Berchum vom 16. - 20. Mai 1970 über Imperialismus vom 3.-6.9.1970 in Annaberg zur Cabora Bassa Kampagne und in Gelnhausen vom 5.-7. November 1970, auf denen Gruppen über ihre Arbeit und Erfolge sprachen, "Perspektiven der Anti-Imperialistischen Forschungs- und Öffentlichkeitsarbeit" und eine "Arbeitsplanung für die Anti-Imperialistischen Gruppen" entwickelten. (6)

Organisiert wurden diese Zusammenkünfte von der Ökumenekommission bzw. des Ökumenereferat der ESG Geschäftsstelle. In dem "Bericht über die Tätigkeit der Ökumenekommission (ÖK) 1970/71 heißt es, daß die ÖK versucht habe, bei konkreten Modellen wie der Cabora Bassa Kampagne u.a. zur überregionalen Kooperation von arbeitenden Gruppen beizutragen, was auch eine Konfrontation mit der bis dahin meist intern geführten Diskussion um Theorie und Praxis bedeutet habe, und regional schon arbeitende Gruppen durch Anregungen und Kontakte zu stabilisieren. Durch die publizistische Unterstützung derjenigen kirchlichen Gremien, die sich um die Aufklärung der Zusammenhänge von Rassismus und Imperialismus und Ausbeutung bemühen, habe die ÖK zusammen mit diesen Gruppen versucht, auf eine Diskussion innerhalb der Kirche hinzuwirken.

Für die überregionale Kooperation des ESG Gruppen aber auch anderer, an der Cabora Baasa Kampagne beteiligter Gruppen war die von dem Ökumenereferat organisierte Tagung zum Cabora Bassa Projekt vom 2.-#,Oktober 1970 in Mainz von Wichtigkeit. Dort trafen sich ca. 30 Mitglieder von ungefähr

15 deutschen Aktionsgruppen (7). Außerdem nahmen teil aus Holland der Leiter der Amsterdamer Angola Komitees Dr. Sietse Bosgra, aus London Chen Chimutengwende vom Europa-Afrika-Research-Projekt und Hans Peter Jenni von der Arbeitsgruppe "Dritte Welt in Bern". Von der Tansanischen Botschaft in Bonn war deren 1. Sekretär anwesend.

Die anwesenden Gruppen waren sich in der Bewertung des Carbora Bassa Staudammes weitgehend einig: Das Projekt wurde grundsätzlich als kolonialistisch qualifiziert. Unterschiedlich wurde die Frage nach Sinn und Zweck sowie nach den Erfolgsaussichten von Gegenaktivität und deren strategischen Ansatzpunkt beantwortet. Vereinfachend gesagt schieden sich die Geister an der Einschätzung von Öffentlichkeit als strategischer Ansatzpunkt. Die Teilnehmer spalteten sich konsequent in zwei Gruppen (7a).

Der Generalsekretär der Evangelischen Studentengemeinden, J. Hilke, schrieb am 27. Nov. 1970 einen Brief an den Vorsitzenden das Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. In sein e Brief geht er auf die Waffenlieferungen der BRD en Portugal ein und stallt Pest, daß diese Waffen nachweislich und mit Zustimmung der Bundesregierung in den Afrikanischen Kolonialgebieten Portugals eingesetzt werden, also genau in den Gebieten von Mozambique und Angola, für deren möglicherweise gewaltsame Befreiung durch die FRELIMO und ähnliche Organisationen die bundesrepublikanischen Kirchen ihre finanzielle Hilfe unter Hinweis auf die christlich gebotene Gewaltlosigkeit versagt haben (B),

Der Arbeitskreis Gewalt der Evangelischen Studentengemeinden forderte am 1.12.1970 als Fazit seiner "Vier Thesen zur Rassismus-Diskussion in der Evangelischen Kirche in Deutschland"u.a.:

"c) Die Vertreter der Evangelischen Landeskirchen und der EKD auf, ohne Rücksicht auf finanzielle Nachteile der Kirchen, auf diejenigen westdeutschen Firmen, die am Bau des Cabora Bassa Staudammes beteiligt sind (Siemens, AEG-Telefunken, Brown Bovery & Cie, Hochtief, Voith, West Friesland Euro-

transport GmbH), dahingehend einzuwirken, daß diese ihre Mitarbeit am Staudamm einstellen.

d) den Rat der EKD auf, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, die Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland nach Mozambique und Angola zu beenden und Sorge zu tragen, daß die von *der* BRD gelieferten Waffen den im Rahmen des NATO-Vortrages festgelegten Zwecken zugeführt werden" (9).

2.1.3. Gruppen und Institutionen der Evangelischen Jugend

Auf die zahlreichen inner- und außerkirchlichen Aktivitäten von lokalen evangelischen Jugendgruppen kann hier nicht eingegangen werden. Häufig waren sie in Kooperation mit anderen Gruppierungen bei Aktionen der Kampagne tätig. Dabei wurden sie vielfach von jungen Pfarrern und Vikaren unterstützt. Zahlreiche Gruppen wirkten u.a. bei den Friedensmarschkomitees mit, die z.T. bei ihren Märschen im Sommer 197o auch gegen den Cabora Bassa Staudamm protestierten. Nach einem Bericht eines ev. Landesjugendpfarrers waren an den Friedensmärschen in sechs württembergischen Städten nur 1.25o Marschierer beteiligt. Den Hauptgrund dieser "beschämend kleinen Zahl" sieht er in dem Desinteresse der organisierten Jugend, besonders der kirchlichen an Entwicklungspolitik. Wäre eine karitative Sammlung für die Hungernden in der Welt durchgeführt worden, wäre die Beteiligung seiner Meinung nach wesentlich höher gewesen (1o).

Mehrere entwicklungspolitische Arbeitskreise von Landesjugendpfarrämtern haben sich dem Kampf gegen das Staudammprojekt angeschlossen. Hier sind *vor* allem der Informationsausschuß Dritte Welt des Jugendpfarramts Hamburg 13 zu nennen, der die "Entwicklungspolitische Korrospondenz" (früher "Friedensmarsch Information") herausgibt. Die Ausgabe Nr. 1/7o vom Herbst 7o dieser Zeitschrift war fast ganz Cabora Bassa, PRELIMO und Portugal gewidmet. Schon in einem Rundbrief vom 31.7.197o hatte der Informationsausschuß auf dir anlaufende Cabora Bassa Kampagne verwiesen und das Aktionsprogramm der Aktion 3. Welt Göttingen vorgestellt. Das obige und andere Jugendpfarrämter haben im Rahmen des Themas Antirassismus, Kirche und Gewalt

Seminare und Wochenendtagungen über die Befreiungsbewegung sowie Portugal und BRD veranstaltet. So z.B. das Landesjugendpfarramt der ev.-Luth.Landeskirche Hannover Sm Oktober 1971.

Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands hat in einem Schreiben vom 22.7.1970 die Bundesregierung unter Hinweis auf die Forderungen des "Friedensmarsch 70", "keine Investitionen durch Garantien zu unterstützen, die den Kolonialismus verewigen und einer konsequenten Friedenspolitik im Wege stehen*. (11) Die Arbeitsgemeinschaft wies darauf hin, daß dar Cabora Bassa Staudamm die portugiesische Kolonialpolitik stabilisiere und die deutsche Beteiligung an diesem Projekt nicht mit einer auf Frieden gerichteten Entwicklungspolitik zu vereinbaren sei (12).

2.1.4. Veranstaltungen in Evangelischen Tagungsstätten

Von den Evangelischen Akademien ist hier besonders diejenige in Arnoldshain im Taunus zu nennen. In ihr wurden die Beschlüsse des Exekutivkomitees des Weltkirchenrats gum Antirassismusprogramm im September 1970 gefaßt.

Vom 28. bis 31. Mai 1971 veranstaltete sie ein Seminar über Gewalt in Hinblick auf die Situation im Südlichen Afrika. In Zusammenarbeit mit der "Arbeitsgruppe Entwicklungspolitik in der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung" und der "Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947" führte die Akademie von 27. bis 29. Oktober 1971 ein Seminar: "Veränderung Bar eigenen Gesellschaft", "Friedens- und Konfliktforschung aus entwicklungspolitischem Impuls" durch.

Noch stärker auf Probleme von Lern- und Handlungsstrategien bei z.B. Aufklärungskampagnen zum Thema Europa-Afrika war ein Seminar vom 21. bis 23. Januar 1972 abgestellt. Es war in Zusammenarbeit mit der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg organisiert. Das genaue Thema

lautete: "Europa - Afrika. Lern- und Handlungsstrategien für Frieden und Gerechtigkeit. Ein Seminar zur Kooperation von Entwicklungspolitik und Entwicklungsforschung, Friedenspolitik und Friedensforschung, Wissenschaftlern, Erwachsenenbildung und Aktionsgruppen".

Die erste Sitzung des Fortsetzungsausschusses "Europa - Afrika, Lern- und Handlungsstrategien für Frieden uad Gerechtigkeit" fand am 8./9. April 1972 in Arnoldshain statt. Es wurde über konkrete Aktionen im Rahmen des Portugal Tribunals, über weitere Seminare und eine Auswertung der Arbeit der Aktionsgruppen beraten.

Die beiden letztgenannten Tagungen waren die Folge der Snternationalen "Europa - Afrika Konsultation" in Driebergen, Holland, vom 16. - 18. September 1971. Auf Einladung des ökumenischen Forschungsaustausches (ERE) in Rotterdam und des ökumenischen Aktionszentrums in Driebergen trafen sich Vertreter von Gruppen und Institutionen aus der Bundesrepublik, Belgien und den Niederlanden, die sich auf wissenschaftlicher oder Aktionsebene mit dem internen und externen Kolonialismus im Verhältnis Europa zu Afrika auseinandersetzten. Die Konsultation verfolgte einen doppelten Zweck. Sie diente erstens dem Gedanken- und Erfahrungsaustausch und zweitens einem Gespräch zwischen mit dem Thema befaßten Wissenschaftlern und Aktionsgruppen.

Ein Symposium des Weltkirchenrates zum Cunene Staudamm Projekt in Südangola fand ebenfalls in Arnoldshain, und zwar vom 29.2. bis 3.3.1972 statt. An der internationalen Konferenz nahmen Wissenschaftler, Kirchenleute und Mitglieder von Aktionsgruppen teil. Eduardo Ferreira hatte ein Papier über "Cunene and Cabora Bassa - Signs of the new Portugese Policy" vorgelegt (13). Gemäß einem Kurzbericht von der "Aktion Dritte Welt", Freiburg, war des Diskussionsklima: ungebremst, progressiv, antikapitalistisch. Es wurden brisante Empfehlungen an den Weltkirchenrat beschlossen.

Es wurde u.a. aufgefordert, die portugiesischen Soldaten zum Desertieren aufzufordern, eine Studie über das Projekt für eine Kampagne dagegen anfertigen zu lassen, gegen die militärische und wirtschaftliche Unterstützung der Südafrikanischen Republik und Portugals durch die NATO-Staates Maßnahmen zu ergreifen und die Befreiungsbewegungen und Oppositonsbewegungen in den westlichen Industrieländern stärker zu unterstützen und verstärkt mit ihnen zusammenzuarbeiten (14).

Zu einem Streitgespräch unter Assistenz gruppendynamischer Berater (Psychologe und Pädagoge) hatte die Akademie am 6./7. Mai 1972 je 8 Gegner und Befürworter des Antirassismus-Programms eingeladen. Unter den Teilnehmern befanden sich führende Vertreter dar Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft (z.B. Graf Dönhoff) und besonders aktive Kämpfer der Cabora Bassa Kampagne. Die Apologeten der herrschenden Schicht im Südlichen Afrika, deren Durchschnittsalter 60 bis 65 Jahre gewesen sein soll, sollen Argumentationsschwierigkeiten gehabt und z.T. Anzeichen eines Bewußtseinswandels gezeigt haben.

Der "Informationsstelle Südliches Afrika" ermöglichte die Akademie Arnoldshain, am 27./28. November 1971 in ihrem Haus eine Tagung mit einer Mitgliederversammlung durchzuführen.

In der Evangelischen Akademie Loccum trafen sich vom 2. - 4. Juni 1972 60 Personen, zum größten Teil Mitglieder von Aktionsgruppen der Kampagne, um die AEG-Hauptversammlung am 15.6.72 und das Portugal Tribunal vorzubereiten. Es wurden Resolutionen gegen das Kulturabkommen der BRD mit der Südafrikanischen Republik und zur Ausbildung von Namibiranern in der BRD verabschiedet. Außerdem wurde eine regionale Kooperation von entwicklungspolitisch arbeitenden Gruppen beschlossen.

Im Haus Villigst bei Schwerte veranstaltete der "Aktionskreis Dritte Welt", Dortmund, am 6./7. November 1971 mit Schülern und Lehrlingen eine Wochenendtagung über das

Südliche Afrika, auf der die Gruppe über ihre Reise nach Cabora Bassa berichtete.

Während eines sechs Wochen Kurses über Fragen der Entwicklungspolitik in der Ev. Landjugendakademie Altkirchen/Westerwald im Mai 1970 wurde die Fallstudie "Wem nützt Cabora Bassa?" auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Hintergrund geschrieben.

2.1.5. Evangelischer Pressedient

In publizistischer und informatorischer Hinsieht war für die Kampagne der Evangelische Pressedient eine große Hilfe. In seiner Reihe epd-Entwicklungspolitik, epd-Dokumentation und epd-Dritte Welt Information hat er, abgesehen von seinen zahlreichen Beiträgen zum Antirassismusprogramm und der Diskussion darüber, wiederholt Materialien und Informationen über das Südliche Afrika selbst, über die Kampagne und seinen Aktionen berichtet.

Die Tatsache, daß mehr als bisher Nachrichten aus und über das Südliche Afrika und die Kampagne in die Öffentlichkeitsmedien kamen, ist zum nicht geringen Teil ihm zu verdanken.

Eine eingehendere Darstellung seines Wirkens soll. hier nicht erfolgen, da sie umfangreich werden würde.

2.1.6. Aktion Kirchenreform

Der ständige Ausschuß der "Aktion Kirchenreform" erklärte in einem offenen Brief vom 6. Sept. 1970 an die Evangelischa Kirche Deutschlands, Kirchenkanzlei, die Evangelischen Landeskirchen der BRD und den Bevollmächtigten des Rates der EKD am Sitz der Regierung der BRD, zugleich Vorsitzende der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V., Herrn Bischof D.Hermann Kunst D.D., seine Übereinstimmung und Solidarität mit allen Gruppen, die von *der* Bundesregierung fordern:

1) Jen Bau von Cabora Bassa weder durch Ausfallbürgschaften noch durch einen Exportkredit ZU unterstützen;

2) durch gesetzliche Maßnahmen darauf hinzuwirken, daß sich westdeutsche Firmen nicht an diesem Projekt beteiligen können.

Die Aktion bat die christlichen Kirchen, insbesondere die Gliedkirchen *der* EKD, in Wahrnehmung ihres Öffentlichkeitsauftrages ihren Einfluß zur Durchsetzung der genannten Forderungen nachdrücklich geltend zu machen.

Neben einer Denkschrift zum Südlichen Afrika forderte er: "Bis EKD und Landeskirchen prüfen die juristischen Voraussetzungen für einen Boykottaufruf gegen die Deutsche Bank, Hochtief AG, J.M. Voith,AEG-Telfunken, BBC und Siemens und ergreifen erste Maßnahmen in diese Richtung. Insbesondere unterstützt die EKD alle gesellschaftlichen Gruppen, die schon Aktionen gegen den Staudamm durchführen oder zu Beykottmaßnahmen aufgerufen haben" ($ S) *

Im "Aktion Kirchenreform Informationsdienst" erschienen wiederholt Artikel über des Südliche Afrika, so z.B. in Heft 4/)o ein Portrait von Eduardo Montlane, dem ermordeten Begründer der FRELIMO. Dem offenen Brief der "Aktion Kirchenreform" schloß sich die kirchliche Bruderschaft in Württemberg an (16).

2.1.7. Evangelischer Akademikertag

In einer Resolution protestierte der 6. Deutsche Evangelische Akademikertag am 4. Oktober 1970 in Tübingen gegen das Engagement dar BRD im Südlichen Afrika, gegen die Waffenlieferungen an Portugal und die Beteiligung am Bau des Cabora Bassa Staudammes. Es wurde die Rücknahme der westdeutschen Kredite für das Projekt gefordert. Während der Schlußversammlung wurde Geld für Befreiungsbewegungen gesammelt (17).

2.1.8. Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika,

Der "Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika* ist eine entschieden gegen die Rassentrennungspolitik eingestellte Gruppe ehemaliger kirchlicher Mitarbeiter der evangelischen Kirchen in Süd-Afrika. Einige von ihnen wurden von der Südafrikanischen Republik wegen ihre Verhaltens gegen die Apartheidpolitik aus dem Lande gewiesen. Ein besonderes Aufsehen erregte diese Gruppe durch ihren öffentlichen Vorwurf an die Adresse der Evangelischen Kirche in Deutschland, in dem es heißt, daß der *deutsche* Kirchensteuerzahler weiße Evangelische Apartheidskirchen unterstützt. Der Arbeitskreis berichtete weiter, daß von den Missionaren dar "Berliner Mission" etwa 1/3 explizit die Politik dar Apartheid vertreten, ein weiteres Drittel sei neutral und nur ungefähr ein Drittel sei gegen die Apartheid eingestellt. Die Gehälter der Missionare betrügen etwa das drei- bis achtfache von dem, was die schwarzen Pastoren erhalten würden (18). Wie in der Chronologie berichtet, hatte das Berliner "Komitee Südliches Afrika" in einer Flugblattaktion zu *Ostern* 1972 ähnliche Vorwürfe gegen die "Berliner Mission" erhoben,

2.1.9. Antirassismus - Arbeitskreis des Hendrik Kraemer-Hauses in Westberlin

In Kooperation mit kirchlichen und außerkirchlichen Kritischen Gruppen hat dieser Kreis gegen das Cabora Bassa Projekt und für das Antirassismus Programm tatkräftig gearbeitet. An der Erstellung der vom Ökumenisch Missionarischen Institut in Berlin getragenen Antirassismus-Ausstellung waren Mitglieder des Kreises wesentlich beteiligt. Dieser Kreis verfaßte die Broschüre "Zur Lage iss Süden Afrikas", die Sn zwei Auflagen im Frühjahr und Herbst 1971 herausgegeben wurde.

2.1.1o. Kirchliche Persönlichkeiten

Von den leitenden kirchlichen Persönlichkeiten hat sich laut Meldung des epd vom 3o. Juli 197o der westfälische

Präses Hans Thimme in der Diskussion um das Cabora Bassa Projekt gegen eine Unterstützung der Apartheidspolitik im Südlichen Afrika durch handelspolitische Maßnahmen der Bundesregierung ausgesprochen.

2.1.11. Studienaufträge der Kirche zum Thema Südliches Afrika

Zur Verwirklichung der Broschüre von Addis Abeba hat der Rat der EKD auf Vorschlag der beiden Kammern der EKD für öffentliche Verantwortung und kirchlichen Entwicklungsdienst einem Studienprogramm am 16./17. März 1972 zugestimmt und dafür 120.000 DM zur Verfügung gestellt. Es sollen die Auswirkungen der wirtschaftlichen Beziehungen der BRD zum Südlichen Afrika, rüstungswirtschaftliche Beziehungen der BRD *tu* Gebieten akuter Rassenkonflikte und die Öffentlichkeitsarbeit Südafrikas, Portugals und Rhodesiens und der Kritiker dieser Länder untersucht werden. Sowird die Arbeit der "Informationsstelle Südliches Afrika" finanziell unterstützt (19).

Daß es zahlreiche Artikel, Aufsätze und Kommentare in den Publikationsorganen der verschiedenen Institutionen, Gliederungen und Verbände innerhalb dar Evangelischen Kirche gegeben hat, soll hier nur angemerkt werden.

Erwähnt warden müssen außerdem auch die vom Weltkirchenrat in Deutsch herausgegebenen Broschüren über die FRELIMO, PAIGC, ANC-Südafrika, über Namibia und das Cunene Projekt.

2.2. Institutionen und Verbände der Katholischen Kirche

Eine dem Antirassismusprogramm adäquate Einrichtung kann die Katholische Kirche nicht vorweisen. Gegenüber den Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien ist der Öffentlichkeit bisher nur eine demonstrative Geste bekannt geworden. Der Papst empfing nämlich Anfang Juli 1970 die führenden Vertreter der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien: Marcellino des Santos von der FRELIMO,

Augustino Neto von der MPLA und Amilcar Cabral von der PAIGC. Der portugiesische Botschafter beim Vatikan reiste darauf aus Protest nach Lissabon ab (20).

Das Fehlen eines "katholischen Antirassismusprogramms" ist zugleich Folge als auch Grund für ein wenig ausgeprägtes Engagement innerhalb der Amtskirche wie auch der katholischen Institutionen und Verbände gegen die Verhältnisse im Südlichen Afrika. Obwohl das Verhältnis zwischen "Thron und Altar" in Portugal und seinen Kolonien nicht weniger eng ist wie in der Südafrikanischen Republik und Namibia, so rührt sich doch innerhalb der Katholischen Kirche kaum ein "Schuldgefühl". (21),

2.2.1. Katholische Studenten- und Jugendverbände

Auch in der Katholischen Kirche sind es vor allem Studenten und Jugendliche, die in ihren Verbänden und Gruppen sowie In der kirchlichen Öffentlichkeit sich des Cabora Bassa Projekts und den damit verbundenen Themen in progressiver Absicht angenommen haben.

Insbesondere haben sich auch hier lokale sowie überregionale entwicklungspolitische Arbeitskreise der einzelnen Gliederungen durch eigene Aktivitäten oder auch zusammen mit anderen Gruppen engagiert. In ihren politischen Aussagen und Forderungen sind diese Gruppen meistens recht zurückhaltend und verbleiben häufig in einer systemimmanenten Argumentationsweise. Als Beleg einige Zitate aus einem Artikel in der Sondernummer Namibia des Rundschreibens VI/72 das Diözesanarbeitskreises Entwicklungspolitik Osnabrück:

"Nun ginge es sicherlich zu weit, der Bundesrepublik eine Unterstützung der afrikanischen Befreiungsorganisationen zu empfehlen. Zwar unternehmen Schweden und die Niederlande teilweise diesen Schritt, aber es ist fraglich, ob nicht andere Maßnahmen effektiver sind, sie sich gewaltloser Mittel bedienen.

....Eine weitere Überlegung ist, ob auf der Ebene der Betriebsführung (z.B. Aktionärsversammlungen) bestimmte Gremien installiert werden können, die neben der reinen Geschäftskalkulation auch entwicklungspolitische Bedenken durchsetzen können. In Bezug auf dieses Projekt müßte die Bildung einer sinnvollen Strategie sicher auch das Argument berücksichtigen, daß die von der UNO praktizierte 'Embargo-Politik' gegen die weißen Regierungen Südafrikas lediglich zur Verhärtung ideologischer Fronten führe, nicht aber Veränderungen ermögliche" (22).

Die Katholische Deutsche Studenteneinigung (KDSE) brachte in ihrer Zeitschrift "Initiative" in der Ausgabe September/Oktober 1970 eine mehrseitige Dokumentation unter dem Titel "C.B. - Bollwerk des Kolonialismus". Auf der KDSE-Tagung in St. Ulrich vom 5. bis 10. Oktober 1970 wurden die anwesenden Mitglieder verschiedener Katholischer Hochschulgemeinden (KHG) und Studentengemeinden (KSG) von Vertretern der Aktion 1/3 Heidelberg und der Aktion Dritte Welt Freiburg über Cabora Bassa und die laufende Kampagne informiert. In der "Initiative" Nr. 2 von 1971, die unter dem Thema "Rassismus in Afrika" stand, nahm der Vorstand der KDSE Stellung zum Antirassismusprogramm. Es heißt dort u.a.:
"Der Vorstand der KDSE erklärt sich anläßlich des "Jahres des Kampfes gegen Diskriminierung" solidarisch mit den antikolonialistischen und antirassistischen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Er begrüßt die klare Stellungnahme des "Ökumenischen Rates der Kirchen" zur Bekämpfung des Rassismus und die finanzielle Unterstützung der Befreiungsbewegungen. Er verurteilt dagegen das Schweigen der Katholischen Kirche und fragt, warum bislang keine klare und richtungsweisende Erklärung der offiziellen Katholischen Kirche verlautet wurde, etwa nach dem Vorbild der katholischen Bischofskonferenz der Niederlande, verbunden mit entsprechenden Hilfsmaßnahmen. ....Die KDSE fordert deshalb die offizielle Katholische Kirche in der BRD zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen auf, die sich für Selbstbestimmung und grundlegende Menschenrechte aller rassisch verfolgten

Völker und Einzelpersonen einsetzen". (23)

In der Ausgabe Nr. 2/3 von 1972 der "Initiative" wurden Materialien über Portugal und seine Kolonialpolitik veröffentlicht. Auf der Delegiertenversammlung der Arbeitskreise Dritte Welt der Katholischen Studentengemeinden vom 7. bis 9. Mai 1971 in Königstein/Ts. wurde von den Gruppen in Würzburg, Münster und Düsseldorf angekündigt, anläßlich der NATO-Konferenz am 3.6.71 in Lissabon ein Portugal Tribunal durchzuführen, um dadurch auf die portugiesische Kolonialpolitik aufmerksam zu machen.

Vom 21. bis 24. Oktober veranstaltete die KDSE in Nürnberg ein Seminar über das Südliche Afrika. Es nahmen daran über 60 Personen teil. Sie kamen aus: Bonn, Hannover, Hamburg, Darmstadt, Meckesheim, Richen, Walberberg, Berlin, Heidelberg, Fürth, Bückeburg, Leverkusen, Mönchen-Gladbach, Göttingen, München, Bielefeld, Münster, Freiburg, Bersenbrück, Tübingen, Regensburg, Essen, Frankfurt, Würzburg, Fürstenfeldbruck und Harburg.

Die Teilnehmer des Seminars richteten einen offenen Brief an den Bundeskanzler, die Bundestagsfraktionen und das Auswärtige Amt, in dem sie die Auflösung des Kulturabkommens der BRD mit der SAR forderten. Während des Seminars wurde auch über zukünftige Aktionen, wie das Portugal Tribunal und die Siemens-Hauptversammlung im März 1972 gesprochen.

Für den Oktober 1972 bereitete das Auslandsreferat der KDSE in Zusammenarbeit mit dem "Deutschen Komitee für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique" ein Koordinierungsseminar Südliches Afrika in Nürnberg vor.

In seinen Mitteilungen hat das Auslandsreferat "Arbeitsbereich Dritte Welt" wiederholt auf Veranstaltungen, Aktionen, Tagungen und Veröffentlichungen der Kampagne hingewiesen und ausführlich darüber berichtet.

Der Hochschulring im "Bund Neudeutschland" führte vom 12. bis 17. April 1971 in Berlin seine 3. Internationale Tagung zur Frage "Kirche zwischen Schwarz und Weiß" durch. Es wurde über die politische und ökonomische Situation im Südlichen Afrika und über das Verhalten der Kirche referiert. Als Referenten traten u.a. auf: Eduardo Ferreira aus Heidelberg, ein Mitarbeiter des Hendrik Kraemer Hauses in Berlin und Pater Michael Traber, der längere Zeit in Rhodesien gewirkt hat (1970 ausgewiesen) und ein entschiedener Gegner von Kolinialismus und Rassismus ist. In einer Resolution sprachen sich die ca. 30 Teilnehmer für die Revision des Konkordats Vatikan-Portugal, des Missionsabkommens und des Missionsstatus aus mit den Zielen: die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat (Portugal) zu sichern, die Solidarisierung der offiziellen Kirche mit den Interessen der afrikanischen Bevölkerung in den Portugiesischen Kolonien zu bewirken und eine eindeutige Stellungnahme der Kirche zum Antirassismusprogramm des Ökumenischen Rates der Kirchen und die Unterstützung dieses Programms mit konkreten Maßnahmen, wie es die katholische Bischofskonferenz in Holland getan hat, zu erreichen.

In der Sondernummer Juli 1971 der Zeitschrift des Verbandes "Kontakte" erschienen Auszüge aus den Referaten und die Resolution.

Auf einem Treffen für Oberschüler vom 4. bis 7. April in Mainz veranstaltet von der "Katholischen Studierenden Jugend Schülergemeinschaft im Bund Neudeutschland", wurde ebenfalls das Thema Südliches Afrika behandelt. Während der Tagung wurde auch für die Boykottaktion geworben.

In der Deutschen Landjugendakademie Klausenhof in Dingden/ Westfalen fand vom 30.9. bis 3.10.1971 ein Seminar über Portugal und seine Überseeprovinzen statt. Ein Referent dieser Tagung war u.a. Bruder Zahn, ein Mitglied des Missionsordens der "Weißen Väter". Zusammen mit seinen anderen

Ordensbrüdern hatte er im Mai 1971 die Missionstätigkeit in Mozambique eingestellt und das Land auf Anordnung der Portugiesischen Behörden innerhalb von 48 Stunden verlassen müssen. Die Ausweisung der "Weißen Väter" erfolgte auf einen Brief des Generalrats der Missionsgesellschaften an die Patres und Brüder vom 15.5.1971. Die Einstellung der Tätigkeit des Ordens in Mozambique wird begründet mit dem Widerspruch zwischen christlichen Prinzipien und den Praktiken der Kolonialmacht, zu dem der Generalrat glaubte, nicht länger schweigen zu können, ohne sich schuldig zu machen. In dem Brief heißt es weiter:"Wir baten darum und warteten lange Zeit darauf, daß die Hierarchie eine klare Stellung einnehme, um diese Zweideutigkeit angesichts der Ungerechtigkeit und polizeilicher Brutalität zu beseitigen. Konfrontiert mit einem Schweigen, daß wir nicht verstehen können, verbietet uns unser Gewissen, als mitschuldig angesehen zu werden an einer offiziellen Unterstützung, welche die Bischöfe auf diese Weise einem Regime zu leisten scheinen, daß auf schlaue Weise die Kirche benützt, um in Afrika eine anachronistische Lage zu festigen und zu verewigen, welche auf die Dauer eine Sackgasse bedeutet"(24).

Bund Deutscher Katholischer Jugend (BDKJ)

Wie schon berichtet, war der Bund der Deutschen Katholischen Jugend einer der Träger des "Friedensmarsches 70". In den lokalen Friedensmarschkomitees wirkten auch regionale und lokale Organisationen der katholischen Jugend mit. Sie unterschrieben auch die während der Märsche gefaßten Resolutionen und Proteste gegen die Westdeutsche Beteiligung am Cabora Bassa Projekt.

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend Heidelberg richtete am 8. April 1970 zusammen mit der Aktion 1/3 Heidelberg und dem Ökumenereferat der Evangelischen Studentengemeinde Heidelberg einen offenen Brief zum Cabora Bassa Projekt an die deutschen Gewerkschaften. Sie weisen darauf hin, daß das

Projekt das Kolonialregime und die Apartheidpolitik in Südafrika stütze, die westdeutschen Firmen sich mitschuldig machten an der Beihilfe zur Verletzung einer Reihe von Beschlüssen von UN-Gremien. Da die Bundesregierung nicht willens sei, einzugreifen, so erklären sie, sei es nun Sache der Gewerkschaften und der betreffenden Betriebsräte, in Solidarität mit der unterdrückten schwarzen Bevölkerung in Mozambique Maßnahmen gegen die beteiligten westdeutschen Firmen zu ergreifen. Sie schlagen vor: eine Unterredung mit den Firmenleitungen und nötigenfalls Arbeitskampfmaßnahmen in adäquater Eskalation von Warnstreiks bis zu längerfristigen Streiks (25).

In einem Bericht des "Heidelberger Tageblatts" vom 30.4.70 haben sich dem Aufruf ein Dutzend weiterer Gruppen in der BRD angeschlossen.

"Club- und Informationszentrum" des BDKJ in Heidelberg erklärte sich in einem Brief an die "Aktion Dritte Welt" in Freiburg vom 1. Januar 1972 bereit, an der Vorbereitung und Durchführung des PortugalsTribunals mitzuwirken.

Der Arbeitskreis 2/3 Welt der BDKJ München sammelte im Frühjahr 1971 Unterschriften für die Boykottaktion.

2.2.2. Kritischer Katholizismus

Auf die zahlreichen Artikel und Berichte über Vorgänge im Südlichen Afrika und über Aktivitäten der Kampagne in der Zeitung "Kritischer Katholizismus" kann nicht näher eingegangen werden. Die Autoren dieser Zeitung haben sich immer entschieden hinter die Forderungen der Kampagne gestellt. Sie sind auch an der Vorbereitung des Portugal Tribunals (Kongreß) beteiligt.

2.2.3. Pax Christi

Am 23. Juli 1970 gab der geschäftsführende Vorstand der Deutschen Pax Christi-Sektion eine "Erklärung zum Cabora-Bassa Projekt" heraus. Der Vorstand wendet sich darin gegen

die naive Behauptung der westdeutschen Firmen, Cabora Bassa habe mit Politik nichts zu tun. Er stellt fest, daß diejenigen, die sich am Bau beteiligten, zur Stärkung des portugiesischen Kolonialregimes, der Apartheidpolitik in der SAR und des Smith-Regimes in Rhodesien beitragen und daß durch den Bau des Staudammes die Sanktionen der Vereinten Nationen gegen Rhodesien durchlöchert werden. Von der Bundesregierung erwartet der Vorstand, daß sie künftig den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der BRD und den Gebieten im Südlichen Afrika, die unter weißer Minderheiten-Herrschaft stehen und deshalb internationale Konfliktherde sind, mehr vorsorgliche Beachtung schenken werde. Er erhofft sich Gespräche zwischen der FRELIMO und Vertretern der Bundesrepublik über die langfristige Zukunft von Cabora Bassa.

Einige Pax Christi Gruppen haben ihr Interesse an einer Teilnahme am Portugal Tribunal erklärt.

2.2.4. Katholischer Arbeitskreis für Entwicklung und Frieden

In der oben zitierten Stellungnahme der KDSE wird berichtet, daß ein im Herbst 1971 geplantes internationales katholisches Kolloquium über Rassismus-Probleme in München vom Vatikan her manipuliert wurde. Das Kolloquium sollte von der Päpstlichen Kommission "Justitia et Pax" und dem Straßburger Institut für Menschenrechte, "René Cassin", durchgeführt werden. Als weiterer Träger war die nationale Kommission "Justitia et Pax" in der BRD, der "Katholische Arbeitskreis für Entwicklung und Frieden (KAEF) vorgesehen; von seiten des Vatikans *wollte man den Rassismus in den portugiesischen Kolonien* und seine ökonomischen und politischen Hintergründe nicht behandelt haben. Mitglieder des Vorbereitungsausschusses aus dem "Arbeitskreis für Entwicklung und Frieden" bestanden aber darauf. Das Kolloquium kam nicht zustande.

Die wissenschaftliche Kommission des Arbeitskreises betreibt zur Zeit ein größeres aus Kirchensteuermittel finanziertes Forschungsprojekt zum Schwanz-Weiß-Konflikt im Südlichen

Afrika. Die Studie steht unter der Leitung von Prof. Amsprenger in Berlin und Prof. Czempiel in Frankfurt (26).

2.2.5. Bischöfe

Auf die Frage nach seiner Meinung zu den Freiheitsbewegungen in Afrika antwortete Bischof Tenhumberg aus Münster, daß diese Bewegungen die Sympathien des von ihm geleiteten "Katholischen Arbeitskreises für Entwicklung und Frieden" hätten, soweit sie wirkliche Freiheit des Menschen, wahre Demokratie und Gerechtigkeit und nicht ein anderes unmenschliches System der Ungerechtigkeit aufrichten wollten. Nach Meinung des Bischofs sei es eine wichtige Aufgabe, die gesamte deutsche Öffentlichkeit für die Konflikte in Afrika zu sensibilieren (27).

Bei seinem Besuch im Juli 1971 in Viersen erklärte Bischof Dr. Jakobus Komba aus Matiri, daß die Kolonialherrschaft der Portugiesen in seinem Nachbarland Mozambique ein Verstoß gegen das christliche Gebot der Liebe sei, er selbst die FRELIMO unterstützen werde und Cabora Bassa die Herrschaft der Portugiesen stützen würde. Er begrüßte die Initiative zum Boykott der am Bau beteiligten deutschen Firmen; wenn die Aktion Erfolg haben würde, würde das eine Hilfe für das Christentum sein (28).

Der Erzbischof Milingo von Lusaka, Sambia, hat in seiner Osteransprache 1970 im Fernsehen die rassistischen Regime im Südlichen Afrika und deren Unterstützung durch die katholische und niederdeutsche reformierte Kirche scharf kritisiert. In einem Interview mit dem Aktionskreis Dritte Welt Dortmund im September 1971 hat er diese Kritik noch deutlicher begründet (29).

2.2.6. Katholikentag

Der ARbeitskreis 27 des 83. Deutschen Katholikentages, der vom 9. bis 13. September 1970 in Trier stattfand, forderte in einer Resolution zu Cabora Bassa eine kritische Distanz zum Kapitalismus im Sinne der Enzyklika "Populorum Progressi

und verurteilte das Projekt, weil es die weiße Vorherrschaft im Südlichen Afrika stabilisiere. Die Deutsche Bischofskonferenz, der Arbeitskreis für Entwicklung und Frieden, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken werden aufgerufen, bei der Bundesregierung gegen die westdeutsche Beteiligung am Bau des Staudammes zu intervenieren.

2.2.7. Pfarrgemeinderat

Als wohl einmalige Erscheinung muß der Beschluß des Pfarrgemeinderates der Pfarre St. Joseph in Viersen im September 1971 angesehen werden, der sich dem Boykottaufruf des Berliner Komitees anschloß und zusätzlich den Kirchenvorstand und alle Pfarrmitglieder bat, sich ebenfalls dem Boykott anzuschließen. In einer gesonderten Resolution im September 1971 forderte der Rat die Katholische Kirche auf, sich dem Antirassismusprogramm des Weltkirchenrates anzuschließen und so einen Beitrag zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen zu leisten. Die Stellungnahmen erregten lokal wie überregional beträchtliches Aufsehen. Zeitungen und Zeitschriften berichteten davon. In der gleichen Gemeinde wurde auch die oben genannte Jugendmesse zum Thema Kirche und Rassismus gefeiert. (30)

Diese Erfolge gehen zurück auf die rege Aktivität der "Aktion Dritte Welt" in Viersen. Führende Vertreter dieser Gruppen waren zugleich auch Mitglieder des Pfarrgemeinderates.

Wegen dieses Verhaltens des Pfarrgemeinderates kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Kirchenvorstand der gleichen Pfarrei, die bis zu Boykottandrohungen für die Kirchenvorstandswahlen führten. Dieser hatte in seiner Sitzung vom 4.5.72 die Boykotterklärung des Gemeinderates bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung abgelehnt, nachdem er sich zunächst für eine Stellungnahme nicht zuständig erklärt hatte. Der Kirchenvorstand lehnte es ab, wegen der persönlichen Haftung seiner Mitglieder, der möglichen rechtlichen Folgen für die Pfarre und wegen des Wirtschaftsgebarens der Pfarrge-

meinde, sich dem Boykott anzuschließen. Er sprach sich in der gleichen Sitzung dafür aus, 50 % des Reinerlöses des Pfarrfestes im Jahre 1972 für die Partnerpfarre in Matiri zur Verfügung zu stellen (31).

2.3. Ökumenisches Pfingsttreffen in Augsburg

An dem Ökumenischen Pfingsttreffen vom 3. bis 5. Juni 71 haben auch zahlreiche Mitglieder von entwicklungspolitischen Aktionsgruppen teilgenommen, die auch an der Cabora Bassa Kampagne beteiligt waren.

Vertreter des Aktionskomitees Afrika aus Münster und Bielefeld und der Aktion Dritte Welt, Freiburg, nutzten die Gelegenheit, um mit tausenden von Flugblättern einmal für die Zeitschrift "Progrom" zu werben, in der über Kirche und Kolonialismus, Rassismus, Apartheid und Imperialismus berichtet wird, zum anderen, um gegen Cabora Bassa zu protestieren. In dem Flugblatt der Gruppe aus Freiburg werden die Teilnehmer des Pfingsttreffens ersucht, die Evangelische und die Katholische Kirche aufzufordern, das Antirassismusprogramm mit Kirchensteuermitteln und durch Sonderkollekten zu unterstützen. Die deutsche Bischofskonferenz soll aufgefordert werden, beim Vatikan die Aufkündigung des Konkordats mit Portugal zu verlangen. Die Teilnehmer werden weiterhin ersucht, auf alle Kirchen in Deutschland einzuwirken, als Kirche den Boykott des Berliner Komitees zu unterstützen.

Die Forderungen des Flugblattes schlugen sich in fünf Resolutionen des von 600 Personen besuchten Arbeitskreises "Entwicklung - Verantwortung der Christen" nieder. Die Resolutionen waren an leitende Instanzen der beiden Kirchen gerichtet. Sie wurden noch ergänzt durch Forderungen hinsichtlich der Unabhängigkeit der portugiesischen Kolonien, der Waffenlieferung der BRD an Portugal und an die Südafrikanische Republik, wie sie Strauß im Mai 1971 diesem Staat im Falle eines Wahlsieges der CDU/CSU in Aussicht gestellt hatte, der Missionstätigkeit der beiden Kirchen in Afrika (Solidarität für die "Weißen Väter") und des Rückzuges der westdeutschen Cabora Bassa Firmen (32).

2.4 Internationaler Versöhnungsbund, Deutscher Zweig

Für die Vorbereitung des Boykottaufrufs hat sich besonders der Internationale Versöhnungsbund, Deutscher Zweig, eine christliche pazifistische Vereinigung, als Träger der Zeitschrift "Gewaltfreie Aktion" Verdienste erworben. Auf der Jahrestagung des Bundes im Mai 1971 in Kassel wurden unter anderem zu Cabora Bassa mehrere Resolutionen gefaßt. In diesen Resolutionen forderten die Teilnehmer die Kirche und ihre Werke auf, keine Geldgeschäfte mehr mit den Banken zu tätigen, die an der Finanzierung des Projektes Cabora Bassa beteiligt sind. (Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank) Die Mitglieder des Bundes wurden ersucht, ihre Konten bei diesen Banken aufzugeben und sämtliche Geldgeschäfte mit ihnen einzustellen (33). Während dieser Tagung fand eine längere öffentliche Diskussion mit einem offiziellen Vertreter der AEG statt.

2.5. Organisationen der Kriegsdienstverweigerer

Organisationen der Kriegsdienstverweigerer, so z.B. der "Verband der Kriegsdienstverweigerer" (VK) und die "Progressiven Pazifisten und Kfriegsdienstverweigerer" (PPK) haben in ihren lokalen, regionalen und überregionalen Informationsschriften über Cabora Bassa und seine Hintergründe berichtet und zum TEil zum Boykott der Firmen ausgerufen. In der Zeitschrift des VK "Zivil" erschien in Nr. 8 im August 1970 die Analyse von Eduardo Ferreira: ""Cabora Bassa oder der Imperialismus in den portugiesischen Kolonien" (34). Die Analyse war zuerst im "Roten Forum", 3/70 (Juni 1970) und in "Der Funken", Nr. 2 (Juni 1970) veröffentlicht worden. In der gleichen Zeitschrift war der Boykottaufruf des Berliner Komitees in der Nr. 5 vom Mai 1971 abgedruckt. Sowohl Mitglieder als auch Gruppen dieser Organisationen, so z.B. die PPK - Gruppen in Duisburg und Lübeck und die VK Gruppe in Bonn haben an ihren Orten im Sinne der Kampagne gewirkt, z.T.Unterschriften für den Boykott gesammelt und sich an Aktivitäten anderer Gruppen der Kampagne beteiligt.

2.6. Entwicklungs- und Friedensdienste

Ein so spektakuläres Riesenprojekt wie Cabora Bassa im Entwicklungsland Mozambique mußte diejenigen Organisationen und Personen zur Stellungnahme herausfordern, die von ihrer Arbeit her mit Entwicklungspolitik befaßt sind.

So hat der Geschäftsführer des "Deutschen Entwicklungsdienstes" Dr. Manfred Kulessa in einem Brief vom 3.4.1970 an die drei Parteien im Bundestag, die fünf beteiligten Firmen und an den "Arbeitskreis Entwicklungsländer" beim "Bund Deutscher Industrie" (BDI) seine Bedenken gegen das Projekt dargelegt.

Entwicklungshelfer und Mitarbeiter des "Deutschen Entwicklungsdienstes" in der Ausbildungsstätte Wächtersbach haben am 7.4.1970 einen offenen Brief zum Cabora Bassa Damm an den Bundeskanzler, den Wirtschaftsminister, den Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Fraktionsvorsitzenden des Bundestages, mehrere Zeitungen und Nachrichtendienste und an die fünf beteiligten westdeutschen Firmen gerichtet. Sie forderten die Zurücknahme der Absicherung der deutschen Firmenkredite durch die Bundesregierung und eine grundsätzliche Überprüfung der Richtlinien, nach denen die Bundesregierung Investitionen deutscher Firmen in Entwicklungsländern absichert.

In Tansania tätige westdeutsche Entwicklungshelfer haben ebenfalls in einem Brief an die Bundesregierung gegen die Beteiligung der BRD an dem Projekt und die Waffenlieferungen an Portugal protestiert (35).

Mit dem Vizepräsidenten der FRELIMO, Marcellino dos Santos, machten deutsche Entwicklungshelfer in Tansania ein Interview. Es wurde in den "Blättern des iz 3 w" veröffentlicht (36).

Mehrere sich in Ausbildung befindliche Entwicklungshelfer haben im Winter 1971-72 in Westberlin in einer Arbeitsgruppe

über Fragen des Südlichen Afrika theoretisch gearbeitet und bei Flugblattaktionen des "Komitee Südliches Afrika" in Westberlin praktisch mitgewirkt.

Mehrere Arbeitskreise zurückgekehrter Entwicklungshelfer haben sich in eigenen Seminaren über Cabora Bassa und seine Hintergründe informiert, so z.B. der Arbeitskreis in Frankfurt (37), und waren auch an Aktionen anderer Gruppen beteiligt, wie der DED-Rückkehrerkreis Berlin bei Aktivitäten des Komitees Südliches Afrika Berlin.

Die "Informationsstelle Südliches Afrika e.V." haben u.a. Mitarbeiter vom "Deutschen Entwicklungsdienst", "Dienst in Übersee" und "Eirene" (Internationaler Christlicher Friedensdienst) mitgegründet.

Der für die Entwicklungshilfeorganisation "Brot für die Welt" zuständige Direktor des Diakonischen Werkes sprach im Sommer 1970 Minister Eppler sein Bedauern über die westdeutsche Beteiligung am Bau des Staudammes aus (38).

"Aktion Sühnezeichen" stellte für die AEG-Hauptversammlung im Juni 1971 Aktien zur Verfügung und schloß sich auf einem Flugblatt für Aktionäre dem Protest der kritischen Aktionäre an. In den Zeitschriften der Dienste wurde wiederholt über das Südliche Afrika und die Kampagne berichtet.

2.7. Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.

Waren die meisten Studien und Broschüren zu Cabora Bassa in einem relativ zur Gesamtbevölkerung engen Kreis verblieben, so erreichte die der "Afrika heute" Ausgabe vom 1. April 1971 beigelegte "Stellungnahme der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, Studiengruppe Probleme der Entwicklungsländer zum Cabora Bassa Projekt" eine über diesen Kreis hinausreichende beträchtliche Verbreitung und Beachtung. Sie wurde in vielen Zeitungen und Zeitschriften ganz oder z.T. abgedruckt, so z.B. in epd - Dokumentation 19/71

vom 19.4.1971 oder im "Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt" vom 11.4.1971. Für die Aktivisten der Kampagne war diese Studie eine wichtige Argumentationshilfe, da die klare politische Aussage im Rahmen einer so renomierten Wissenschaftlervereinigung nicht ohne weiteres abgetan werden konnte.

Das Votum der Studiengruppe für einen Rückzug der westdeutschen Firmen führte innerhalb der Vereinigung zu beträchtlichen Kontroversen.

2.8. Deutscher Bundesjugendring (DBJR)

Am 28. September 1970 protestierte der "Deutsche Bundesjugendring" in einem Brief an die Bundesregierung gegen die Entscheidung des Bundeskabinetts vom 30. Juli 1970, die Kreditbürgschaften nicht zurückzunehmen. In dem Brief wird unter anderem aufgeführt: "Im Namen der im Deutschen Bundesjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände und Landesjugendringe und im Namen afrikanischer Freunde protestieren wir deshalb gegen die Entscheidung der Regierung und erklären uns solidarisch mit allen Kräften Afrikas, die für die politische und ökonomische Selbständigkeit ihrer Länder kämpfen." (39) In den Zeitschriften der Jugendringe und ihr angeschlossenen Verbände wurden häufig Artikel und Nachrichten zum Südlichen Afrika und der Kampagne gebracht (4o).

2.9. Amnesty International

Nach einem Rundbrief der Spezialistengruppe - 124 für Südafrika in Bochum - Linden vom Jan. 1971 an alle Südafrika-Gruppen in der deutschen Sektion von Amnesty International soll es ca. 1oo Gruppen in der BRD und in Westberlin geben, die politische Häftlinge in der Republik Südafrika, Namibia und Rhodesien betreuen. Außerdem gibt es noch Gruppen, die sich für politische Gefangene in Portugal und seinen Kolonien einsetzen. Die Gruppe 225 in Kirchheim(Teck) führte z.B. im Sommer 1972 eine Solidaritätsaktion für Dr. Domingos Aronca durch. Postkarten mit der Bitte um Gerechtigkeit und Freilassung Dr. Aroncas an den Präsidenten Portugals lagen der Nr. 16 vom Mai 1972 der "Blätter des IZ3W" bei.

Dr. Aronca ist der erste und bisher einzige Farbige in Mozambique, der ein juristisches Staatsexamen ablegte. Im Mai 1965 verhaftet, wurde er am 6. Juli 1967 vom Militärgericht in Mozambique zu vier Jahren Haft und anschließender Sicherheitsverwahrung verurteilt (41).

In internen und öffentlichen Veranstaltungen haben manche dieser Gruppen über die Situation im Südlichen Afrika informiert. Einige Gruppen haben auch an lokalen Aktionen im Rahmen der Kampagne mitgewirkt, wie z.B. im Dezember 1970 in Marburg oder im Sommer 1971 in München zusammen mit ESG und DED-Rückkehrern. Die Freisinger Amnesty Gruppe plant für November 1972 eine Anti-Rassismus-Ausstellung, die sich vor allem mit dem Südlichen Afrika befassen soll. An der Vorbereitung des Kongresses für die Freiheit in Angola, Guinea-Bissao und Mozambique sind auch Amnesty Gruppen beteiligt.

2.10. Politisches Nachtgebet, politische Clubs

Am 1. und 2. Dezember 1970 führte in der Antoniterkirche in Köln das "Politische Nachtgebet" eine Veranstaltung zum Thema Cabora Bassa durch. Am ersten Tag wurde zunächst ein Film über die Arbeit der FRELIMO gezeigt, anschließend berichtete das Mitglied des Zentralkomitees der FRELIMO, Shissanu, über seine Organisation und die Situation in Mozambique.

Mehrere Republikanische Clubs, so in Virnhei, Calw, Mönchen-Gladbach oder auch ähnliche politische Gruppierungen wie z.B. der "Club Humanité" in Koblenz haben eigene Diskussionsabende und Informationsveranstaltungen zu Cabora Bassa und Themen des Südlichen Afrikas abgehalten, der "Club Humanité" z.B. am 22.10.1970. Solche Clubs waren auch an anderen öffentlichen Veranstaltungen zum Thema Südliches Afrika beteiligt. Ein Vertreter des Republikanischen Clubs Calw z.B. diskutierte am 1.11.1970 im "Nagolder Jugendforum"

mit Vertretern des deutschen Gewerkschaftsbundes, der SPD, der Jungsozialisten, der Firmen BBC und der Bundesministerien für wirtschaftliche Zusammenarbeit über: "Cabora Bassa - ein Staudamm gegen die Freiheit? " (42)

2.11. Deutsche Afrika Gesellschaft

Nach dem Wechsel des Vorstandes im Jahre 1970 und der dadurch erfolgten Neubestimmung der politischen Funktion der Deutschen Afrika Gesellschaft sind in der Zeitschrift der Gesellschaft "Afrika heute" immer wieder kritische Berichte, Analysen und Stellungnahmen zum Komplex Südliches Afrika erschienen. Wie oben berichtet, lag der Ausgabe vom 1. April 1971 die "Stellungnahme der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, Studiengruppe Probleme der Entwicklungsländer zum Cabora Bassa Projekt" bei.

In diesem Zusammenhang sollte erwähnt werden, daß zu den Kritikern der Verhältnisse im Südlichen Afrika Ökonomen, Politologen und Soziologen gehören, die sich wissenschaftlich und mit dem Problemkomplex auseinandergesetzt haben und setzen. Auf deren analytische Arbeiten basierte häufig die Argumentation der Akteure der Kampagne. Sprachrohr dieser Wissenschaftler waren häufig Zeitschriften der Afrika-Wissenschaft. Viele der kritischen Afrikanisten sind im Verein der Afrikanisten organisiert. Manche von ihnen haben aktiv an der Kampagne teilgenommen.

2.12. Internationale Studentenvereinigungen und -clubs, afrikanische Studentenverbände

Internationale Studentenclubs innerhalb der Hochschulen und der kirchlichen Studentengemeinden, nationale Studentenverbände einzelner afrikanischer Staaten und die "Afrikanische Studenten Union" in der BRD und Westberlin haben meistens innerhalb der Hochschulen Informationsveranstaltungen zum Südlichen Afrika durchgeführt, häufig haben sie dies in Zusammenarbeit mit anderen studentischen Gruppierungen oder

Institutionen, wie z.B. den kirchlichen Studentengemeinden getan. Die "Afrikanische Studenten Union" Stuttgart hielt z.B. vom 5. - 12. Juni 1972 in Zusammenarbeit mit dem Auslandsamt und dem Auslandsreferat des ASTA der Universität Stuttgart sowie mit der Evangelischen und Katholischen Studentengemeinde, mit dem "Internationalen Studentenclub" und dem "Institut für Auslandsbeziehungen" eine Afrika-Woche ab. Während dieser Woche wurden u.a. eine Ausstellung und mehrere Filme über Südafrika gezeigt und Referate über die Praxis in Südafrika gehalten. Mehrere afrikanische STudenten, auch aus dem Südlichen Afrika, haben in Gruppen an der Kampagne mitgearbeitet. Diese Studenten haben häufig als Referenten an Seminaren, Tagungen und Informationsabenden teilgenommen.

In der Zeitschrift "Entwicklungsländer - Informationen, Nachrichten, Berichte, Dokumentationen für den Hochschulbereich" des World University Service, Deutsches Komitee e.V. in Bonn erschien in der Nr. 3/4 vom 27.3. 197o unter der Überschrift "Cabora Bassa als Gretchenfrage für Bonn?" ein längerer kritischer Artikel (43).

Über Cabora Bassa - Zweiter Teil der Tragodie" und den "Protest der Anti-Apartheid-Bewegung gegen Cabora Bassa" wurde in der Nr. 6/7 vom 31. Juli 7o berichtet (44)

Im November/Dezember 7o brachte das Deutsche Komitee des "World University Service" ein Sonderheft zu den portugiesischen Kolonien heraus.(45) Verantwortlich für den Inhalt dieser Ausgabe war Eduardo Ferreira.

An einigen Hochschulen beteiligten sich Gruppen des "World University Service" an Aktionen gegen Cabora Bassa, so z.B. in Marburg im Dezember 197o.

2.13. pro afrika e.V.

"pro afrika" entstand im Rahmen der Hilfsaktionen für die betroffene Bevölkerung des Biafra-Konfliktes in Nigeria in den Jahren 1968/69. "pro afrika" hilft Bevölkerungsgruppen oder Einzelpersonen in afrikanischen Ländern, die durch Kriesen oder Diskriminierung und Unterdrückung in Not geraten sind. Hierzu gehören Menschen aus dem Südlichen Afrika und den portugiesischen Kolonien" (46). Über diese Organisation wurden z.T. Medikamentensammlungen für die Befreiungsbewegungen nach Afrika verfrachtet. Der Verein selbst hat Medikamente und andere Hilfsgüter den Befreiungsbewegungen zukommen lassen. Studienbewerber oder Asylsuchende aus den Ländern des Südlichen Afrika werden finanziell unterstützt und betreut.

In seinen Rundbriefen und seinem Informationsdienst an seinen Mitglieder-Förderkreis werden häufig Nachrichten aus dem Südlichen Afrika, so auch über Cabora Bassa, und Kommentare zu den Vorgängen dort publiziert.

2.14. Gewerkschaften

Über eine offizielle Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) oder anderer Industriegewerkschaften zum Cabora Bassa Staudamm und der Beteiligung westdeutscher Firmen an seinem Bau ist dem Autor nichts Eindeutiges bekannt geworden. Laut einer Meldung in der "Frankfurter Rundschau" vom 17./18.6.197o soll sich die DGB-Spitze für eine Kampagne ausgesprochen haben. Dazu heißt es in der "Roten Pressekonferenz" Nr. 7e vom 26.6.197e, daß genau das Gegenteil der Fall sei: DGB-Vetter (Vorsitzender des DGB) habe sich auf einer Sitzung im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit für den Bau des Staudammes ausgesprochen. Vetter hat als Mitglied des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für die Gewährung eines Kredites an die portugiesische Regierung in Höhe von 285,62 Mill. DM zum Bau von Cabora Bassa gestimmt. Auf dem Hearing des Ausschusses für wirtschaft-

liche Zusammenarbeit des Bundestages am 27./28.4.197o daraufhin angesprochen, mußte Vetter zugeben, uninformiert dem Kredit zugestimmt zu haben. In einem Brief an den Vorsitzenden des Verwaltungsrates, Abs, habe er darauf hingewiesen, daß in Zukunft die Hintergründe der Kapitalhilfen deutlich gemacht würden (47).

Dem Verwaltungsrat der Kreditanstalt gehören außerdem an führenden Gewerkschaftsfunktionären der Chef der Bank für Gemeinwirtschaft, Hesselbach, und das DGB-Vorstandsmitglied Neemann an (48).

In einem Bericht des FDP-Kreisverbandes Düsseldorf v m 31.8. 197o zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Kühn wird darauf hingewiesen, daß DGB und IG-Metall über die Intervention des Auswärtigen Amts im Jahre 1967 (Außenminister Brandt, R.M.) bei der portugiesischen Regierung für den Zuschlag an das Konsortium mit den westdeutschen Firmen informiert gewesen seien und stillschweigend begrüßt hätten. Die deutsche Industrie und die Gewerkschaften wären damals in einer Phase der wirtschaftlichen Rezession um die Erhaltung v n Arbeitsplätzen bemüht gewesen. (49)

Bei einem Interview, das Heidelberger Studenten mit leitenden Vertretern der am Bau beteiligten Firmen in Erlangen geführt haben, berichtete der Direktor und Generalbevollmächtigte für Energietechnik von Siemens, Schröter, daß die Betriebsräte von Siemens über das Projekt unterrichtet worden seien und sie eingesehen hätten, daß die deutsche Industrie ohne Export nicht lebensfähig sei (5o).

In Zeitschriften von Gewerkschaften wurde wiederh lt über die Cabora Bassa Situation im Südlichen Afrika und die Kampagne berichtet. In der Zeitschrift "Blan" der Gewerkschaftsjugend, Dortmund, erschienen z.B. im S mderblatt vom Dezember 1971 und in der Nr. 1/72 Berichte über Cabora Bassa und die Kampagne.

Ein Vertreter des Jugendausschusses des DGB-Rheinland Pfalz nahm am 2.12.1970 an einer Podiumsdiskussion über Cabora Bassa teil, die veranstaltet wurde vom ASTA der Ingenieurschule Bingen. Gemäß einem schriftlichen Bericht von G. Stingl über die Veranstaltung soll der DGB-Vertreter über zunehmenden Widerstand von seiten des DGB gegen den Staudamm berichtet haben (51).

An der Podiumsdiskussion des "Nagolder Jugendforum" am 6.11.70 nahm auch ein Vertreter des DGB teil. Der DGB-Vorsitzende des dortigen Kreises erklärte während dieser Diskussion, daß der dreifache Nutzen des Dammes zuerst an das Kapital, dann an Portugal und erst an letzter Stelle an das Volk von Mozambique gehe, wenn dies sein Schicksal in die eigenen Hände genommen und sich von Portugal befreit habe. Es müsse darum gehen, die Zeit bis dahin möglichst gut zu überbrücken und sie so kurz wie möglich zu machen (52).

2.15 Organisationen der SPD

Mitglieder und Gruppen der "Sozialistischen Jugend Deutschland - die Falken - und der Jungsozialisten haben an verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne teilgenommen und in ihren Publikationsorganen publizistisch unterstützt. An der Vorbereitung des Kongresses sind auch einige von ihnen beteiligt.

Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten Berlin und der Landesverband Berlin der SPD haben zusammen mit anderen Organisationen ein Flugblatt des Berliner Komitees Südliches Afrika gegen Unterdrückung und Entrechtung in der Südafrikanischen Republik mit unterschrieben. Das Flugblatt wurde auf der "Grünen Woche" im Februar 1972 in einer Auflage von zehntausend Exemplaren verteilt. Im folgenden sollen nur die mehr offiziellen Stellungnahmen genannt werden.

Auf der Delegiertenkonferenz des Unterbezirks Heidelberg der Jungsozialisten wurde im Juni 1970 eine Resolution gegen Cabora Bassa verabschiedet. Es heißt darin, daß der Bau des Staudamms

ein neuer Versuch des Imperialismus sei, seine Herrschaft in den Ländern der Dritten Welt aufrechtzuerhalten. Unter Hinweis auf die in Schweden und England von den Gewerkschaften und Sozialdemokratischen Parteien erfolgreich geführte Kampagne gegen die Beteiligung nationaler Firmen am Bau des Dammes fordern sie alle fortschrittlichen Kräfte auf, sich an der eingeleiteten Kampagne gegen den Dammbau zu beteiligen (53).

Im September 1970 forderten die nordrhein-westfälischen Jungsozialisten die Bundesregierung und den SPD-Bundesvorstand auf, die Kreditbürgschaften für Cabora Bassa zurückzunehmen und nach dem Vorbild der schwedischen Regierung die FRELIMO politisch und finanziell zu unterstützen (54).

Auf der Bezirkskonferenz des Bezirkes Weser-Ems der Jungsozialisten am 20. Oktober 1970 wurde in einem Antrag ebenfalls gegen Cabora Bassa und die Unterstützung des portugiesischen Kolonialismus durch die BRD protestiert.

Auf der Konferenz im März 1971 des gleichen Bezirks wurde der Boykott des Berliner Komitees den Arbeitsgemeinschaften und Mitgliedern empfohlen.

SPD-Ortsvereine und Parteigremien

Auf dem außerordentlichen Kreisparteitag der Sozialdemokraten im September 1970 in Lübeck wurde einstimmig ein von den Jungsozialisten Lübecks eingebrachter Antrag gegen Cabora Bassa angenommen. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die Kreditbürgschaften zurückzunehmen. Ausdrücklich wird die Initiative des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Kühn unterstützt, den afrikanischen Befreiungsbewegungen mit Mitteln der Friedrich Ebert Stiftung humanitäre Hilfe zukommen zu lassen (55).

Mit 36 gegen 22 Stimmen wurde am 4. Dezember 1970 der Antrag des SPD-Ortsvereins Neuenheim auf der Kreisdelegiertenkonferenz in Heidelberg abgelehnt, den Bau des Staudammes zu verurteilen und die Bundesregierung aufzufordern, ihre Bürgschaften zurückzunehmen. Mit nur einer Enthaltung begrüßte allerdings diese Konferenz das Antirassismusprogramm des Weltkirchenrats (56).

Auf dem SPD-Bundesparteitag vom 11.-14.5.7o in Saarbrücken wurde der Antrag, die Bundesregierung solle ab sofort Waffenlieferungen an Portugal unterbinden, eingebracht vom Unterbezirk Bremen, angenommen.

Der Ortsverein Kralenviede in Braunschweig forderte am 28. Mai 1971 in einem Antrag an die Bundesregierung, die Bürgschaften zurückzunehmen. Das gleiche tat am 3. Juni 1971 der SPD-Ortsverein Waldesch. Er forderte die Bundesregierung weiterhin auf, keine Waffen mehr an Portugal zu liefern.

Der Unterausschuß Entwicklungsländerpolitik des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg forderte am 14. November 1971 von der Bundesregierung den Ausschluß Portugals aus der NATO, energische Schritte von ihr gegen die weitere Verwendung von bereits gelieferten westdeutschen Waffen in Afrika, notfalls sollte man wirtschaftliche Sanktionen ergreifen und den Rücktransport der zweckentfremdeten NATO-Waffen durch den Einsatz einer UN-Kommission durchsetzen. Die westdeutsche Beteiligung am Bau des Cabora Bassa Dammes wurde scharf verurteilt, der damalige parlamentarische Staatssekretär Rosenthal (SPD) wurde aufgefordert, die durch Unterbezahlung der schwarzen Arbeitskräfte hochprofitable Zweigniederlassung der Firma Rosenthal in Südafrika zu schließen oder zumindest den afrikanischen Arbeitern gleiche Löhne wie den Weißen zu zahlen.

Bundeskanzler Brandt wurde gebeten, den Geldbetrag des Friedens-Nobelpreises an Helder Camara und antikolonialistischen Bewegungen im Südlichen Afrika zu vergeben.

Die Bundesregierung wurde weiterhin ersucht, das Kulturabkommen mit der SAR zu kündigen und wie Schweden und der Weltkirchenrat die Befreiungsbewegungen politisch und humanitär zu unterstützen (57).

Im März 1972 wurde vom SPD-Unterbezirk Bonn ein Antrag des Ortsvereins Beuel angenommen. In der Resolution an das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt und die SPD - Fraktion wird die Bundesregierung aufgefordert, sofort die Lieferung von Waffen

und militärischer Ausrüstung an Portugal einzustellen. Eine Unterstützung des Kampfes gegen die Selbstbestimmung afrikanischer Völker dürfe nicht die Politik einer von der SPD geführten Regierung sein (58).

2.16. Ministerpräsident Kühn - Friedrich Ebert Stiftung

Im August 1970 unternahm der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Heinz Kühn als Vorstandsmitglied der Friedrich Ebert Stiftung, dem Forschungs- und Bildungsinstitut der SPD, eine Reise nach Tansania und Sambia. Kühn überbrachte dem sambesischen Staatspräsidenten einen Brief der Bundesregierung, in dem die Entscheidung des Kabinetts, die Bürgschaften nicht zurückzunehmen, erläutert wird. In Zeitungs- und Fernsehinterviews machte er deutlich, daß er den Freiheitskampf der Bewegungen in den portugiesischen Kolonien für berechtigt hält und dort ein zweites Biafra oder Algerien drohe (59).

Cabora Bassa sei als ein Entwicklungshilfeprojekt eine großartige Sache, "aber auf der anderen Seite stützt es und unterstützt es den portugiesischen Kolonialismus und ist mit ein Mosaikstein in dem Bemühen der Südafrikanischen Union, Rhodesiens und der portugiesischen Kolonialverwaltung, die Position des sog. Weißafrika näher an den Äquator heranzurücken" (60).

In seinem Artikel unter der Überschrift "Die Waffen der Weißen rufen Chinas Waffen nach Afrika - Die moralische Verurteilung des Kolonialismus genügt heute nicht" geht Ministerpräsident Kühn am 16.9.70 im "Kölner Stadtanzeiger" auch auf die militärische Situation im Südlichen Afrika ein und berichtet u.a. auch, daß die Portugiesen gegen die Befreiungsbewegungen chemische Entlaubungsmittel einsetzen und Grenzdörfer in Sambia bombadieren. Auf der Landespressekonferenz am 1.Okt. 1970 in Düsseldorf forderte Kühn nachdrücklich, den Kolonialismus in Afrika bald und friedlich zu beenden. Nach seiner Meinung sollte auf Portugal eingewirkt werden, den Völkern in den Kolonien stufenweise die volle Souveränität zu geben.

Der Kolonialismus habe keine moralische Berechtigung und auch keine politische Zukunft mehr (61).

Im Auftrag der CDU/CSU Bundestagsfraktion sandte der CDU-Abgeordnete Leisler Kiep am 9. September 197o ein Fernschreiben an Bundeskanzler Brandt. Er bat um Auskunft über die Reise sowie die Stellungnahme Kühns und die angekündigten Hilfsmaßnahmen der Friedrich Ebert Stiftung. Es wurde am 3. Okt. 197o beantwortet (62).

Ähnliche Fragen wurden als kleine Anfragen von mehreren Mitgliedern der CDU/CSU Bundestagsfraktion am 19.11.7o und im Januar 71 im Bundestag an die Regierung gestellt. Leisler Kiep bat am 5.2.71 auch den Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Eppler, um die Beantwortung von Fragen zu Cahora Bassa und Exportkreditbürgschaften (63).

Zu den Erklärungen Kühns stellte der CDU-Landtagsabgeordnete Hüsch eine kleine Anfrage an die nordrhein-westfälische Landesregierung, die am 13. Oktober vom Ministerpräsidenten Kühn schriftlich beantwortet wurde (64).

In den Presseberichten bestätigte Kühn, daß die Friedrich Ebert Stiftung den Freiheitsbewegungen soziale, humanitäre, medizinische und erzieherische Hilfe angeboten habe. Sie würden Medikamente, Lastwagen, VW-Busse, Kindernahrung, Nähmaschinen, Schuhwerk und proteinhaltige hochwertige Lebensmittel liefern und für die Ausbildung Stipendien zur Verfügung stellen. Eine Public relation - Aktion in der BRD sei für die Freiheitsbewegungen ebenfalls geplant (65).

Das Zentralkomitee-Mitglied der FRELIMO, Shissano, erklärte in einem Interview der Frankfurter Rundschau vom 1.12.197o, daß die FRELIMO bisher von den angekündigten Unterstützungsmaßnahmen der Friedrich Ebert Stiftung nur aus den Zeitungen gehört habe.

An der vom 27.-29. Juni 197o in Rom tagenden "Internationalen Konferenz zur Unterstützung der Völker in den portugiesischen Kolonien" nahm auch ein im Dienste der Friedrich Ebert Stiftung stehender Journalist der SPD-Zeitschrift "Neue Gesell-

schaft" teil. Er wurde von dem Vorbereitungskomitee inddas Präsidium des Kongresses berufen, verzichtete aber darauf, seinen Sitz einzunehmen. Er soll den Auftrag gehabt haben, Vertreter der Befreiungsbewegungen zu Gesprächen mit der Friedrich Ebert Stiftung nach Bonn einzuladen (66).

Für die Stiftung schrieb im Februar 1970 Eduardo Ferreira eine Studie: "Die Regierung Marcello Caetano und die portugiesischen Überseegebiete Angola, Mozambique und Guinea" (67).

2.17. Jungdemokraten

Vom 13. - 14.2.1971 veranstalteten die Deutschen Jungdemokraten in Lauterbach/Hessen ein Seminar über Portugal und seine Kolonien. Eduardo Ferreira referierte über die Befreiungsbewegungen.

Die Lübecker Jungdemokraten unterschrieben im Herbst 1970 mit anderen Organisationen ein Flugblatt gegen Cabora Bassa. Im Namen des Landesverbandes Hamburg der Deutschen Jungdemokraten und der Jungsozialisten sowie der Ev.-reformierten Kirche Hamburg-Altona wurden am 21.3.72 vor der Börse in Hamburg Flugblätter "Hamburger Firmen verstoßen gegen UNO-Beschlüsse" gegen den Besuch einer südafrikanischen Handelsdelegation verteilt. Eine beschuldigte Firma forderte über ihren Rechtsanwalt die drei Organisationen auf, die Behauptung zurückzunehmen und sich zu entschuldigen, da die Firma in Südafrika keine gesellschaftsrechtlichen oder sonstigen Beteiligungen unterhalten würde, andernfalls würde sie sich weitere Schritte vorbehalten. Die Ev.-reformierte Kirchengemeinde in Hamburg-Altona hat sich daraufhin insgesamt von dem Flugblatt distanziert. Die Jungdemokraten haben sich in aller Form entschuldigt. Über die Reaktion der Jungsozialisten ist dem Verfasser nichts bekannt geworden.

An der Vorbereitung und Durchführung der AEG-Hauptversammlung im Juni 1972 waren Vertreter der im "Koordinationskreis Dritte Welt", Westberlin, mitarbeitenden Jungdemokraten wesentlich beteiligt.

2.18 Bundestagsabgeordnete

Von den Bundestagsabgeordneten haben sich einige der SPD kritisch zu Cabora Bassa geäußert. Über einige Assistenten von Bundestagsabgeordneten, die bei der Kampagne beteiligt waren und sind, wurden z.T. die Kontakte hergestellt; der SPD-Abgeordnete Richter fragte im Juli 1970 in einer Anfrage u.a., ob die Bundesregierung gegebenenfalls bereit sei, erfolgte finanzielle Garantien für die ausführenden, am Bau des Staudammes beteiligten westdeutschen Firmen zu überprüfen.

Der SPD-Abgeordnete Walkhoff stellte im August 1970 die Frage, welche Umstände die Bundesregierung bewogen hätten, trotz der Proteste der deutschen und der betroffenen afrikanischen Bevölkerung und im Unterschied beispielsweise zu schwedischen Regierung, deutschen Firmen Kreditbürgschaften zu gewähren, die durch die Beteiligung am Staudammprojekt Cabora Bassa zur Herrschaftsverfestigung der portugiesischen Minderheit und keineswegs in erster Linie der einheimischen afrikanischen Bevölkerung dienen würden. Er wollte weiterhin wissen, welche Möglichkeiten die Regierung sehen würde, solche Bürgschaften in ähnlichen Fällen zu verweigern oder zurückzunehmen.

In den Antworten der Bundesregierung hieß es u.a., daß sie eine substantielle Verschlechterung der Risikolage beim ausländischen Schuldner im Rahmen der dann gegebenen Sach- und Rechtslage zu berücksichtigen hätte. Zum Zeitpunkt der Bürgschaftszusagen im Jahre 1967 habe es weder von afrikanischer Seite noch aus der deutschen Öffentlichkeit Bedenken gegeben. Der Bau des Staudammes würde ein halbes Jahrzehnt dauern und sich erst langfristig voll auswirken. Die Bundesregierung vertraue darauf, daß sich die wirtschaftlichen Entwicklungen sowie die politische und soziale Lage im gesamten Einzugsbereich des Dammes während dieses Zeitraumes bessern würde (68).

Im Oktober 1970 warf Frau von Bothmer (SPD-MdB) der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Unterstützung des Staudammes eine inkonsequente Haltung vor. Einerseits fordere die Re-

gierung das Selbstbestimmungsrecht z.B. für die Deutschen in der DDR, andererseits erfülle sie die Bitte der Afrikaner nicht, sie in ihrem Kampf um Selbstbestimmung zu unterstützen (69). Im Bundestag stellte sie im Winter 1971 eine kritische Anfrage zum Kulturabkommen der BRD mit der Südafrikanischen Republik. Anläßlich des Streiks der Ovamboarbeiter in Namibia im Winter 1971/72 hat sie zusammen mit anderen SPD-Bundestagsabgeordneten zur Solidarität mit den Streikenden aufgerufen und einen Hilfsfond gegründet.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthöfer, Mitglied des "Deutschen Komitees für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique" hat in einer Anfrage am 21.1.1972 die Bundesregierung um Auskunft, welche Konsequenzen die Bundesregierung aus der Entschließung V. der 59. Jahreskonferenz der Interparlamentarischen Union zu ziehen beabsichtige, in der diese alle Staaten ersuche, der Bevölkerung der unter Kolonialherrschaft stehenden Gebiete ihre materielle und moralische Unterstützung zuteil werden zu lassen, damit sie ihre Kämpfe um die Wiederherstellung ihrer unveräußerlichen Rechte fortsetzen können (70). Der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen antwortete, daß die Bundesregierung jede Form von Diskriminierung, Unterdrückung und fremder Beherrschung ablehne und sich zu den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen bekenne. An materieller Hilfe gebe die Bundesrepublik z.B. Geld für den Erziehungs- und Ausbildungsfond der Vereinten Nationen für Flüchtlinge aus dem Südlichen Afrika (71).

Die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an den NATO-Partner Portugal, und die Tatsache, daß Portugal gelieferte Waffen entgegen der Endverbleibklausel in den afrikanischen Kolonien gegen die Befreiungsbewegungen einsetzt, waren wiederholt Anlaß zu Anfragen von SPD-Abgeordneten im Bundestag. Die Endverbleibklausel besagt, daß gelieferte Waffen nur im Bereich der NATO, d.h. nördlich des Wendekreises des Krebses, nicht in den portugiesischen Kolonien verwandt werden dürfen. Frau von Bothmer stellte ihre Frage und einige Zusatzfragen am 10.12.71. Der Abgeordnete Walkhoff bat am 21.1.72 dazu um Auskunft (72).

Am 15.3.72 stellte der SPD-Bundestagsabgeordnete Hansen eine schriftliche Anfrage an die Bundesregierung. Er wollte wissen, ob es zutreffe, daß von der Bundesregierung 22 Noratlas Transportflugzeuge an die Firma Stockleigh Holdings Ltd. in Dublin verkauft worden seien (laut der schwedischen Zeitschrift "Aviation Letter", Jan. 1972), um über die französische SNIAS nach Südafrika gebracht zu werden. Der parlamentarische Staatssekretär des Verteidigungsministers antwortete: es treffe zu, daß zwischen der bundeseigenen VEBEG - Verwertungsgesellschaft m.b.H. in Ffm. und der Firma Stockleigh am 21. Juli 1971 und am 5. August 1971 zwei Verträge über den Verkauf von insgesamt 22 Noratlas-Flugzeugen geschlossen worden seien. Da die Firma die verlangten Endverbleibserklärungen nicht beschaffen konnte, seien die Verträge storniert worden (73).

Zur gleichen Meldung in der oben genannten schwedischen Zeitschrift hatte der Geschäftsführer des "Deutschen Komitee für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique" am 2.2.1972 in einem Brief an das Auswärtige Amt in Bonn angefragt, ob dies zutreffe. In Schreiben vom 8.3. antwortete das Auswärtige Amt, ein Verkauf von (aus Bundeswehrbeständen ausgesonderten) Noratlas-Militär-Transportflugzeugen an die irische Firma Stockleigh habe nicht stattgefunden (74).

An kritischen Stimmen von CDU-Abgeordneten ist dem Verfasser nur ein Leserbrief in "Der Spiegel" (Nr. 40, 1970) von Dr. Otto Wulf (CDU-MdB) bekannt geworden. Er sprach sich für eine erneute Diskussion auch im Bundestag über die Bundesbürgschaften aus.

Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion Kaffka, Krochert, Matthöfer, Meinicke und Walkhoff gehören zu den deutschen Unterzeichnern des "African Manifesto". Das Manifest wurde im Jahre 1969 von 66 Abgeordneten der englischen Labour-Partei und GewerkschaftsFührern verfaßt. Es enthält eine Verurteilung der imperialistischen Versuche, die jungen Nationalstaaten mit Mitteln und Methoden der neokolinialistischen Politik abhängig zu machen und befürwortet die vorbehaltlose Unter-

stützung der Befreiungsbewegungen in Afrika (75).

IV. Aktionsmethoden der Kampagne

1. Theorien systemverändernder Aktionen

1.1 Theorie der gewaltfreien Aktion

Strategien der direkten Aktion im Kämpfen gegen Ausbeutung, Fremdbestimmung und Entrechtung haben seit Beginn der sechziger Jahre das Interesse sozialwissenschaftlicher Forschung gefunden. So entwickelten sich im Rahmen der Friedens- und Konfliktforschung Theorien der gewaltfreien Konfliktaustragung.

Die Theorie der gewaltfreien Aktion soll hier näher dargestellt werden.

Ihre besonderen Impulse erhielt sie von den Praktiken und Theorien, die in der indischen Unabhängigkeitsbewegung unter Führung von Mohandas K. Gandhi in den Jahren 1919 - 1948 und der Bürgerrechtsbewegung um Martin Luther King in den Jahren 1955 - 1968 in den USA entwickelt worden waren.

Die zentrale Hypothese dieser Konzeption geht davon aus, daß in gesellschaftlichen Konflikten strukturelle Gewalt ohne Anwendung personaler Gewalt möglich ist (1). Gerade der Verzicht auf alle direkte Gewaltanwendung mit seinen irreversiblen Folgen soll die für den angestrebten emanzipatorischen sozialen Wandel notwendigen Lernprozesse auf den verschiedenen vom Konflikt betroffenen gesellschaftlichen Ebenen entscheidend fördern (2). "Kritik an der These von der emanzipatorischen Gewaltanwendung" als Gegengewalt von Unterdrückten übt die Theorie der gewaltfreien Konfliktaustragung vornehmlich unter dem Gesichtspunkt, ob eine gewalttätige Gesellschaftstransformation ihr Ziel einer (idealiter) repressionsfreien Gesellschaft nicht schon dadurch verfehlt (oder verfehlen muß), daß sie in der Gewaltanwendung gerade die politischen und sozialpsychologischen Strukturmuster des bekämpften Systems assimiliert" (3).

Die Muster gewaltfreier direkter Aktionen gehen bei innergesellschaftlichen Konflikten davon aus, daß die legalisierten Konfliktregelungsmodelle und konstituierten Gesellschaftsideologien durch die Interessen von herrschenden Gruppen vermittelt sind. Dadurch, daß emanzipatorische Intentionen die sozio-ökonomische Basis der bestehenden Herrschaft tangieren, werden sie mit den materiellen und den verinnerlichten Herrschaftsmechanismen konfrontiert. Insofern ist eine asymetrische Ausgangslage der Antagonisten in der Konfliktkonstellation ein grundlegendes Merkmal von emanzipatorischen Konflikten. Hier setzt nun die These ein, daß die Handlungsmuster gewaltfreier direkter Aktionen es den scheinbar Unterlegenen ermöglichen, durch die Organisierung einer "Macht von unten" die Disparitäten auszugleichen bzw. aufzuheben. Die Theorie der gewaltfreien Aktion erfüllt dabei eine Forderung, die erst in neuerer Zeit wieder in der konflikttheoretischen Diskussion stärker berücksichtigt wurde: Die Notwendigkeit der Polarisierung, um einen Konfkikt zu manifestieren (4).

Der terminus technicus dafür lautet: dissoziative Strategie (5).

Nach dem Verständnis der Theorie der gewaltfreien Aktion dürfen die Kampfmaßnahmen nicht nur subversiv sein, sondern in ihnen müssen konstruktive Alternativen dargeboten werden. Durch diese Aktionsformen soll das angestrebte Ziel einer idealiter repressionsfreien Gesellschaft gewissermaßen antizipiert werden.

Eskalationsstufe	Subversive Aktion	Konstruktive Aktion
1	Protest	funktionale Demonstration
2	legale Nichtzusammenarbeit	legale Rolleninnovation
3	ziviler Ungehorsam	zivile Usurpation

Die Protestaktionen stellen die erste Stufe der Eskalation dar. Als solche Aktionsformen wären unter anderem zu nennen: Dokumentation und Publizierung von Mißständen in Flugblättern, Broschüren, Ausstellung und in Versammlungen, als weiteres Protestmärsche und Sitzproteste. Hierdurch wird zwar z.T. nur die Antihaltung zum Ausdruck gebracht, doch ist dieses Stadium nicht zuletzt zur Gewinnung weiterer aktiver Mitstreiter wichtig. Daher kann Mobilisierung von bisher passiven schon als konstruktives Ergebnis angesehen werden. Durch beispielsweise teach-in's, Podiumsdiskussionen oder auch wissenschaftliche Gutachten können positive Alternativen dargestellt werden. Nach M.L. King dienen diese Aktionsformen dazu, eine Streitfrage derart zu dramatisieren, daß sie nicht mehr ignoriert werden kann.

Auf der zweiten Stufe der Eskalation greifen die Aktionen schon in den Funktionsmechanismus des Systems ein. Subversiv wären hier alle massenhaften, koordinierten, zuweilen zeitlich begrenzte Maßnahmen, die darauf abzielen, bestimmte dem System immanente Rollenerwartungen nicht zu erfüllen, Zusammenarbeit also legal zu verweigern. Zu nennen sind hier alle Formen des Boykotts: Warenboykott, Ämterboykott, Boykott von öffentlichen Verkehrsmitteln, von Bildungsstätten und z.B. Umfunktionieren von Veranstaltungen; hierzu gehören auch "Langsamarbeiten", Arbeiten nach Vorschrift, schließlich auch Streik. Legalität orientiert sich hier nach der herrschenden Rechtsauffassung. (Die herrschende Rechtssprechung ist die Rechtssprechung der Herrschenden).

Konstruktive Aktionsformen auf dieser Ebene werden als Rolleninnovation bezeichnet, z.B. Einrichtung eigener Bildungsstätten (Kritische Universität, sozialistisches Studium, Eltern-Kind-Gruppen), Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften, Gründung eigener kollektiver wirtschaftlicher Unternehmungen (wie z.B. die Kabouters in Holland oder die kollektiven linker Buchläden in der BRD und Westberlin). Indem solche Modelle Beispielcharakter haben und durch sie Lernprozesse initiiert wer-

den, soll von ihnen ein Anpassungsdruck ausgehen. So sind z.B. neue Formen der Kindererziehung in den "Kinderläden" für die Vorschulerziehung beispielhaft geworden.

Mit dem zivilen Ungehorsam erreicht die Eskalation auf Seiten der subversiven Aktionen die Höchste Stufe. Unter zivilem Ungehorsam versteht man die offene, gewaltlose Mißachtung von Regeln und Gesetzen der Herrschenden, die deutlich Unrecht sind. Als Aktionsformen können hier praktiziert werden: Verkehrsblockade durch Sitzstreik, Einstellung von Mietzahlungen, Verbrennen von Pässen oder Einberufungsbefehlen (z.B. 1960 in der SÜdafrikanischen Republik durch Schwarze, in den USA durch junge Männer, die als Soldaten nach Vietnam gehen sollten).

Die höchste Form des zivilen Ungehorsams stellt die offene, gewaltlose Rebellion dar. Je wirksamer die Pyaralyse des Systems durch zivilen Ungehorsam wird, desto notwendiger werden zivile Usurpationen als konstruktives Pendant. Hier sind zu nemen: z.B. Fabrik-, Haus-, Universitätsbesetzungen. Dabei wird wichtig, daß in eigener Regie weitergearbeitet wird.

1.2. Aktionstechniken nach Reckman

Ein anderes Schema von Aktionstechniken hat der Holländer Piet Reckman aufgestellt (7). Er systematisiert Aktionstechniken, wie sie z.B. von den vielen holländischen Aktionsgruppen z.T. durch eigenes phantasievolles Handeln entwickelt worden sind. In den 913 Gemeinden in Holland gibt es nach Schätzungen z.Zt. 4.000 Aktionsgruppen, die sich vorwiegend mit der Dritten Welt, sozialen Problemen und der Umweltproblematik befassen (8).

Er ordnete die Techniken nach den Ansatzpunkten der Kampfmethoden im sozialen System. Dabei sind für ihn drei Faktoren relevant:

1. die Herrschenden (FÜhrenden), die Stärkeren, die sozialen Kontrollmechanismen,
2. der Konsens, die Gemeinsamkeit von Werten und Symbolen und
3. die gesellschaftlichen Kommunikationskanäle und -mittel (9).

Anhand dieser drei Kategorien unterscheidet Reckman sieben Hauptgruppen von Techniken sozialer Aktion:

1. Darstellungstechniken (unter anderem Diskussionen, Dokumentationen, teach-in: Diese Techniken sind vorwiegend auf die Unterminierung von vermeintlicher, in Denk- und Verhaltensgewohnheiten übergegangener Gemeinschaftlichkeit von Werten und Symbolen gerichtet. Ihr "violence" (9a) Charakter (der Einsatz von Gewalt) ist schwach.

2. Technik des "Druck-Ausübens" (unter anderem Lobby, Protestmarsch, kritische Konsumtion): Diese Techniken befolgen in der Regel die Absicht, mit Hilfe der bereits gewonnenen oder unterstellten Hilfe von der Basis Druck auszuüben auf die Herrschenden der Gesellschaft. Der "violence" Grad ist stärker, aber noch schwach.

3. Symboltechniken (unter anderem dramatische Darstellung, Assoziation, Umkehrung): Hier werden vor allem Sprache und Symbole, die die Eigenarten eines sozialen Systems unterstreichen, derartig verfälscht, umgebogen und umgekehrt, daß sie entgegengesetzten Zielen dienen. Der Konfliktgehalt dieser Techniken ist bereits deutlich wahrnehmbar.

4. Enthüllungstechniken (unter anderem Spionage, Polarisierung, Imagebeschädigung): Hiermit sollen vor allem die Obergeordneten entlarvt, verfolgt, bedrängt und gehindert werden. Hierbei besteht die Chance, den Konsensus der Herrschenden mit der Basis zu untergraben.

5. Rollenentlarvung (unter anderem Rollenverweigerung, -bewußtmachung, Ungehorsamkeit): Diese Techniken zielen auf ein "Aus-der-Rolle-Holen" von Leitern, Multiplikatoren und Untergeordneten der Art, daß die Gesellschaft dynamischer gemacht wird. Diese Techniken sind vermutlich in einer hochentwickelten sozial-technokratischen Gesellschaft die effektvollsten. Ihr Konfliktgehalt ist sehr hoch, wenngleich noch keine physische Gewalt damit verbunden ist.

6. Manipulationstechniken (unter anderem Infiltration, Provokation, Störung von "Ordnung"): Die Kommunikation zwischen Herrschenden und Beherrschten soll hierbei gestört werden. Der "violence-Gehalt" steigt, die Illegalität dieser Technik ist evident.

7. Widerrechtliche Techniken (unter anderem Häuser besetzen, Sabotage, Überfall, Anschlag, Entführung): Hier ist die physische Gewalt am größten. Diese Techniken zielen auf die Leiter und Multiplikatoren: Diese Techniken setzen in den meisten Fällen eine bereits breite Basis voraus" (1o).

2. Die Aktionsmethoden der Kampagne

Die während der Kampagne erprobten Aktionsformen sollen nun nach dem Gesichtspunkt ihrer Stoßrichtung geordnet auf ihre von Ebert und Reckman aufgezeigte Bedeutung hin untersucht werden.

2.1. Aktionen, die direkt auf die Medien der Öffentlichkeit zielten

Zu den Aktionen, die sich direkt an die Medien der Öffentlichkeit wenden, gehören Leserbriefe, selbstverfaßte Artikel, offene Briefe und Aufrufe, Presseerklärungen und Pressekonferenzen.

Diese Praktiken geben die Möglichkeit, bei geringem organisatorischem Aufwand und persönlichem Einsatz auf Cabora Bassa hinzuweisen, die mit dem Staudamm zusammenhängenden Fragen darzustellen und gegen die Beteiligung der BRD an diesem Projekt zu protestieren. Die Möglichkeit über diesen Weg kritische Stellungnahmen einer größeren Öffentlichkeit vorzutragen, waren wegen der "Okkupation" der Massenmedien ziemlich begrenzt. Bei konservativen Zeitungen gelang es nur, wenn besonders zahlreiche Briefe bei der Redaktion eintrafen. Selbstverfaßte Artikel konnte man in liberalen Blättern unterbringen. Voraussetzung war ein persönlicher Kontakt zur Redaktion und inhaltlich ein sogenannter Aufhänger. So hat z.B. der Dortmunder "Arbeitskreis Dritte Welt" über seine Reise nach

Cabora Bassa in mehreren Artikeln in einigen Zeitungen im Ruhrgebiet berichten können. Presseerklärungen und -konferenzen hatten vorwiegend nach oder zur Ankündigung spektakulärer Ereignisse, wie z.B. den Aktionärshauptversammlungen einen sichtbaren Erfolg.

2.2. Aktionen, die sich an eine nicht klar definierte Zielgruppe wandten

Die Gesamtheit der Studenten einer Hochschule oder die Bevölkerung einer Gemeinde kann als eine nicht klar definierbare Zielgruppe verstanden werden.

Um an eine solch geartete Zielgruppe heranzukommen, wurden Flugblätter und Flugschriften verteilt, Informationsbroschüren billig verkauft oder auch kostenlos abgegeben, Informationsstände eingerichtet, Plakatwände aufgestellt, Plakate geklebt und Ausstellungen aufgebaut.

Diese Art von Aktionsmethoden basiert auf der Einschätzung, daß durch Information und Argumentation eine Bewußtseinserweiterung beim Einzelnen möglich ist. Erfahrungsgemäß trifft dies aber nur für einen begrenzten Personenkreis zu, der in einer solchen Art von komplexer Umweltbewältigung mehr oder weniger geübt ist, dem also eine intellektuelle Lernsituation nicht fremd ist. Dazu gehören vor allem ältere Schüler, Studenten und Erwachsene mit höherer Schulbildung oder Hochschulstudium.

Um ein Thema wie Cabora Bassa der Studentenschaft oder der Bevölkerung einer Stadt bekanntzumachen, sind die genannten Formen von Informationstechniken gut geeignet. Sie bieten die Möglichkeit, das Projekt Cabora Bassa darzustellen, die damit verbundenen Probleme zu erläutern und die Gründe zu erklären, warum man sich gegen den Bau des Staudammes und die Beteiligung der BRD daran wendet. Häufig gelingt es, beim Verteilen von Flugblättern oder besonders durch einen Informationsstand in persönlichen Gesprächen und Diskussionen um-

fassender zu informieren und die eigenen Motive seines Protestes zu begründen. Diese Formen von politischer Informationsarbeit sind für die Mehrheit der Bevölkerung ungewöhnlich und gewinnen dadurch schon ein gewisses Interesse.

Mehrere Aktionsgruppen wie z.B. Gruppen aus Dortmund, Viersen, Berlin, Freiburg und Frankfurt hatten während ihrer Informationsaktionen in ihren Städten es direkt darauf abgestellt, solche öffentlichen Gespräche oder Diskussionen vor einem sich spontan bildenden Publikum herbeizuführen. Mit Mikrofonen und Tonband hatten sie Passanten um ihre Meinung über Cabora Bassa.

Sind diese Aktionen vor allem durch ihre "Vermassung" von Protest und Aufklärung im Sinne des Ebertschen Schemas subversiv, so werden sie insofern konstruktiv, als durch sie neue Mitstreiter gewonnen werden, und so die Basis der Akteure verbreitert wird.

Nach direkten Aktionen, bei denen es zu militanten Ausschreitungen der Staatsmacht gegen Demonstranten und Unbeteiligte kommt, und die folgende Berichterstattung in den Kommunikationsmitteln vorwiegend den "Ruhe und Ordnung" Standpunkt einnimmt, werden Flugblätter, Flugschriften, Informationsbroschüren und Plakate in großer Zahl verteilt und aufgeklebt, zum einzigen Mittel, um eine "populistische Gegenöffentlichkeit" (11) herzustellen.; So z.B. war es in Heidelberg nötig, nach der Demonstration am 19. Juni 70 die Bevölkerung in der Stadt über die Motive der Demonstranten und den wahren Verlauf der Ereignisse aufzuklären.

Plakate und Wandzeitungen fanden in der Kampagne eine vielfache Verwendung, nicht nur für die Werbung zu bestimmten Veranstaltungen, sondern auch als Agitationsmittel. In Bezug auf die Bedeutung von Plakaten und Wandzeitungen sei an die Erfahrungen mit diesen Agitationsmedien während des Pariser Mai 1968 und an die Kulturrevolution in China erinnert. Den

größten Grad an Bekanntheit hat das provokative Plakat der Göttinger Gruppe für "Internationale Zusammenarbeit" gehabt. In Anlehnung an ein Steckbrief-Plakat der Polizei werden "wegen Begünstigung" völkerrechtswidriger Kolonialherrschaft in Tateinheit mit direkter Unterstützung von Rassenkämpfen sowie Mißachtung von UNO-Beschlüssen" die fünf deutschen Firmen AEG-Telefunken, BBC, Hochtief, Siemens und Voith gesucht und der Beihilfe zum Mord beschuldigt. Als Blickfang dienen zwei Fotos des Magazins "Der Spiegel" vom 16.6.70, auf denen portugiesische Soldaten einen Befreiungskämpfer enthaupten. Das Plakat wurde in mehreren tausend Exemplaren in über 100 Gemeinden und Städten der BRD verbreitet. Eine strafrechtliche Konsequenz, von den beschuldigten Firmen angestrebt, hatte das Plakat bisher noch nicht.

Andere Plakate zu Cabora Bassa, der Unterstützung des portugiesischen Kolonialkrieges durch NATO-Waffen und dem Befreiungskampf wurden von den Gruppen in Freiburg, Heidelberg, Frankfurt und anderen herausgebracht. Eine größere Verbreitung fanden auch Plakate der Befreiungsbewegungen selbst und die der Solidaritätsgruppen in England und Holland.

An Ausstellungen gab es während der Kampagne bisher erst die zwei schon erwähnten in Heidelberg vom Juni 1970 und die vom Antirassismuskreis in Berlin.

Im Antirassismuskreis arbeiten in Westberlin das Ökumenisch-Missionarische Institut, der Antirassismuskreis des Hendrik Kraemer Hauses, das Komitee Südliches Afrika Berlin und einige Vertreter evangelischer Institutionen zusammen. Die Ausstellung des Arbeitskreises umfaßt 20 Tafeln mit einigen Plakaten des ANC aus Südafrika und Informationsmaterial zur Begleitung. Inhaltlich ist die Ausstellung auf Rassismus und Kolonialismus im ganzen Südlichen Afrika abgestellt. Sie wurde in Schulen, Kirchengemeinden, Bezirksämtern und anderen öffentlichen Gebäuden gezeigt. Wie noch berichtet wird, wurde die Ausstellung im Rahmen der Boykottkampagne des Berliner "Cabora Bassa Komitees" (später Komitee Südliches Afrika) besonders bekannt (12).

Aktionsformen wie Happenings, Straßentheater und Soziodramen wenden sich an ein nichtstrukturiertes Publikum. Sie versuchen, Informationen in psychologischer Verpackung an den Mann zu bringen. In der Einteilung nach Reckman zählen sie zu den Symboltechniken. Während der Kampagne wurden diese Handlungsmodelle kaum mit wenig Erfolg erprobt (13).

Die Aktion mit den fünf Doppelplakaten, die Mitglieder der Frankfurter Cabora Bassa Gruppe durch die Ausstellung der Buchmesse im Oktober 1971 getragen haben, kann als eine Zwischenform von "Picketing-line" und "Happening" verstanden werden.

Zu Protestdemonstrationen kam es nur in Heidelberg am 9. Juni 1970 und in anderen Städten gegen das Verbot des Heidelberger SDS.

Protestmärsche wurden im Sommer 1970 als "Friedensmärsche 70" in ca. 70 Städten und Gemeinden der BRD durchgeführt. Träger dieser Aktionen waren die "Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands", der "Bund der Deutschen Katholischen Jugend", "Aktion 365", "Terres des hommes", "Aktion Selbstbesteuerung" und "Aktion Brüderlich Teilen".

Thema dieser Märsche war hauptsächlich das Problem Dritte Welt. Cabora Bassa wurde nur von wenigen "Friedensmärschen 70" in Transparenten, Flugblättern oder Resolutionen aufgegriffen.

2.3. Popkonzert, Jugendmesse, Theater

Das Solidaritätspopkonzert der Aktion Antirassismus in Darmstadt am 6. November 1971 und eine Jugendmesse zum Thema Kirche und Rassismus am 8. Mai 1971 in der St. Josephkirche in Viersen gehören hierher. Die Jugendmesse wurde von Mitgliedern der "Aktion Dritte Welt" in Viersen mitgestaltet. In einem Kommentar der Gruppe dazu heißt es:" Die Messe war gut besucht; während dieses Gottesdienstes aber verließen einige der Besucher demonstrativ die Kirche. Auch daran, daß nur wenige der angebotenen Informationsbroschüren gekauft wurden und daß niemand der Kirchenbesucher zu der (in der Messe ange-

kündigten) Cabora Bassa Diskussion am 1o.5. erschien, läßt sich Desinteresse und mangelndes Engagement erkennen. .... Trotzdem werden wir weiterhin ähnliche Jugendmessen durchführen, da von solchen Gottesdiensten eine große informative Wirkung ausgeht, und da wir glauben, daß nur durch beständige Arbeit auf diesem Sektor sich letztlich Erfolg einstellen kann" (14).

Die Aufführungen des Theaterstückes von Peter Weiss "Der Gesang vom lusitanischen Popanz" kann mit Einschränkung zu dieser Kategorie von Aktionsformen gerechnet werden. Peter Weiss' Stück behandelt den portugiesischen Kolonialismus. Es wurde schon 1967 in der Westberliner Schaubühne aufgeführt. Im Programm dazu hatte Peter Meyns, ein Mitglied der Projektgruppe Afrika im INFI, über die portugiesischen Kolonien und den Befreiungskampf der Völker Angolas, Guineas und Mozambiques berichtet. Das Stück wurde in vielen Städten von Laienschauspielgruppen und professionellen Bühnen aufgeführt, z.T. kam es in den Jahren 197o - 1972 eigens durch Initiative und Vermittlung von Gruppen der Cabora Bassa Kampagne zu Aufführungen, die für weitere Informationsarbeit von den einzelnen Gruppen genutzt werden.

2.4. Aktionen, die sich an ein motiviertes Publikum richteten

Zu dieser Gruppe von Aktionen gehören Vorträge z.T. mit Dias, Filmveranstaltungen, Seminare, Tagungen, Öffentliche Diskussionen, Podiumsdiskussionen, Teach-in's, Protestversammlungen, Kongreß und Tribunal.

2.4.1. Vorträge

Vorträge mit und ohne Dias sind unzählige Male von vielen Gruppenmitgliedern und kompetenten Einzelpersonen vor Studenten, Schülern in kirchlichen Gemeinden, politischen Clubs, Jugendzentren, Institutionen der Erwachsenen- und Jugendbildung und politischen sowie kulturellen Organisationen gehalten worden. Das Spektrum der Themen der Vorträge reichte von

Gewalt im Südlichen Afrika, Kirche und Rassismus, Apartheid bis BRD-Imperialismus im Südlichen Afrika u.a.m. Wie schon erwähnt, haben wiederholt Vertreter der Befreiungsbewegungen des Südlichen Afrika in Vorträgen in verschiedenen Städten über ihre Sache gesprochen.

2.4.2. Filmveranstaltungen

Außer dem Film "Behind the lines" über die Arbeit der FRELIMO wurden auch Filme über die MPLA in Angola und die PAIGC in Guinea-Bissao sowie über die Situation der Afrikaner in der Südafrikanischen Republik vorgeführt. Zu nennen sind da vor allem: "No Pincha", "Witnesses", Produktion: Knight Film für das International Defence and Aid Fund. Darin werden die Auswirkungen der Apartheid-Politik auf 15 Millionen Schwarze und indische Bürger gezeigt.

"The Dumping Grounds", 1970, Produktion: Granada TV nach dem Buch von Cosmas Desmond "The Discorded People". Auf Veranlassung der Südafrikanischen Regierung werden eine Million überflüssiger Afrikaner, die von den Weißen nicht für die Arbeit in Städten und Bergwerken gebraucht werden, in die "homelands" verfrachtet.

2.4.3. Seminare, Tagungen

Seminare, bzw. Tagungen wurden auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene gehalten. Sie dienten den Gruppen zur Informationsaufarbeitung und zur Diskussion über Strategie, ihr eigenes Selbstverständnis und zur Vor- und Nachbereitung von Aktionen. Diese Treffen waren für die Kommunikation unter den Aktionen der Kampagne von großer Bedeutung. Zum Teil wurden Veranstaltungen von den Gruppen für ein interessiertes Publikum durchgeführt. Kirchliche, politische sowie kulturelle Institutionen und Organisationen veranstalteten häufig für ihre eigenen Mitglieder in Zusammenarbeit mit Mitgliedern der Gruppe der Cabora Bassa Kampagne Tagungen und Seminare auf lokaler und überregionaler Ebene.

Seminare und Übungen zum Südlichen Afrika gab es im Rahmen des offiziellen Programms in den Universitäten Freiburg, Frankfurt/M., Heidelberg, Hamburg und Westberlin.

2.4.4. Öffentliche Diskussionen

Auf öffentlichen Diskussionen bzw. Podiumsdiskussionen trafen mehrere Male Firmenvertreter mit engagierten Cabora Bassa-Gegnern zusammen. Durch die Polarisation kam es bei diesen Veränstaltungen häufig zu hitzigen Auseinandersetzungen. Von der Einstellung der Zuhörer und dem Verhalten des Diskussionsleiters hing es ab, ob bei dem Publikum die Argumente der Cabora Bassa Gegner vermittelt werden konnten. Nicht zuletzt natürlich von der argumentativen und rhetorischen Potenz des Cabora Bassa Gegners.

Die Art dieser öffentlichen Auseinandersetzung wird meistens von Anhängern des Pluralismuskonzepts gewählt. Durch faire Diskussion, so glaubt man, werden sich die Gegner annähern, und die Zuhörer sich ein eigenes abgewogenes Urteil selbst bilden können.

Doch häufig wird eine solche Diskussion zur Apologetik. Für die Cabora Bassa Gegner waren diese Veranstaltungen geeignet, den Firmenvertretern mangelnde Kenntnis, das Verbreiten von falschen Informationen und eine Ignoranz nachzuweisen und sie aus ihrer Selbstsicherheit herauszuholen und ihre Profitorientierung zu entlarven.

2.4.5. Teach-in's, Protestversammlungen

Teach-In's und Protestversammlungen hat es vorwiegend nur in den Hochschulen gegeben. Diese Art der Informationsvermittlung setzt beim Publikum eine gewisse Lernbereitschaft voraus. Während solcher Veranstaltungen wurden häufig Resolutionen beschlossen und Geld für die Befreiungsbewegungen gesammelt.

2.4.6. Portugal Tribunal bzw. Kongreß Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique

Eine Aktion von der man sich eine größere Publizität, eine Mobilisierung und Stabilisierung der Gruppen versprach, sollte das "Portugal Tribunal" werden. Es wurde später umbenannt in: "Kongreß Freiheit für Angola, Guinea-Basso und Mozambique". Zur Vorgeschichte dieser Kampagne heißt es im "Gruppenrundbrief" Nr. 1 vom Januar 1972: "Der Plan, ein Portugal Tribunal zu veranstalten, wurde zum ersten Male auf der Tagung der Dritten Welt Gruppe in Trier (16.-18.4.1971) diskutiert. Das Vorhaben, es während der NATO-Konferenz Anfang Juni (1971 d.V.) in Bonn durchzuführen, mußte aufgegeben werden. Das Tribunal wurde auf einer ad-hoc-Besprechung in Freiburg am 11.9.1971 erneut erörtert. Man beschloß, es auf den Südafrika-Tagungen in Klausenhof (3o.9.-3.1o.1971) und Nürnberg (21.1o.-24.1o.1971) nochmals zur Diskussion zu stellen. In Nürnberg vereinbarten die anwesenden Gruppen einen besonderen Diskussionstermin am 11./12.12.1971 in Bonn, zu dem die einzelnen Gruppen Diskussionsentwürfe über Ziele, Methoden und Bündnispartner erarbeiten sollten" (15). In Bonn trafen sich am 11./12.12.1971 die Cabora Bassa Gruppe Frankfurt, der Kommunistische Studentenverband Frankfurt, Komitee Südliches Afrika Heidelberg, Katholische Hochschulgemeinde (KHG) München, Aktion Dritte Welt Heidelberg-Land, Aktion Dritte Welt Freiburg, Aktion Dritte Welt Dortmund, Aktion Dritte Welt Ulm, Aktionskomitee Afrika (Akafrik) Bielefeld, Sozialistisches Büro Offenbach, Komitee für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique Bonn.

Es lagen Papiere der Aktion Dritte Welt Freiburg, der Cabora Bassa Gruppe Frankfurt und ein Vorschlag für eine Plattform zum Tribunal des Komitees Südliches Afrika Heidelberg vor. Ziel der "Portugal Tribunal"-Konzeption der Freiburger Gruppe, mit dem der Frankfurter Vorschlag im wesentlichen übereinstimmte, war der Aufbau einer "publizistischen Front", um den Befreiungsbewegungen in Angola und Mozambique in ihrem Kampf wirksam zu unterstützen. Dies sei, so meinte man, erst die

Voraussetzung für eine effektive Einflußnahme auf die Beziehungen Bonn-Lissabon. Als Teilziele des Tribunals wurden genannt: Imageverschlechterung Portugals und seiner Helfer in der BRD, die Errichtung einer "Publizitätslawine", das Bekanntmachen der Ziele und Methoden der Befreiungsbewegungen, den Südafrika-Gruppen sollte ein konkretes Ziel geboten und durch Anprangerung der Politik der Konzerne sollte die Zahl der am kapitalistischen System "Zweifelnden" erhöht werden.

In der Presse sah man eine wichtige Zielgruppe, weitere in Schülern, Studenten, Lehrlingen, bereits politisierten Arbeitern, Kirchengemeinden, politischen Jugendorganisationen u.a. Zur Mobilisierung der Gruppen, so meinte man, seien konkrete Solidaritätsaktionen notwendig, um die Arbeit der Gruppen langfristig zu motivieren. Durch "Selbstverständnisdiskussionen" allein könne keine Gruppe am Leben erhalten werden. Es wurde vorgeschlagen, ein "Black-Paper" über die Zustände in den portugiesischen Kolonien und die Verbindung zur BRD, eine Buchreihe und einen regelmäßigen Sonderrundbrief für alle teilnehmenden Gruppen, Institutionen und Einzelpersonen herauszugeben. Durch Presseerklärungen und -konferenzen sollte das Tribunal angekündigt werden. Durch Rundreisen der "Weißen Väter" durch Deutschlands Kirchengemeinden und Rundreisen von Vertretern der Befreiungsbewegungen sollten die der zentralen Tribunalveranstaltung vorausgehenden lokalen und regionalen Kampagnen unterstützt werden. Für die lokalen Kampagnen waren 5 Phasen vorgesehen. Es sollte erst für die Selbstinformation der Gruppenmitglieder gesorgt werden, dann die Informationen an lokale Zielgruppen, wie Schüler, Studenten, kirchliche Gemeinden weitergegeben werden, um schließlich durch öffentliche Aktionen an ein größeres Publikum heranzutreten. Mit der lokalen Presse sollten mit geeigneten Methoden ein guter Kontakt hergestellt werden.

In Analogie zum Vietnam Tribunal sollte dann auf einer zentralen Großveranstaltung in der Bonner Beethovenhalle in der Form einer Gerichtsverhandlung Portugal und den NATO-Staaten,

besonders der BRD, der Prozeß gemacht werden. Um eine große Publizität zu garantieren, wurde empfohlen, bedeutende und international bekannte Persönlichkeiten für dieses Tribunal zu gewinnen. Nach dem Tribunal sollten durch direkte Aktionen u.a. der Stopp sämtlicher Waffenlieferungen, die Streichung der Hermesbürgschaften für Cabora Bassa, die Unterstützung der Befreiungsbewegungen durch die Bundesregierung durchgesetzt werden (16).

An diesem Papier wurde vom KSV Frankfurt/M und dem Komitee Südliches Afrika Heidelberg kritisiert, es sei moralisch und unpolitisch. Im Übrigen sei es versäumt worden, das Tribunal in ein geschlossenes antiimperialistisches Konzept einzuordnen. Außerdem fehle eine Analyse der Klassen und Schichten, die über das Tribunal anzusprechen seien (17).

Der "Vorschlag für eine Plattform zum Portugal Tribunal" des Komitees Südliches Afrika Heidelberg (18) ging davon aus, daß gegenwärtig die imperialistischen Großmächte und eine ihrer politischen und militärischen Speerspitzen in Afrika, nämlich Portugal, einen Überfall auf Guinea-Bissao vorbereiten. Diese Aggression habe ihren Hintergrund in den ökonomischen, politischen und militärischen Interessen der USA, Englands, Frankreichs und der BRD und den übrigen imperialistischen Staaten. Es gehe ihnen darum, auch weiterhin die gesellschaftlichen Reichtümer der afrikanischen Staaten, ihre Arbeitskräfte und Bodenschätze uneingeschränkt auszubeuten. Gegen diese imperialistische Ausbeutung kämpfen besonders die Befreiungsbewegungen in Angola, Guinea-Bissao und Mozambique mit Waffengewalt. Der Sieg des Volkes von Guinea-Bissao stünde kurz bevor.

Ein sehr wichtiger Bündnispartner Portugals sei die BRD, die durch Waffenlieferungen seine wirtschaftlichen und politischen Interessen in Afrika sichern wolle. Es sei notwendig, verstärkt über den Charakter und die Ursachen des Imperialismus aufzuklären. "Das Tribunal, in dem die Politik des portugiesischen Kolonialismus und seine Hintergründe vor Gericht stünden, wird dazu beitragen; diese Aufklärung darf sich jedoch nicht nur moralisch über die Verbrechen empören, sondern muß, indem sie

die Ursachen dieser Verbrechen offenlegt, im antiimperialistischen Kampf den Weg für deren endgültige Beseitigung weisen" (19).

An diesem Vorschlag wurde vor allem bemängelt, daß er nicht konkretisiere, wie das Tribunal zum antiimperialistischen Kampf beitragen könne (20). Weitere Diskussionspunkte des Treffens waren Fragen: Wie eine kurzfristige effektive Unterstützung der Befreiungsbewegungen auf möglichst breiter Bündnisebene und zugleich eine antiimperialistische Aufklärung in der BRD bewerkstelligt werden könnte. Außerdem wurde diskutiert wie die Inhalte des Tribunals didaktisch am besten vermittelt werden könnten.

Bei der nächsten Tagung der Grundsatzkommission in Frankfurt am 8./9. Januar 1972 (21) war man sich über die Notwendigkeit des antiimperialistischen Kampfes einig (lediglich der Geschäftsführer des Deutschen Komitees für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique hatte Vorbehalte), konnte sich aber auf ein gemeinsames Vorgehen nicht einigen. Das Heidelberger Komitee Südliches Afrika wandte sich gegen eine Tribunal-Zentralveranstaltung, da das Tribunal nur auf der Ebene des Völkerrechts argumentiere, der Aufruf sich an eine undifferenzierte Öffentlichkeit wende, nicht im Rahmen einer Kampagne stehe, als Gerichtsverhandlung auf dem Boden bürgerlichen Rechts und damit bürgerlicher Ideologie stehe und eine antiimperialistische Argumentation gerade die (Presse-) Öffentlichkeit ausschließe. Man sollte lieber an einem vereinbarten Tag in allen Universitätsstädten Teach-in's veranstalten. Der Kommunistische Studentenverband Ffm schloß sich diesem Votum an. In der verbleibenden Restgruppe (Cabora Bassa Gruppe Ffm, A.3.W. Freiburg, A.3.W. Heidelberg-Land, Sozialistisches Büro Offenbach und AGM-Komitee) konnte man allerdings auch keine vollständige Einigkeit über Ziele und Formen des Tribunals herstellen. Das Tribunal wurde auf Mitte Oktober 1972 verschoben.

Auf der folgenden Sitzung der Plattformkommission am 18.2.1972 in Ffm einigte man sich mit einer Gegenstimme, "daß die Platt-

form die eigene Position (sozialistische) kennzeichnen soll und Zielgruppen mit sozialistischem Selbstverständnis als Mitarbeiter bei der Kampagne gewinnen soll. In einem zweiten Schritt sollen dann diese Gruppen eine weitere Öffentlichkeit ansprechen und dort auch liberale Argumente in die Diskussion einbringen (wie Völkerrecht, Grundgesetz u.ä.), diese aber dann als Alibi entlarven und als langfristige Perspektive die Abschaffung des Kapitalismus weltweit aufzeigen. Die Presse- und sonstige Öffentlichkeitsarbeit hat dabei die Funktion, neben der (gering geschätzten) Einflußnahme auf die Regierungsentscheidungen, einzelne Individuen zur Mitarbeit in bereits bestehenden lokalen Gruppen zu veranlassen"(22).

In dem Protokoll zu dem Treffen wird es als eine Illusion bezeichnet, die materielle Versorgung Portugals durch das Tribunal abbremsen zu können. Bestenfalls könne man eine Verschleierung der Versorgungsströme erreichen. Die Kampagne müsse sich deshalb darauf konzentrieren, die Legitimationsbasis des Systems zu beeinträchtigen und das sozialistische Lager in der BRD zu stärken. Die von einem Mitglied des Sozialistischen BÜros Offenbach erarbeitete Plattform wurde angenommen (23).

In der Folgezeit traf man sich wiederholt, um über das Tribunal zu beraten. Bei einer Unterredung der Aktion Dritte Welt Freiburg mit dem Geschäftsführer des AGM-Komitees, Wolff Geisler, am 8./9.7.1972 in Freiburg wurde beschlossen, die Kampagne, wie schon gesagt, umzubenennen. Als neuer Termin wurde der 16./17. Dezember 1972 festgesetzt und als Tagungsorte wurden Frankfurt/M, Bonn oder Essen in Erwägung gezogen. Im Bericht des AGM-Komitees, das hauptsächlich die Organisation des Kongresses übernommen hat, heißt es, daß die Befreiungsbewegungen großes Interesse an den Veranstaltungen zeigen, Erzbischof Milingo von Sambia, Basil Davidson, Martin Walser und Jochen Steffen ihre Mitarbeit z.T. bedingt und bisher 27 westdeutsche Gruppen ihre Beteiligung fest zugesagt haben (24).

Zum jetzigen Stand der Planung und Vorbereitung wird gesagt:
"Die Kampagne wird bisher von 27 Gruppen getragen. Jede Gruppe realisiert ihr eigenes Informationsprogramm. Gemeinsam sollen Blutspende - Altkleider - Deckenaktionen durchgeführt werden. Eine Photoausstellung, Plakate, eine Wandzeitung, Informationsbroschüren, Flugblätter werden von verschiedenen Gruppen vorbereitet bzw. sind angefordert worden und können den anderen zur Verfügung gestellt werden. Eine Liste über Info-Materialien Filme, Plakate, Flugblätter etc. wird erstellt und allen zugänglich gemacht. ....

Am 1. Tag sollen die Vertreter der Befreiungsbewegungen über ihre Programme und ihre Erfolge als Alternative zum Kolonialismus sprechen sowie Informationen von Referenten über den Kolonialkrieg, Beteiligung der BRD und der NATO gegeben werden. Am 2. Tag sollen die Arbeitsgruppen Aktionsprogramme für die weitere Arbeit der Gruppen breitere Information und Mobilisierung der Öffentlichkeit, materielle humanitäre Unterstützung der Befreiungsbewegungen entwickelt werden .....
Wolff Geißler wird verschiedene - noch nicht beteiligte - Gruppen besuchen, um deren Mitarbeit anzuregen ....
Von der Aktion Dritte Welt Freiburg wird ein Gruppenrundbrief verschickt, in dem die Gruppen sich gegenseitig über ihre Pläne, Diskussionen und Aktionen informieren. Die Kampagne wird über verschiedene Publikationen (links, iz3w etc.) bekannt gemacht. (Siehe Aufruf zum Portugal Tribunal Gruppenrundbrief Nr. 2)....

Feststehende Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne:
a) Angola-Sonntag, der von Pfarrern vorbereitet wird und in möglichst vielen Kirchen stattfinden soll

b) Vorbereitungsseminar für Presse, veranstaltet von der ev. Akademie Arnoldshain

Kontaktadressen für den Referentendienst ist: Aktion Dritte Welt, Freiburg, Lorettestr. 20 a.
Materialanforderungen z.Z. an AGM-Komitee, 53 Bonn, Bergweg 21 und Freiburg (s.o.).

Bis Anfang September sollen sieben weitere Verteilungsstellen vorhanden sein sowie eine Filmverleihstelle" (25).

Im Rundbrief Nr. 4 vom 3.9.1972 wurde mitgeteilt, daß die Zentralveranstaltung im Januar 1973 in Dortmund abgehalten werden soll, mittlerweile haben sich fast siebenzig Gruppen bereit erklärt, den Kongreß zu tragen (26).

2.5. Aktionen, die direkt auf die Adressaten der Kampagne ausgerichtet waren

2.5.1. Regierung, Parlament, Parteien

Da die Bundesregierung für die Vergabe der Hermeskreditbürgschaften verantwortlich zeichnet, hat sie die politische Verantwortung für die Beteiligung der westdeutschen Firmen am Bau des Staudammes übernommen. Durch Rücknahme der Bürgschaften hätte sie die Möglichkeit, die Beteiligung der Firmen zu verhindern. Für die Kampagne war sie also konsequenterweise ein Ziel der Proteste.

Von einer sozial-liberalen Regierung erhofften sich viele der Opponenten eine andere Haltung als von der vorigen. In dem offenen Brief vom 19. März 1970 an Bundeskanzler Brandt spricht die FRELIMO die Erwartung aus, daß sie von einem SPD-Kanzler eine andere Haltung erwarte als von der Kiesinger-Regierung, die es u.a. zugelassen habe, daß im Jahre 1969 drei Kriegsschiffe von der Hamburger Werft Blohm und Voss an Portugal für seinen Kolonialkrieg in Afrika geliefert wurden (27).

Die Logik von Siemens, zusätzlich noch die Aufträge der vom Zamco-Konsortium zurückgetretenen englischen und schwedischen Firmen zu übernehmen, hätte sie nicht überrascht. "Aber was uns überrascht hat, war das absolute Schweigen von Ihnen und Ihrer Regierung - daß Sie nichts zu sagen hatten, während sich unter den Sozialdemokraten in Schweden und Labour-Anhängern in England laute Stimmen gegen dieses Projekt erhoben. Was ver-

stehen Sie denn eigentlich unter Sozialdemokratie? Daß selbst der Bruch der von den Vereinten Nationen beschlossenen Sanktionen gegen Rhodesien Sie nicht beeindruckt hat - irritiert uns bei einer Regierung, die auf "Gesetz und Ordnung" bedacht ist. Heißt das, daß die Politik der vorgehenden westdeutschen Regierung fortgesetzt werden wird ? " (28).

Die obigen Erwartungen der FRELIMO gegenüber einem sozialdemokratischen Bundeskanzler und einer sozialliberalen Bundesregierung hegten auch ein groß Teil der Cabora Bassa Opponenten. Die zahlreichen Protestschreiben an den Bundeskanzler bzw. die Ministerien sind ein Anzeichen dafür. Auf die Bundesregierung wurde direkt durch offene Briefe, Protest-Telegramme und indirekt über Abgeordnete des Bundestages, über die Parteien, vor allem die SPD und über kirchliche Persönlichkeiten sowie Institutionen eingewirkt. Die Schreiben verschiedener Gruppen, Einzelpersonen und Institutionen richteten sich an den Bundeskanzler, den Außenminister, den Wirtschafts- und Finanzminister und den Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Einige Gruppen versuchten über die Abgeordneten ihres Wahlkreises auf die Bundesregierung Einfluß zu nehmen. Sie forderten ihre Volksvertreter auf, zu Cabora Bassa und die Unterstützung Portugals mit Waffen aus der BRD im Parlament Anfragen an die Bundesregierung zu stellen und diese Fragen auch im Parlament öffentlich zu diskutieren. So wurden im Parlament einige Male Anfragen gestellt und von der Regierung mündlich bzw. schriftlich beantwortet. Auf Einzelheiten soll später noch eingegangen werden.

Höhere Würdenträger der Evangelischen Kirche Deutschlands haben ebenfalls bei Gesprächen mit der Bundesregierung ihre Bedenken gegen den Staudamm geäußert.

Auf öffentlichen politischen Veranstaltungen mit Mitgliedern der Bundesregierung und Parlamentariern wurden durch Gegner des Staudammprojektes provokative Fragen an die Politiker gestellt, in deren Folge es häufig zu scharfen Auseinandersetzungen kam. Durch das Wirken der Akteure der Kampagne wurde

Cabora Bassa auch von kritischen Mitgliedern vor allem der SPD aufgegriffen. Es führte zu an die Bundesregierung und den SPD-Bundesvorstand gerichtete Resolution und Protesterklärung der verschiedensten Parteigremien bis zum Bundesparteitag.

2.5.2. Firmen

Im Zentrum des Kampfes gegen den Cabora Bassa Staudamm standen die am Bau beteiligten westdeutschen Firmen.

Neben den bereits erwähnten Aktionsformen wie u.a. Flugblätter Plakate, Podiumsdiskussionen kamen hier zwei in ihrer Methode und Wirkungsweise originären Aktionsmethoden zum Einsatz: Einmal Aktionen auf den Aktionärshauptversammlungen der Aktiengesellschaften AEG-Telefunken, Siemens, BBC und Hochtief, zum anderen eine Boykottkampagne gegen die Elektrofirmen AEG-Telefunken, Siemens und BBC.

2.5.2.1. Aktionärshauptversammlungen

Nach dem Aktiengesetz müssen alle Aktiengesellschaften einmal im Jahr auf einer öffentlichen Sitzung zu ihrem Geschäftsbericht Stellung nehmen. Jeder Aktionär hat das Recht, das Management um Auskunft darüber zu bitten. Er kann auch eine beliebige andere geschäftsfähige Person damit beauftragen. Ein Aktionär kann fristgerecht Anträge zum Geschäftsbericht und der Tagesordnung einreichen, die in der Einladung der Gesellschaft zur Hauptversammlung (HV) abgedruckt werden müssen. Die durch die Reform des Aktiengesetzes von 1965 inendierte "Aktionärsdemokratie" wird schon im Ansatz durch das sog. Depotstimmrecht der Banken paralysiert. Die meisten Aktionäre haben ihre Wertpapiere bei den Banken hinterlegt. Erhalten die Banken keine anders lautende Weisung von dem Eigentümer, stimmen die Banken im Namen der Aktienbesitzer nach geschäftspolitischen Gesichtspunkten ihrer Firmen.

2.5.2.1.1. Die Hauptversammlungen von Siemens, AEG-Telefunken, BBC und Hochtief in den Jahren 1971 und 1972

Cabora Bassa Opponenten haben diesen Freiraum der "Aktionärsdemokratie" genutzt, um auf den Aktionärshauptversammlungen der am Cabora Bassa Bau beteiligten Aktiengesellschaften AEG-Telefunken, BBC, Hochtief und Siemens gegen deren Mitarbeit am Staudamm zu protestieren.

Der Anstoß zu dieser Aktionsform ging von einem Mitarbeiter eines entwicklungspolitischen Friedensdienstes aus. Er bot im März 1971 in einem Eilbrief dem Berliner "Cabora Bassa Komitee" und der Göttinger "Aktion Dritte Welt" an, mit seiner Eintritts- und Stimmkarte auf der Hautpversammlung der Siemens AG am 25. März in München der Geschäftsführung der Siemens AG Fragen zum Thema Cabora Bassa zu stellen, die das Aktionärspublikum zum Nachdenken über die Firmenpolitik in dieser Sache anregen könnte.

Siemens 1971

Vertreter der Göttinger Gruppe nahmen die Gelegenheit wahr, und führen nach München. Vor Beginn der Versammlung verteilten sie vor dem Gebäude Flugblätter und hatten auch "Gesucht-Plakate" aufgehängt. Der Promoter der Gruppe, Wolff Geisler, übernahm es dann, während der Versammlung Fragen zu Cabora Bassa zu stellen und auf systemimmanente Weise vor dem Schaden, den die Firma in Afrika und im Ansehen bei der Bevölkerung nehmen würde, zu warnen. Er verwies auf den drohenden Boykott der afrikanischen Staaten und den bereits laufenden Käuferboykott.

Besonders heftige Emotionen provozierte Geisler beim Vorstandsvorsitzenden Tacke und dem Großteil der Zuhörer mit der Frage, bei dem wievielten in Cabora Bassa getöteten deutschen Techniker die Firma Siemens ihr Engagement einstellen würde.

AEG-Telefunken 1971

Für die AEG-Telefunken-Aktionärshauptversammlung am 16. Juni 1971 in der Kongreßhalle in Westberlin waren Eintritts- und

Stimmkarten von mehreren Privatleuten, der "Aktion Sühnezeichen" und Mitgliedern des Berliner "Cabora Bassa Komitees" zur Verfügung gestellt worden. So konnten ca. 15 kritische Kleinaktionäre bzw. deren Vertreter an der Hauptversammlung teilnehmen. Nachdem ein Student aus Tübingen und Wolff Geisler aus Göttingen, der schon auf der Siemens-Hauptversammlung aufgetreten war, ihre Fragen und Proteste zu Cabora Bassa angebracht hatten, berichtete der Westberliner Politologe mit dem Spezialgebiet Südliches Afrika, Rainer Tetzlaff, über die Kriegssituation in Mozambique. Nach mehrmaligen Aufforderungen, keine politischen, sondern nur Fragen zum Geschäftsbericht zu stellen, wurde ihm das Wort entzogen und er aufgefordert, das Mikrophon zu verlassen. Da er auf sein Auskunftsrecht gemäß § 131 Aktiengesetz beharrte und er seinen Platz nicht räumte, wurde ihm erst das Mikrophon abgestellt, und er dann später, ohne Widerstand zu leisten, von einem Polizisten abgeführt.

Während dieses Ereignisses kam es zu tumultartigen Szenen: Kleinaktionäre entrollten Spruchbänder mit den Aufschriften: "Raus aus Mozambique", "AEG investiert in Kriegsgebiet", "Beihilfe zum Mord". Sie wurden z.T. von einem Polizisten weggenommen. Andere Opponenten verteilten Flugblätter und die "Cabora Bassa Studie" der Studiengruppe Probleme der Entwicklungsländer der Vereinigung deutscher Wissenschaftler beim Aufsichtsrat und im Saal. Nach mehr als halbstündiger Unterbrechung konnte die Versammlung fortgeführt werden (29).

BBC 1971

An der BBC-Hauptversammlung am 8.7.71 in Mannheim nahmen ca. 25 Mitglieder verschiedener Gruppen aus dem Süddeutschen Raum teil. Von den gesamten 18 Diskussionsrednern sprachen 16 gegen Cabora Bassa, brachten Fakten und stellten Fragen an den Vorstand und forderten den Abzug der Firma aus dem Projekt. Ca. 2/3 der Zeit wurde von der Diskussion über Cabora Bassa beherrscht. Die Diskussion verlief "engagiert, aber sachlich" (30).

Da Fragen nicht beantwortet wurden, gab man seinen Protest beim Notar zu Protokoll.

Am Eingang des Versammlungsgebäudes wurden vor und nach der Sitzung Flugblätter verteilt und Spruchbänder sowie Plakate gezeigt.

Hochtief 1971

Am 20. Juli traten z.T. dieselben Protestler, unterstützt von Mitgliedern von an der Kampagne beteiligten Gruppen im Ruhrgebiet, bei der Hochtief-Hauptversammlung in Essen auf. Von den 30 kritischen Aktionären - insgesamt waren 2oo Personen anwesend - stellten 16 Fragen an den Vorstand, die sie zugleich den zahlreich anwesenden Journalisten schriftlich aushändigten. Von 12 - 18 Uhr war Cabora Bassa das beherrschende Thema der Versammlung. Zu Tumulten kam es nicht.

Siemens 1972

Weniger ruhig dagegen verlief die Siemens-Hauptversammlung am 16. März. Ca. 2.6oo Aktionäre versammelten sich in München, ungefähr 7oo mehr als im Vorjahr, unter ihnen ca. 8o Cabora Bassa Opponenten. 25 Journalisten waren anwesend und saßen von den Aktionären getrennt auf einer Empore. Am Eingang wurden Aktentaschen durchsucht und vervielfältigtes Material abgenommen. Erst nach 5 Stunden, als der 12. Redner, kam M. Geisler, als Initiator der Cabora Bassa Hauptversammlungsaktionen vorgestellt, zu Wort, anhand von Dokumenten der "Organisation Afrikanische Einheit" (OAU), der UN und der Deutschen Botschaft in Addis Abeba wies er innerhalb von ca. 9 Minuten falsche Aussagen des Vorstandes nach. Er warf dem Vorstand "Beihilfe zum Mord" vor und forderte ihn auf, gegen diese Beschuldigung Klage zu erheben. Der nächstfolgende Redner forderte Schluß der Debatte, dem der Versammlungsleiter zustimmte. Die restlichen 57 Cabora Bassa Gegner, die sich zu Wort gemeldet hatten, sahen sich um ihr Rede- und Fragerecht gebracht und versuchten, das Aktionärsmikrophon zu erreichen. Dies gelang allerdings nur 7 Akteuren, der Rest wurde vom Ordnungsdienst z.T. mit Gewalt daran gehindert. Die sieben

hielten 8oMinuten das abgeschaltete Mikrophon besetzt. Sie verlangten 40 Minuten Redezeit. Der Versammlungsleiter fragte die Versammlung, ob sie den Cabora Bassa Gegnern wenigstens 2o Minuten Redezeit gewähren würden. Doch die Versammlung lehnte fast einhellig kategorisch jede Redemöglichkeit ab. Als der Versammlungsleiter nach ca. 4o Minuten die Versammlung fortführen wollte und einer der sieben Opponenten gleichzeitig in sein Mikrophon sprach, mußte er zu einem anderen sicheren Mikrophon wechseln. Nach weiteren 4o Minuten wurde die Polizei gerufen, welche die sieben Aktionäre aus dem Saal führte und die Personalien feststellte. Wenige Tage vor der AEG-Hauptversammlung im Juni erhielten diese sieben eine Benachrichtigung, daß gegen sie wegen Hausfriedensbruch und Nötigung ermittelt werde.

15 der verbliebenen Opponenten gaben ihren Protest beim Notar zu Protokoll. Auskunfts- und Anfechtungsklagen gegen Siemens kamen trotz einiger Bemühungen in diese Richtung nicht zustande.

AEG-Telefunken 1972

Um Manipulationen wie bei Siemens zu entgehen, wurde die AEG-Hauptversammlung am 15. Juni inhaltlich wie auch taktisch sorgfältiger vorbereitet. Für die Siemens HV hatte man zwar auf Treffen Fragenkataloge zu Cabora Bassa, die Beziehung von Siemens zur Südafrikanischen Republik, Portugal, zu sozialen Problemen der Belegschaft und anderes mehr vorbereitet und hektographiert, konnte sie aber nicht anbringen. Der Kontakt zur Presse wurde erst einige Tage nach der HV auf einer Pressekonferenz in Bonn hergestellt.

In Berlin wurden deshalb drei Tage vor der am 15. Juni stattfindenden AEG-HV auf einer Pressekonferenz Journalisten über das beabsichtigte Vorgehen von kritischen Aktionären detailliert unterrichtet. Die Journalisten erhielten eine umfangreiche Materialsammlung mit allen wichtigen Informationen zu den Fragen, die auf der HV gestellt werden sollten. Es wurde

deutlich gemacht, daß die "demokratischen Aktionäre" diszipliniert und detailliert zur Rüstung bei AEG, zum Sozialbereich, zu Cabora Bassa und der Unterstützung der faschistischen und rassistischen Regime im Südlichen Afrika durch die AEG Fragen stellen würden. Man würde sich nicht zu undisziplinierten Verhalten verleiten lassen, notfalls auch juristisch gegen AEG vorgehen.

Als Organisator und Träger der HV-Aktion traten der Westberliner "Koordinationskreis Dritte Welt" und verschiedene Gruppen aus Westdeutschland auf, wie z.B. "Aktion Dritte Welt", Freiburg, "Aktionskreis Dritte Welt", Dortmund, "Aktionskomitee Afrika", Bielefeld, "Deutsches Komitee für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique", Bonn. Im Westberliner Koordinationskreis arbeiten schon seit längerer Zeit mehrere Organisationen und Gruppen Westberlins zusammen: Jungsozialisten, Jungdemokraten, "Komitee Südliches Afrika", der Internationale Arbeitskreis, die Falken (SJD), die Türkische Sozialisten Vereinigung, die CISNU, die griechische Antidiktatorische Front und einige Evangelische Jugendgruppen.

Die Versammlungsleitung erklärte gleich zu Beginn der Veranstaltung, daß für Fragen zu Cabora Bassa genügend Zeit zur Verfügung stünde, man sie aber an das Ende der Aussprache plazieren wolle. Die "Kritischen Aktionäre" ließen sich auf dieses Spielchen ein und baten im ersten Teil der "Fragestunde" nicht um Auskunft über das Cabora Bassa Projekt, aber über den militärisch-industriellen Komplex bei der Firma, über seine personellen Verflechtungen zum Bonner Verteidigungsministerium und stellten allein 21 Fragen zum Sozialbereich bei AEG-Telefunken. Der Vorstand reagierte merklich nervös und hatte Mühe, sich jovial und gelassen zu zeigen. So konnte man beobachten, wie der Vorstandsvorsitzende auf den Aufsichtsratsvorsitzenden besänftigend einwirken mußte.

Wie schon auf der Pressekonferenz verdeutlicht, wurde während der HV mehrmals klar herausgestellt, daß man die HV lediglich benutze, um die Öffentlichkeit auf die für kapitalistische Monopole wie AEG-Telefunken notwendigen inhumanen Praktiken

aufmerksam zu machen. Man sei keine naiven Idealisten oder humanistischen Träumer.

In der eingeräumten "Quasselstunde" (31) gingen dann die Opponenten ausführlich, teilweise unterbrochen durch reaktionäres Aktionärspublikum weniger durch die Leitung, auf Cabora Bassa und die Unterstützung des Rassismus und Kolonialismus im ganzen südlichen Afrika durch die Monopole ein. Als Konsequenz der Kritik wurden die Anträge gestellt, Vorstand und Aufsichtsrat wegen Unterstützung von Rassismus und Kolonialismus nicht zu entlasten und Friedrich K. Flick nicht in den Aufsichtsrat zu wählen, da dies eine Stärkung des militärisch industriellen Komplexes bedeuten würde. Diese beiden Anträge waren schon, da fristgerecht eingereicht, in den Einladungsschreiben zur HV den Aktionären mitgeteilt worden. Nach neunstündiger Dauer ging die Versammlung ohne spektakuläre Tumultszene zu Ende.

BBC und Hochtief 1972

Auf den HV von BBC am 1o. Juli in Mannheim und Hochtief am 2o. Juli in Essen wurden wieder Protest gegen Cabora Bassa angemeldet. Es kam auch dort zu heftigen Disputen, aber nicht zu spektakulären Auftritten.

2.5.2.1.2. Zur Funktion von Hauptversammlungs-Aktionen

Das Auftreten von Cabora Bassa Opponnenten auf den Aktionärs-Hauptversammlungen brachte der Cabora Bassa Kampagne gemessen an der Zahl der Veröffentlichungen und Nachrichten in den Massenkommunikationsmitteln den größten Öffentlichkeitserfolg (32). Durch keine andere Aktionsform gelang es, Cabora Bassa und seine Implikationen einer so großen Zahl von Menschen bekannt zu machen. Die entscheidenden Gründe für diesen Erfolg sind folgende: Über Hauptversammlungen von Weltfirmen wie Siemens oder AEG mit Zehntausenden zum Teil Hunderttausenden von Kleinaktionären wird grundsätzlich im Wirtschafts-Teil fast jeder westdeutschen Zeitung berichtet. Entschiedene

Kritik an der Geschäftspolitik der Firma hat bei solchen HV, da unüblich, den Charakter des Spektakulären (33). Bei den Versammlungen kamen die verschiedenen von Reckman und Ebert beschriebenen Techniken in konzertierter Aktion zur Anwendung.

So wurde die Bühne der HV im konkreten und übertragenen Sinne von den kritischen Kleinaktionären benutzt, um gegen die Beteiligung der Firmen am Bau des Staudammes in aller Öffentlichkeit zu protestieren. In den Protesten wurden die Verflechtungen der Firmen und der Bundesregierung mit der Kolonialmacht Portugal und den Minderheitsregimen im Südlichen Afrika dargestellt. Die konkrete Schilderung der Kolonialkriege in den portugiesischen Kolonien und der Nachweis, daß die Firmen durch ihre Beteiligung am Bau von Cabora Bassa entscheidend zur Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen vor allem in Mozambique teilhaben und dabei gegen die Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen und mehrere Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates und der UN-Vollversammlung verstoßen, zielten "auf die Unterminierung von vermeintlicher, in Denk- und Verhaltensgewohnheiten übergegangener Gemeinschaftlichkeit von Werten und Symbolen" (34) ab. Nach Reckman ist der "violence-Charakter" (35) dieser Darstellungstechniken zwar schwach, reicht aber aus, um der Versammlungsleitung und der Mehrzahl der Aktionäre ihre Maske des vornehmen Bürgers zu entreißen. Die Versammlungsleitung der AEG-Hauptversammlung 1971 wußte sich nicht anders zu helfen, als einem wie oben angeführt argumentierenden Aktionär das Mikrophon abzustellen und die Polizei zu holen.

Die Weigerung der Opponenten, sich in der üblichen Rolle eines Aktionärs zu bewegen, führte zur Rollenentlarvung des etablierten Managements und eines Großteils der Aktionäre. Durch die Proteste und Enthüllungen fielen sie sozusagen aus der Rolle und reagierten emotional ungehalten, zum Teil sogar wütend oder zynisch und machten rigoros von ihrem Hausrecht Gebrauch. Dies gelang besonders auf Versammlungen, auf denen die Opponenten bewußt im Sinne einer Konfliktstrategie auf eine Polarisation hinagierten und argumentierten (36).

Daß diese Techniken der Enthüllung und Rollenentlarvung be-

sonders effektvoll sind, wie Reckaen sagt, läßt sich auch an der Berichterstattung in den Medien über die HV ablesen. Entgleisungen von mystifizierten Topmanagern wurden, wenn zum Teil auch kaschiert, doch immer erwähnt (37).

Die Strategie der begrenzten Regelverletzung erwies sich besonders dann bei HV in Bezug auf Berichterstattungen in den Medien als effektvoll, wenn durch Manipulation seitens der Leitung die Cabora Bassa Gegner nur begrenzt oder überhaupt nicht zu Wort kommen sollten. So wurde zum Beispiel auf der AEG-HV im Juni 1971 und bei Siemens im März 1972 durch Akte zivilen Ungehorsams, bei denen der gesetzlich vorgeschriebene Ablauf der HV und die Anordnungen des sich u.a. auf Hausrecht berufenden Versammlungsleiters mißachtet wurden, durch ständige Zwischenrufe, Sprechchöre, Zeigen von Spruchbändern, Verteilen von Informationsschriften und Flugblättern und der Weigerung, das Mikrophon zu verlassen, erheblich gestört.

Auf der Siemens-Hauptversammlung im März 1972 mußten die Cabora Bassa Gegner sogar zu Methoden der zivilen Usurpation übergehen, um ihrem Protest Ausdruck verleihen zu können. Wie schon berichtet, hielten sie 80 Minuten das Aktionärsmikrophon besetzt und verhinderten für mehr als 40 Minuten den geregelten Ablauf der Versammlung. Nach Ebert stellen zivile Usurpationen, wenn sie nicht die letzte Stufe innerhalb einer Eskalation im Verlaufe einer Kampagne ausmachen, vor allem symbolische Aktionen dar und haben mehr eine agitatorische Wirkung (38). Insgesamt können die Hauptversammlungsaktionen im Sinne von Ebert als legale Rolleninnovationen interpretiert werden. Sie bestehen darin, daß sich Kleinaktionäre bzw. deren Vertreter nicht für ihren Profit, wie sonst für Aktionäre üblich, sondern, den Freiraum der "Aktionärsdemokratie" nutzend, für die Bevölkerung in Mozambique und gegen Unterdrückung aund Ausbeutung im Südlichen Afrika und auch in der BRD einsetzen. Über den Sinn und die Funktion der Hauptversammlungsaktionen wurde unter den Beteiligten eine rege Diskussion geführt.

Nach den vier Hauptversammlungen des Jahres 1971 schrieb Georg Stingl zur Strategie der Hauptversammlungen, daß die Aktionen an zwei Kriterien bemessen werden müssen: einmal inwieweit derartige Aktionen Hilfestellungen zur Emanzipation der Massen in der Dritten Welt leisten bzw. auf dieses Ziel hinwirken und zum anderen was diese Aktion zur Veränderung unseres eigenen, die Ausbeutung fortwährend reproduzierenden Wirtschaftssystems beitragen. Da der Rücktritt der deutschen Firmen zur Voraussetzung die Rücknahme der Bürgschaften durch die Bundesregierung habe und dies nur durch den Druck eines großen Teils der öffentlichen Meinung bewirkt werden könne, sieht er in der Presse die Hauptzielgruppe der HV-Aktionen.

Am Beispiel Cabora Bassa sollte der Öffentlichkeit exemplarisch deutlich gemacht werden, daß kapitalistische Firmen auf Kosten von Menschenleben Profite machen und dabei politische Konstellationen wie Kolonialregime und Diktaturen in ihrem Bestreben nicht als diskreditierend empfunden werden.

Bei einer Analyse von Berichten über die BBC-Hauptversammlung in 2o regionalen und überregionalen Zeitungen stellt Stingl fest, daß bis auf drei Ausnahmen in keiner Zeitung Argumente der Opponenten wiedergegeben wurden, sondern nur allgemein vom Protest geschrieben wurde, aber ausführlich die Aussagen der Firmenleitung dargelegt wurde. Einen Grund sieht er darin, daß von den kritischen Aktionären bei BBC kein Material an die Journalisten verteilt wurde. Aus diesem falschen Vorgehen gelernt, verteilte man bei der Hochtief-Versammlung detailliertes Material an die Presse. Der Erfolg stellte sich auch ein. Die Argumente der Cabora Bassa Gegner wurden selbst in weniger liberalen Zeitungen z.T. ausführlich wiedergegeben, manchmal in wörtlichen Zitaten (z.B. Rheinische Post). Nach Meinung Stingls haben die Aktionen bewirkt, die Diskussion über Cabora Bassa in der Öffentlichkeit wieder zu entfachen, Opposition gegen das Projekt in der Presse erscheinen zu lassen, so daß die Bundesregierung indirekt von den Firmen beschuldigt wurde, ihre politische Entscheidung über die Beteiligung nicht richtig überdacht zu haben, und daß innerhalb der Firmen es zum Thema Cabora Bassa zu Polarisie-

rungen gekommen sei. Man habe mit diesem Aktionsmodell bei geringem Einsatz eigener Mittel einen optimalen "Publizitätswirkungsgrad" erreicht (39).

In einem Artikel im "Berliner Extradienst" vom 21.6.72 über die AEG-Hauptversammlung im Juni 1971 kommt Runge, der Wortführer der kritischen Aktionäre auf dieser Versammlung, z.T. zu ähnlichen Ergebnissen. Er meint allerdings, daß solche Aktionsformen leicht abstumpfen könnten und es nicht ausreiche, dabei nur auf Presseöffentlichkeit zu zielen. Solche Aktionen müßten im Zusammenhang mit der Betriebsarbeit von Betriebsgruppen stehen und auf die innerbetriebliche Agitation genauso abzielen wie auf die weitere Öffentlichkeit. Zum Verlauf der genannten Hauptversammlung und ihrem Erfolg kommt Runge zu dem Schluß, daß sich der Versuch, absolut diszipliniert auf der Hauptversammlung auch dann aufzutreten, wenn man in seinen Rechten systematisch beschnitten wird, nicht bewährt habe. Um mehr sachliche Öffentlichkeit zu erreichen, hatte man sich auf den vorausgegangenen Besprechungen der Aktivisten darauf geeinigt, die Konfliktschwelle hoch anzusetzen. Die Folge war, daß in den Presseberichten in den Überschriften eine völlig normale HV erschien. Man hätte, so Runge, den von der Konzernleitung angebotenen Konflikt in schärferer Form aufgreifen müssen, ohne sich sofort per Tumult durch Berufen auf Hausrecht gleich aus dem Verkehr ziehen zu lassen (40).

Auf einer internen Sitzung der "Aktion Dritte Welt" Freiburg wurde am 4.7.1972 über den Sinn und den Erfolg der Hauptversammlungsaktionen in Bezug auf die Zielgruppen diskutiert. Im Protokoll von dieser Sitzung (41) werden als Zielgruppen genannt: die Firmen, die Bundesregierung, die Kleinaktionäre, die Presse, die Bevölkerung und die Aktionsgruppen.

Zur ersten Zielgruppe wird ausgeführt, daß die Kapitalistenklasse nicht homogen sei, und man mit einer Kapitalfraktion systemimmanente Forderungen durchsetzen könne. Als eine 'Pressure Group' sei man aber auf die über die Presse zu er-

reichende öffentliche Meinung angewiesen. Die Bundesregierung zur Rücknahme der Kredite und Bürgschaften zu bewegen, basiere auf dem Glauben an den Sozialstaat. Man sei sich nicht bewußt gewesen, daß der Staat ein Handlanger des Kapitals und nur zu Teilreformen bereit sei. Kleinaktionäre könnten sich nur hie und da mit den Opponenten solidarisieren, seien jedoch wegen ihres kleinbürgerlichen Bewußtseins nicht bereit, die Firmenpolitik langfristig zu bekämpfen.

Da das Hauptziel der Hauptversammlungsaktionen die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Berichterstattung der Presse war, hinge eine richtige Beurteilung der bisherigen und zukünftigen Aktionen von der Einschätzung und Analyse des Pressewesens in einer kapitalistischen Gesellschaft ab. In den Berichten über die Hauptversammlungen fehlten laut Protokoll die antikapitalistischen Argumente völlig, in liberalen Zeitungen sei zwar teilweise über die Aktionen berichtet und vereinzelt Argumente gegen Krieg, Waffenlieferungen und Kolonialismus dargelegt worden, doch mehr sei dem "Geschwätz des Verstandes" Raum gegeben worden.

Eine Pressekampagne gegen Rassismus und Kolonialismus wäre im Rahmen des bestehenden Systems durchaus möglich gewesen, aber an der fehlenden liberalen Öffentlichkeit in der BRD, eine Folge der historischen Entwicklung Deutschlands, gescheitert. Außerdem seien die Wirtschaftsjournalisten "offensichtlich" für politische Argumente nicht zugänglich. Die Bevölkerung könne man während einer Hauptversammlung zwar erreichen, aber nur wahllos auf der Straße. Man solle sich besser an eine klar definierte Zielgruppe mit bestimmten Bedürfnislagen wenden, so könne man auch gezielter argumentieren. Im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit sei dies aber nicht möglich. Die Teilnahme an Hauptversammlungsaktionen wirke bewußtseinsbildend und emanzipierend auf Mitglieder der Aktionsgruppen. Bei zukünftigen Aktionen sollten sich die beteiligten Aktionsgruppen aber mit Lehrlingen aus der Firma in Verbindung setzen um auf den HVs interne Firmenkonflikte und nicht nur Cabora Bassa anzusprechen. Zukünftige Aktionen müßten besser vorbereitet werden und Konzernanalysen vorausgehen.

Die Einschätzung der Zielgruppen, wie sie laut Protokoll während der Diskussion erfolgte, ist im großen und ganzen sicher richtig. Zu glauben, Monopolherren würden sich durch Argumente zu Verhaltensänderungen bewegen lassen, Sozialstaatsillusionen zu hegen oder sogar zu meinen, Pressefreiheit sei realisiert, ist sicher naiv. Doch sollte man Diskussionen über Aktionen und deren Zielgruppen im Rahmen einer Gesamtstrategie systemüberwindender Kampagnen sehen. Allzu schnell gelieferte Analysen können leicht zu Fatalismus und Resignation Anlaß geben. Die Tatsache, daß auch in spätkapitalistischen Gesellschaften und Staaten trotz der dominierenden Mächte emanzipatorische Bewegungen möglich sind, zeigen gerade die zunehmenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen.

2.5.2.2. Die Boykottkampagne

2.5.2.2.1. Allgemeines zu Boykottaktionen

Der Aufruf zum Boykott der Waren der Firmen AEG, Siemens und NSG gehört zur zweiten Stufe des Ehert'schen Eskalationsschemas. Auf den Boykott soll hier etwas näher eingegangen werden. Dabei wird sich der Verfasser an die Ausführungen über Boykott von Volker Hornung halten (42).

Boykott wird definiert "als eine gemeinsame Anstrengung, wirtschaftliche oder soziale Beziehungen zu gegnerischen Gruppen oder Individuen abzubrechen und andere zu bewegen, dasselbe zu tun". (43). Ein Boykott kann repressiven und emanzipatorischen Charakter haben. Als Beispiel für den repressiven Gebrauch sei erinnert an den Boykott der Judengeschäfte durch die Nazis und der S-Bahn in Westberlin nach dem Mauerbau im Jahre 1961. Für den Erfolg von Boykottaktionen sind folgende Voraussetzungen notwendig:

1. Vorhandensein einer zentralen Organisation.
2. Auswahl eines Produktes.
3. Berücksichtigung der Machtposition der Gruppe, die den Boykott ausüben soll, am Markt.

4. Sympathie und Rückhalt in der öffentlichen Meinung für die Sache des Boykotts.

Beispiele für Boykottaktionen

Der größte Arbeitskampf in der Geschichte der amerikanischen Landwirtschaft, der "grape strike" mexikanischer Landarbeiter, der 1956 von Delano in Kalifornien seinen Ausgang genommen hatte, wurde durch die Anwendung von Boykott-Taktiken entschieden (44).

Südafrika betreffende Beispiele sind folgende: Mit dem Ziel gleicher Behandlung der schwarzafrikanischen Arbeitskräfte in ihren südafrikanischen Niederlassungen wurden in den USA die Firmen Polaroid und Gulf Oil, in Großbritannien die Barclay-Bank mit Erfolg boykottiert (45). Diese Boykott-Aktionen wurden überwiegend betrieben von religiösen Gruppierungen unterschiedlicher Ausrichtung, z.B. den Quäkern, Mennoniten, Unitariern. In den Niederlanden lief eine vom Angola Komitee Amsterdam initiierte Boykottaktion gegen angolesischen Kaffe (46). Presse, Rundfunk, Fernsehen, Gewerkschaften, Parlamentsabgeordnete, die größte niederländische Partei, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, Schulen und über 200 lokale Organisationen unterstützen die Kampagne. Vor dem offiziellen Beginn der Kampagne am 4.2.1972 fanden Unterredungen zwischen dem Angola Komitee und großen Kaffeeröstereien statt. Vier Firmen, die zusammen 27 % des holländischen Kaffeemarktes repräsentieren, stimmten schriftlich zu, ab Juni 1972 keinen Kaffee aus Angola zu verkaufen. Die größte holländische Kaffeerösterei mit 45 % Marktanteilen wollte ebenfalls keinen angolesischen Kaffee vertreiben, wenn die Boykott-Aktion erfolgreich sein würde. Durch eine Umfrage eruierte die Firma das Verhalten der Konsumenten. Durch tatkräftige Unterstützung der Gewerkschaften und das solidarische Verhalten des Betriebsrates erklärte diese große Rösterei zusammen mit zwei weiteren am 3.3.1972, daß sie keinen Angola-Kaffee mehr aufkaufen würden. Weitere kleine Firmen zogen nach, so daß fast der gesamte holländische Kaffee-Markt frei von Angola-Kaffe wurde.

2.5.2.2.2. Cabora-Bassa-Boykott-Aktion

Der Konsumentenboykott gegen die Elektrogiganten ging zunächst von der Aktionsgruppe Kritischer Konsum in Berlin aus. Sie verteilten im Sommer 1970 Flugblätter mit dem Boykottaufruf. Die Boykott-Aktion wurde von dem im Winter 1970 neugegründeten Berliner Cabora Bassa Komitee weiterbetrieben.

Boykottaufrufe mit zwei Selbstverpflichtungskarten an Siemens in München und an das Berliner Cabora Bassa Komitee (zur Kontrolle) lagen bei oder wurden abgedruckt: 3 Ausgaben der "Gewaltfreien Aktion", je einer Ausgabe der "Blätter des IZ3W" Freiburg, der Kriegsdienstverweigerer Zeitschrift "Zivil", dem "Berliner Extradienst", den Mitteilungen der "Gruppe für internationale Zusammenarbeit" Göttingen und der "Progressiven Pazifisten", einem Rundbrief der "Aktion Selbstbesteuerung" und Amnesty International sowie einigen Schülerzeitungen. In einigen Ausgaben von epd-Entwicklungspolitik und epd-Dritte Welt wurde die Boykott-Aktion vorgestellt bzw. auf sie hingewiesen. Mehrere Tausend Karten wurden auf Anfrage hin verschickt.

Von den an der Kampagne beteiligten Aktionsgruppen haben mehrere bei ihren Aktionen für den Boykott geworben und Unterschriften gesammelt, wie z.B. die Gruppen in Dortmund, Freiburg, Heidelberg-Land, Bruchsal, Viersen, Warburg, Göttingen, Bremen, Bielefeld, LÜneburg, Duisburg, Lübeck, Bonn u.a.m.

Von etablierten Organisationen haben sich der "Internationale Versöhnungsbund Deutscher Zweig", der Pfarrgemeinderat der St. Joseph-Pfarre in Viersen, die "Aktion Kirchenreform", einige evangelische Jugendgruppen, wie z.B. der Aktionskreis "Hilfe für Afrika" der Evangelischen Jugend Bergen-Enkheim, Bischofsheim, einige Juso-Arbeitsgemeinschaften und der SPD-Ortsverein (5401) Waldesch dem Boykott-Aufruf angeschlossen. In einem Flugblatt wurden die "Bürger der Hansestadt Lübeck" im Herbst 1970 von "Aktion Dritte Welt", CVJM, Jungsozialisten, "Verband Progressiver Pazifisten" (PPK), Jungdemokraten, Tönnies-Kreis Lübeck im SHB, Ev. Jugendpfarramt und dem "Friedensmarschkomitee" aufgefordert, die beteiligten Firmen unter Druck zu setzen, indem man ihre Warenangebote boykot-

tieren würde. Die Stadtteilgruppe Köln-Süd der DKP verteilte im Sommer 1972 Boykottkarten vor der auch am Bau des Cabora Bassa Staudammes beteiligten Kölner Firma Pöhlig-Heckel-Bleichert.

In einer Resolution auf dem ökumenischen Pfingsttreffen in Augsburg vom 3.-5.Juni 1971 forderten die etwa 600 TEilnehmer des Arbeitskreises "Entwicklung-Verantwortung der Christen" von den Kirchenleitungen der evangelischen Landeskirchen und den westdeutschen katholischen Bischöfen, den Bau des Cabora Bassa Staudammes zu verurteilen, da er zur Verfestigung der portugiesischen Kolonialherrschaft beiträgt, und als Konsequenz daraus, die am Bau beteiligten Firmen aus Westdeutschland zu boykottieren, indem sie bei ihrer Auftragsverteilung diese Firmen übergehen (47).

Auf der Siemenshauptversammlung im März 1971 wies W.Geisler auf den Käuferboykott hin (48).

Wie schon erwähnt, forderte ein Vikar in den Gottesdiensten zu Weihnachten 1971 die Gläubigen zum Boykott der Firmen auf. Eine besondere Publicity bekam speziell die Boykott-Aktion durch die Intervention der Westberliner CDU gegen die bei der schon genannten Antirassismus-Ausstellung im Schöneberger Rathaus ausgelegten Boykottaufrufe. (49). Bischof Scharf hatte diese Ausstellung am 26. Okt. 1971 im Landeskirchenamt eröffnet. Über Zwischenstationen kam sie im Februar ins Foyer des Schöneberger Rathauses, dem Sitz des Schöneberger Bezirksamtes, des Abgeordnetenhauses, des Senats und des Regierenden Bürgermeisters von Westberlin, zur Aufstellung. Als Begleitmaterial lag der Ausstellung u.a. Heft 5/6 der "Gewaltfreien Aktion" mit dem Boykottaufruf und den beiden Selbstverpflichtungskarten bei. In einem offenen Brief vom 9.2.forderten 18 CDU-Mitglieder des Abgeordnetenhauses Bischof Scharf auf, sich"von derartigen Boykott-Agitationen zu distanzieren", da solche Boykottaufrufe in Berlin ein Klima schaffen würden, das Investitionen eher abschrecken würde (50).

Nicht nur die Westberliner Tageszeitungen nahmen sich des Ereignisses an, auch RIAS Berlin informierte seine Hörer am 1o.2. in seinen Nachrichtensendungen am 9.3o und 1o.3o Uhr über den offenen Brief, den Boykottaufruf und die Antirassismusausstellung.

Im Abgeordnetenhaus hatte die CDU eine mündliche Anfrage eingebracht, die schriftlich beantwortet wurde. In der Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung wurde am 16.2. über eine Stunde lang über die Ausstellung und den Boykott heftig diskutiert. Bezirksbürgermeister (SPD), der Stadtrat für Wirtschaft (FDP) und Abgeordnete der SPD stellten sich hinter die Ausstellung und erklärten, daß Boykottaufrufe ein legitimes politisches Mittel seien und der inkriminierte Aufruf als Bestandteil der Ausstellung im Rathaus verbleiben dürfte (51).

Insgesamt wurden 34.000 Boykott-Karten an eine für die Sache mutmaßlich "aufgeschlossene Zielgruppe" verteilt (52). Ca. 85o Boykott-Karten mit 2.896 Unterschriften wurden an das Berliner Komitee zurückgeschickt. Wieviele Karten bei Siemens eingegangen sind, läßt sich schwer abschätzen. Daß viele Boykottanten nur die Karte an Siemens und nicht zugleich die zweite zur Kontrolle an das Berliner Komitee gesandt haben, wurde bei mehreren Gesprächen dem Verfasser deutlich.

Im folgenden sollen die Berufsangaben auf den Antwortkarten in der Reihenfolge ihrer Häufigkeit zusammengestellt werden. Die Sammelbegriffe kaufmännische Berufe oder Angestellte z.B. sind vom Verfasser in Orientierung an den Angaben eher nach pragmatischen als nach soziologischen Gesichtspunkten gewählt worden.

Schüler	6o6
Studenten	6o1
Akademische Berufe, darunter u.a.:	
Lehrer	118
Geistliche	72
Angestellte	235
Hausfrauen	98
Sozialberufe	81

Kaufmännische Berufe	8o
Arbeiter	69
Handwerker	49
Beamte	45
Lehrlinge	44
Ersatzdienstleistende	37
Journalisten	22
Soldaten	1o
Übrige Berufe: z.B. Grafiker, Rentner, Schauspieler	55
Ohne Angabe	419

Im Namen ihrer Gruppe oder Organisationen unterschrieben:

Stoßgebete
Zeitung Trierer Theologie Studenten
Ev. Jugendwerk Stuttgart Bez. Zuffenhausen
Ev.luth. Kirchengemeinde Tündern
Aktion Dritte Welt, Heidelberg
Improvisation, Schülerzeitung Büren
Centrum voor Gewaldlose Weerbaarheid, Amsterdam
Arbeitskreis für unbewältigte Vergangenheit, Wiesbaden
Kriegsdienstverweigerer, Bonn

Die Zusammenstellung zeigt, daß von denen, die ihren Beruf angegeben haben, über ein Drittel Schüler, Studenten waren und diese Gruppe zusammen mit den akademischen Berufen mehr als die Hälfte ausmacht. Zu den Hausfrauen wäre anzumerken, daß diese Berufsangabe meistens auf Karten zu finden war, auf denen Studenten oder Vertreter akademischer Berufe unterschrieben hatten.

Daß durch die Boykott-Aktion die Elektrogiganten wie Siemens und AEG nicht zum Rückzug aus Cabora Bassa gezwungen werden können, war den Initiatoren der Aktion mehr oder weniger von vornherein klar. Zumal die vier von Hornung aufgestellten Voraussetzungen für ein Gelingen nicht oder nur zum Teil erfüllt waren.

Im wesentlichen sollte durch die Aktion das Firmen-Image verschlechtert werden, um das sich die Firmen im Verlauf der Kampagne auch Sorgen machten. Die Siemens AG sah sich immerhin gezwungen, im Namen der anderen beteiligten Firmen einen mehrseitigen Brief an alle die zu senden, die sich durch Unterschriften dem Boykott angeschlossen hatten. Ein anderes Motiv bestand darin, solche Aktionsformen wie Boykott für politische Auseinandersetzungen zu erproben und auch in der BRD und Westberlin bekannt zu machen.

Von einigen an der Kampagne beteiligten Institutionen und Gruppen wurde auch versucht, die Boykott-Aktion auf die an der Finanzierung des Cabora Bassa Projekts beteiligten Großbanken, wie Deutsche Bank, Commerzbank und Desdner Bank, auszudehnen. So forderte z.B. das Plenum der Versöhnungsbundtagung am 22.3.1971 in Kassel "die Kirchen und ihre Werke auf, keine Geldgeschäfte mehr mit Banken zu tätigen, die an der Finanzierung des Projektes Cabora Bassa beteiligt sind" (53). Ähnlich äußerte sich auch der ständige Ausschuß der "Aktion Kirchenreform" im September 1970, oder die Teilnehmer des vom Weltkirchenrat in Arnoldshain vom 29.2. - 3.3.1972 veranstalteten Symposiums zum Cunene Staudamm.

Im Zusammenhang mit Aktionen, die auf die Firmen zielten, muß auch von der Sabotageaktion gegen die drei bei Blohm und Voss in Hamburg (Tochtergesellschaft von Siemens) für den Kolonialkrieg Portugals gebauten Küstenschutzboote berichtet werden, ebenso von der Parole "Raus aus Mozambique" auf der Fassade des AEG-Hauses am Berliner Hohenzollerndamm im Juni 1972.

2.5.3. Aktionen, die sich gegen Vertreter von Portugal und der Südafrikanischen Republik richteten

Akti-onen, die direkt auf Vertreter oder Interessenvertretungen Portugals oder der SÜdafrikanischen Republik abgestellt waren, gab es nur wenige.

Wegen ihrer offenen Parteinahme für das Regime in Südafrika wurden Veranstaltungen der "Deutschen Südafrikanischen Gesellschaft" (DSAG) von Mitgliedern der Kampagne aufgesucht. Wie schon berichtet, geschah dies in Freiburg durch Vertreter der dortigen "Aktion Dritte Welt" und in Berlin durch Mitglieder des "Komitees Südliches Afrika".

Am 26. November 1971 wurdenzu Beginn einer Veranstaltung der Berliner DSAG mit dem Präsidenten der Gesellschaft Graf Dönhoff Flugblätter verteilt und Anti-Apartheid-Posters gezeigt. Nach dem Vortrag wurde durch Diskussionsbeiträge von Kritikern auf die Unrechtsstrukturen in der SAR hingewiesen. Auf der Jahreshauptversammlung der Gesellschaft im Winter 1971 in Bonn wurden ebenfalls Flugblätter verteilt und kritische Anfragen gestellt. Trotz Weigerungen wurden die wenigen Opponenten aus dem Saal verwiesen. Am 27.1.72 wurde in Berlin eine Filmveranstaltung der Gesellschaft durch Gegener der Apartheidspolitik "umfunktioniert".

Aus Anlaß des Besuches einer südafrikanischen Handelsdelegation in Berlin protestierten am 22.3.1972, organisiert durch das "Komitee Südliches Afrika" ca. 100 Personen vor der Westberliner Industrie- und Handelskammer, dem Tagungsort, mit Plakaten, Spruchbändern und Flugblättern. Polizei war auch anwesend. Vor dem Amtssitz des Berliner evangelischen Bischofs zeigten mehrere Mitglieder des Berliner Komitees im April dem dort eintreffenden südafrikanischen Botschafter in Bonn Anti-Apartheid-Posters. Zu einer Diskussion mit den Demonstranten wollte er sich dort nicht einlassen, nur nach vorheriger Absprache sei er dazu bereit.

In Hamburg fand am 29.Juni 1972 eine Flugblattaktion und Demonstration gegen den Besuch des südafrikanischen Finanzministers beim Übersee-Club statt.

Bei der portugiesischen Botschaft in Bonn ging per Telefon eine Bombendrohung ein, die sich nach Hausdurchsuchung als falsch herausstellte.

2.6. Aktionen zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen

Zur materiellen Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien wurden von vielen Gruppen und Institutionen Sammelaktionen durchgeführt. Am häufigsten wurde bei öffentlichen Veranstaltungen und Aktionen der Gruppe Geld für FRELIMO, MPLA und PAIGC gesammelt.

Medikamentensammlungen wurden während der Kampagne von vielen Gruppen durchgeführt. Über Organisationen wie medico international, dem Missionsärztlichen Institut in Tübingen oder der Roten Hilfe in Westberlin gelangten die Präparate nach Afrika. Solche Sammlungen wurden von mehreren medizinischen Fachschaften, in den linke Gruppierungen die Mehrheit hatten (54), linken Hochschulgruppen (55) oder den "Dritte Welt-Gruppen" in Freiburg, Dortmund usw. veranstaltet. Auch ärztliche Organisationen wie der Berliner Landesverband des Marburger Bundes, eine Organisation angestellter Ärzte, baten um Medikamentenspenden für Angola (56). Mittlerweile hat man von Medikamentensammlungen etwas Abstand genommen, da solche Aktionen zeitlich, personell und technisch (sortieren, Lagerung, Transport) sehr aufwendig sind. Vor allem sind die ausrangierten Ärztemuster zum großen Teil für die Befreiungsbewegungen wenig dienlich. Man ist dazu übergegangen, nur noch Geld für von den Bewegungen angeforderte Medikamente zu sammeln. Um für solche Hilfe an Geld heranzukommen, haben Gruppen in Frankfurt, Bonn, Berlin, Freiburg und anderswo Altkleider gesammelt und Blutspendeaktionen organisiert. Auf technische Hilfe hat sich die Frankfurter Cabora Bassa Gruppe spezialisiert. Bei ihrer Aktion "Radios für befreite Gebiete" brachte die Gruppe einige tausend DM zusammen. Für die Ausbildung zu Funkern lieferten sie den Befreiungsbewegungen Morsetasten, Kopfhörer und technisches Zubehör, außerdem technische Kataloge und technische Periodika. In Zusammenarbeit mit Gruppen an technischen Hochschulen wollen sie diese Form der Unterstützung materiell sowie auf didaktisch-pädagogischem Gebiet noch ausweiten.

2.7. Zu den publizistischen Aktivitäten der Kampagne

Die Aktionen der Kampagne waren von Anfang an von einer regen publizistischen Aktivität der Akteure der Kampagne begleitet. Für den Verlauf und Erfolg der Kampagne kann diese publizistische Gegenöffentlichkeit nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sowohl für die Hebung des Informationsstandes der an der Kampagne Beteiligten als auch für die Kommunikation unter ihnen war sie von großer Bedeutung.

Es wurde eine Vielzahl von Dokumentationen, Broschüren, Informationsblättern, Zeitungen, Gruppenrundbriefen, Strategiepapieren, Periodika, Zeitschriften, Pressespiegel und Büchern veröffentlicht. Zum Teil erhielten diese Schriften überregionale Bedeutung, zum anderen blieben sie auf lokalem Raum beschränkt. Manche Publikationsorgane wurden im Verlauf der Kampagne extra gegründet, andere Organe nahmen die Kampagne selbst als auch deren Ziele ganz oder zum Teil auf in ihre Programme.

Viele der in den Publikationen erschienen Daten, Informationen Berichte und Analysen wurden von Mitgliedern der Kampagne recherchiert, verfaßt, zusammengetragen oder aus ausländischen Veröffentlichungen übersetzt. Zum Teil geschah dies an Universitäten im Rahmen von Doktor-, Diplom-, Seminar- oder Übungsarbeiten.

V. Reaktionen

1. Reaktionen der Adressaten der Kampagne

1.1. Die Firmen und Wirtschaftsinstitutionen

Die Firmen reagierten schon frühzeitig auf die nationale und internationale öffentliche Kritik an ihrer Beteiligung am Bau des Cabora Bassa Staudammes.

Auf den Brief des Geschäftsführers des DED vom 3.4.7o der u.a. auch an den "Arbeitskreis Entwicklungsländer beim Bund Deutscher Industrie" (BDI) gerichtet war und auf den offenen Brief der Entwicklungshelfer und Mitarbeiter des "Deutschen

Entwicklungsdienstes" der Ausbildungsstätte Wächtersbach vom 7.4.7o an den Bundeskanzler antwortete in zwei gleichlautenden Schreiben vom 2o.4. bzw. 21.4.7o Dr. Wolf Dieter Lindner im "Bundesverband der Deutschen Industrie, Abteilung Integration und Entwicklungspolitik" (1). Der Briefschreiber erläutert, daß das Hauptziel der Entwicklungsbemühungen nach Auffassung des BDI das Ingangsetzen eines sich selbst tragenden Wirtschaftskreislaufs sei. Alle Kräfte müßten sich auf die Verbreitung der wirtschaftlichen Basis konzentrieren, denn wer nur an oder knapp über dem Existenzminimum lebe, könne seine Menschenwürde nicht verwirklichen. Durch solche Bemühungen ergeben sich nach Meinung des Schreibers ganz automatisch kräftige Veränderungen, die alte Strukturen politischer und gesellschaftlicher Art nach und nach aufbrechen. Wirtschaftliche Entwicklung würde diese Strukturen nicht zementieren, sondern in Frage stellen. Die deutsche Wirtschaft habe nicht den Willen, in Ländern, in die sie Güter liefere, auf politische Verhältnisse Einfluß zu nehmen. Die deutsche Industrie liefere an China, UDSSR, Tansania, Brasilien und jedes andere Land.

In Frageform stellt Dr. Lindner fest, daß des Cabora Bassa Projekt dem Zamco-Konsortium, dem auch die westdeutschen Firmen angehören, im internationalen Wettbewerb zugeschlagen worden sei, die im In- und Ausland tätigen deutschen Firmen ihre Kapazitäten auslasten müßten, um die Arbeitsplätze zu sichern, da die Verhandlungen über die westdeutsche Beteiligung 1967 im Jahr wirtschaftlicher Rezessionen begonnen hätten. Er fragt weiter, warum eigentlich der Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe, Schule, Verteidigung u.a. mehr und den ertragsabhängigen Steuern, die zum größten Teil die Wirtschaft zahle, immer verdrängt würde. Außerdem will er wissen, ob die DED-Helfer in der Lage seien, deutschen Firmen finanziell gesunde - d.h. auch Marktzinsen vertragende Projekte in Schwarzafrika zur Auswahl hinlegen könnten, oder dies ihnen nicht möglich sei, da solche Vorhaben äußerst rar seien.

Er verstehe durchaus, daß die jungen Entwicklungshelfer, insbesondere da sie im Einsatz nur eine Seite hören würden, kritisch an die Aktivitäten der Industrie in Entwicklungsländern herangehen würden, zumal ihnen selbst andere Zielprioritäten vorschweben würden. Letztlich würden sie aber von der Industrie bei ihrer Tätigkeit im Ausland aktives politisches Engagement erwarten, was jedoch nicht die Aufgabe privater im Wettbewerb stehender Unternehmen sei, wozu sie auch nicht geeignet seien. Im Übrigen sollte in Wächtersbach mal eine Stunde Wirtschaftskunde eingeschoben werden, in der auch der Ausdruck "Monopol" erklärt würde. Im Brief aus Wächtersbach hatte es geheißen, daß durch Cabora Bassa die durch den Wirtschaftsimperialismus europäischer Staaten und Monopolgesellschaften entstandene Kluft zwischen den schwarz und den weiß regierten Staaten Afrikas vergrößert würde (2).

In diesem Brief tauchen schon einige der häufigsten Aussagen auf, die in den späteren Stellungnahmen der westdeutschen Industrie zum Protest gegen die Beteiligung am Bau des Staudammes immer wieder angesprochen werden: Handel und Politik seien verschiedene Dinge und dürften nicht miteinander gekoppelt werden, die Beteiligung an Cabora Bassa zur Sicherung der Arbeitsplätze notwendig sei und dies gerade im Rezessionsjahr 1967 geboten war, die Wirtschaft über Steuern gerade die Entwicklungspolitik, bzw. Schulen und Universitäten ermöglichen würde. Weiterhin wurde angeführt, daß ein Rückzug aus dem Vertrag das Vertrauen in die Firmen als Partner im internationalen Geschäft gefährden würde (3). Ergänzend dazu schrie *der Industriekurier am 2.6.7o: sollte die Bundesregierung bei* den Firmen auf einen Rückzug hinwirken, so müsse zwangsläufig der Eindruck entstehen, die Vertragstreue der deutschen Wirtschaft hinge von einer Beurteilung der Opportunität von Verträgen durch die jeweilige Regierung ab.

Nach einer mündlichen Mitteilung von Eduardo Ferreira nahm Siemens auch im Namen der anderen Firmen auf einer Pressekonferenz am 29.5.7o in München zu Cabora Bassa und den

Protesten Stellung. Studenten aus Heidelberg, so Ferreira, hätten an dieser Konferenz teilgenommen.

Am 8. Juni 7o veröffentlichen die am Zamco-Konsortium beteiligten deutschen Firmen in Erlangen ein Memorandum zu Cabora Bassa (4). In dem Memorandum wird u.a. dargelegt, daß die Firmen sich bei ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in den von der Bundesregierung gezogenen Grenzen bewegten, und es ihnen fern läge, Politik zu betreiben. Nur mit einer politisch absolut neutralen Haltung könne man eine Tolerierung ihrer Geschäfte in aller Welt erwarten. Was die immer wieder erwähnte Profitgier der deutschen Unternehmer angehe, so sei leider festzustellen, daß nach über zweijährigem Wettbewerb von Profit keine Rede mehr sein könne. Dies in der Welt erstmalige technische Projekt beinhalte ein so erhebliches Entwicklungs- und Ausführungsrisiko, daß sich die deutsche Gruppe nur nach schwerwiegenden Überlegungen und im Hinblick auf spätere bessere Geschäftsmöglichkeiten zu dem Abschluß entschlossen hätte. Mit Hilfe der billig erzeugten elektrischen Energie und geregelter Wasserwirtschaftsverhältnisse könne man die reichlich in Mozambique vorhandenen Bodenschätze erschließen und das Sambesital bewässern und landwirtschaftlich nutzen (5).

Außer auf die schon genannten Feststellungen wird im Schnelldienst des Deutschen Industrieinstituts vom 12.6.197o die Meinung vertreten, daß der Versuch afrikanischer Politiker, Pressionen auszuüben und damit politische Maßnahmen gegen mißliebige Nachbarländer einzuleiten, nur als kurzsichtig bezeichnet werden können. Gerade für die noch im Aufbau befindlichen Volkswirtschaften Afrikas würde es sich nicht auszahlen, politische Ziele auf Kosten der Wirtschaft und der wirtschaftlichen Vernunft zu verfolgen. Der Cabora Bassa Damm käme gerade der schwarzen Bevölkerung zugute, da erst riesige Bewässerungsprojekte die Entwicklung der Landwirtschaft ermöglichen würden. Die Versuche von "Linksgruppen"in der BRD", die am Bau beteiligten deutschen Firmen durch Störmaßnahmen, die bis zum Streik reichen würden, zum Rücktritt zu zwingen,

werden vom Deutschen Industrieinstitut als eine gefährliche Verquickung von ideologischen Argumenten mit Fragen der Wirtschaftspolitik und der Außenwirtschaft scharf abgelehnt.

Am 21.7.7o sandte Siemens namens der am Projekt beteiligten deutschen Firmen einen Brief an die Arbeitsgruppe Kritischer Konsum in Berlin, die im Juni in Flugblättern gegen Cabora Bassa protestiert und zum Boykott der Haushaltsgeräte der Elektrofirmen aufgerufen hatte (6).

In diesem Brief wird behauptet, die Economic-Commission for Africa (ECA) der Vereinten Nationen habe noch im April 1969 an die schwarzafrikanischen Regierungsoberhäupter die Empfehlung herausgegeben, Cabora Bassa zu bauen und einen Teil der Energie an das schwarzafrikanische Malawi abzuzweigen. Die Empfehlung sei auf den Konferenzen von Lusaka (November 69, R.M.) und Daressalam von den schwarzafrikanischen Regierungsoberhäuptern angenommen worden (7). Die oben wiedergegebene Behauptung wurde im weiteren Verlauf der Kampagne immer wieder von Befürwortern des Projektes, vor allem von Firmenvertretern aufgestellt. Dem Dortmunder "Arbeitskreis Dritte Welt" und der "Aktion Dritte Welt"in Göttingen war es durch Briefe von der Deutschen Botschaft in Addis Abeba vom 3.9.7o bzw. 21.1o.7o, von der Organisation Afrikanischer Staaten (OAU) vom 19.1o.7o und durch einen Brief der ECA vom 17.11.7o gelungen, nachzuweisen, daß dieses Dokument lediglich eine rein interne technische Studie ist, und sich auf die Vorteile beschränkt, die Malawi wahrscheinlich aus der Nutzung der Energie des Dammes haben könnte. Nach Aussage der OAU enthält das Papier keinerlei Empfehlungen an afrikanische Regierungen hinsichtlich des Baues des Staudammes und ihm sei auch nicht auf den Konferenzen in Lusaka und Daressalam zugestimmt worden. Die deutschen Firmen würden absichtlich die Tatsachen verfälschen, um die deutsche öffentliche Meinung irrezuführen und die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland zu spalten. (8)

In dem Brief der Firmen an die Berliner Gruppe werden u.a. die oben schon genannten Feststellungen im Hinblick auf Arbeitsplätze, Finanzierung von Entwicklungshilfe, Trennung von Handel und Politik wiederholt. Zum letzteren heißt es: u.a.: "Wo kämen wir auch hin, wenn wir die Wirtschaft politisieren ließen?
Müßten wir dann nicht den Handel mit der DDR, wo auf Befehl der Regierung Deutsche an der Mauer erschossen werden, und wo Tausende wegen ihrer politischen Überzeugung in den Gefängnissen sitzen, einstellen? Warum wird hiergegen nicht protestiert?" (9)

Am Ende des Briefes wird nochmals festgehalten, daß das Projekt mit seinen langfristigen humanitären und sozialen Wirkungen volle Unterstützung verdiene.

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Fritz Berg, schrieb am 28.7.7o einen Brief an Bundeskanzler Willy Brandt. Berg schrieb: "Mit großer Sorge verfolgt die Industrie die zunehmende polemische und teilweise unsachliche Diskussion in der Öffentlichkeit über die deutschen privatwirtschaftlichen Leistungen in Entwicklungsländern. Sie hat sich insbesondere an einem Staudammprojekt in Mozambique entzündet und generelle KritikAn der Garantie- und Bürgschaftspolitik der Bundesregierung ausgelöst....

Die bisher von der Bundesregierung verfolgte grundsätzliche Trennung zwischen Politik und Wirtschaft hat sich bewährt und zur heutigen Stellung der deutschen Industrie im internationalen Handel wesentlich beigetragen. Die Bundesregierung sollte deshalb an dieser Politik auch weiterhin festhalten" (1o).

Im August verschickte Siemens einen Brief an seine Aktionäre. Er trägt die Überschrift: "Was bedeutet Cabora Bassa wirklich?" (11). Neben den schon andernorts gemachten Feststellungen wird gesagt, daß die von Kritikern behauptete Ansiedelung von einer Million Weißer im Sambesital von der portugiesischen Regierung in den Bereich der Phantasie verwiesen worden sei.

Die schwedische Firma ASEA, die ursprünglich dem Zamco-Konsortium angehört habe, sei vor Vertragsabschluß aus dem Konsortium ausgeschieden. Die Motive wären zum größten Teil innenpolitischer Natur gewesen. Die ASEA haben auch das schwedische Rhodesien-Embargo-Gesetz als Grund angegeben, obwohl sich alle Mitglieder des deutsch-französisch-italienischen Konsortiums verpflichtet hätten, bei der Abwicklung des Projekts keinerlei Handel mit Rhodesien zu treiben. In dem oben erwähnten Brief von Siemens an die Berliner Gruppe hatte es geheißen, daß es eine glatte Entstellung der Wahrheit sei zu behaupten, die schwedische Firma habe ihre Beteiligung auf Grund öffentlichen Druckes zurückziehen müssen. (12).

Was den Handel mit Rhodesien angeht, so gibt es den obigen Aussagen widersprechende Meldungen. Nach einem Memorandum der Anti-Apartheid-Bewegung, London, vom Februar 1970 liegen Beweise vor, daß Rhodesien Materialien für den Bau des Dammes liefert (13). E. Ferreira schreibt, daß Rhodesien mit einer Lieferung von 800 t/Monat einer der Hauptlieferanten von Zement für den Bau sei und dadurch insgesamt 135 Millionen Pfund Sterling einnehme. (14)

Auf einem Brief der "Aktion Dritte Welt" in Göttingen vom 16. Juli 1970 an die portugiesische Botschaft in Bonn-Bad-Godesberg antwortete am 6.8.70 das mit der Presse und Öffentlichkeitsarbeit beauftragte Public-relations-Büro Dr. Zapp, Düsseldorf. Dort heißt es u.a.: "Rhodesien kann wie alle Nachbarstaaten Mozambiques Energie von Cabora Bassa beziehen, wenn es will. Aber da die Kapazität des Kariba-Dammes nur zu 50 % ausgenutzt wird, Rhodesien also über ausreichende Energiequellen verfügt, ist es bisher zu keiner Vereinbarung über Lieferungen von elektrischer Energie von Cabora Bassa nach Rhodesien gekommen" (15).

AEG-Telefunken sah sich am 1.8.70 genötigt, eine "Stellungsnahme zu Anfragen über die Mitwirkung deutscher Industrieunternehmen am Kraftwerkprojekt Cabora Bassa abzugeben (16).

Einleitend heißt es, daß die deutschen Firmen des öfteren in der Presse von politischen und kirchlichen Gruppen und auch durch Einzelpersonen beschuldigt würden, durch ihre Tätigkeit dem Wiedererstarken des Kolonialismus im Südlichen Afrika und der gegenwärtigen Herrschaftsstruktur im Interesse Portugals zu dienen. Die Firmen würden die Bestrebungen der Afrikaner auf Freiheit und Unabhängigkeit und Selbstbestimmung mißachten. Man würde sie auffordern, ihre Teilnahme unverzüglich abzusagen, widrigenfalls würde man sie mit Boykott bestrafen und auch andere zum Boykott aufrufen. Nach Meinung der Firma verstößt die Aufforderung zum Boykott in Ermangelung einer Rechtsgrundlage gegen die Verfassung und könne entsprechend verfolgt werden (17).

Es wird dann weiter ausgeführt, daß die deutschen Firmen es außerordentlich bedauern, daß es überhaupt zu einer solchen Stellungnahme in der Bundesrepublik kommen konnte. Sie würde auf Falschinformation und auf Verschweigen wesentlicher Gründe basieren, häufig sei auch Böswilligkeit im Spiel. Nachstehend werden dann die schon bekannten Feststellungen zu Handel, Politik, Wettbewerb, Exportabhängigkeit, ECA-Studie, Arbeitsplätze, Steueraufkommen und Hebung des Lebensstandards in Mozambique getroffen. Der Vorwurf des Neokolonialismus sei also absurd gegen ein Projekt, daß wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt fördere. Diese Stellungnahme sandte AEG allen, die der Firma ihren Protest mitteilten oder auch nur um Auskunft über das Projekt baten.

Auch in den Zeitungen für ihre Werksangehörigen wurde von den Firmen das Thema Cabora Bassa behandelt. In den "Siemens Mitteilungen" Nr. 8/7o wird in einem Artikel mit der Überschrift "Wie ist das mit Cabora Bassa" ua. gesagt, daß seit einiger Zeit Cabora Bassa die Gemüter errege. In Heidelberg hätte das Projekt Studenten zum Demonstrieren und Zeitungen sowie Zeitschriften zu langen Artikeln veranlaßt. Die einen seien leidenschaftlich gegen, andere nüchtern, aber bestimmt für Cabora Bassa. Es werden dann die für die Firmen üblichen Aussagen gemacht. In der Nr. 4 von 1971 der gleichen Zeitung wird in

einem Diskurs über Cabora Bassa auf die Hauptversammlung von Siemens im März eingegangen. Es wird kurz berichtet, daß der Aktionär Geisler die Beteiligung des Hauses kritisiert habe, ausführlicher wird dann wiedergegeben, was Vorstandsvorsitzender Tacke auf der Versammlung darauf erwidert hat.

In der Werkzeitung von Hochtief "Die Baubude" und im "AEG-Telefunken-Report" erschienen Mitteilungen über Cabora Bassa. In der Ausgabe 6 vom Juni 1972 des "Reports" wird in einem ganzseitigen Artikel die schon bekannte Meinung der Firmenleitung zu Cabora Bassa wiedergegeben. In der Einleitung steht: "Wenn am 15. Juni einige Hundert Aktionäre unseres Unternehmens in Berlin zur alljährlichen Hauptversammlung zusammenkommen, dann werden unter ihnen auch Aktionäre sein, die - wie im vergangenen Jahr - die Beteiligung von AEG-Telefunken am Bau des Projektes Cabora Bassa in Mozambique mißbilligen wollen. Daher sei hier für jeden, der sich sachlich und unvoreingenommen informieren will, über das Projekt Cabora Bassa berichtet" (18).

Daran anschließend heißt es dann: "CABORA BASSA - ein Bild hinreißender Naturschönheit - hat die erhabene Stille der unberührten Urlandschaft eingebüßt. Der gewundene Gebirgspfad, der noch vor gut drei Jahren an den wirbelnden Sambesi hinunterführte, vorbei an glatten Felswänden zu beiden Seiten des tiefbraunen Stromes, er hat sich in eine breite Serpentine verwandelt, auf der sich stündig schwere Lastwagen begegnen. Dieser Ort, der seinen Namen einst von den Eingeborenen bekam, und soviel bedeutet wie: "Wo alle Arbeit endet", ist zur größten Baustelle des afrikanischen Kontinents geworden" (19).

Nach einigen Angaben über z.B. die Tiefe und Breite der Sambesischlucht, den zu bewegenden Erdmassen und der neuen Stadt Songo oberhalb der Schlucht, in der die am Bau Beschäftigten mit ihren Familien wohnen, wird dann ausgeführt:
"In ihrem Buch "Land der guten Leute" schildert Ula Haenssel das Leben in Songo so: "Die Wohnstadt gleicht einer Blumenschüssel, aufgestellt und beschützt durch herumragende Bergmassive. Nachts wird die Stadt zum Schlafen mit Nebeldecken

zugedeckt, am Morgen schiebt die Sonne den Nebel beiseite und Songo beginnt zu leben. Die ersten Flugzeuge schweben ein, die ersten Reisenden begeben sich kurz danach in die Luft in Richtung Tete, Beira, Südafrika oder Europa. Man kommt gerne nach Songo, die Welt ist hier noch heil, keine Umweltverschmutzung, kein Fernsehen, keine Kriminalität. Man fühlt sich sicher und geborgen. Die portugiesische Armee, schwarze und weiße Soldaten, bewacht und behütet das Gebiet und seine Zufahrtswege. In der Umgebung leben die Ureinwohner des Gebietes, sie ernten ihren Mais und die Erdnüsse wie eh und je. Diese Menschen werden nach Jahren in ihrer blumenreichen Sprache erzählen - die Geschichte von Cabora Bassa ....." (20).

Im folgenden Teil des Artikels wird auf die technischen Daten des Projektes und die Geschichte der Vertragsabschlüsse eingegangen. Am Ende wird dann ein Grund für die Beteiligung der Firma genannt, der auch in anderen Stellungnahmen häufig angegeben wird. "Das Projekt hat damit den Charakter einer Referenzanlage für ein künftiges weltweites Geschäft, um das sich alle maßgeblichen Elektrokonzerne bemühen. Die Beteiligung an dem Konsortium ist deshalb von großer Bedeutung für AEG-Telefunken" (21).

Bemerkungen zur Trennung von Handel und Politik, Arbeitsplatzsicherung und den anderen oben genannten Feststellungen fallen nicht. Erst recht wird nicht auf Argumente der Kritiker eingegangen. Aufmerksame Leser müssen sich allerdings fragen, warum schwarze und weiße Soldaten der portugiesischen Armee das Gebiet und seine Zufahrtswege bewachen und behüten, wenn in der Umgebung Urehwohner wie eh und je ihren Mais und ihre Erdnüsse ernten.

Im Schnelldienst des Deutschen Industrieinstituts vom 4.9.7o steht u.a.: "Die weltweite, emotional geführte Diskussion über das afrikanische Staudamm- und Kraftwerk-Projekt Cabora Bassa droht immer mehr zu einem abschreckenden Beispiel für die Politisierung wirtschaftlicher Sachverhalte zu werden. Ihr Kern ist die Forderung sozialistischer Kreise, wirtschaftlich Vernünftiges aus tagespolitischen Gründen zu unterlassen..."

Die Süddeutsche Zeitung berichtet am 10.9.7o, daß bei den deutschen Unternehmen der Eindruck überwiege, daß es sich bei der Kritik zum größten Teil um eine zentral gesteuerte politische Kampagne handelt, für die Cabora Bassa lediglich als Vorwand für die Ablehnung kapitalistischer "Ausbeutungspraktiken" diene. Die Kritik verdichte sich häufig zu Boykottdrohungen gegenüber Unternehmensproduktionen, die auf dem Inlandmarkt angeboten würden.

In der Esslinger Zeitung vom 11.9.7o steht dazu: "Setzen die Geheimdienste des Ostblocks in der Bundesrepublik einen neuen Hebel an? Diese Frage stellt man sich bei den Abwehrstellen der NATO-Staaten, nachdem die westdeutschen Behörden eine bemerkenswerte Feststellung machten: Vieles deutet darauf hin, daß die APO nunmehr gezielt dazu benutzt wird, als Unruhe stiftender Stoßtrupp und fünfte Kolonne in der Bundesrepublik eingesetzt zu werden mit festen Zielen und nach einem Plan, den die außerparlamentarische Opposition selbst kaum durchschauen dürfte.

Ein Beispiel aus jüngster Zeit sind die Aktionen gegen die deutschen Firmen, die sich am Cabora Bassa-Damm-Projekt in Portugiesisch-Ost-Afrika beteiligen ...."

Der Bund der Deutschen Industrie hielt am 8.9.7o zusammen mit Vertretern der am Bau beteiligten deutschen Firmen eine Pressekonferenz zu Cabora Bassa in Bonn ab. Im Verlauf der Konferenz wurde erklärt, daß die Firmen nach wie vor der Meinung seien, mit dem Staudamm einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer großen ostafrikanischen Region zu leisten, dessen Wert unabhängig davon sei, welches Regime in dem Lande an der Macht sei. Man habe den Eindruck, daß das Projekt von den Kritikern als "Fetisch einer brüchigen Einigkeit" benutzt würde (Gemeint sind die schwarzafrikanischen Kritiker, R.M.). Von der z.Zt. in Lusaka stattfindenden Konferenz der blockfreien Staaten fürchte man, daß das Thema Cabora Bassa in einem für die Firmen negativen Sinn abermals hochgespielt werden könnte (22).

Die Diskussion der Linken über die deutsche Beteiligung am Cabora Bassa Projekt gehe unverkennbar dahin, in Zukunft die Haltung der Bundesregierung in Fragen der Bürgschaften zu beeinflussen, also anders zu verfahren als bisher. Daß Cabora Bassa zum Zankapfel geworden sei, sei in Kreisen der deutschen Industrie nicht ganz verständlich (23).

Im Juni des gleichen Jahres hatte schon auf einer Pressekonferenz der Vorstandsvorsitzende der Siemens AG vor einer Politisierung des Außenhandels gewarnt (24).
In einem Brief vom 15. Oktober 1970 schlägt die Siemens AG, Bereich Energieversorgung, Erlangen, der Aktion Dritte Welt in Freiburg vor, mit ihr in einem begrenzten Personenkreis das Projekt Cabora Bassa zu diskutieren. Sie hätten aus der Presse entnommen, daß die Gruppe im kommenden Semster in einem Arbeitskreis sich mit dem Staudamm beschäftigen wolle. Nach Meinung von Siemens wäre es zweckmäßig, wenn die Gruppe auch einmal die Meinung der beteiligten deutschen Firmen kennenlernen würde (25). Die Diskussion fand am 11.12.1970 in Freiburg statt.

Daß sich Siemens und die anderen Firmen aktiv um die Kritiker und deren Wirken gekümmert haben, mag man auch daran erkennen, daß z.B. ein Vertreter der Siemens AG in Berlin im Auftrag der Münchner Zentrale sich am 14.1.1971 zum Haus des Koordinators des Berliner Cabora Bassa Komitee (zugleich Sitz der Redaktion der Gewaltfreien Aktion) fahren ließ, um 12 Hefte der gewaltfreien aktion, Heft 5/6, in dem u.a. der Boykottaufruf mit den Selbstverpflichtungskarten abgedruckt ist, für die Zentrale und ein Heft für sich zu kaufen.
Auch die Teilnahme eines technischen Direktors eines Zweigwerkes der AEG in Kassel an der Diskussion über Cabora Bassa während der Versöhnungsbundtagung vom 2o.-25.5.1971 in Kassel war nicht auf Einladung des Veranstalters, sondern aus eigener Initiative der AEG hin erfolgt.

In den Mitteilungen des BDI vom 1o.11.197o wird von der großen Sorge gesprochen, mit der man in der Industrie die in letzter

Zeit zunehmende grundsätzliche Kritik an der derzeitigen Garantie- und Bürgschaftspolitik der Bundesregierung, insbesondere bei der Absicherung von Ausfuhrgeschäften, verfolge. In dem Artikel mit der Überschrift "Keine Koppelung von Handel und Politik" wird außerdem ausgeführt, daß der BDI seinen Standpunkt, saubere Trennung von Handel und Politik in den letzten Wochen wiederholt mündlich und schriftlich gegenüber den zuständigen Stellen vertreten habe (26).

Auch durch Werbeanzeigen in Zeitungen wurde von den Firmen versucht, den Kritikern entgegenzuwirken. Sie pries Siemens am 1.7.1970 in einer Anzeige im Handelsblatt unter der Überschrift: "Das Hochwasser des Sambesi - im Notzplan einkalkuliert" das know how seiner in Afrika tätigen Ingenieure. In einer fast halbseitigen Anzeige der gleichen Firma als Zwischenbericht für Siemensaktionäre deklariert in der Wochenzeitung "Die Zeit" vom 18.12.1970, beklagt sie den schwindenden Auftragseingang und die zunehmende Kostensteigerung. Blickfang der Anzeige ist ein großflächiges Bild, auf dem zwischen zwei Schwarzafrikanern (ohne Krawatte) ein Weißer (mit Schlips und Kragen) vor einem elektrischen Hochspannungsmasten und Generatoren eine technische Zeichnung betrachten. Der Text unter dem Bild lautete: "So wie hier in Afrika arbeiten in mehr als hundert Ländern der Erde 301000 Siemens-Mitarbeiter aller Hautfarben und Nationalitäten Hand in Hand ..."

In einem Schreiben vom 8.2.1971 an den "Arbeitskreis Dritte Welt" in Dortmund erläuterte die Firma Siemens nochmal den Standpunkt der deutschen Firmen. Sie schreibt, daß die Firmen lange vor Vertragsabschluß mit allen zuständigen Regierungsstellen ihre Beteiligung abgesprochen hätten und darüber hinaus von dem ECA-Papier und seiner nun unwidersprochenen Kenntnisnahme durch afrikanische Staatsmänner, auch wenn es darüber keine Berichte in der Öffentlichkeit gegeben habe, gewußt hätten. Es käme ihrer Meinung nach nicht darauf an, wer Cabora Bassa baut, sondern darauf, daß es gebaut würde. Damit geschehe in jedem Fall etwas Positives für die Dritte Welt, was man

von Protesten, Pamphleten und Guerilla-Aktionen nicht immer behaupten könne (27).

Zur ECA-Studie heißt es immerhin schon, daß sie nicht, wie vorher behauptet, von den schwarzafrikanischen Regierungshäuptern angenommen, sondern unwidersprochen zur Kenntnis genommen worden sei.

An alle diejenigen, die durch eine Selbstverpflichtungskarte an die Siemenszentrale sich dem Boykottaufruf angeschlossen haben, richtete Siemens ein vierseitiges Schreiben. In diesem Brief werden die schon oben genannten Feststellungen dargelegt. Der Hinweis auf die ECA-Studie fehlt. Recht ausführlich werden Bundeskanzler Brandt und die Minister Eppler und Schiller zitiert.

In den Stellungnahmen der Firmen auf den Hauptversammlungen wurden ebenfalls die bekannten Auffassungen wiedergegeben. Soweit es sich um Sachfragen handelte, wurde den kritischen Aktionären Auskunft gegeben. Man weigerte sich aber strikt, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen.

"In Politik sind wir nicht so bewandert wie Sie, für uns war nur die Stellungnahme der Bundesregierung entscheidend. Für die Politik Portugals sind wir nicht zuständig", so der Vorstandsvorsitzende von Hochtief auf der Versammlung im Juli 1971 (28).

Auf die Forderungen von Aktionären zu den Menschenrechten, den Rhodesiensanktionen und UN-Beschlüssen Stellung zu nehmen, antwortete er: "Ich habe Ihnen keine politischen Glaubensbekenntnisse abzulegen" (29). Bei solchen Fragen und der Frage nach der Meinung der Firma zu den in Mozambique herrschenden Kriegszuständen hatte die Firmenleitung von AEG auf der Hauptversammlung im Juni 1971 mit Abschalten des Mikrophons und Verweis aus dem Saal reagiert. Während der AEG-Hauptversammlung im Juni 1972 verwahrte sich der Vorstandsvorsitzende gegen den Vorwurf, durch die Beteiligung der Firma am Bau des Staudammes

würde die Kriegssituation im Südlichen Afrika verschärft. Er meinte, daß es einem Unternehmen nicht zustehe, in einem anderen Land als "gesellschaftspolitischer Moralrichter" aufzutreten. Auf Anfrage bestätigte er, daß in dem Werk der AEG in der Südafrikanischen Republik gemäß den dort herrschenden Gesetzen, getrennte Toiletten für schwarze und weiße Mitarbeiter bestünden. Auf der Hauptversammlung der Siemens AG im März 1971 machte sich der Vorstandsvorsitzende Sorgen um den Abbau des Goodwills, den die deutschen Unternehmen im Ausland genössen. Die Ursache sah er darin, daß von der Kirche bis zu den Gewerkschaften Zensuren verteilt und Lehren erteilt würden, mal mit erhobenem Zeigefinger, manchmal sogar mit geballter Faust. Auf einen solchen Stimmungswandel müsse besonders ein Unternehmen wie Siemens empfindlich reagieren (30).

Was die Reaktion auf die Hauptversammlungsaktionen allgemein und deren Einschätzung seitens der Adressaten anbelangt, mag der fingierte "Brief an einen Ahnungslosen" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 6.9.1972 andeuten. Unter der Überschrift "Narr auf der Hauptversammlung" heißt es dort u.a., daß es Leute gebe, die die Hauptversammlungen abschaffen wollen. Manche Vorstände und Aufsichtsräte wären froh, wenn sie sich nicht in jedem Jahr aufs neue "von einer Meute haßerfüllter Ignoranten mit Dreck bewerfen lassen" müßten, wie es einer von ihnen nach einer stürmischen Hauptversammlung dem Briefschreiber gesagt habe. Opposition sei den Verantwortlichen meist unbequem und lästig, zumal wenn auf den Versammlungen übers Ziel hinausgeschossen oder sie mißbraucht würde. Doch, so fährt der Briefschreiber fort, der Zweifler, der Kritiker, der Eiferer und selbst der Narr hätten in der menschlichen Komödie wie in den Tragödien Shakespeares eine Funktion. Sie würden die Großen der Welt zu mehr Vorsicht und zum Nachdenken über die Grundlagen, über Sinn und Zweck des eigenen Handelns veranlassen. Außerdem böten sie den Hauptakteuren des Spiels Gelegenheit, vor dem Publikum die Überlegenheit der eigenen Argumente zu bekunden und im geistigen Florett mit Humor und schlagfertigem Witz zu brillieren.

Was die Überlegenheit der Argumente der Hauptakteure des Spiels der Großen der Welt angeht, so stand in der gleichen Zeitung am 22.7.1971 über dem Bericht von der Hochtief-Hauptversammlung im Juli 1971: "Meinung gegen Meinung".

Hatte die Firmenleitung von Hochtief im Juli 1971 ihren Aktionären und den Journalisten eine vierseitige Informationsschrift mit den üblichen Ausführungen überreicht, so verteilte die Siemens AG auf einer Pressekonferenz kurz vor der Hauptversammlung im März 1972 Exemplare des 237-seitigen Buchs "Cabora Bassa, Daten, Fakten und Meinungen über einen Staudamm in Mozambique". Das Buch wurde im Herbst 1971 herausgegeben vom Staatssekretariat für Information und Tourismus in Lissabon in Zusammenarbeit mit Zapp-PR in Düsseldorf.

In seiner Erklärung zur im Rathaus Schöneberg gezeigten Ausstellung "Rassismus im Süden Afrikas" vom 14.2.1972 berichtet Bischof D. Kurt Scharf: "Vertreter der deutschen Wirtschaft haben uns gesagt, sie sähen die psychologischen Belastungen in vielen afrikanischen Staaten, sie hätten kein unmittelbares Interesse an der Fortführung des Projekts. Auf Grund alter vertraglicher Bindungen an Frankreich sei es auch unter Opfern jedoch nicht möglich, aus dieser Sache herauszukommen (31).

1.2. Bundesregierung

Nach der zunehmenden Kritik seitens afrikanischer Staaten, der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) und in der deutschen Öffentlichkeit befaßte sich das Bundeskabinett am 30. Juli 1970 mit diesem Thema. Ihr Sprecher teilte der Presse nach der Sitzung mit, daß die Regierung keine rechtliche Möglichkeit, aber auch keine politische Notwendigkeit sehe, die Exportbürgschaftsverpflichtungen zurückzunehmen. In Zukunft sollten jedoch bedenkbare Entwicklungsprojekte nicht mehr auf Referentenebene, wie dies bei der Vergabe der Bürgschaften für das Cabora Bassa Projekt geschehen war, sondern im Kabinett diskutiert und entschieden werden (32).

Im Aide Mémoire vom 11.8.1970, welches Ministerpräsident Kühn im August 1970 dem Staatspräsidenten von Sambia, Kaunde, überbracht hat, ist die Haltung der Bundesregierung zum Südlichen Afrika und zu Cabora Bassa in seinen Grundzügen niedergelegt (33). In allen Antwortbriefen und Stellungnahmen der Regierung und von Regierungsmitgliedern zu diesem Thema werden die hier dargelegten Feststellungen im wesentlichen aufgegriffen. Die Hauptaussagen sollen hier wiedergegeben, auf eine eingehende Darstellung der zahlreichen einzelnen Stellungnahmen soll deshalb verzichtet werden.

In dem Aide Mémoire heißt es, daß die BRD zu den universalen Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Rassengleichheit bekenne. Sie habe sich daher dem 1963 gefaßten Beschluß des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gegen die Apartheid-Politik Südafrikas angeschlossen. Die BRD liefere keine Waffen in das Südliche Afrika. Es bestände ein Waffenembargo gegen die Südafrikanische Republik, das sich auf Waffen und Maschinen zu ihrer Herstellung erstrecke. Es sei auch nicht beabsichtigt, dieses Embargo aufzuheben. Die Bundesrepublik liefere weder Waffen in die portugiesischen Gebiete Afrikas noch Waffen zur Verwendung in diesen Gebieten. Portugal würde nur im Rahmen des NATO-Bündnisses Waffen erhalten, die in Afrika nicht verwendet werden dürften (Endverbleibklausel).

Den Wirtschaftssanktionen gegen Rhodesien des UN-Sicherheitsrates habe sich die BRD vorbehaltlos angeschlossen und würde sie auch strikt durchführen. Sie unterstütze humanitäre Aktionen der UN und anderer Organisationen zugunsten der Menschen im Südlichen Afrika. So habe sie z.B. u.a. einen Beitrag zum Erziehungs- und Ausbildungsfond der UN für Flüchtlinge aus dem Südlichen Afrika geleistet.

Die Bundesrepublik habe seit langem die Erfahrung gewonnen, daß man Handel und Politik grundsätzlich nicht miteinander koppeln solle. Es liege nach deutscher Auffassung im Interesse

aller Nationen, daß sich der internationale Handel ungehemmt von Schranken und Behinderungen aller Art entfalten könne. Für die großen Handelsnationen sei es ein Gebot der Sicherung ihrer Existenz, daß sie ihre Wirtschaftsbeziehungen von politischen Wertungen freihalten. Nur ein weltweiter und freier Handelsverkehr setze sie instand, in größtmöglichem Umfang Entwicklungshilfe an die Länder der Dritten Welt zu geben. Die deutschen Ausfuhrbürgschaften seien ein Instrument der Exportförderung. Sie würden nicht nach politischen, sondern nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gewährt.

Das Cabora Bassa Projekt sei international ausgeschrieben worden. Die Bundesregierung habe Ende 1967 dem Antrag deutscher Firmen stattgegeben, die geplanten Lieferungen und die dafür vorgesehenen langfristigen Bundesbürgschaften abzusichern. Wede damals noch in der Folgezeit seien von afrikanischer Seite Bedenken erhoben worden. Sie würden seit Mitte vorigen Jahres geltend gemacht. Inzwischen sei die deutsche Regierung durch ihre Zusagen bereits rechtlich gebunden und auch der französischen Regierung gegenüber im Wort.

Der Cabora Bassa Damm benötige ein halbes Jahrzehnt bis zu seiner Fertigstellung und weitere Jahrzehnte, um sich voll auszuwirken. Die Bundesregierung hoffe und wünsche, daß sich in diesem Zeitraum die wirtschaftliche, politische und soziale Lage im gesamten Einzugsbereich des Dammes ändern und bessern wird. Sie lege daher auch besonderen Wert auf enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten im südlichen und südöstlichen Afrika, die ihre Unabhängigkeit errungen hätten.

Am 15.1.1971 erklärte Bundeskanzler Brandt in Nairobi, die afrikanischen Einwände hätten viel früher als 1970 vorgebracht werden sollen. Er selbst habe erst von den Einwänden der afrikanischen Staaten gegen das Projekt erfahren, als die Regierung schon die Bürgschaften übernommen hatte (34).

In dem Antwortschreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundeskanzler vom 14.8.1970 an den CDU-MdB Fritz Baier

wurde neben der Aussage des Aide Mémoire auch festgestellt, daß Cabora Bassa ein wirtschaftlich gesundes Projekt sei, welches der Entwicklung der gesamten Region diene. Es würde besonders der schwarzen Bevölkerung zugute kommen, und dies vom Baubeginn an. Jedenfalls könne niemand, der das Projekt verhindern wolle, für sich in Anspruch nehmen, daß er sich dabei vom Wohl der nichtweißen Bevölkerung Mozambique leiten lasse (35). Der Abgeordnete Baier hatte den Protest gegen Cabora Bassa des Friedensmarschkomitees Sinsheim vom Juni 1970 an die Bundesregierung weitergeleitet.

In der Folgezeit sandte das Bundeskanzleramt denjenigen, die wegen Cabora Bassa das Amt um Auskunft baten oder ihren Protest kundtaten, den vervielfältigten Wortlaut des obigen Schreibens, so z.B. am 22. Oktober 1970 der "Aktion Dritte Welt."

In seiner Rede zur Woche der Brüderlichkeit am 21.3.1971 in Köln wiederholte der Kanzler in den Passagen zum Südlichen Afrika die im Aide Mémoire dargelegten Grundsätze. Er betonte, daß er diese Auffassungen im Herbst 1970 der afrikanischen Delegation unter der Leitung von Präsident Kaunde ebenso offen ausgesprochen habe, wie bei seinen Unterhaltungen in Kenia im Januar 1971. Zu Beginn seiner Rede erinnerte Brandt daran, daß vor genau elf Jahren in Sharpeville 68 Menschen sterben mußten, weil sie gegen die Apartheid demonstriert hatten (36).

In seinem von der Industrie gern und häufig zitierten Artikel in der FAZ vom 5.2.1971 zu dem Thema: "Außenhandel ohne Ideologie" schrieb der Bundeswirtschaftsminister Schiller: "Wir hören von Sorgen von einer Politisierung unseres Außenhandels, von einer angeblich ideologisch bestimmten Bürgschafts- und Garantiepolitik des Bundes. Als Bundeswirtschaftsminister halte ich diese - zuweilen etwas dunkel angedeuteten - Befürchtungen für völlig unberechtigt. Trotzdem erscheint ein klärendes Wort des für den Außenhandel zuständigen Regierungsmitgliedes angebracht, um etwa noch vorhandene Unruhe zu beseitigen: Die Bundesregierung spricht sich für eine effiziente

aber ganz und gar nicht für eine politische Außenwirtschaft aus. .... Eine solche Koppelung war im übrigen eine Erscheinung früherer ("imperialistischer") Jahrhunderte, heute wäre das ein ein Anachronismus . .... Wir wissen selbstverständlich auch, daß es Fälle gibt, in denen die Beteiligung an internationalen Handelsaktionen auf der Basis von UN-Beschlüssen unvermeidbar sein kann. Sicherlich war es auch verständlich, daß es wegen des internationalen Interesses an dem Cabora Bassa Projekt in Bonn sorgfältige Überlegungen gegeben hat. Das Ergebnis dieser Prüfungen ist bekannt, und dazu beigetragen hat nicht zuletzt die einfache Überlegung, daß ein Staudamm, unabhängig von seiner "Couleur", eine äußerst humanitäre Angelegenheit ist - und daß Verträge zu halten sind ..."

Der Parlamentsreferent des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen teilte dem "Aktionskreis Dritte Welt" in Dortmund am 28.5.1971 in einem Brief mit, daß Minister Schiller sich der politischen Brisanz, die in dem Cabora Bassa Projekt stecke, voll bewußt sei. Im Namen von Professor Schiller danke er der Gruppe für ihr Engagement in dieser Sache.

Als Minister für die Entwicklungspolitik der Bundesregierung zuständig, hat E. Eppler häufig zu Cabora Bassa Stellung genommen bzw. nehmen müssen. Seine Meinung wird in den folgenden Aussagen deutlich, die er während eines Interviews mit der Wochenzeitung "Christ und Welt" gemacht hat: "Was die portugiesischen Kolonien angeht, so bin ich in der Tat der Meinung, daß die Menschen in Mozambique oder Angola dasselbe Recht auf Selbstbestimmung haben, wie wir auch. Die portugiesische Kolonialpolitik ist ein Anachronismus, an dessen Verschwinden wir, die NATO-Länder, interessiert sind. ... Den NATO-Partner Portugal wollen wir erhalten. Aber auch Portugal muß innerhalb dieses Bündnisses auf die Interessen seiner Partner Rücksicht nehmen, die ständig durch die portugiesische Kolonialpolitik Schwierigkeiten in Afrika bekommen. Die meisten NATO-Länder wären froh, wenn die Portugiesen, etwa in einem Stufenplan, ihren Kolonien die Unabhängigkeit geben würden. Es ist nun einmal ein Faktum, daß unser Verhältnis zu Schwarzafrika durch den Cabora Bassa Damm belastet wird. Trotzdem ist mir klar,

daß die Bundesregierung die einmal gegebene Zusage von Hermes-Bürgschaften für den Damm nicht wieder zurücknehmen konnte." (37)

2. Reaktionen von Parteien und Verbänden

Im CDU-Organ Deutsches Monatsblatt, 9/7o steht: "Allerlei linke Kreise haben ja in dieser Sache lamentiert, ohne sich sonderlich über Gründe und Hintergründe zu informieren. Auch der Entwicklungsminister Eppler, der es eigentlich besser wissen müßte, sprach von dem Staudamm als einem "Bollwerk der weißen Vorherrschaft im Südlichen Afrika" (38).

In seiner Antwort auf den offenen Brief des Göppinger Arbeitskreises "Dritte Welt gegen Cabora Bassa an die Bundestagsabgeordneten ihres Wahlkreises schreibt der CDU-Abgeordnete Wörner, es werde zwar immer wieder damit argumentiert, daß der Cabora Bassa Staudamm die Herrschaft der Weißen im Südlichen Afrika verstärke, diese Behauptung würde für ihn auch durch ständige Wiederholung jedoch nicht glaubwürdiger. Mit dem wirtschaftlichen Erstarken bestimmter Regionen und dem wachsenden Lebensstandard der dortigen Bevölkerung kann auch das Selbstbewußtsein und das Unabhängigkeitsstreben der Bevölkerung wachsen. Man müsse sich fragen, ob den Menschen in jenem Land damit gedient sei, daß man sie im Elend stecken läßt und darauf hofft, daß dann der Aufstand schneller komme (39).

Während seines Besuches in Südafrika, wo er auch mit führenden Regierungsmitgliedern zusammentraf, hat der CSU-Vorsitzende Strauß erklärt, daß die Bundesrepublik Waffenlieferungen an Südafrika erwägen werde, wenn die CSU wieder an der Regierung beteiligt sein werde (40). Er sagte dort weiter, daß das deutsche Bild von Südafrika nicht aus den gefühlvollen Beurteilungen durch deutsche Pensionatsdamen und skandinavischer Humanisten bestehen dürfe (41).

In dem offenen Brief an Bischof Scharf vom 8.2.1972 anläßlich der Antirassismus-Ausstellung mit den dort beiliegenden Boykottaufrufen erklären 18 Mitglieder der CDU-Fraktion des Ber-

liner Abgeordnetenhauses, daß Rassismus eine der Kollektivsünden in unserer Welt sei, Nationalismus, Militarismus und Totalitarismus seien nicht weniger verdammenswerte Geisteshaltungen. Es heißt weiter, daß ein Staudamm die Wohlfahrt eines jeden Landes und seiner gesamten Bevölkerung fördere. Das Argument, eine derartige Investition stabilisiere lediglich bestehende ungerechte Herrschaftsverhältnisse, verböte konsequenterweise auch jeglichen Osthandel. Derartige Boykottaufrufe hier in Berlin seien geeignet, ein Klima zu schaffen, das Investitionen eher abschrecke. Sie seien den Bemühungen des Landes Berlin, die Wirtschaftskraft der Stadt zu erhöhen, entgegen gerichtet. Bischof Scharf wird am Schluß des Briefes aufgefordert, sich von derartigen Boykottagitationen zu distanzieren (42).

Auf den oben erwähnten offenen Brief des Göppinger Arbeitskreises Dritte Welt antwortete der FDP-Bundestagsabgeordnete Gallus am 13.1o.197o in einem Brief (43). Er schrieb u.a.: "die Gruppe möge bei ihren Untersuchungen nicht vergessen, daß dieser für lang. Zeit errichtete Staudamm der Hebung der Volkswirtschaft im dortigen Gebiet diene und damit der Bevölkerung auch dann noch zugute kommen würde, wenn eine weitere Demokratisierung der innenpolitischen Verhältnisse eingetreten sein werde.

Am 31.8.197o bedauerte der Kreisvorstand der FDP Düsseldorf die öffentliche geäußerte negative Kritik von Ministerpräsident Kühn gegenüber der deutschen Beteiligung am Cabora Bassa Staudamm und forderte den Regierungspartner FDP auf, sich von dieser Kritik zu distanzieren. Der Kreisvorstand warf dem Ministerpräsidenten vor, sich einseitig über die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Projekts - nämlich in Lusaka/Sambia und Daressalam/Tansania - informiert zu haben und könnte nur deshalb in der deutschen Beteiligung eine Unterstützung des portugiesischen "Kolonialismus" erblicken. Tatsache sei, daß der höhere Lebensstandard der schwarzen Bevölkerung in Portugiesisch-Mozambique den Regierungen von Lusaka und Daressalam ein Dorn im Auge sei. Unter anderem hieß es dann

weiter, es sei ein Akt der Hypokrisie, wenn man, um in Schwarzafrika eine gute Figur zu machen und in Deutschland einige linke Grüppchen zu beschwichtigen, heute so tue, als sei man seinerzeit sozusagen aus Versehen in die Cabora Bassa Geschichte hineingestolpert und geniere sich dessen (44).

Nach einer Meldung vom 7.6.197o in "Die Welt" hatte auch der Afrika Verein zu Cabora Bassa und der Kampagne dagegen Stellung genommen: "Wenn es Schule macht, Regierungen oder Einzelfirmen derart unter Druck zu setzen, müßte der internationale Handel zum Erliegen kommen." Es müsse mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß es das legitime Recht der deutschen Wirtschaft sei, mit allen Ländern Handel zu treiben. Sie müsse Schaden nehmen, wenn tagespolitische Einzelinteressen den Außenhandel zu behindern versuchten. Scharf attackierte der Verein "wohlmeinende, aber in Wirtschaftsangelegenheiten inkompetente Kreise" in der Bundesrepublik. Bei der Vorlage des Tätigkeitsberichts ließ der Geschäftsführer des Afrika-Vereins, Peter Colberg, keinen Zweifel daran, daß der Cabora Bassa Staudamm in Mozambique gebaut würde. Die beteiligten Firmen könnten nicht vertragsbrüchig werden. Er wies auch darauf hin, daß sich die schwedischen Firmen aus "technischen Gründen vor der Erteilung des Zuschlags" von dem Projekt zurückgezogen hätten. Dies sei später in politische Argumente umgemünzt worden."

3. Reaktionen Portugals und der Südafrikanischen Republik

Mit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Portugal im deutschsprachigen Raum war der Informationsdienst Dr. M. Zapp in Düsseldorf beauftragt. Anfragen bei der portugiesischen Botschaft in Bonn-Bad Godesberg wurden von dieser Firma beantwortet.

Im Herbst 197o brachte diese Firma eine zehnseitige Broschüre zu "Cabora Bassa-Projekt in Mozambique" heraus. In dieser Broschüre wurde auch auf die Kampagne gegen das Projekt eingegangen. Es wurden die schon genannten Äußerungen der Firmen sowie der Bundesregierung und die Stellungnahme von Portugals

Außenminister auf der Pressekonferenz am 23. Juli 1970 in Lissabon wiedergegeben. Zu einigen Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne kamen auch Vertreter der Firma Zapp. So erschien z.B. zum Informationsseminar des Dortmunder Arbeitskreises am 30.8. 1970 ein Vertreter dieser Firma. Er war durch eine der am Projekt beteiligten Firmen auf die Veranstaltung hingewiesen worden (45).

In Zusammenarbeit mit dem Public-relation-Büro gab das Staatssekretariat für Information und Tourismus in Lissabon im Herbst 1971 das Buch "Cabora Bassa - Daten, Fakten und Meinungen über einen Staudamm in Mozambique" heraus. Der Inhalt dieses Buches ist: Allgemeine Angaben über Mozambique, Cabora Bassa - das größte Kraftwerk Afrikas, die Argumente Portugals, die Empfehlung der Wirtschaftskommission für Afrika, Argumente der deutschen Industrie, die internationale Kampagne gegen Cabora Bassa, Diskussionen und Proteste in der BRD und in der Schweiz, die Haltung der Kirchen und Pressestimmen zu Cabora Bassa und der Kampagne.

Auf Bitten um Informationen über Cabora Bassa wird dieses Buch im Auftrag der portugiesischen Botschaft von dem Public-relation-Büro verschickt. Seit einiger Zeit betreibt Time Public relations in Düsseldorf die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Botschaft. Zum Teil wird auch eine 24-seitige, in Portugal gedruckte Broschüre "Notizen über die Entwicklung des Sambesi-Tals und das Cabora Bassa Projekt in Mozambique" verschickt. In dieser Schrift wird auch auf die Kritiker des Projekts eingegangen, und es werden die üblichen Feststellungen getroffen. Am Ende der Ausführungen steht: "Uns Portugiesen leitet vornehmlich der Gedanke, daß Portugal recht, wenn es mit Hilfe der Zeit die sozialen Bande und die des Blutes mit den Bewohnern seiner Provinzen enger zu knüpfen sucht, um dort offene Gesellschaften entstehen zu lassen, wo alle Platz finden und an den Aufgaben zur Leitung eines gemeinsamen Schicksals teilnehmen können".

In dem von der portugiesischen Botschaft in Bonn herausgegebenen "Portugal-Report" ist häufig über Cabora Bassa und die Kampagne berichtet worden. Im Heft vom August 1970 wurde

z.B. der Artikel von Siegmar Schelling "Krach um Cabora Bassa" aus dem Rheinischen Merkur von 31.7.1970 abgedruckt. Schelling schreibt: "Mit welchen politischen Vorstellungen argumentiert wird, erhellt (eine Forderung, R.M.) aus der Protestresolution der Pax-Christi-Bewegung. Dort wird der Bundesregierung ernsthaft empfohlen, Gespräche zwischen legitimierten Vertretern der Bundesrepublik und der nationalen Befreiungsfront Mozambiques, FRELIMO (Frente de Livertacao de Mozambique) anzustreben. Man stelle sich vor: Bonn soll mit Rebellen verhandeln, deren erklärtes Ziel es ist, das NATO-Mitglied Portugal, mit dem Bonn offizielle diplomatische Beziehungen unterhält, aus Afrika zu vertreiben. Wer solche Argumente gebraucht, sollte schleunigst einen Kursus über die internationalen politischen Gepflogenheiten besuchen. Oder aber er möge sich nicht mehr darüber aufregen, wenn der amerikanische CIA versucht, mit Hilfe der Opposition in fremden Ländern mißliebige Regierungen zu stürzen. Es ist nur zu hoffen, daß Bonn dem Druck standhält, daß Cabora Bassa zustande kommt. Im Hintergrund so ist aus zuverlässigen Quellen zu hören, wartet übrigens bereits die Sowjetunion, um einzuspringen." (46)

Die südafrikanische Botschaft in Köln sendet auf Anfragen um Information über Cabora Bassa die oben genannte Broschüre des Zapp-Büros: "Das Cabora Bassa Projekt in Mozambique". In den Publikationen der Botschaft ist auch mehrmals über Cabora Bassa berichtet worden.

VI. Ergebnisse der Kampagne

Das intendierte Ziel der beschriebenen Kampagne, die Verhinderung des Baues des Cabora Bassa Staudammes, wurde nicht erreicht. Gemessen an diesem Ziel war die Kampagne erfolglos. Doch können folgende konkrete Ergebnisse als Auswirkungen der Protestbewegung angesehen werden:

1. Die Bundesregierung lehnte eine Erhöhung der Hermes-Kreditbürgschaften für die am Bau des Cabora Bassa Dammes beteiligten Firmen ab. (1)

Die Firmen hatten wegen unvorhergesehener Kostenerhöhungen um eine Aufstockung der Bürgschaften nachgesucht (2).

2. Die Bundesregierung hat mehrmals erklärt, keine Waffen mehr an Portugal zu liefern, die in dem portugiesischen Kolonialkrieg in Afrika eingesetzt werden könnten (3).
Diese Erklärungen der Bundesregierung werden leider durch anders lautende Berichte relativiert (4).

3. Die Bundesregierung stellte Ende 1971 ihre finanzielle Unterstützung für die Uransuche in Namibia ein (5). Die Beteiligung der deutschen Urangesellschaft an einer Wirtschaftlichkeitsstudie über den Abbau von Uranvorkommen in Namibia wurde bis dahin vom Bundeswissenschaftsministerium finanziell unterstützt (6).

Bei einer weiteren Bilanzierung der Kampagne können noch andere Punkte auf der Haben-Seite gebucht werden:

Durch das Wirken der Akteure der Kampagne konnte speziell zum Thema Cabora Bassa eine kritische Öffentlichkeit hergestellt werden. Die Tatsache, daß die Bundesregierung, die Firmen und Portugal sich genötigt sahen, dem Protest entgegenzutreten und ihre Politik und ihr Verhalten öffentlich zu rechtfertigen suchten, muß als eine Konsequenz daraus und als ein Indiz für die Wirksamkeit der kritischen Gruppen in der Öffentlichkeit gesehen werden.

Nicht nur speziell Cabora Bassa sondern der Gesamtkomplex Südliches Afrika konnte einer breiteren Öffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht werden. Hierbei müssen die Auswirkungen des Antirassismusprogramms auf die Kirchenmitglieder (Diskussion über Befreiungsbewegungen) und auf die offiziellen Kirchenstellen (kritische Haltung gegenüber der im Süden Afrikas engagierten westdeutschen Wirtschaft) gewürdigt werden. Als Anzeichen für wachsendes öffentliches Interesse an Fragen des Südlichen Afrika möge die in ihrer Häufigkeit zugenommene Berichterstattung in Presse, Rundfunk und Fernsehen über den Konfliktbereich angesehen werden (7). Auch die gestiegene Nachfrage nach Informationsmaterial bei einzelnen Gruppen und Informationsstellen der Kampagne kann in diesem Sinne gewer-

tet werden. Häufig kamen solche Anfragen von Lehrpersonal, das im Unterricht das Thema behandeln sollte.

Als einen weiteren Erfolg der Kampagne muß die wachsende Opposition in der BRD und in Westberlin gegen Kolonialismus und Neokolonialismus im Südlichen Afrika und gegen die Unterstützung dieser Strukturen durch die Bundesrepublik vermerkt werden. Diese Oppositionsbewegung ist nicht auf Randgruppen und unbedeutende Minderheiten der Gesellschaft beschränkt, sondern wird nicht unerheblich unterstützt durch verschiedene etablierte gesellschaftliche und politische Kräfte.

Für die Bewertung der Kampagne ist nicht zuletzt von Bedeutung, daß bei Aktionsgruppen und einzelnen Aktivisten der Kampagne durch die Auseinandersetzung mit dem Projekt und seinen sozio-ökonomischen Determinanten der zunächst moralische Protest sich in eine antikapitalistische und z.T. sogar in eine sozialistische Einstellung gewandelt hat (a).

VII. Schlußbemerkungen

Die Untersuchung möge gezeigt haben, daß Kampagnen, wie die beschriebene gegen Cabora Bassa, durchaus geeignet sind, in der widersprüchlich strukturierten Industriegesellschaft Westdeutschlands ein in vieler Hinsicht relevantes von der Öffentlichkeit ausgeschlossenes Problem einem Prozeß öffentlicher Kritik zuzuführen.

Eine der politischen Funktionen von kritischen Gruppen kann darin bestehen, einen solchen Prozeß zu initiieren und in Gang zu halten. Dies bedeutet, den sich mehr und mehr verselbständigenden elitären Funktionsträgern eine kontrollierende Macht von unten entgegenzusetzen. Die Bemühungen, die herrschenden Eliten dazu zu bringen, ihr Verhalten öffentlich rechtfertigen zu müssen, bedürfen einmal des Rahmens einer kritischen Öffentlichkeit und zum anderen einer qualitativ wie quantitativ potenten Basis der Kritiker.

Im Rahmen längerfristigen Strategien in Richtung auf Demokratisierung und Humanisierung der Gesamtgesellschaft bieten Kampagnen zu partiellen Konfliktgegenständen wie Cabora Bassa emanzipatorisch engagierten Gruppen die Möglichkeit, an konkreten Punkten ihre umfassendere Gesellschaftskritik einer größeren Zahl der Bevölkerung zu veranschaulichen. Dadurch kann es gelingen, demokratischen Potential innerhalb der Gesellschaft zu vergrößern.

Wie in der Darstellung geschildert, gehen solche Innovationen zunehmend von Gruppen aus, die weder im herkömmlichen, parlamentarisch-politischen Willensbildungsprozeß integriert sind noch sonst auf gesamtgesellschaftliche Entscheidungsprozesse Einfluß haben.

Die Bestrebungen dieser Innovationsgruppen finden innerhalb etablierter Institutionen häufig Verbündete, was teilweise auch Element ihrer Strategie ist. So hat sich bei der Cabora Bassa Kampagne gezeigt, daß etablierte Institutionen eine nützliche Funktion für Emanzipationsbestrebungen erfüllen können. Diese Erfahrung spricht für die These, daß Strategien in Richtung auf gesamtgesellschaftliche Demokratisierung eine Veränderung der Institutionen in dieser Weise mit einbeziehen sollten.

Um kritische Öffentlichkeit entstehen und einen Legitimationsdruck auf Firmen und Bundesregierung wirksam werden zu lassen, haben sich bei der beschriebenen Kampagne die direkten Aktionsmethoden, die auf eine öffentliche Polarisierung der Kontrahenten zielten, als geeignet erwiesen.

Wenn man von einem Erfolg der Kampagne sprechen will und das ist durchaus möglich, so haben diese Aktionstechniken daran ihren wesentlichen Anteil.

Als strukturelle Gründe für den Erfolg der Kampagne lassen sich vornehmlich drei Punkte anführen:

1. An Cabora Bassa und der Verfestigung der Unrechtsstrukturen im Südlichen Afrika sind die politischen und wirtschaftlich Verantwortlichen der BRD direkt betroffen. In der Auseinan-

dersetzung ließ das Faktum, daß die Bundesrepublik durch Waffenlieferungen den Kolonialkrieg der Portugiesen in Afrika unterstützt und die hiesige Wirtschaft politisch absichert, an der Ausbeutung in den Ländern dieser Region aktiv beteiligt ist, Ausflüchte nicht zu (Nicht nur die Verantwortlichen waren betroffen, sondern auch die Arbeiterschaft, die Techniker und Ingenieure mitsamt ihren Familien und die Aktionäre der beteiligten Firmen).

2. So konkret wie der Konfliktgegenstand, an dem damit verbundene Probleme aufgezeigt werden konnten, so konkret war der Gegner der Kampagne. Die Opponenten standen nicht einem imaginären "Feind" gegenüber, sondern ihre Angriffe konnten sie direkt auf bestimmte Zielgruppen abstellen. Dies ermöglichte ihnen auch die effektvollen Aktionsmethoden.

3. Nicht zuletzt hat die im Vergleich zu früheren Jahren etwas konsolidierte Situation des linken oppositionellen Lagers in der BRD und in Westberlin die Kampagne favorisiert. Es war wieder möglich, daß in ihrer politischen Einstellung unterschiedene Gruppierungen zu so etwas wie einem Aktionsbündnis zusammenfinden konnten.

Bei ihrer zukünftigen Arbeit zum Thema Südliches Afrika müssen die bisher engegierten Gruppen alles daransetzen, andere potentielle progressive Gruppierungen zu gewinnen. Besonders sollte man dabei bemüht sein, innerhalb der Gewerkschaften ein Problembewußtsein zu entwickeln und dort Verbündete zu finden. Eine eindeutige Haltung dieser Organisation zum Engagement der westdeutschen Wirtschaft im Südlichen Afrika ist sowohl für die Betroffenen dort als auch für den Erfolg der weiteren Kampagne zum Südlichen Afrika wichtig.

VIII. Anmerkungen

I. Einleitung

1) Siehe Tetzlaff, Rainer: Zur kollektiven Imperialismusstrategie in Süd-Ost-Afrika. In: Sozialistische Politik, 11.Jg. (1972), Nr. 17, S.23-53

2) Siehe Bosgra, Sietse: Cabora Bassa, ein Damm gegen die Afrikaner. Göttingen o.J. (1971)

3) Siehe Mandel, Ernst: Die Strategie der Übergangsforderungen. In: Bussiek, a.a.O.

4) Zu dem Begriff "Umgehungsstrategie" siehe Flechtheim, Ossip K.: Sozialismus und gewaltfreie Aktion. In: Gewaltfreie Aktion, 3.Jg.(1971), Heft 9/1o, S.17-28

5) Siehe Rupp, Hans Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Köln 197o

II. Theoretischer Bezugsrahmen:

1) Das Prinzip Öffentlichkeit

1) Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. 4. Aufl. Neuwied, Berlin 1969

2) Vgl. ebenda, S. 8: Dieser Form von Öffentlichkeit gehen Negt und Kluge nach: Negt, Oskar und Kluge, Alexander: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. Ffm 1972

3) Vgl. ebenda, S. 1o2

4) Vgl. ebenda, S. 66

5) Vgl. ebenda, S. 1o2

6) Vergl. ebenda, S. 14o

7) Vgl. Fraenkel, Ernst und Bracher, Karl Dietrich (ed): Staat und Politik. Neuausgabe. Ffm. Fischer Lexikon Nr. 2, 1964, Stichwort: Öffentlichkeit (Habermas),S.225

8) Ebenda, S. 225

9) Siehe Habermas, Jürgen: Über den Begriff der politischen Beteiligung. In: Habermas, Friedeburg, Oehler, Weltz: Student und Politik. 3. Aufl. Neuwied, Berlin 1969, S. 48

1o) Hinz, Liselotte: Meinungsmarkt und Publikationsorgane. In: Schäfer, Gert und Nedelmann, Carl (ed.): Der CDU-Staat, 2. Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik. Ffm 1969, S. 285

11) Siehe Pausewang, Siegfried: Öffentliche Meinung und Massenmedien. In: Abendroth, Wolfgang und Lenk, Kurt (ed): Einführung in die politische Wissenschaft. Bern, München 1968, S. 299 f.

12) Ebenda, S. 3o2

13) Siehe v. Bredow, Wilfried: Der Primat militärischen Denkens. Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit. Köln 1969, S. 35

14) Vergl. Ebenda, S. 17

15) Ebenda, S. 22

16) Ebenda, S. 33

17) Ebenda, S. 33

18) Ebenda, S. 33

19) Ebenda, S. 32

2o) Ebenda, S. 34 f

21) Ebenda, S. 149 f.

2. Die Bedeutung von Öffentlichkeit für systemüberwindende Strategien

1) Hierzu z.B. Mandel, Ernst: Marxistische Wirtschaftstheorie, 2. Band. Ffm.: Es 596, 1972, S. 629 ff.; Müller, Wolfgang und Neusüss, Christel: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital. In: Probleme des Klassenkampfes. 1.Jg. (1971), Sonderheft 1 (Juni), S.7-1o

2) Hirsch, Joachim: Funktionsveränderungen der Staatsverwaltung in spätkapitalistischen Industriegesellschaften. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 14.Jg. (1969), Heft 2, S.154

3) Siehe Offe, Claus: Das politische Dilemma der Technokratie. In: Koch, Claus und Senghaas, Dieter (ed.): Texte zur Technokratiediskussion. Ffm. 1970, S. 163

4) Siehe Greiffenhagen, Martin: Demokratie und Technokratie. In: Koch, Senghaas (ed.), a.a.O., S. 54-70; sowie die anderen Beiträge in diesem Band.

5) Schelsky, Helmut: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Düsseldorf 1965, D. 453

6) Offe, Claus, a.a.O. S. 160

7) Siehe ebenda, S. 161 ff

8) Ebenda, S. 164 f.

9) Narr, Wolf-Dieter: Systemzwang als neue Kategorie in Wissenschaft und Politik. In: Koch, Senghaas (ed.), a.a.O. S. 243

10) Siehe ebenda, S. 244

11) Siehe Naschold, Frieder: Organisation und Demokratie. Stuttgart 1969; siehe auch derselbe: Demokratie und Komplexität. In: Politische Vierteljahresschrift, 9. Jg. (1968), Heft 4, S. 494 ff

12) Vgl. Habermas, Jürgen: Technik und Wissenschaft als "Ideologie". 5. Aufl. Ffm. 1971, S. 100

13) Siehe ebenda, S. 100

14) Siehe Weiler, Joachim und Freitag, Rolf: Ausbildung statt Ausbeutung. Der Kampf der Essener Lehrlinge. Reinbeck bei Hamburg 1971

15) Vgl. Habermas, Jürgen: Bedingungen für eine Revolutionierung spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme. In: Marx und die Revolution. Ffm. eds 430, 1970, S.36 ff

16) Vgl. Habermas, Jürgen: Technik und Wissenschaft als "Ideologie", a.a.O. S.84

17) Thesen und Antworten in: Die Linke antwortet Jürgen Habermas. Ffm. 1968

18) Thesen und Antworten in: Die Linke antwortet Jürgen Habermas: Vergl. Negt, Oskar: Einleitung zu ebenda, S. 29

19) Habermas, Jürgen: Die Scheinrevolution und ihre Kinder. Sechs Thesen über Taktik, Ziele und Situationsanalysen der oppositionellen Jugend.
In: Die Linke antwortet Jürgen Habermas, a.a.O. S. 5

20) Neusüss, Arnhelm: Praxis und Theorie, ebenda, S. 56

21) Offe, Claus: Kapitalismus - Analyse als Selbsteinschüchterung, ebenda, S. 106 f.

22) Resolution zum Kampf gegen Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit. In: Neue Kritik, Ffm. 44, November 1967, S. 29

23) Ebenda, S. 33

24) Ebenda, S. 34

25) Siehe Abendroth, Wolfgang und Dietrich, Barbara: Chancen des Grundgesetzes. In:Gitzer, Friedrich und Opitz, Reinhard (ed): Alternativen der Opposition. Köln 1969, S. 102

26) Ebenda, S. 102

27) Vgl. ebenda, S. 103

28) Ebenda, S. 103

29) Siehe Lefèvre, Wolfgang: Reichtum und Knappheit. Studienreform als Zerstörung gesellschaftlichen Reichtums. In: Bergmann, Dutschke, Lefèvre, Rabehl: Rebellion der Studenten oder die neue Opposition. Reinbek bei Hamburg 1968, S. 133 ff.

3. Öffentlichkeit - Aktion - Aufklärung

1) Vgl. Die Spiegelaffäre. Bd. I.: Alfred Grosser und Jürgen Seifert: Die Staatsmacht und ihre Kontrolle. Bd. II: Thomas Ellwein, Manfred Liebel und Inge Negt: Die Reaktion der Öffentlichkeit. Olten 1966

2) Vgl. Herzog, Hans Henning und Oehlke, Paul: Intellektuelle Opposition im autoritären Sozialstaat. Neuwied, Berlin 1970, S. 140

3) Der Begriff der begrenzten Regelverletzung stammt von Habermas, siehe Habermas, Jürgen: Protestbewegung und Hochschulreform. Ffm. eds 354, 1969, S.11

4) Vgl. Ebert, Theodor und Jochheim, Gernot: Konflikt austragung durch gewaltfreie Aktion. In: Giesecke u.a.: Politische Aktion und politisches Lernen: München 1970, S. 135

5) Vgl. ebenda, S. 135

6) Dutschke, Rudi: Vom Antisemitismus zum Antikommunismus In: Bergmann, Dutschke u.a., a.a.O. S. 75

7) Rabehl, Bernd: Von der antiautoritären Bewegung zur sozialistischen Opposition. In: ebenda, S. 164

8) Vgl. Ebert, Jochheim, a.a.O. S. 136

9) Siehe Adorno, Theodor W. und Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung. Amsterdam 1955

10) Einleitung zur Neuausgabe. Einige Schwierigkeiten beim Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln. In: Habermas, Jürgen: Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien. Erweiterte und neu eingeleitete 4. Aufl. Ffm: Suhrkamp Taschenbuch, 1971, geht Habermas u.a. auf die "Oeganisation der Aufklärung ein.

11) Siehe Herzog, Oehlke, a.a.O. S. 82

12) Vgl. Abendroth, Wolfgang: Demokratisch-liberale oder revolutionär-sozialistische Kritik? In: Die Linke antwortet Jürgen Habermas, a.a.O., S. 138

13) Vgl. Popcke, Sven: Che Guevara und die Neue Linke in der Bundesrepublik - Chronik einer psycho-politischen Jüngerschaft. In: Sonntag, Heinz Rudolf (ed).: Che Guevara und die Revolution. Ffm: Fischer, 1968, S. 113

14) Brückner, Peter und Krovoza, Alfred: Was heißt Politisierung der Wissenschaft und was kann sie für die Sozialwissenschaften heißen. Ffm. 1972, S. 34

15) Ebenda, S. 34

16) Ebenda, S. 34

17) Ebenda, S. 34

18) Brückner, Peter: Provokation als organisierte Selbstfreigabe. In: Giesecke u.a.: Politische Aktion und politisches Lernen, a.a.O. S. 221

19) Ebenda, S. 222

20) Vgl. ebenda, S. 222

21) Vgl. ebenda, S. 227 f

4. Politische Aktion - politisches Lernen

1) Hier wäre kritisch anzumerken, daß Gieseckes Begriff von Aktion zu sehr von der Schuldidaktik her bestimmt ist und dadurch beschränkt ist, daß Anleitung zu konkret politischer Aktion in der Schule nicht erlaubt ist.

2) Vgl. Giesecke, Hermann: Didaktische Probleme des Lernens im Rahmen von politischen Aktionen. In: Derselbe u.a.: Politische Aktion und politisches Lernen, a.a.O., S. 18 ff

3) Siehe Cohn-Bendit, Gabriel und Daniel: Linksradikalismus - Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus. Reinbek bei Hamburg 1968

4) Vgl. u.a. auch Krahl, Hans Jürgen: Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution. Ffm. 1971

5) Vgl. Giesecke, Hermann: a.a.O., S. 29 ff

6) Siehe Dechow, Eike: Aktion - Plädoyer für ein Arbeits- und Lernverfahren. In: Falkenstörfer, Helmut und Lefringhausen, Klaus (ed.): Aktion Entwicklungshilfe. Aktionen zur Bewußtseinsänderung. Wuppertal 1972, S.1o ff.

III. Die Träger der Kampagne

1) Siehe Gansel, Norbert (ed.): Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten? Reinbek bei Hamburg, 1971, S. 1o3 ff.,
Jaeggi, Urs: Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik. Ffm. Fischer, 1969, S.219

2) Siehe Gansel (ed.): a.a.O. S. 92 f.

1. Aktionsgruppen

1) Horn, Klaus (ed.): Gruppendynamik und der "subjektive Faktor". Repressive Entsublimierung oder politisierende Praxis. Ffm.: Suhrkamp, 1972

2) Vgl. Horn, Klaus: Einleitung: Bemerkungen zur Situation des "subjektiven Faktors" in der hochindustrialisierten Gesellschaft kapitalistischer Struktur. In: Derselbe (ed.): a.a.O., S. 79

3) Ebenda, S. 79 f.

4) Vergl. Ebenda, S. 88

5) Vergl. Ebenda, S. 95

6) Ebenda, S. 88 f.

7) Vgl. ebenda, S. 9o

8) Ebenda, S. 72

9) Vgl. ebenda, S. 94
Zur Diskussion zwischen Psychoanalyse und Marxismus siehe: Bernfeld u.a.: Psychoanalyse und Marxismus, Dokumentation einer Kontroverse. Einleitung von Hans Jörg Sandkühler, Ffm. 197o; derselbe (ed.): Marxismus, Psychoanalyse, Sexpol Bd. 2, Aktuelle Diskussion, Ffm 1972. Lovenzer u.a.: Psychoanalyse als Sozialwissenschaft, Ffm. 1971; Psychoanalyse, Marxismus und Sozialwissenschaften, Aufsätze. Rotdruck, Bd. 1o, S'Gravenhage 1971 (Raubdruck)

10) Richter Horst, E.: Die Gruppe. Hoffnung auf einen neuen Weg, sich selbst und andere zu befreien. Psychoanalyse in Kooperation mit Gruppeninitiativen. Reinbek bei Hamburg 1972, S. 179

11) Siehe Bahr, Hans-Eckehard: Wunsch und Wirklichkeit. Gesucht: Eine spezifisch theologische Friedensforschung (sowie eine friedenspolitische Praxeologie kirchlichen Handelns). In: Internationale Dialog Zeitschrift, 1971. Heft 4, abgedruckt in: epd - Dokumentation, 51/71, Ffm, 1.11.1971, S. 32

12) Ebenda, S. 32

13) Ebenda, S. 32

14) Siehe die 11-seitige Broschüre der Aktion Dritte Welt Freiburg: Eine Lobby für die Dritte Welt - Alternative zur SDS-Strategie. Freiburg (1969)

15) Vgl. Papier der Aktion Dritte Welt Freiburg: Das Bemühen um den Aufbau einer Lobby für die Dritte Welt. Freiburg (197o), S. 1

16) Ebenda, S. 1

17) Ebenda, S. 2

18) Vgl. Bartels, Siegfried: Aktion Dritte Welt antwortet der Projektgruppe Dritte Welt mit einer Stellungnahme dur deutschen Entwicklungspolitik. Papier der Aktion Dritte Welt Freiburg (1969), S. 1 f.

19) Vgl. ebenda, S. 2

2o) Vgl. Aufbau einer Lobby für Dritte Welt, a.a.O., S. 3 f

21) Vgl. Aktion Dritte Welt Freiburg: Wie hilflos sind wir eigentlich? Chancen und Methoden einer außerparlamentarisch arbeitenden entwicklungspolitischen Opposition in der BRD. Freiburg, November 197o, S. 1

22) Vgl. ebenda, S. 5

23) Vgl. ebenda, S. 5

24) Vgl. ebenda, S. 6

25) Vgl. ebenda, S. 7

26) Vgl. ebenda, S. 7 ff.

27) Ebenda, S. 8f.

28) Vgl. ebenda, S. 1o ff.

29) Vgl. ebenda, S. 14 ff.

3o) Stellungnahme zur gegenwärtigen Diskussion über die "Aktion Dritte Welt". Unveröffentlichtes Papier aus der Aktion Dritte Welt, Freiburg (Juni 1972)

31) Vgl. ebenda, S. 4

32) Vgl. ebenda, S. 1 f.

33) Vgl. ebenda, S. 2

34) Siehe: Das Bemühen um den Aufbau einer Lobby für die Dritte Welt, a.a.O. S. 2

35) Stingl, Georg: Studentenbewegung und Imperialismus im südlichen Afrika. In: Basis, Freiburger Studentenzeitung 2. Jg. (1972), Nr. 1, S. 14

36) Vgl. ebenda, S. 15

37) Einen Einblick in die Arbeitsweise dieser Gruppen erhält man durch: Falkenstörfer, Helmut und Lefringhausen, Klaus (ed.): Aktion Entwicklungshilfe, Aktionen zur Bewußtseinsänderung, Wuppertal 1972, besonders interessant ist in diesem Band der Beitrag von Dechow, Mike: Aktionsplädoyer für ein Arbeits- und Lernverfahren.

38) Vgl. Projektgruppe Afrika: Cabora Bassa und der BRD-Imperialismus. In: Rote Presse Korrespondenz, 2. Jg.(7o) Nr. 66, vom 29.5.7o, S. 11

39) Ebenda, S. 11

4o) Ebenda, S. 11

41) Ebenda, S. 11

42) Der Aufruf ist abgedruckt in den "Blätter für deutsche und internationale Politik", 15. Jg.(197o), Heft 3, März 197o

43) Vgl. Projektgruppe Afrika: Cabora Bassa und der BRD-Imperialismus, a.a.O. S. 11 f

44) Vorwort der Zeitschrift "Der Funke", Juni 197o, Nr. 2, S. 3

45) Vgl. Projektgruppe Afrika: Cabora Bassa, Voraussetzungen und Ziele einer internationalistischen Kampagne. In Rote Presse Korrespondenz, 2. Jg. (197o), Nr. 7o, 26.6.197o, S. 2 f.

46) Ebenda, S. 3

47) Ebenda, S. 4

48) Vgl. ebenda, S. 3 f.

49) Vgl. ebenda, S. 6

5o) Cabora Bassa Gruppe: Brief an die Genossen von der RPK und der "Projektgruppe Afrika", Berlin. In: Neues Rotes Forum, 1/7o, 12.1o.7o, S. 4o-43

51) Vgl. ebenda, S. 4o f.

52) Ebenda, S. 41

53) Ebenda, S. 41 f.

54) Vgl. ebenda, S. 43

55) Siehe das Werbepapier: ISSA, Informationsstelle Südliches Afrika, Bonn (1971)

2. Institutionen und Verbände

1) Vgl. Mayntz, Renate: Soziologe der Organisation. Reinbek bei Hamburg 1963, S. 7 ff.

2) Siehe Rupp, Hans Karl: Außerparlamentarische Oppositon, a.a.O.

3) le Coutre, Eberhard: Diskussion oder Emotion. In: Der Überblick. Mitteilungen und Beiträge zur Arbeit von "Dienst in Übersee", 7. Jg. (1971), März 1971, S. 2

4) Siehe Schade, Kai Friedrich? Rassismus-Diskussion: Neuere Aspekte. In: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 9/7o vom 18.12.197o, S. 2o f und Zilleken, Horst: Macht und Gewalt. In: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 3/71 März 1971, S. 5-1o

5) Programm zur Bekämpfung des Rassismus (PCR), Dokument Nr. 55. In: epd-Dokumentation, 6/71, Ffm, 27.1.1971, S. 4

6) Vgl. Einladung zur Ökumene-Kommissionssitzung vom 2o.1o. 1971 der Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinde in der Bundesrepublik und Berlin (West), lag dem Verfasser in einer Kopie vor.

7) Siehe Müller, Rainer: Cahora Bassa - Aktionsgruppen formieren sich. Ein Bericht. In: Gewaltfreie Aktion, 2. Jg. (197o), Heft 5/6, S. 1o8-112

7a) Vgl. ebenda,

8) Vgl. Kirchengeld für Revolutionäre? Herausgegeben von der Kirchlichen Bruderschaft in Württemberg, 7301 Kornat bei Stuttgart, Postfach 15

9) Arbeitskreis Gewalt der ESG in der BRD und Berlin (West): Vier Thesen zur Rassismus-Diskussion in der Evangelischen Kirche in Deutschland (vom 1.12.197o). In: epd-Dokumentation, 51/7o, Ffm, 15.12.197o, S. 14

1O) Vgl. Rundbrief der Aktion Selbstbesteuerung, Region Baden-Württemberg, 72 Tuttlingen, Erlenweg 9, Mitt Juni 197o, S. 2

11) Stellungnahme der AG EJD. An die Bundesregierung, vom 22. Juli 197o. In: Rundbrief des Informationsausschusses Dritte Welt, p.Adr.: Landeskirchliches Jugendpfarramt, 2 Hamburg 13, St. Benedictstr. 8 vom 31.7.197o, S. 2

12) Vgl. ebenda, S. 2

13) Deutsche Fassung in: Neues Rotes Forum, 1/72, S. 43-46

14) Siehe Cunene, "Fahnenflucht als Mittel gegen Rassismus". In: Blätter des IZSW, Freiburg Nr, 15, März 1972, S.27-3o

15) Aktion Kirchenreform Informationsdienst, a Kid, 4/7o

16) Siehe Kirchengeld für Revolutionäre? a.a.O.

17) Siehe Stuttgarter Zeitung vom 5.1o.7o

18) Siehe Frankfurter Rundschau vom 25.7.72

19) Siehe epd-Interview mit Günter Linnenbrink zum Stand der Beratungen des Anti-Rassismus-Programms in der EKD. In: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 5/72

2o) Siehe Le Monde vom 4.7.197o

21) Siehe Raske, M., Schäfer, K. und Wetzel, M. (ed.): Der totalitäre Gottesstaat. Die Lage der Christen in Portugal, Spanien und im Baskenland. Düsseldorf 197o

22) Rundschreiben VI/72 des Diözesanarbeitskreises Entwicklungspolitik, Osnabrück, Sondernummer Namibia, S. 7 f

23) KDSE nimmt Stellung zum Antirassismusprogramm. In: Initiative, 11. Jg (1971), Nr. 2, S. 2

24) Kritischer Katholizismus, 4. Jg. (1971), Nr. 6, S. 16

25) Vgl. Pogrom, 1. Jg. (197o), Nr. 3, Juli 197o, S. 11

26) Siehe Initiative, 11. Jg. (1971), Nr. 2, S. 28

27) Vgl. ebenda, S. 28

28) Vgl. Rheinische Post vom 19.7.71

29) Siehe Auszug aus einem Interview des Aktionskreises Dritte Welt, Dortmund, mit Erzbischof Emmanuel Milingo, Lusaka, Sambia. In: Information Dritte Welt, 5. Mai 1972, Dortmund, S. 6-9

3o) Siehe Info der Aktion Dritte Welt, Viersen, Ende Juni 1971

31) Siehe Flugblatt: Kirchenvorstand kontra Pfarrgemeinderat. Verantwortlich: Heinz Lidgens, 4o6 Viersen, Königsallee 28, (Mitglied des Pfarrgemeinderates). Das Flugblatt lag dem Verfasser in einer Kopie vor.

32) Texte in: epd-Dokumentation, 36/71, Ffm, 26.7.1971

33) Siehe Dokumentation: Möglichkeiten gewaltfreier Politik. Jahrestagung des Deutschen Versöhnungs-Bundes vom 2o. bis 23.5.1971 in Kassel. In: Gewaltfreie Aktion, 3. Jg.(1971) Heft 8, S. 26

34) Siehe Zivil, 16 Jg. (197o), Nr. 8, August 197o, S.8o-86

35) Abgedruckt: In: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 1/71, 7.1.1971, S. 25-26

36) Siehe Blätter des iZ3W, Freiburg, Nr. 2-3, Dezember 197o bis Jan. 1971, S. 8-15

37) Siehe Bericht in: "Solidarität mit der Dritten Welt" e.V. Zusammenschluß der Arbeitskreise zurückgekehrter Entwicklungshelfer, Hanau, o.J., (1971), S. 5-6

38) Siehe Brief des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Ökumenische Abteilung, Stuttgart, vom 2.12.197o an Aktion Selbstbesteuerung, Bückeburg. Der Brief lag dem Verfasser im Original vor.

39) Informationsdienst des Deutschen Bundesjugendringes, 4. Jg. (197o), Heft 4/5, Oktober 197o

4o) Z.B.Blickpunkt, Nr. 194 vom Oktober 197o, herausgegeben vom Landesjugendring Berlin

41) Siehe Blätter des iZ3W, Freiburg, Nr. 16, Mai 1972, S. 31

42) Siehe Staatssekretariat für Information, Lissabon: Cabora Bassa, a.a.O. S. 126

43) Siehe Entwicklungsländer, 9. Jg. (197o), Nr. 3/4, vom 27.4.197o, S. 22-33

44) Siehe Entwicklungsländer, 9.Jg. (197o), Nr. 6/7 vom 31.7.197o, S. 6-2o und 2o-24

45) Flugblatt für eine Altkleidersammlung des Vereins im Sommer 1972. Lag dem Verfasser vor.

46) WUS-Nachrichten, 19. Jg. (197o), Nr.2/3, November/Dezember 197o, Sonderheft Portugiesische Kolonien

47) Vgl. Staatssekretariat, Lissabon: Cabora Bassa, a.a.O. S. 11o

48) Siehe Cabora Bassa Gruppe: Legitimationsversuche des deutschen Kapitals. In: Neues Rotes Forum, 1/70, 12.1o. 197o, S. 32

49) Siehe Staatssekretariat, Lissabon: Cabora Bassa, a.a.O. S. 1o5

5o) Vgl. Cabora Bassa Gruppe, a.a.O. S. 32

51) Bericht lag dem Verfasser in Kopie vor.

52) Vgl. Kreisnachrichten Calw vom 1o.11.197o

53) Vgl. Heidelberger Tageblatt vom 4.6.197o

54) Siehe Staatssekretariat, Lissabon: Cabora Bassa, a.a.O. S. 126

55) Vgl. Lübecker Nachrichten vom 29.9.197o

56) Siehe Heidelberger Tageblatt vom 7.12.197o

57) Vgl. Presseerklärung. In: Blätter des iZ2W, Freiburg, Nr. 11/12, Nov./Dez. 1971, S. 15

58) Vgl. Bonner SPD-Unterbezirk gegen Waffenlieferung an Portugal. In: Information Dritte Welt, 5/Mai 1972, Dortmund S. 29

59) Vgl. dpa vom 2.9.197o, Die Welt, vom 2.9.7o

6o) Fernsehinterview in der Sendung "Hier und Heute" des Westdeutschen Rundfunks am 4.9.197o, zitiert nach Staatssekretariat Lissabon: Cabora Bassa, a.a.O. S. 1o6

61) Vgl. Aachener Nachrichten vom 2.1o.197o

62) Siehe Staatssekretariat, Lissabon: Cabora Bassa, a.a.O. S. 113 f.

63) Siehe ebenda, S. 115 ff.

64) Siehe ebenda, S. 118 f.

65) Siehe ebenda, S. 1o7

66) Siehe Projektgruppe Afrika: Rom-Konferenz: Zur Internationalen Taktik der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien. In: Rote Pressekonferenz, 2.Jg. (197o), Nr. 72, 17.7.197o, S. 12

67) Mündliche Mitteilung von E. Ferreira an den Verfasser.

68) Vgl. Staatssekretariat, Lissabon: Cabora Bassa, a.a.O. S. 111 f

69) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 16.1o.197o

7o) Vgl. Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, 164. Sitzung. Bonn, Freitag, den 21. Jan. 1972. Zit. nach: Informationsstelle Südliches Afrika e.V., Bonn: Die Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland an Portugal. Materialien, Bonn, 22.3.1972, S. 6

71) Vgl. ebenda, S. 7 f

72) Siehe ebenda, S. 6 f

73) Vgl. ebenda, S. 1o

74) Vgl. ebenda, S. 9

75) Siehe Afrikanisches Manifest. In: Sozialistische Korrespondenz, Extra, 6/7o, 26.1o.7o

IV. Aktionsmethoden der Kampagne

1) Die Begriffsbildung stammt von Johan Galtung: Personale Gewalt oder direkte Gewalt ist der Typ von Gewalt, bei dem es einen Akteur gibt. Strukturelle oder indirekte Gewalt ist die Gewalt ohne einen Akteur. Die Gewalt ist in das System eingebaut und äußert sich in ungleichen Machtverhältnissen und folglich in ungleichen Lebenschancen.
Vgl. Galtung, Johan: Gewalt, Frieden und FriedensForschung. In: Dieter Senghaas (ed): Kritische Friedensforschung. Ffm. 1971, S. 55 ff.
Gewalt liegt nach Galtung dann vor, "wenn Menschen so beeinflußt werden, daß ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potentielle Verwirklichung". Ebenda, S. 57

2) Vgl. Jochheim, Gernot: Zum Diskussionsstand über die Theorien gewaltfreier Konfliktaustragung. Unveröffentlichtes Manuskript, Juni 1971, S. 1

3) Ebenda, S. 1

4) Vgl. ebenda, S. 2 f

5) Siehe Schmid, Hermann: Friedensforschung und Politik. In: Senghaas (ed.): Friedensforschung, a.a.O., S. 25-54

6) Vgl. dazu und zu folgenden Ebert, Theodor: Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg. Ffm. Fischer 1970, S. 37 ff.

7) Siehe Reckman, Piet: Naar een Strategie en metodiek voor sociale aktie. Baarn, Anthos-Boek (1971)

8) Siehe Beck, Wolfgang: Aktionsgruppen-Basis in Bewegung, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für Jugendfragen und Jugendarbeit, 20. Jg. (1972), Heft 1 (Januar), S. 25

9) Vgl. Reckman, a.a.O., S. 55

9a) Siehe folgende Anmerkung 35

10) Beck, a.a.O., S. 30-31

11) Siehe Rabehl, Bernd: Der SDS und die Strategie der direkten Aktionen in Westeuropa. In: Neue Kritik, Ffm. 5o, Oktober 1968, S. 43

12) Siehe Dokumentation: Cabora Bassa Boykott und die CDU. Vorbemerkungen von Rainer Müller. In: Gewaltfreie Aktion, 4. Jg. (1972), Heft 11, S. 32-36

13) Zu Straßentheater siehe Hüfner, Agnes: Straßentheater, Ffm: edition Suhrkamp Nr. 424, 197o

14) Info Aktion Dritte Welt, Viersen, Juni 1971, S. 11

15) Gruppenrundbrief Nr. 1, Januar 1972, S. 1

16) Vgl. Konzeption des Portugal Tribunal. In: Blätter des iZ3W, Freiburg, Nr. 11/12, Nov./Dez. 1971, S. 35-237

17) Vgl. Gruppenrundbrief Nr. 1, S. 2

18) Siehe Gruppenrundbrief Nr. 1, Anlage 1

19) Ebenda

20) Vgl. Gruppenrundbrief S. 2

21) Bericht von der Tagung in: Gruppenrundbrief Nr. 1, Januar 1972, S. 3-4

22) Protokoll der Sitzung der Plattformkommission am 18.2. 1972 in Frankfurt. Lag dem Verfasser als Kopie vor.

23) Abgedruckt: In: links, Nr. 34, Juni 1972, S. 21-22

24) Vgl. Gruppenrundbrief 3 zur Vorbereitung des Kongresses "Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique", Freiburg, 17.7.72, S. 2

25) Ebenda, S. 2 f

26) Siehe 4. Gruppenrundbrief, Freiburg, 3.9.72
Der Kongreß fand am 13./14. Januar- in Dortmund statt.

27) Vgl. offener Brief von FRELIMO an Bundeskanzler Brandt, in: Gewaltfreie Aktion. 2. Jg. (197o), Heft 5/6, S. 92-94

28) Ebenda, S. 93

29) Siehe Müller, Rainer und Tetzlaff, Rainer: AEG-Hauptversammlung: Cabora Bassa als Thema. In: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 8/71, S. 38 f., siehe auch Müller, Rainer: Verunsicherungsstrategie gegen Cabora Bassa Firmen. In: Gewaltfreie Aktion, 3. Jg. (1971), Heft 8, S. 21-25

3o) Handelsblatt vom 9./1o.7.1971

31) Siehe Runge, Jürgen Bernd: Agitation auf der AEG-Hauptversammlung. Ein Mittel - aber nur begrenzt tauglich. In: Berliner Extradienst vom 21.6.1972, S. 18

32) Siehe Stingl, Georg: Strategie Aktionärshauptversammlungen. In: Blätter des iZSW, Freiburg, Nr. 9/1971, S.27-3o

33) Solche Aktionen werden seit einiger Zeit auch in den USA und Japan erprobt, siehe Wirtschaftswoche. Das Capital, Nr. 33, 13.8.71, Frankfurter Rundschau vom 24.6.1971 and 1o.1o.1972

34) Beck, Wolfgang: Aktionsgruppen-Basis in Bewegung, a.a.O. S. 3o

35) Hier wäre anzumerken, daß Reckman den Begriff "violence" sehr undifferenziert verwendet und an die englische bzw. amerikanische Begriffsbildung der Theorie der gewaltfreien Aktion nicht anknüpft. Dort wird der "Gewalt-"Gehalt von gewaltfreien Aktionen mit dem Begriff "Force" umschri

ben, während "violence" physische Gewaltsamkeit meint.

36) Siehe Müller, Rainer: Verunsicherungsstrategie, a.a.O.

37) Siehe FAZ vom 26.3.1971, Der Spiegel, Nr. 26, 21.6.1971, FaZ vom 21.8.1972

38) Siehe Ebert, Theodor: Gewaltfreier Aufstand, a.a.O., S. 44 f

39) Vgl. Stingl, Georg: Aktionärshauptversammlungen, a.a.O.

4o) Vgl. Runge, a.a.O., S. 17-2o

41) In: Gruppenrundbrief 3, Freiburg, 17.7.72

42) Siehe Hornung, Volker: Boykott. In: Gewaltfreie Aktion, 2. Jg. (197o), Heft 5/6, S. 2-6

43) Ebenda, S. 3

44) Vgl. Braxton, John: Streik + Boykott = Sieg der Traubenpflücker. Die konzertierte Aktion des Cesar Chavez. In: Gewaltfreie Aktion, 2. Jg. (197o), Heft 4, S. 15-3o

45) Vgl. Der Spiegel vom 7.6.1971 und Müller, Rainer: Verunsicherungsstrategie gegen Cabora Bassa-Firmen, A.a.O., S. 24

46) Siehe Angola Komitee, Amsterdam: "Kaffee für Holland bedeutet Blut für Angola". Der Sieg einer Kaffee-Boykott-Aktion. In: Gewaltfreie Aktion, 4. Jg. (1972), Heft 12, S. 33-38

47) Vgl. Ökumenisches Pfingsttreffen in Augsburg (II), Texte der Resolutionen. In: epd - Dokumentation, 36/71, Ffm., 26. Juli 1971, S. 4o

48) Siehe Blick durch die Wirtschaft vom 17.4.1971

49) Siehe Dokumentation: Cabora Bassa Boykott und die CDU. Vorbemerkungen von Rainer Müller. In: Gewaltfreie Aktion, 4. Jg. (1972), Heft 11, S. 32-36

5O) Ebenda, S. 34

51) Vgl. Ebenda, S. 33

52) Siehe Müller, Rainer: Cabora Bassa Boykott. In: Gewaltfreie Aktionen, 3. Jg. (1971), Heft 7, S. 37-4o

53) Dokumentation: Möglichkeiten gewaltfreier Politik, a.a.O., S. 26

54) Siehe Hipke, Thomas: Institutsgruppenpolitik und Internationalismus. In: Forum academicum, 2o. Jg. (1969), Mai/Juni 1969, S. 15

55) Siehe Projektgruppe Afrika: Romkonferenz: Zur internationalen Taktik der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien. In: Rote Presse Korrespondenz, 2. Jg. (197o), Nr. 73, 17.7.197o, S. 13

56) Siehe Berliner Ärzteblatt, 85. Jg. (1972), Heft 16, 16.8.1972

V. Reaktionen

1) Brief lag dem Verfasser als Kopie vor.

2) Brief lag dem Verfasser als Kopie vor.

3) Siehe FAZ vom 27./28.5.197o

4) Siehe Cabora Bassa Gruppe: Legitimationsversuche des deutschen Kapitals. In: Neues Rotes Forum, 1/7o, 12.1o.7o, Anmerkung 5, S. 31

5) Vgl. ebenda, S. 31 ff.

6) Der Brief ist abgedruckt in: Gewaltfreie Aktion, 2. Jg. (197o), Heft 5/6, S. 114-115

7) Vgl. ebenda, S. 114

8) Siehe Stingl, Georg: Industrie und CDU lügen wie gedruckt! Ein Nachtrag zur Cabora Bassa Diskussion. In: Blätter des iZ3W, Freiburg, Nr. 4, Febr. 1971, S.12-15, siehe auch Hintze, R.H.: Zündstoff für die Diskussion. Neues Material über deutsche Beteiligung an Cabora Bassa vorgelegt. In: Frankfurter Rundschau vom 1o.3. 1971

9) Brief von Siemens, a.a.O., S. 115

10) Staatssekretariat, Lissabon: Cabora Bassa, a.a.O., S. 66 f.

11) Der Brief ist veröffentlicht in: pro-afrika Informationsdienst, Nr. 9, Sept. 1970, S. 7-9 und ESG-Nachrichten, Nr. 56, 23.Okt. 1970, S. 50-52

12) Siehe Brief von Siemens in: Gewaltfreie Aktion, 2. Jg. (1970), Heft 5/6, S. 114

13) Siehe New York: Protest der Anti-Apartheid-Bewegung gegen Cabora Bassa. In: Entwicklungsländer, 9.Jg. (1970), Nr. 6/7, 31. Juli 1970, S. 20-24

14) Vgl. Ferreira, Eduardo: Cabora Bassa oder der Imperialismus in den portugiesischen Kolonien, a.a.O., S. 50

15) Brief lag dem Autor als Kopie vor.

16) Stellungnahme ist veröffentlicht in: Gewaltfreie Aktion, 2. Jg. (1970), Heft 5/6, S. 112-114

17) Nach sorgfältigen juristischen Recherchen der Initiatoren der Boykottaktion trifft diese Behauptung nicht zu. Bisher wurde die Aufforderung zum Boykott nicht entsprechend verfolgt.

18) Cabora Bassa, In: AEG-Telefunken Report, Ausgabe 6, Juni 1972, S. 3

19) Ebenda, S. 3

20) Ebenda, S. 3

21) Ebenda, S. 3

22) Vgl. FAZ vom 10.9.1970

23) Vgl. Handelsblatt vom 10.9.1970

24) Vgl. Wie ist das mit Cabora Bassa. In: Siemens Mitteilungen, 8/70, S. 8

25) Der Brief lag dem Autor als Kopie vor.

26) Vgl. Keine Koppelung von Handel und Politik. In: Mitteilungen des BDI, 18. Jg. (1970), Nr. 10/11, 10. November 1970, S. 1-2

27) Vgl. Staatssekretariat, Lissabon: Cabora Bassa, a.a.O. S. 58

28) Vgl. Handelsblatt vom 22.7.1971

29) Ebenda

3o) Vgl. Siemens sorgt sich um den Goodwill der Deutschen. Die Diskussion über Cabora Bassa hört nicht auf. In: FAZ vom 26.3.1971, siehe auch das Hauptversammlungsstenogramm, in: Blick durch die Wirtschaft vom 17.4.71

31) Erklärung von Bischof D. Kurt Scharf zur im Rathaus Schöneberg gezeigten Ausstellung "Rassismus im Süden Afrikas" vom 14. Februar 1972. In: Gewaltfreie Aktion, 4. Jg. (1972), Heft 11, S. 35

32) Vgl. KNA, 6.8.197o

33) Eine Kopie des Schriftstücks hat dem Autor vorgelegen.

34) Siehe Rheinische Post vom 16.1.1971

35) Der Brief lag dem Verfasser als Kopie vor.

36) Vgl. Woche der Brüderlichkeit. Rede des Bundeskanzlers auf der Eröffnungsveranstaltung in Köln. In: Bulletin, Nr. 43, Bonn, 23. März 1971, S. 441

37) Christ und Welt vom 2o.11.197o

38) Zitiert nach EKG-Nachrichten Nr. 56, 23. Okt. 197o, S. 53

39) Vgl. Staatssekretariat, Lissabon: Cabora Bassa, a.a.O. S. 122-123

4o) Vgl. die Welt vom 6.Mai 1971

41) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 11.5.1971

42) Vgl. Offener Brief von 18 CDU-Abgeordneten an Bischof D. Kurt Scharf vom 8.2.1972. In: Gewaltfreie Aktion, 4. Jg. (1972), Nr. 11, S. 34

43) Brief lag dem Verfasser als Kopie vor.

44) Vgl. Staatssekretariat, Lissabon: Cabora Bassa, a.a.O. S. 1o4 f.

45) Siehe Aktionskreis Dritte Welt: Happening - Demonstration mit Podiumsdiskussion. In: Gewaltfreie Aktion, 2. Jg. (197o), Nr. 5/6, S. 1o5

46) Portugal Report, 5. Jg. (197o), Nr. 8, August 197o, S. 5

VI. Ergebnisse der Kampagne

1) Siehe Blätter des iZ3W, Freiburg, Nr. 8, Juni 1971, S. 16

2) Siehe Blätter des iZ3W, Freiburg, Nr. 6/7, April/Mai 1971, S. 2

3) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 13.11.1971 und Bonn liefert keine Waffen an Portugal. In: Sozialdemokratische Sicherheitspolitik, 9/71, S. 5, zitiert nach Informationsstelle Südliches Afrika: Die Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland an Portugal. Materialien. Bonn, 22.3.1972, S. 5

4) Siehe Frankfurter Rundschau vom 27.1o.1971 und Facts and Reports, Amsterdam, Nr. 3 vom 21.1.1972

5) Siehe Die Welt vom 9.2.1972

6) Siehe Der Spiegel vom 14.12.197o, weiterhin auch Stingl, Georg: Die Lage Namibias und das Uranschürfungsprojekt bei Swakopund. Herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg (1971)

7) Dieser subjektive Eindruck des Verfassers müßte durch eine spezielle Analyse der Medien in dieser Hinsicht belegt werden.

8) Siehe Stingl, Georg: Studentenbewegung und Imperialismus im Südlichen Afrika. In: Basis. Freiburger Studentenzeitung, 2. Jg. (1972), Nr. 1, S. 14 f.

IX. Literatur und Quellen

Abendroth, Wolfgang: Demokratisch-liberale oder revolutionär-sozialistische Kritik
In: Die Linke antwortet Jürgen Habermas
Ffm. 1968, S. 131-142

Abendroth, Wolfgang: und Dietrich, Barbara: Chancen des Grundgesetztes.
In: Hitzer, Friedrich und Spitz, Reinhard (ed.): Alternativen der Opposition
Köln 1969, S. 87-1o4

Abendroth, Wolfgang und Lenk, Kurt (ed.): Einführung in die politische Wissenschaft
Bern, München 1968

Adorno, Theodor, W. und Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung
Amsterdam 1955

Agnoli, Johannes und Brückner Peter: Die Transformation der Demokratie.
Ffm. 1968

Albers, Goldschmidt, Oehlke: Klassenkämpfe in Westeuropa. Frankreich, Italien, Großbritannien.
Reinbek bei Hamburg 1971

Angola Komitee, Amsterdam: "Kaffee für Holland bedeutet Blut für Angola." Der Sieg einer Kaffee-Boykott-Aktion.
In: Gewaltfreie Aktion, 4. Jg. (1972), Heft 12, S. 33-38

Aktionskreis Dritte Welt: Happening-Demonstration mit Podiumsdiskussipn.
In: Gewaltfreie Aktion, 2. Jg. (197o), Nr. 5/6, S. 1o5-1o6

Arbeitskreis Gewalt der ESG in der BRD und Berlin (West Vier Thesen zur Rassismus-Diskussion in der Evangelischen Kirche in Deutschland (vom 1.12.197o)
In: epd-Dokumentation, 51/7o, Ffm, 15.12.197o, S. 9-14

Bahr, Hans-Eckehard: Wunsch und Wirklichkeit. Gesucht: Eine spezifisch theologische Friedensforschung (sowie eine friedenspolitische Praxeologie kirchlichen Handels).
In: Information. Dialog, Zeitschrift 1971, Heft 4, abgedruckt in: epd-Dokumentation, Nr. 51/71, Pfm. 1.11. 1971, S. 24-35

Beck, Wolfgang: Aktionsgruppen - Basis in Bewegung.
In: Deutsche Jugend. Zeitschrift für Jugendfragen und Jugendarbeit, 2o.Jg. (1972), Heft 1 (Januar), S. 25-34

Bergmann, Dutschke, Lefèvre, Rabehl: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition.
Reinbek bei Hamburg 1968

Bosgra, Sietse: Cabora Bassa, ein Damm gegen die Afrikaner. Göttingen o.J. (1971)

Braxton, John: Streik + Boykott = Sieg der Traubenpflücker. Die konzertierte Aktion des Cesar Chavez.
In: Gewaltfreie Aktion, 2. Jg. (197o) Heft 4, S. 15-3o

v.Bredow, Wilfried: Der Primat militärischen Denkens. Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit.
Köln 1969

Brückner, Peter: Provokation als organisierte Selbstfreigabe.
In: Giesecke u.a.: Politische Aktion und politisches Lernen.
München 197o, S. 175-235

Brückner, Peter und Krovoza, Alfred: Was heißt Politisierung der Wissenschaft und was kann sie für die Sozialwissenschaft heißen
Pfm 1972

Bussiek, Hendrik (ed.): Wege zur veränderten Gesellschaft. Politische Strategien.
Pfm.: Fischer, 1971

Cabora-Bassa-Gruppe: Legitimationsversuche des deutschen Kapitals.
In: Neues Rotes Forum, 1/7o, 12.1o.19
S. 31-34

Cohn-Bendit, Gabriel und Daniel: Linksradikalismus-Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus.

Reinbek bei Hamburg 1968

le Coutre, Eberhard: Diskussion oder Emotion.

In: Der Überblick. Mitteilungen und Beiträge zur Arbeit von "Dienst in Übersee", 7. Jg. (1971), März 1971, S. 2

Cunene, Fahnenflucht als Mittel gegen Rassismus.

In: Blätter des iZ3W, Freiburg, Nr. 15, März 1972, S. 27-3o

Dechow, Mike: Aktion - Plädoyer für ein Arbeits- und Lernverfahren.

In: Falkenstörfer, Helmut und Lefringhausen, Klaus (ed.): Aktion Entwicklungshilfe. Aktionen zur Bewußtseinsänderung.

Wuppertal 1972, S. 1o-49

Dokumentation: Cabora Bassa Boykott und die CDU. Vorbemerkungen von Rainer Müller.

In: Gewaltfreie Aktion, 4. Jg. (1972) Heft 11, S. 32-35

Dokumentation: Möglichkeiten gewaltfreier Politik. Jahrestagung des Deutschen Versöhnungsbundes vom 2o.-23.5.1971 in Kassel.

In: Gewaltfreie Aktion, 3.Jg. (1971), Heft 8, S. 25-27

Dutschke, Rudi: Vom Antisemitismus zum Antikommunismus.

In: Bergmann, u.a.: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition. Reinbek bei Hamburg 1968, S. 33-93

Ebert, Theodor, Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg.

Ffm.: Fischer 197o

Ebert, Theordor, (od.): Ziviler Widerstand. Fallstudien zur gewaltfreien, direkten Aktion aus der innenpolitischen Friedens- un Konfliktforschung.

Gütersloh 197o

Ebert, Theodor und Jochheim, Gernot: Konfliktaustragung durch gewaltfreie Aktion.
In: Giesecke u.a.: Politische Aktion und politisches Lernen.
München 1970, S. 127-174

epd-Interview mit Günter Linnenbrink zum Stand der Beratungen des Anti-Rassismus-Programms in der EKD.
In: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 5/72, S. 38-40

Falkenstörfer, Helmut und Lefringhausen, Klaus (ed.): Aktion Entwicklungshilfe. Aktionen zur Bewußtseinsänderung.
Wuppertal 1972

Ferreira, Eduardo: Cabora Bassa oder Der Imperialismus in den portugiesischen Kolonien.
In: Rotes Forum, 3/70, S. 42-54

Flechtheim, Ossip, K.: Sozialismus und gewaltfreie Aktion.
In: Gewaltfreie Aktion, 3. Jg. (1971), Heft 9/10, S. 17-28

Fraenkel, Ernst und Bracher, Karl-Dietrich (ed.): Staat und Politik.
Neuausgabe. Ffm.: Fischer Lexikon Nr.2 1964

Galtung, Johan: Gewalt, Frieden und Friedensforschung.
In: Senghaas, Dieter (ed.): Kritische Friedensforschung. Ffm. 1971, S. 55-104

Gansel, Norbert (ed.): Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten?
Reinbek bei Hamburg 1971

GIESecke, Hermann: Didaktische Probleme des Lernens im Rahmen von politischen Aktionen.
In: Derselbe u.a.: Politische Aktion und politisches Lernen.
München 1970, S. 11-45

Giesecke, Haacke, Glaser, Ebert, Jochheim, Brückner: Politische Aktion und politisches Lernen.
München 1970

Gorz, Andre: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus.
Ffm. 1967

Greiffenhagen, Martin: Demokratie und Technokratie.
In: Koch, Senghaas (ed.): Texte zur Technokratiediskussion.
Ffm. 1970, S. 54-70

Grossmann, Heinz (ed.): Bürgerinitiativen. Schritte zur Veränderung?
Ffm.: Fischer, 1971

Habermas, Jürgen: Bedingungen für eine Revolutionierung spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme.
In: Marx und die Revolution.
Ffm.: Suhrkamp 1970

Habermas, Jürgen: Stichwort: Öffentlichkeit.
In: Fraenkel, Ernst und Bracher, Karl Dietrich (ed.): Staat und Politik. Neuausgabe. Ffm: Fischer Lexikon Nr. 2, 1964, S. 220-226

Habermas, Jürgen: Protestbewegung und Hochschulreform.
Ffm: Suhrkamp, 1969

Habermas, Jürgen: Technik und Wissenschaft als "Ideologie".
5. Aufl. Ffm 1971

Habermas, Jürgen: Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien.
4. Auflage, Ffm: Suhrkamp Taschenbuch, 1971

Habermas, Jürgen: Die Scheinrevolution und ihre Kinder. Sechs Thesen über Taktik, Ziele und Situationsanalysen der oppositionellen Jugend.
In: Die Linke antwortet Jürgen Habermas. Ffm: 1968, S. 5-15

Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft.
4. Aufl. Neuwied, Berlin 1969

Habermas, Jürgen: Über den Begriff der politischen Beteiligung.
In: Habermas, u.a.: Student und Politik. 3. Aufl. Neuwied, Berlin 1969, S. 13-55

Habermas, Friedeburg, Oehler, Weltz: Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten.
3. Aufl. Neuwied, Berlin 1969

Herzog, Hans Henning und Oehlke, Paul: Intellektuelle Opposition im autoritären Sozialstaat.
Neuwied, Berlin 1970

Hintze, R.H.: Zündstoff für die Diskussion. Neues Material über deutsche Beteiligung an Cabora Bassa vorgelegt.
In: Frankfurter Rundschau vom 10.3.1971

Hinz, Liselotte: Meinungsmarkt und Publikationsorgane.
In: Schäfer, Gert und Nedelmann, Carl (ed.): Der CDU-Staat, Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik.
Ffm 1969, S. 259-288

Hirsch, Joachim: Funktionsveränderungen der Staatsverwaltung in spätkapitalistischen Industriegesellschaften.
In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 14. Jg. (1969), Heft 2

Hitzer, Friedrich und Opitz, Reinhard (ed.): Alternativen der Opposition.
Köln 1969

Horn, Klaus: Einleitung: Bemerkungen zur Situation des "subjektiven Faktors" in der hochindustrialisierten Gesellschaft kapitalistischer Struktur.
In: Derselbe (ed.): Gruppendynamik und der "subjektive Faktor". Repressive Entsublimierung oder politisierende Praxis.
Ffm: Suhrkamp, 1972, S. 17-116

Horn, Klaus: (ed.): Gruppendynamik und der "subjektive Faktor". Repressive Entsublimierung oder politisierende Praxis.
Ffm: Suhrkamp, 1972

Horuung, Volker: Boykott

In: Gewaltfreie Aktion, 2. Jg. (1970), Heft 5/6. S. 2-6

Hüfner, Agnes: Straßentheater

Ffm 1970

Informationsstelle Südliches Afrika e.V., Bonn: Die Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland an Portugal. Materialien, Bonn, 22.3.1972

Auszug aus einem Interview des Aktionskreises Dritte Welt, Dortmund, mit Erzbischof Emmanuel Milingo, Lusaka, Sambia.

In: Information Dritte Welt, 5. Mai 1972, Dortmund S. 6-9

Jaeggi, Urs: Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik. Ffm: Fischer, 1969

Hochheim, Gernot: Zum Diskussionsstand über die Theorien gewaltfreier Konfliktaustragung.

Unveröffentlichtes Manuskript, Juni 1971

KDSE nimmt Stellung zum Antirassismusprogramm.

In: Initiative, 11. Jg. (1971), Nr. 2, S. 2

Kirchheimer, Otto: Politische Herrschaft, Fünf Beiträge zur Lehre vom Staat.

Ffm 1967

Kirchliche Bruderschaft in Württemberg: Kirchengeld für Revolutionäre.

Kemnat bei Stuttgart

Krahl, Hans-Jürgen: Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher und Emanzipation und proletarischer Revolution.

Ffm 1971

Kress, Gisela und Senghaas, Dieter (ed.): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme.

Ffm: Fischer, 1972

Koch, Claus und Senghaas, Dieter (ed.): Texte zur Technokratie-Diskussion.

Ffm 1970

Lefèvre, Wolfgang: Reichtum und Knappheit. Studienreform als Zerstörung gesellschaftlichen Reichtums.
In: Bergmann, Dutschke, Lefèvre, Rabehl: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition.
Reinbek bei Hamburg 1968, S. 94-15o

Die Linke antwortet Jürgen Habermas. Mit Beiträgen von Abendroth u.a.
Ffm 1968

Luhmann, Niklas: Komplexität und Demokratie.
In: Politische Vierteljahresschrift 1o. Jg. (1969), Heft 2/3. S. 314-325

Luhmann, Niklas: Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme.
2. Aufl. Opladen 1971

Luhmann, Niklas: Soziologische Aufklärung.
In: Derselbe, Soziologische Aufklärung Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme.
2. Aufl. Opladen 1971, S. 66-91

Mandel, Ernest: Marxistische Wirtschaftstheorie.
2 Bände, Ffm: Suhrkamp, 1972

Mandel, Ernest: Die Strategie der Übergangsforderungen.
In: Bussiek, Hendrik (ed.): Wege zur veränderten Gesellschaft. Politische Strategien.
Ffm: Fischer, 1971

Marcuse, Herbert: Der eindimensionale Mensch.
Neuwied, Berlin 1967

Marx und die Revolution. Vorträge von Bloch u.a.
Ffm: Suhrkamp, 197o

Massing, Ottwin: Parteien und Verbände als Faktoren des politischen Prozesses. Aspekte politischer Soziologie.
In: Kress, Senghaas, (ed.): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme.
Ffm: Fischer, 1972

Mayntz, Renate: Soziologie der Organisation.
Reinbek bei Hamburg 1963

Müller, Rainer; Cabora Bassa Aktionsgruppen formieren sich. Ein Bericht.
In: Gewaltfreie Aktion, 2.Jg. (197o), Heft 5/6, S. 1o8-112

Müller, Rainer: Cabora Bassa Boykott.
In: Gewaltfreie Aktion, 3. Jg. (1971). Heft 7, S. 37-4o

Müller, Rainer: Verunsicherungsstrategie gegen Cabora Bassa Firmen.
In: Gewaltfreie Aktion, 3. Jg. (1971), Heft 8, S. 21-25

Müller, Rainer und Tetzlaff, Rainer: AEG-Hauptversammlung, Cabora Bassa als Thema.
In: epd - Entwicklungspolitik, Nr.8/71, S. 38-39

Müller, Wolfgang und Neusüss, Christel: Die Sozialstaats-illusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital.
In: Probleme des Klassenkampfes, 1.Jg. (1971), Sonderheft 1 (Juni), S. 7-7o

Narr, Wolf-Dieter: CDU - SPD. Programm und Praxis seit 1945
Stuttgart 1966

Narr, Wolf-Dieter: Systemzwang als neue Kategorie in Wissenschaft und Politik.
In: Koch, Senghaas (ed.): Texte zur Technokratiediskussion.
Ffm 197o, S. 218-245

Naschold, Frieder: Demokratie und Komplexität.
In: Politische Vierteljahresschrift, 9. Jg. (1968), Heft 4, S. 494 ff.

Naschold, Frieder: Organisation und Demokratie.
Stuttgart 1969

Negt, Oskar: Einleitung.
In: Die Linke antwortet Jürgen Haberma Ffm. 1968, S. 17-32

Neusüss, Arnhelm: Praxis und Theorie.
In: Die Linke antwortet Jürgen Habermas. Ffm 1968, S. 48-58

Ökumenisches Pfingsttreffen in Augsburg (II), Texte der Resolutionen.

In: epd-Dokumentation, 36/71, Ffm 26. Juli 1971

Offe, Claus: Kapitalismus - Analyse als Selbsteinschüchterung.

In: Die Linke antwortet Jürgen Habermas. Ffm 1968, S. 1o6-112

Offe, Claus, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme.

In: Kress, Senghaas (ed.): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme

Ffm: Fischer, 1972

Offe, Claus: Das politische Dilemma der Technokratie.

In: Koch, Claus und Senghaas, Dieter (ed.): Texte zur Technokratiediskussion.

Ffm 197o, S. 156-171

Papcke, Sven: Che Guevara und Die Neue Linke in der Bundesrepublik - Chronik einer psycho-politischen Jüngerschaft.

In: Sonntag, Heinz Rudolf (ed.): Che Guevara und die Revolution.

Ffm: Fischer, 1968, S. 99-124

Pausewang, Siegfried: Öffentliche Meinung und Massenmedien

In: Abendroth, Wolfgang und Lenk, Kurt (ed.): Einführung in die politische Wissenschaft.

Bern, München, 1968, S. 299-322

Programm zur Bekämpfung des Rassismus (PCR), Dokument Nr. 55.

In: epd - Dokumentation, 6/71 Ffm, 27.1.1971, S. 2-4

Projektgruppe Afrika in INFJ: Der revolutionäre Befreiungskrieg in Angola, Guinea-Bissao und Mozambique.

Berlin: Oberbaumverlag, 1969

Projektgruppe Afrika: Rom-Konferenz: Zur internationalen Taktik der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien.

In: Rote Pressekonferenz, 2. Jg. (197o), Nr. 72, 17.7.197o, S. 12-14

Rabehl, Bernd: Von der antiautoritären Bewegung zur sozialistischen Opposition.

In: Bergmann u.a.: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition.

Reinbek bei Hamburg 1968, S. 151-178

Rabehl, Bernd: Der SDS und die Strategie der direkten Aktionen in Westeuropa.

In: Neue Kritik, Ffm, So, Oktober 1968, S. 26-53

Raschke, Joachim: Der Bundestag im parlamentarischen Regierungssystem.

Berlin 1968

Raschke, M., Schäfer, K. und Wetzel, H. (ed.): Der totalitäre Gottesstaat. Die Lage der Christen in Portugal, Spanien und im Baskenland.

Düsseldorf 197o

Reckman, Piet: Naar een Strategie en metodiek voor sociale aktie.

Baarn, Anthos-Boek, (1971)

Resolution zum Kampf gegen Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit.

In: Neue Kritik, Ffm, 44, November 1967, S. 38-34

Richter, Horst, E.:Die Gruppe. Hoffnung auf einen neuen Weg, sich selbst und andere zu befreien. Psychoanalyse in Kooperation mit Gruppeninitiativen.

Reinbek bei Hamburg (1972)

Ripke, Thomas: Institutsgruppenpolitik und Internationalismus.

In: forum academicum, 2o. Jg. (1969), Mai/Juni 1969, S. 15-16

Runge, Jürgen Bernd: Agitation auf der AEG-Hauptversammlung. Ein Mittel - aber nur begrenzt tauglich.

In: Berliner Extradienst vom 21.6.1972

Rupp, Hans Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren.

Köln 197o

Senghaas, Dieter (ed.): Kritische Friedensforschung.
Ffm 1971

Sonntag, Heinz Rudolf (ed.): Che Guevara und die Revolution.
Ffm: Fischer, 1968

Die Spiegelaffäre: Bd I: Alfred Grosser und Jürgen Seifert: Die Staatsmacht und ihre Kontrolle.
Bd. II: Thomas Ellwein, Manfred Liebel und Inge Negt: Die Reaktion der Öffentlichkeit.
Olten 1966

Schade, Kai Friedrich: Rassismus - Diskussion: Neue Aspekte.
In: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 9/7o vom 18.12.197o, S.2o-21

Schäfer, Gert, Nedelmann, Carl (ed.): Der CDU-Staat, Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik.
Ffm 1969

Schelsky, Helmut: Auf der Suche nach Wirklichkeit.
Düsseldorf 1965

Schmid, Herman: Friedensforschung und Politik.
In: Senghaas, Dieter (ed.): Kritische Friedensforschung.
Ffm 1971, S. 25-54

Staatssekretariat für Information und Tourismus (SEIT), Lissabon, in Zusammenarbeit mit Zapp-PR, Düsseldorf (ed.): Cabora Bassa. Daten, Fakten und Meinungen über einen Staudamm in Mozambique.
Düsseldorf 1971

Stingl, Georg: Industrie und CDU lügen wie gedruckt! Ein Nachtrag zur Cabora Bassa Diskussion.
In: Blätter des iZ3W, Freiburg, Nr. 4, Febr. 1971, S. 12-15

Stingl, Georg: Die Lage Namibias und das Uranschürfungsprojekt bei Swakopund. Herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg (1971)

Stingl, Georg: Strategie Aktionärshauptversammlung.
In: Blätter des iZ3W, Freiburg, Nr. 9/1971, S. 27-3o

Stingl., Georg: Studentenbewegung und Imperialismus im Südlichen Afrika.
In: Basis. Freiburger Studentenzeitung 2. Jg.(1972), Nr. 1, S. 14-17

Stellungnahme der AGEJD. An die Bundesregierung, vom 22. Juli 197o.
In: Rundbrief des Informations-Ausschusses Dritte Welt, p.Adr. Landeskirchliches Jugendpfarramt, 2 Hamburg 13, St. Benedictstr. 8 vom 31.7.197o

Tetzlaff, Rainer: Zur kollektiven Imperialismusstrategie in Süd-Ost-Afrika.
In: Sozialistische Politik, 11.Jg. (1972), Nr. 17, April 1972, S.23-53

Weiler, Joachim und Freitag, Rudolf: Ausbildung statt Ausbeutung. Der Kampf der Essener Lehrlinge.
Reinbek bei Hamburg 1971

Zilleken, Horst: Macht und Gewalt.
In: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 3/71, März 1971, S. 5-1o

Von folgenden Zeitschriften wurden alle Jahrgänge durchgesehen:

Blätter des iZ3W, Freiburg
Gewaltfreie Aktion, Berlin
Gruppenrundbrief, Freiburg
Information Dritte Welt, Dortmund
Rote Pressekorrespondenz, Berlin

Einzelnummern wurden ausgewertet von folgenden Zeitungen, Zeitschriften, Informationsdiensten, Rundbriefen und Betriebszeitungen:

Aachener Nachrichten
Blick durch die Wirtschaft
Christ und Welt
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Frankfurter Rundschau
Handelsblatt
Heidelberger Tageblatt
Kreisnachrichten Calw
Lübecker Nachrichten
Le Monde
Rheinische Post
Stuttgarter Zeitung
Die Welt
Das Capital
Der Europäer. Zeitschrift für die EWG
Der Spiegel
Berliner Ärzteblatt. Unabhängige Zeitschrift zur Vertretung der ärztlichen Standesinteressen, Berlin
Blickpunkt. Herausgegeben vom Landesjugendring Berlin
Entwicklungsländer, Informationen, Nachrichten, Berichte, Dokumentationen für den Hochschulbereich, Bonn
Initiative, Bonn
Kritischer Katholizismus. Zeitung für Theorie und Praxis in Gesellschaft und Kirche, früher Rothenfelser Hefte, Köln
links. Sozialistische Zeitung, Offenbach. Einzelnummern

Pogrom. Informationsschrift für bedrohte Völker, Hamburg

Sozialistische Korrespondenz, Extra, Hamburg. Einzelnummern

WUS Nachrichten, Bonn

Zivil, Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer, Stuttgart

AEG-Telefunken. Report, Berlin/Ffm

Aktion, Kirchenreform Informationsdienst, akid, Göttingen

Bulletin, Presse und Informationsdienst der Bundesregierung, Bonn

BSG - Nachrichten, Stuttgart

Info der Aktion Dritte Welt, Viersen

Informationsdienst des Deutschen Bundesjugendringes.

Portugal Report. Herausgegeben von der Portugiesischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn-Bad Godesberg

pro africa Informationsdienst

Mitteilungen des BDJ

SDS-Bundesvorstand Info, Ffm

Siemens Mitteilungen

Rundbrief der Aktion Selbstbesteuerung, Region Baden-Württemberg, Tuttlingen

Rundbrief des Informations-Ausschusses- Dritte Welt, p.Adr. Landeskirchliches Jugendpfarramt, 2 Hamburg 1

Rundschreiben des Diözesanarbeitskreises Entwicklungspolitik, Osnabrück

Archive und Materialsammlungen folgender Gruppen und Privatpersonen wurden ausgewertet:

Aktion Dritte Welt, Freiburg

Aktionskomitee Afrika, Bielefeld/Münster

Aktionskreis Dritte Welt, Dortmund

Cabora Bassa Gruppe, Frankfurt

Cabora Bassa Komitee, Berlin, später umgenannt in: Komitee Südliches Afrika, Berlin

Informationsdienststelle Südliches Afrika, Bonn

Deutsches Komitee für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique, Bonn

Komitee Südliches Afrika, Heidelberg

Private Materialsammlungen von Eduardo Ferreira und Rainer Müller

X. Anhang:

Chronologie der Cabora Bassa Kampagne

Zum Teil sind Aktionen und Ereignisse nicht in die Chronologie aufgenommen worden, wenn sie in den folgenden Kapiteln genannt werden. Dies gilt besonders für das Wirken der Institutionen und Verbände.

Phase bis zur Heidelberger Demonstration im Juni 1970

Am 14.3.1968 berichtete der "Industriekurier" unter der Schlagzeile "Sambesi soll Tarbellas Scharte auswetzen - deutsche Firmen gut im Rennen" vom Cabora Bassa Projekt. In den folgenden Monaten des Jahres 1968 wurden vor allem vom "Handelsblatt","Industriekurier", den "Nachrichten für Außenhandel" und von "Der Spiegel" ausführliche Nachrichten zum Cabora Bassa Projekt und der westdeutschen Beteiligung gebracht.

Im Wintersemester 1968-69 veranstaltete die medizinische Fachschaft Heidelberg, von Mitgliedern des SDS geführt, eine "Aktion befreite Gebiete". Sie verteilte Flugblätter, ein "Mediziner-info", und veranstaltete ein Teach-in zum Thema portugiesische Kolonien und den damit zusammenhängenden Fragen. Es bildete sich eine Arbeitsgruppe "Befreite Gebiete", die in Zusammenarbeit mit SAALA-Heidelberg und der afrikanischen Studentenunion Heidelberg eine Broschüre, Materialien zur Dritten Welt, herausbrachte, die mit einer Auflage von 2.000 Exemplaren in Heidelberg, Berlin, Tübingen und Hamburg verkauft wurde.

Das "Info" des SDS-Bundesvorstandes brachte in der Januarausgabe 1969 einen Artikel über die portugiesischen Kolonien und die "imperialistischen Machenschaften" der BRD und anderer NATO-Staaten.

In der Ausgabe vom 2o.3.69 des SDS-Info rief die Projektgruppe Afrika im INFI (Internationales Nachrichten- und Forschungs-Institut), Berlin, zu einer "Kampagne gegen den BRD-Imperialismus in den portugiesischen Kolonien" auf. In

dem Aufruf hieß es unter anderem: "Zu lange war unser antiimperialistischer Kampf fixiert auf den US-Imperialismus... Aufklärung über den BRD-Imperialismus wird die erste Stufe dieses Kampfes sein ... wie auf dem Hamburger Internationalismus-Seminar abgesprochen, soll im Sommersemester an verschiedenen Universitäten eine Kampagne gegen die Beteiligung des BRD-Imperialismus am portugiesischen Kolonialismus laufen". Die Projektgruppe schlug vor, an den Universitäten die Agitation mit Flugblättern, Plakaten, Informationsveranstaltungen und Artikeln in den Zeitungen der einzelnen Gruppen zu betreiben. Es wird berichtet, daß am 4. Februar 1969 innerhalb der Projektgruppe Afrika in Westberlin Referate gehalten wurden, die zu einer Broschüre zusammengestellt werden sollten. Diese Referate erschienen im Laufe des Sommersemesters unter dem Titel: "Der revolutionäre Befreiungskrieg in Angola, Guinea-Bissao und Mozambique".

Auf der Frankfurter Konferenz des SDS von 8.-11. April 1969 wurde die genaue Strategie abgesprochen.

Die dem SDS nahestehende SAALA (Sozialistisches Afrika, Asien und Lateinamerika) - Gruppe Tübingen führte am 29.1.1969 innerhalb der Universität ein Teach-in zu den portugiesischen Kolonien durch.

Die Ausgabe Nr. 45 der "ESG Nachrichten" vom 31.3.69, herausgegeben von der Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden in der BRD und Berlin (West), befaßte sich kritisch mit der Südafrikanischen Republik und den Beziehungen der BRD zu Südafrika.

Zum 1. Mai 1969 verwies SAALA Heidelberg in einem Flugblatt auf den Imperialismus in den portugiesischen Kolonien.

In der Mai-Juni Ausgabe 1969 der Zeitschrift des Heidelberger ASTA (unter der Regie des SDS) "forum akademicum" wurde ausführlich über die portugiesischen Kolonien berichtet. Cabora

Bassa wurde zweimal kurz erwähnt. In dieser Ausgabe machte die INFI Projektgruppe Afrika auf die anlaufende Kampagne aufmerksam.

Über den Erfolg der Kampagne wurde in der "Roten Presse Korrespondenz" Nummer 103 vom 19.2.1971 berichtet. Es heißt dort, daß die Kampagne gegen den BRD-Imperialismus versucht habe, die Mobilisierungsstrategie der Studentenbewegung auf die Arbeiterklasse zu übertragen. In einigen Städten seien die Volkskriege der vom portugiesischen Kolonialismus unterdrückten Völker vor den Studenten propagiert und zur materiellen Unterstützung aufgerufen worden. Sie sei aber hinter ihrem Anspruch, organisierend zu wirken, zurückgeblieben. Als Grund wird der Partikularismus vieler beliebig arbeitenden Gruppen angegeben.

In Nr. 1 1969 der "Jungen Kirche" erschien ein Schreiben vom Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen. C. Blake, über den Tod des FRELIMO-Führers E. Mondlane.

Im Sommer 1969 brachte Ralf Syring, Student der evang. Theologie in Bochum, angeregt durch seine Erfahrung bei dem Angola-Komitee in Amsterdam eine Broschüre "Portugals Mission in Afrika" im Eigenverlag heraus.

Am 3. November 1969 hielt E. Ferreira-SAALA-Heidelberg - in der Universität München und am 24. November in Bochum einen Vortrag über die Befreiungsbewegungen. Nach Aussage von E. Ferreira hat er zu diesem Thema und zu Cabora Bassa in der folgenden Zeit insgesamt 35 Vorträge in der Bundesrepublik und in Westberlin vorwiegend im universitären Bereich gehalten.

Ende November und Anfang Dezember nahm die "Aktion Dritte Welt" Freiburg durch einen Brief aus Daressalam und durch eine Mitteilung eines ev. Pfarrers aus der BRD von dem Cabora Bassa Projekt Kenntnis. Bei ihrem Gespräch mit dem Bundespräsidenten Heinemann am 17.12.1969 fragten Vertreter von "3.-Welt Gruppen" ihn nach Cabora Bassa. Er war völlig uninformiert, ebenso ein hinzugezogener Referent aus dem (BMZ)

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die ESG-Nachrichten Nr. 9-69 vom 17.12.69 berichteten über die portugiesischen Kolonien.

In einem Brief vom 2.1.197o an das BMZ protestierte die "Aktion 3. Welt" Freiburg gegen die Beteiligung am Cabora Bassa Projekt. Die Trikont Gruppe Hamburg veranstaltete am 13.Januar 197o ein Wochenendseminar über die portugiesischen Kolonien mit E. Ferreira.

Am 15. Januar organisierte die "Afrikanische Studentenunion" in Göttingen ein Teach-in über den Kolonialkrieg in den portugiesischen Kolonien. Das Hauptreferat hielt in dieser Veranstaltung E. Ferreira.

An dem Teach-in in der Universität Bochum im Februar nahm E. Ferreira ebenfalls als Hauptredner teil. Im gleichen Monat erfolgte die erste Flugblattaktion der "Aktion 3. Welt", Freiburg, gegen den Cabora Bassa Staudamm. Der Allgemeine Studentenausschuß (ASTA) der Universität München führte am 12. Februar 197o ein Teach-in mit E. Ferreira über den portugiesischen Kolonialismus durch.

Der "Arbeitskreis Entwicklungshilfe" innerhalb der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) in Mainz gab Anfang 197o eine 11-seitige Brochüre über den Befreiungskrieg in den portugiesischen Kolonien heraus. Cabora Bassa wurde erwähnt.

In der März-Ausgabe der "Blätter für deutsche und internationale Politik" schrieben S. Bosgra (Leiter des "Angola-Komitees in Amsterdam) und C. van Kriempen über die Waffenlieferungen der NATO-Staaten, besonders der BRD, für den Kolonialkrieg Portugals in Afrika. Im selben Heft war ein "Aufruf zur Solidarität mit den Völkern in den portugiesischen Kolonien" von Wolfgang Abendroth und anderen abgedruckt.

In März erschien die erste Nummer der von Trikont- und SAALA-Gruppen in der BRD herausgegebenen Zeitschrift "Der Funke".

E. Ferreira berichtete über die Konferenz der afrikanischen Befreiungsbewegungen in Karthum vom Januar 1969. Im gleichen Monat brachte die "Aktion 3. Welt" Freiburg ein dreiseitiges Papier über Cabora Bassa und die Gründe, die gegen den Staudamm sprechen, heraus.

Mitte März 197o hielt E. Ferreira im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ein Referat über Cabora Bassa. Die Einladung dazu erfolgte aufgrund seiner Studie für die Friedrich Ebert-Stiftung: "Die Regierung Marcello Caetano und die portugiesischen Überseegebiete Angola, Mozambique und Guinea-Bissao". Vom 3. bis 6. April fand in Annaburg eine ESG-Tagung statt. Dort wurden vorbereitende Diskussionen über eine Cabora Bassa Kampagne geführt. Am 7. April 197o schrieben Entwicklungshelfer und Lehrpersonal der Ausbildungsstätte des Deutschen Entwicklungsdienstes in Wächtersbach einen offenen Brief an den Bundeskanzler, die zuständigen Bundesministerien, die Fraktionen des Bundestages, an Zeitungen und an die am Bau beteiligten Firmen. Sie protestierten gegen die Beteiligung am Cabora Bassa Projekt und forderten den Rückzug.

Einen Tag später protestierten in einem offenen Brief an den DGB, die Deutsche Angestelltengewerkschaft, die Gewerkschaften Bau-, Steine, Erde und IG-Metall, die Aktion 1/3, die Evangelische Studentengemeinde, der Bund der Deutschen Katholischen Jugend, alle in Heidelberg, und andere Gruppen gegen Cabora Bassa. Auf dem entwicklungspolitischen Hearing des Bundestages am 27./28. April verwiesen Vertreter der Aktion Dritte Welt, Freiburg sowie Göttingen, des kritischen Katholizismus und von einigen evangelischen Studentengemeinden auf den neokolonialistischen Charakter des Cabora Bassa Projektes. Auf einer eigens einberufenen Pressekonferenz gaben sie detaillierte Informationen und begründeten ihren Auszug aus dem Hearing.

Im Mai 197o führte das Aktionskomitee Sozialistischer Internationalismus (SDS) in Göttingen eine lokale Cabora Bassa Kampagne durch. Sie veranstalteten ein Teach-in, verteilten

Flugblätter und Flugschriften vor Betrieben, Schulen und Kasernen. In der Stadt klebten sie Plakate. In 4 Ausgaben einer Informationsserie und in ihrer Zeitschrift "Roter Kurs" 5/7o berichteten sie über Cabora Bassa und die Kampagne.

Die"Aktion Selbstbesteuerung" brachte in ihrem Rundbrief vom Mai 197o einen Bericht über Cabora Bassa und die Kampagne.

In seiner Sitzung am 6.Mai beschloß das Studentenparlament der Universität Heidelberg die Unterstützung der vom SDS Heidelberg und der SAALA-Gruppe initiierten Cabora Bassa Kampagne.

Im Heidelberger ASTA-Info Nr. 1o7 erschien am 13. Mai ein Artikel über "Cabora Bassa - Ein Staudamm gegen die Befreiung". Der Arbeitskreis Dritte Welt und andere kirchlichen und studentischen Gruppen in Berlin veranstalteten am 21. Mai eine Podiumsdiskussion mit Firmenvertretern über Cabora Bassa.

Auf einem Flugblatt forderte das Friedensmarschkomitee Freiburg am 23. Mai den Rückzug von Cabora Bassa. Auch in anderen Städten der Bundesrepublik fanden Friedensmärsche statt, auf denen z.T. die gleichen Forderungen erhoben wurden.
Ein ausführlicher Artikel von Eduardo Ferreira über Cabora Bassa erschien im Juni 197o in der Heidelberger SDS-Zeitschrift "Rotes Forum" Nr. 3/7o. Der analytische Aufsatz wurde im weiteren Verlauf der Kampagne von mehreren Zeitschriften, Broschüren oder Informationsblättern vollständig oder gekürzt abgedruckt.

Im Rundbrief VI vom Juni 197o der "Gruppe Tegel", ein lockerer Zusammenschluß von Dritte Welt Gruppen, wurde auf Cabora Bassa hingewiesen und wurden Vorschläge für Aktionen gegeben. Die Trikont-Gruppe, Hamburg, hielt mit dem ASTA-Auslandsreferat der Universität Hamburg im Juni ein Wochenendseminar zu "Portugal in Afrika" ab.
In Berlin rief der Arbeitskreis Kritischer Konsum in Flugblättern und Pressemitteilungen im Juni zum Boykott der Waren der am Bau des Staudammes beteiligten Elektrofirmen auf.

Die Delegiertenkonferenz der Jungsozialisten des Unterbezirks Heidelberg protestierte im gleichen Monat gegen Cabora Bassa. Sie forderten von der Bundesregierung die Rücknahme der Kreditbürgschaften.

Im Rahmen der Woche der internationalen Solidarität an der Universität Mainz sprach E. Ferreira am 3. Juni über die portugiesischen Kolonien und Cabora Bassa.

Die SAALA-Gruppe und der STA der Universität Heidelberg eröffneten am 15. Juni 1970 eine Ausstellung über die Kolonialpolitik Portugals um die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien. Auf einer dazu einberufenen Pressekonferenz wurde erklärt, mit der Ausstellung solle eine bundesweite Kampagne gegen Cabora Bassa eingeleitet werden. Vor allem in den Städten, wo die beteiligten Firmen ihren Sitz hatten, würden Aktionen gegen den Staudamm stattfinden. ASTA-Auslandsreferent und SAALA-Mitglied E. Ferreira erklärte, daß die Aufklärungsaktion sowohl unter der Bevölkerung als auch den Arbeitern der beteiligten Firmen durchgeführt werden sollten.

Drei Tage später fand in der Universität ein vom ASTA einberufenes Teach-in zu Cabora Bassa und über den Imperialismus statt. Es wurde für den nächsten Tag eine vorgesehene Demonstration inhaltlich und organisatorisch vorbereitet. Am 19. Juni 1970 fand in Heidelberg nämlich eine internationale Entwicklungskonferenz statt. Auf dieser Konferenz sollte unter der Leitung von Weltbankpräsident Mc Namara die nächste Dekade der Entwicklungshilfe der kapitalistischen Industriestaaten für die 3. Welt vorbereitet werden.

Bei der Demonstration kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht. Mehrere Demonstranten und Zuschauer wurden verhaftet. Ihnen wurde später der Prozeß gemacht wegen schweren Landesfriedensbruchs, Widerstands gegen die Staatsgewalt, gefährlicher Körperverletzung und einem wegen versuchten Totschlags.

Die Konferenzteilnehmer mußten auf Druck der Demonstranten den Konferenzort wechseln. Am 24. Juni wurde der SDS-Heidelberg durch den baden-württembergischen Innenminister verboten. In den Tagen vor der Demonstration und des Teach-in wurden einige Ausgaben des "Cabora Bassa Blatts" vom ASTA herausgegeben. Fast alle politisch linken Gruppierungen in Heidelberg nahmen in Flugblättern und ihren Informationsblättern Stellung zu den Ereignissen und dem Anlaß, wie Cabora Bassa.

Gegen das SDS-Verbot demonstrierten am 30.6. in Heidelberg ca. 8-10tausend Menschen unter den Parolen "Weg mit Zundel, weg mit Krause", "Aufhebung des SDS-Verbots","Weg mit dem Cabora Bassa Projekt". Solidaritätsadressen an den verbotenen SDS trafen von vielen ASTEN aus der BRD ein: München, Worms, Konstanz, Wuppertal, Regensburg, Marburg, Hannover, Münster, Berlin, Stuttgart, Göttingen, Kassel, Kiel, Karlsruhe, Saarbrücken und Mannheim.

Neben Erklärungen von anderen Institutionen und Persönlichkeiten traf auch eine Grußadresse von der FRELIMO ein.

Sechsunddreißig Betriebsräte von Großbetrieben wandten sich gegen das SDS-Verbot und forderten den Rücktritt des Innenministers. In mehreren Städten kam es zu Solidaritäts- bzw. Protestveranstaltungen und Demonstrationen:so in Freiburg, Stuttgart, Tübingen, Konstanz, Karlsruhe, Mannheim, München, Berlin, Kiel, Aachen, Hamburg, Göttingen, Hannover, Köln, Mainz, Gießen, Frankfurt, Marburg, Bonn und Erlangen. An den Veranstaltungen nahmen ca. 20.000 Personen teil. Man marschierte unter den Parolen wie "Aufhebung des SDS-Verbots", "Weg mit dem Cabora Bassa Projekt". In zu diesen Anlässen verteilten Flugblättern und Informationsschriften der linken Gruppierungen in den einzelnen Städten wurde auf Cabora Bassa eingegangen. So hieß es z.B. in der "Sozialistischen Caresponденz" vom 27.6.70, die zugleich als "Rotes Forum" erschien, so hieß die Zeitschrift des verbotenen SDS, Heidelberg, auf Seite 12-13: "Das Verbot und die Auflösung des SDS Heidelberg hat dazu beigetragen, daß zum ersten Male seit dem Zerfall

der antiautoritären Studentenbewegung auf nationaler Ebene gemeinsame solidarische Aktionen durchgeführt werden. Diese Aktionen scheinen zunächst bloß defensiv zu sein. Daß in ihnen aber bereits die Perspektive der Wiederaufnahme von vereinheitlichender Diskussion und gemeinsamen Kampf enthalten ist, zeigt die Cabora Bassa Kampagne, die in Heidelberg auf die Bitte der FRELIMO begonnen wurde. Zumindest indirekt war sie einer der Anlässe für das SDS-Verbot. Es sollte verhindert werden, daß der SDS weiterhin wie am 19.6. durch seine Aktionen dem imperialistischen Charakter der sozialdemokratischen Politik in Bonn entlarvt und bekämpft. Bis zum 19.6. litt die Kampagne in der BRD an der Zersplitterung der Linken. Das Verbot des SDS hat sie mit einem Schlage auf nationaler Ebene entfacht. Die Aussichten, die westdeutsche Unterstützung für dieses Projekt zu verhindern, sind damit entschieden gewachsen".

Die Hoffnungen des obigen Autors haben sich allerdings bis heute nicht erfüllt. Cabora Bassa wird von den westdeutschen Firmen gebaut, die Kampagne leidet weiterhin an der "Zersplitterung der Linken".

Mit der Heidelberger Demonstration gegen die imperialistische Entwicklungspolitik, den portugiesischen Kolonialkrieg und Cabora Bassa, dem folgenden SDS-Verbot und den Protestaktionen in vielen Städten wurde zum ersten Male eine größere Öffentlichkeit auf Cabora Bassa aufmerksam gemacht. Das Verdienst, dies geleistet zu haben, kam im wesentlichen den SDS-Gruppen und anderen sozialistisch-antiimperialistischen Gruppen wie z.B. SAALA und Trikont zu. Wie vorher Vietnam, so haben diese Gruppen den portugiesischen Kolonialismus und die neokolonialistischen Verstrickungen der BRD mit den weißen Regimen im Südlichen Afrika einer größeren Öffentlichkeit in der BRD und in Westberlin zum Bewußtsein gebracht.

Erst die politökonomischen Analysen dieser Gruppen und ihr nahestehender Personen haben die anderen Akteure der Kampagne in Stand gesetzt, ihren Protest theoretisch fundiert zu begründen.

Nach der Demonstration konstituierte sich in Heidelberg eine "Cabora Bassa Gruppe" aus dem Kreis derer, die an der Vorbereitung und Durchführung der Ausstellung, des Teach-in und der Demonstration beteiligt waren (aus dem SDS, SAALA, ESG und Fachschaften u.a.). Die Gruppe gab sich später den Namen "Komitee Südliches Afrika".

Phase bis zur AEG-Hauptversammlung im Juni 1971

War die Kampagne bis zu den Heidelberger Ereignissen überwiegend in universitärem Bereich verblieben, so nahmen sich nun auch andere Gruppen, Institutionen und Verbände des Themas Cabora Bassa an. Es waren vorwiegend Studenten bzw. Jungakademiker oder Schüler, die diesen Transfer leisteten. Sie waren aber nicht in sich, als dezidiert sozialistisch, kommunistisch oder antiimperialistisch verstehenden Zirkel oder Organisationen politisch gebunden.

Ihr z.T. weniger ausgeprägtes politisches Bewußtsein erlaubte es ihnen, sich in den verschiedenen Gruppierungen zu engagieren, wie z.B. in Gruppen, die sich mit der Problematik der sog. Dritten Welt befassen, in Friedensmarschkomitees, kirchlichen Jugendgruppen und kirchlichen Studentenverbänden.

So wandten sich z.B. das Deutsche Jugendrotkreuz, die Evang. Jugend, das Friedensmarschkomitee (alle in Sinsheim) und die Katholische Jugend, Bezirk Waibstadt, in einer auf der Abschlußkundgebung des Friedensmarsches am 21.6.7o angenommenen Resolution an die 2 Bundestagsabgeordneten des Landkreises Heidelberg.

Die Abgeordneten wurden aufgefordert, zu Cabora Bassa eine Anfrage an die Bundesregierung zu richten und das Thema im Parlament zu verhandeln. Die Gruppen forderten Bundestag und Bundesregierung auf, darauf zu dringen, daß die westdeutschen Industrieunternehmen ihre Beteiligung an diesem Projekt aufkündigen. Außerdem forderten sie eine grundsätzliche Überprüfung der gesamten deutschen Politik gegenüber dem faschistischen Portugal.

In ihrem zweiten Rundbrief vom 13. Juli 197o druckte die "Aktion Dritte Welt", Viersen, das dreiseitige Cabora Bassa Papier der "Aktion Dritte Welt", Freiburg, vom März 7o und den offenen Brief der FRELIMO an Bundeskanzler Brandt ab.

Die Arbeitsgemeinschaft der Ev. Jugend Deutschlands (AGEJD) hat am 22.7.7o die Bundesregierung, keine Investitionen durch Garantien zu unterstützen, die den Kolonialismus verewigen würden.

Am 3o. Juli beschloß das Bundeskabinett, aufgrund der internationalen und nationalen Kampagnen auf die Tagesordnung gesetzt, die Aufrechterhaltung der Hermeskredite. Die "Aktion Dritte Welt", Göttingen, hatte in Briefen an die Minister zu diesem Anlaß ihre Bedenken gegen Cabora Bassa dargelegt. Der Informationsausschuß "Dritte Welt" (p. Adresse Landeskirchliches Jugendpfarramt, HH 13) verbreitete in seinem Rundbrief vom 31.7. die Vorschläge zur Cabora Bassa Kampagne der "Aktion Dritte Welt", Göttingen, die oben erwähnte Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Ev. Jugend Deutschland (AGEJD), eine Mitteilung des ev. Pressedienstes vom 3o. Juli, eine kurze Darstellung portugiesischer Kolonialpolitik in Schulbüchern und Literaturhinweisen zu Cabora Bassa. Die Vorschläge der Göttinger lauteten: Postkartenaktion, gemeinsam mit der oben genannten AGEJD, Marsch auf Bonn und Anzeigenkampagne in Zeitungen.

In der zitierten Pressemeldung hieß es, daß sich der westfälische Präses Hans Thimme im Zusammenhang mit Cabora Bassa gegen eine Unterstützung der Apartheidpolitik im Südlichen Afrika durch handelspolitische Maßnahmen der Bundesregierung ausgesprochen habe.

Die gleiche Gruppe brachte in ihrer "Entwicklungspolitischen Korrespondenz 1/7o zur gleichen Zeit eine längere Darstellung über Cabora Bassa und die portugiesischen Kolonien.

Die oben erwähnte Aktion Dritte Welt Göttingen, die sich später "Gruppe für internationale Zusammenarbeit" (GIZ) nennt,

hatte im Sommer 7o im Raume Göttingen durch Vorträge und Diskussionen bei kirchlichen Jugendgruppen, durch Podiumsdiskussionen, Teach-in, einen Protestzug und einer Plakataktion über Cabora Bassa aufgeklärt; sie hatte weiterhin mehrere Anfragen an verschiedene Ministerien, Botschaften, Institutionen und Firmen gerichtet. In einer bundesweiten Aktion hatte sie ca. 2.4oo Exemplare ihres "Gesuch-Plakats" innerhalb von wenigen Wochen in 7o Orte verschickt.

Der Ministerpräsident von NRW, Kühn, besuchte im August Tansania und Sambia. Während der Reise und bei der Rückkehr erklärte er in mehreren Zeitungs- und Fernsehinterviews, daß seiner Meinung nach der Freiheitskampf der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien berechtigt ist, und ein neues Biafra und Algerien dort drohe. Er teilte mit, daß die Friedrich Ebert-Stiftung, dessen Vorstandsmitglied er ist, diese Befreiungsbewegungen durch humanitäre Hilfe unterstützen will. Durch diese klare Stellungnahme Kühns kam es in Presse und Rundfunk, im Bundestag und im nordrhein-westfälischen Landtag zu Auseinandersetzungen.

In Dortmund veranstaltete der "Aktionskreis Dritte Welt" eine mehrtägige Protestaktion. Sie begann am 3o. August mit einem Informationsseminar, zu dem die Presse, Vertreter der Kirche, die Parteien, Gewerkschaften, Betriebsräte und die Leitungen der Dortmunder Filialen der beteiligten Firmen eingeladen wurden. Am 3.9. wurden vor den Filialen der Firmen Flugblätter verteilt. Vom 4.-5. September wurden an einem nicht zu übersehenden Informationsstand in der Innenstadt Dortmunds Flugblätter verteilt und Unterschriften gesammelt.

Der Außerordentliche Kreisparteitag der Lübecker SPD forderte im September einstimmig von der Bundesregierung die Rücknahme der Kreditbürgschaften. In Lübeck wurden außerdem Flugblätter gegen Cabora Bassa verteilt. An der Aktion beteiligten sich "Aktion Dritte Welt", CVJM, Jungsozialisten, Verband Progressiver Pazifisten, Jungdemokraten, Tönnies-Kreis Lübeck im SHB, Ev. Jugendpfarramt und das Friedensmarschkomitee.

Am 2. September beschloß der Exekutivausschuß des Ökumenischen Weltkirchenrats in Arnoldsheim das Antirassismusprogramm.

Die nordrhein-westfälischen Jungsozialisten forderten im September die Bundesregierung und den SPD-Bundesvorstand in einer Resolution auf, die Bürgschaft zurückzunehmen und wie die schwedische Regierung die "FRELIMO" politisch und finanziell zu unterstützen. In Bielfeld klebte das "Aktionskomitee Afrika" im gleichen Monat über 1oo "Gesucht Plakate" der Göttinger Gruppe. Gleichzeitig führten sie Informationsveranstaltungen durch.

In der Frankfurter Universität fand am 27.9. ein Teach-in über Cabora Bassa vor 7oo Teilnehmern statt. Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) protestierte in einem Brief gegen die Entscheidung des Bundeskabinetts vom 3o.7. Der "Arbeitskreis Dritte Welt", Göppingen, protestierte am 3o.9. in einem offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Göppingen gegen Cabora Bassa und die Unterstützung durch die BRD, ebenso in einem Telegramm an Bundeskanzler Brandt vom 13.1o.7o. In Nr. 3 vom Okt./7o der Zeitschrift "Initiative" der Katholischen-Deutschen-Studenten-Einigung (KDSE) erschien ein zehnseitiger Artikel über "Cabora Bassa - Bollwerk gegen Kolonialismus". Vor 7oo Zuhörern erfuhr Minister Eppler am 2. Oktober auf einer Veranstaltung in der Universität Tübingen wegen Cabora Bassa scharfe Kritik.

Auf Einladung der ESG-Zentrale Stuttgart traf sich vom 2.-4. Oktober Vertreter von Gruppen, die sich mit Cabora Bassa befaßten. Die Vertreter der Gruppen kamen aus Berlin, Bielefeld, Bochum, Braunschweig, Freiburg, Hamburg, Heidelberg, Göttingen, Mannheim, München, Münster, Hannover und Stuttgart. Auf der Tagung wurden Aktionen für die Kampagne abgesprochen.

Am 4. Oktober protestierte der 6. Deutsche Ev. Akademikertag in Tübingen gegen das Engagement der BRD im Südlichen Afrika.

Auf dem Treffen der Kath. Studentengemeinden der BRD vom 5.-1o. Oktober in St. Ulrich wurde über Cabora Bassa referiert und Möglichkeiten der Aktion für die einzelnen Studentengemeinden diskutiert.

In Freiburg hielten Vertreter der "Aktion Dritte Welt" im Oktober mehrere Vorträge in kirchlichen Jugendgruppen und nahmen an öffentlichen Diskussionen teil. Vor dem Dom sammelten sie vor einer Plakatwand und einem Informationsstand Unterschriften für den Boykott gegen die Firmen.

Anläßlich des Besuchs des Präsidenten von Sambia, Kaunde, der die Bundesregierung von der Notwendigkeit eines Rückzugs der BRD aus dem Projekt überzeugen wollte, richtete die Gruppe einen offenen Brief an Bundeskanzler Brandt. Im Dezember 197o führte die Gruppe über mehrere Tage eine Aufklärungsaktion mit Flugblättern, Informationsschriften und Versammlungen innerhalb der Universität und unter der Bevölkerung in Freiburg durch. In Bonn empfing am 15.1o. Kaunde 15 Vertreter westdeutscher Gruppen, die die Cabora Bassa Kampagne betrieben.

In Koblenz fand am 22. Oktober, veranstaltet vom "Club Humanité', eine öffentliche Diskussion über Cabora Bassa statt. Teilnehmer war u.a. E. Ferreira.

Am 23. Oktober erschien die Sondernummer zu Cabora Bassa der "ESG-Nachrichten" Nr. 56. Die Synode der Ev. Kirche Hessen-Nassau stellte dem Weltkirchenrat DM 1oo.ooo,---Dfür das Antirassismusprogramm zur Verfügung. An fünf Tagen Ende Oktober spielte die Berner Schauspielgruppe "Die Rampe" durch Vermittlung des Aktionskreises Dritte Welt Peter Weiss' "Gesang vom lusitanischen Popanz" - Studio der städtischen Bühnen Dortmund.

Ende Oktober brachte das "Antiimperialistische Arbeitskomitee" Marburg in seinem "Antiimperialistischen Informationsbulletin" Materialien über den Kolonialkrieg Portugals gegen die Völker Angolas, Guineas und Mozambiques heraus.

Ebenfalls Materialien über das Projekt und Information über und für die Kampagne erschienen im Heft 5/6 der "Gewaltfreien Aktion", Berlin. Darin wurde der Boykottaufruf des "Arbeitskreises Kritischer Konsum" vom Juni 7o propagiert. Boykott-Karten waren dem Heft beigefügt. Die Organisation des Boykotts übernahm das neu gegründete "Cabora Bassa Komitee", Berlin.

In Frankfurt verteilte im November ein Mitarbeiter der AEG vor der zentralen Geschäftsstelle der AEG ein Flugblatt gegen die Beteiligung der Firma am Cabora Bassa Projekt. Auf Initiative dieser Person entwickelte sich im Laufe des Winters eine "Cabora Bassa Gruppe" in Frankfurt.

Die Vollversammlung der "Aktion Selbstbesteuerung" richtete am 4. November Briefe an den Bundeskanzler und mehrere Ministerien, in denen unter Hinweis auf die Problematik Cabora Bassa gegen die geplanten westdeutschen Uranschürfungen in Namibia protestiert wurde.

Im Nagolder Jugendforum fand am 6. Nov. zu Cabora Bassa eine Podiumsdiskussion zwischen Vertretern des DGB, SPD, Jusos, des Republikanischen Clubs Calw, des BMZ, der Firma BBC und E. Ferreira statt.

Vom 27.11 bis 1.12. sprachen die Zentralkomitee-Mitglieder der "FRELIMO", Shissana und Hana Iva auf mehreren eigens dazu organisierten Veranstaltungen in der BRD, Berlin, Baden, Frankfurt, Heidelberg, Freiburg, Köln und Essen.

In Zusammenarbeit mit der ESG kam es in Aachen im Dezember zur Bildung eines "Cabora Bassa Aktionskomitee's". Dieses Komitee organisierte im Januar während einer Woche zusammen mit dem ASTA-Auslandsreferat und der ESG eine Kampagne zum Südlichen Afrika. Es wurden Informationsveranstaltungen z.B. mit einem Film über die FRELIMO durchgeführt und Flugblätter verteilt.

In Bingen wurde in der Ingenieurschule vom ASTA am 2.12. durch eine Podiumsdiskussion das Thema Cabora Bassa aufgegriffen.

Es referierten ein Vertreter des DGB Jugendausschusses Rheinland-Pfalz, der "Aktion Dritte Welt", Freiburg, ferner ein Vertreter der sambesischen Botschaft in Bonn. Am Anschluß daran hatte sich eine Cabora Bassa Gruppe gegründet, die unter den Ingenieurstudenten über das Südliche Afrika aufklären wollen. Im Rahmen eines Imperialismus-Seminars der Trikont-Gruppe sprach E. Ferreira am 7.12. in Gießen auf einem Teach-in. Ein größeres Teach-in über den Imperialismus und Cabora Bassa hielten die "Aktion Dritte Welt", die ESG, Amnesty International, World University Student (WUS) und die Internationalismusgruppe des Spartakus in Marburg am 15.12. ab Im Januar führten die gleichen Gruppen eine "Cabora Bassa Woche" mit Versammlungen, Informationsständen, Lautsprecherwagen, Flugblättern und Sammelaktionen in der Stadt durch.

Zu Weihnachten predigte ein Ev. Vikar in mehreren Gottesdiensten in Ludwigshafen engagiert gegen den Kolonialismus im Südlichen Afrika und seine Unterstützung durch die BRD. Er forderte die Gläubigen auf, sich auf den ausgelegten Listen per Unterschrift dem Boykott der Firmen anzuschließen. In den folgenden Wochen kam es deshalb zu heftigen Auseinandersetzungen in Presse, Versammlungen und innerhalb der Amtskirche. Eine "Aktion Südafrika" mit Flugblättern, Informationsständen innerhalb der Universität veranstaltete die "Aktion Dritte Welt" in Karlsruhe im WS 7o/71. Die Antirassismus-Arbeitsgruppe des Hendrik-Krämer-Haus" in Berlin brachte im Januar eine Studie "Zur Lage im Südlichen Afrika" heraus. Im Sept. 1971 wurde die 2. Auflage verlegt.

Im Januar und Februar referierten Vertreter des Aktionskomitees Bielefeld in mehreren öffentlichen Veranstaltungen über Themen zum Südlichen Afrika. Auf Plakaten und mit Flugblättern wurde in der Stadt, der Universität und in den Vorschulen dafür geworben.

Vom Februar bis Mai 1971 organisierte der "Aktionskreis Dritte Welt", Dortmund, eine Medikamentensammlung unter 1.2oo Ärzten in ihrem Bezirk. 1oo von ihnen spendeten im Wert von mehreren Zehntausend Mark Arzneimittel für die "FRELIMO". Außerdem

sammelten sie einige Tausend DM für die Befreiungsbewegung in Mozambique.

Auf Einladung des ASTA, "der Proletarischen Linken" und des Arbeitskreises "Dritte Welt", Würzburg, diskutierten in der Universität am 2.2. vor mehreren hundert Zuhörern E. Ferreira, ein Vertreter des BMZ, der Firmen und andere über Entwicklungshilfe, Imperialismus und über Cabora Bassa.

Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) organisierte zusammen mit DKP-Hochschulgruppen im Februar eine Veranstaltungsreihe in den Universitäten Frankfurt, München, Heidelberg, Bochum u.a. mit Antonio Neto, Vertreter der MPLA in Stockholm.

Zum 1o. Jahrestag des Beginns des Befreiungskrieges in Angola hielt die "Projektgruppe Afrika" (früher INFI) am 4. Februar in Berlin mit 1.5oo Teilnehmern ein Teach-in über Imperialismus und Kolonialismus in Afrika ab. Auf einem Seminar, "Portugal und seine Kolonie", der Deutschen Jungdemokraten vom 13.-14.2. in Lauterbach/Hessen berichtete E. Ferreira über die Befreiungsbewegungen in den Kolonien.

Anläßlich einer Ansprache des Generalsekretärs des Weltkirchenrates, C. Blake, in der Dortmunder Reinholdi Kirche am 18.2. protestierte der Arbeitskreis "Dritte Welt", Dortmund, mit Flugblättern und Spruchbändern gegen die zu geringe Unterstützung der Befreiungsbewegungen durch die Kirchen.

In Bruchsal und Umgebung entfaltete die Gruppe "Omega" im Februar und März eine rege Aktivität zu Cabora Bassa, vorwiegend im schulischen und kirchlichen Bereich. Sie unterstützten tatkräftig den Boykottaufruf. Die Bevölkerung informierten sie durch Flugblätter und Informationsbroschüren.

Auf der Aktionärshauptversammlung der Siemens AG am 25.3. protestierte Wolff Geisler von der "Gruppe für internationale Zusammenarbeit", Göttingen, gegen die Beteiligung der Siemens AG am Bau des Staudammes. Es kam zu einem heftigen Wortwechsel

zwischen ihm und dem Vorsitzenden Tacke. Die Presse berichtete darüber.

In einem Wochenendseminar mit Schülern behandelte der "Arbeitskreis Dritte Welt", Kaiserslautern, die Themen "BRD-südliches Afrika, Gewalt und das Antirassismusprogramm des Weltkirchenrates" (29. März bis 2. April). Es wurden Aktionsmodelle für eine Kampagne erarbeitet.

Mit Flugblättern warb der Arbeitskreis "Dritte Welt", Unterweissach, für eine Veranstaltungsreihe im April, in der unter anderem über Themen wie Dritte Welt, Rassismus und Cabora Bassa referiert wurde. Eine Veranstaltung der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft, Freiburg, wurde im April von der "Aktion Dritte Welt", Freiburg, "umfunktioniert". Als Beilage in "Afrika heute" der Ausgabe vom 1. April erschien die Stellungnahme der "Vereinigung Deutscher Wissenschaftler" Studiengruppe - Probleme der Entwicklungsländer - zum Cabora Bassa Projekt. Vom 16. - 18. April trafen sich in Trier Vertreter von Gruppen, die an der Cabora Bassa Kampagne engagiert waren. Themen wie Strategie, Öffentlichkeitsarbeit, Massenmedien, südliches Afrika wurden behandelt und für die Cabora Bassa Kampagne gemeinsame koordinierte Aktionen abgesprochen. Auf dieser Tagung wurde der Vorsatz gefaßt, demnächst ein "Portugal Tribunal" zu organisieren.

Die Gruppe für Internationale Zusammenarbeit in Göttingen verteilte auf der Industrie-Messe in Hannover vom 22.4. - 3o.4. Flugblätter gegen die Beteiligung der 5 Firmen am Cabora Bassa Staudamm. Im folgenden Monat gab die Gruppe zusammen mit anderen das "Cabora Bassa Buch" von Sietse Bosgra in deutsch heraus.

In einer regionalen Kampagne während der Monate April bis Juli trat die "Aktion Dritte Welt", Viersen, mit mehreren Aktionen zu Cabora Bassa an die Viersener Öffentlichkeit. Sie schrieben 8o Briefe an die führenden "politischen und geistigen" Persönlichkeiten der Stadt, in denen sie auf die Hintergründe zum Cabora Bassa Projekt hinwiesen und die Adressaten aufforderten, sich zum Boykott der Firmen anzuschließen. Während einer Straßenaktion mit Flugblättern, Informationsstand und Plakat-

wänden sammelten sie Unterschriften für den Boykott und nahmen Interviews auf Tonband auf. In Veranstaltungen mit Schülern und kirchlichen Jugendgruppen berichteten sie über Cabora Bassa. Am 8.5.72 gestalteten sie eine Jugendmesse zum Thema: "Kirche und Rassismus".

Während des SS 71 wurden in München von verschiedenen Gruppen Veranstaltungen und Flugblattaktionen zu Cabora Bassa durchgeführt, so z.B. vom "Arbeitskreis Dritte Welt", der "Katholischen Hochschulgemeinde, "Amnesty International", "ESG", "Arbeitskreis Rückkehrer" (Frühere DED-Entwicklungshelfer) und Internationalismusgruppen an den Hochschulen.

An die Belegschaften der Frankfurter Niederlassungen der am Bau des Staudammes beteiligten Firmen verteilte die dortige Cabora Bassa Gruppe im Mai Flugblätter.

In einem Seminar über portugiesische Kolonien des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität Konstanz referierte E. Ferreira am 8. u. 9. Mai.

Das Plenum der Versöhnungsbundtagung vom 2o. - 23.5.71 in Kassel forderte die Kirchen, ihre Werke, ihre Mitglieder sowei die Tagungsteilnehmer auf, keine Geldgeschäfte mehr mit Banken zu tätigen, die an der Finanzierung des Cabora Bassa Projekts beteiligt seien.

Die unabhängige Schülerzeitung Lüneburger Oberschulen "JORA" berichtete in mehreren Ausgaben im Sommer 1971 über Cabora Bassa. Die Boykottkarten des "Cabora Bassa Komitee" Berlin waren dort abgedruckt. In Lüneburg hatte die dortige "Aktion Dritte Welt" Aufklärungsaktionen zu Cabora Bassa durchgeführt.

Während einer Podiumsdiskussion am 24.5.71 in Crailsheim mit dem leitenden Direktor der an dem Bau beteiligten Firma Voith und einem Vertreter der "Aktion Dritte Welt", Freiburg, kam es zu tumultartigen Szenen, als der Student aus Freiburg falsche Behauptungen seitens der Firmen dokumentarisch widerlegte, und er zu seiner Meinung stand, daß diejenigen, die sich am Bau beteiligten, Beihilfe zum Mord leisten würden. Im Saal waren

von 1oo Personen fast 8o Angestellte der Firma Voith in Crailsheim.Nach der Veranstaltung erfuhr der Freiburger allerdings von einigen Anwesenden, daß sie eventuell eine Cabora Bassa Gruppe aufmachen wollten.

Am 4. Juni wurde in Bonn von Vertretern einiger Gruppen und Einzelpersonen das "Deutsche Komitee für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique" (AGM-Komitee) gegründet.

Auf dem Ökumenischen Pfingsttreffen vom 3.-6.6.71in Augsburg wurden von verschiedenen Gruppen Flugblätter gegen Cabora Bassa verteilt, mit einem Bericht von dem Auszug der "Weißen Väter" aus Mozambique und einem Aufruf zum Boykott der Firmen und Banken.

Ein Mitglied der Frankfurter "Cabora Bassa Gruppe" kritisierte als Angestellter der AEG am 14.6. auf der Angestellten-Betriebsversammlung (von 4.5oo waren nur 35o anwesend) die Beteiligung der Firma am Cabora Bassa Projekt. Die Reaktion der Anwesenden war überwiegend positiv, die der Arbeitnehmervertreter dagegen nicht.

Die Aktionärshauptversammlung der AEG am 16.6. in Berlin nutzten Cabora Bassa Gegner, um vor einem großen Journalistenkreis ihre Kritik an der Beteiligung der AEG am Staudamm vorzutragen. Es kam zu Tumulten und Unterbrechungen. Ein Redner wurde von einem Polizisten aus dem Saal geführt. Alle Zeitungen, die über die AEG-Hauptversammlung berichteten, und das waren viele, erwähnten oder brachten sogar in den Überschriften der Artikel, daß es beim Thema Cabora Bassa zu tumultartigen Szenen gekommen sei. Die Cabora Bassa Kampagne hatte ihren bisher größten Publizitätserfolg.

Phase bis Juni 1972

Am 17.6. wurde in Frankfurt die Informationsstelle Südliches Afrika gegründet. In der Realschule Brackwede spielte durch die Vermittlung des Aktionskomitee Bielefeld das Exiltheater aus Münster den "Gesang vom Lusitanischen Popanz" von Peter Weiss.

Während der Filmfestspiele in Westberlin Anfang Juli wurden mehrere Filme an verschiedenen Tagen über das Südliche Afrika, die portugiesischen Kolonien und allgemein über Afrika gezeigt. Das Berliner Cabora Bassa Komitee verteilte an Besucher Flugblätter und Boykottaufrufe. An einem Informationsstand wurden Broschüren und Bücher angeboten.

Wie auf der AEG-Aktionärshauptversammlung wurde am 8.7. die der BBC AG von Akteuren der Kampagne benutzt, den Protest gegen Cabora Bassa vorzubringen. Es kam nicht zu Tumulten. Die Presse berichtete wiederum.

"Südliches Afrika" forderte in einem offenen Brief an den Bundeskanzler, die Bundestagsfraktionen und an das Auswärtige Amt die Aufkündigung des Kulturabkommens der BRD mit der Südafrikanischen Republik. In ihrer Begründung schlossen sich die Teilnehmer den Argumenten des aus Südafrika ausgewiesenen ev. Pfarrers Karl Schmidt an. Dieser hatte schon in einem Brief vom 1. September gegen dieses Kulturabkommen protestiert. Die Südafrikanische Botschaft in Köln könne aufgrund des Vertrags in ihren zahlreichen Propagandaschriften die Apartheid-Ideologie in der BRD legal verbreiten. Die Formulierungen des Vertrages würden vor allem nicht den Forderungen der UNO bezüglich Namibia entsprechen.

Die Aktion Antirassismus in Darmstadt führte am 6. November in der Innenstadt und im Schloß eine Aktion durch. Mit einem Informationsstand, einer Plakatwand, Flugblättern, Megaphon informierten sie über Cabora Bassa, die Befreiungsbewegung und den portugiesischen Kolonialismus. Sie sammelten Geld für die FRELIMO und klebten Plakate in der ganzen Stadt. Abends lief im Schloß ein Solidaritätspopkonzert, zu dem 4 Bands kostenlos spielten. Die Besucher wurden zwischendurch und zu Beginn mit Informationen "traktiert". 1.1oo DM Eintrittsgeld wurden an die FRELIMO überwiesen. Unterstützung erhielt die Gruppe von der Katholischen Hochschulgemeinde.

Am 4.11. wurde auf einem Teach-in der Universität Freiburg der Film "Behind the lines" gezeigt. E. Ferreira referierte.

Vom 5.-7.1971 trafen sich in Gelnhausen die Antirassismus- und Südafrika-Gruppen der ESG aus der BRD und Westberlin zu einem Erfahrungsaustausch und zu Strategiediskussionen.

Die "Entwicklungspolitische Korrespondenz" (c/o Landesjugendpfarramt Hamburg) veranstaltete vom 26.-27.11. ein Seminar in Königstein/Taunus: "Didaktische Probleme entwicklungspolitischer Aktionen". Es wurde dort auf die Cabora Bassa Kampagne eingegangen.

Mitglieder des Cabora Bassa Komitees Berlin verteilten am 11.12. vor den vier wichtigsten Einkaufszentren Westberlins Flugblätter, in denen zum Boykott der Waren von Siemens, AEG und BBC aufgefordert wurde.

Am 14. Juli wurde, mitinitiiert von Vertretern der Projektgruppe Afrika und Mitgliedern der KPD, die Liga gegen den Imperialismus gegründet. Bei der Aktionärshauptversammlung von Hochtief am 2o. Juli in Essen wurde wiederum gegen Cabora Bassa protestiert.

Mitglieder des Aktionskreises Dritte Welt, Dortmund, starteten am 24. Juli mit 2 VW-Bussen zu einer Reise nach Cabora Bassa, wo sie am 8./9.9. den Bau des Staudammes besichtigen konnten.

Die Katholische Landjugendakademie führte vom 3o.9. - 3.1o. auf dem Klausenhof in Dingden in Westfalen ein Portugal-Seminar durch, an dem Vertreter der verschiedensten bundesrepublikanischen Gruppen teilnahmen.

Im Oktober kaufte die Cabora Bassa Gruppe Frankfurt eine Kopie des Films "Behind the lines". Der Film informierte über das Wirken der FRELIMO in Mozambique. Im Laufe der Zeit wurde der Film in mehreren Städten ca. zwanzigmal gezeigt, so in Dortmund, Wiesloch, Hamburg, Bielstein, Bingen, Aachen, Lüneburg, Bochum, Göttingen, Freiburg, Heidelberg, Henkheim, Bergen, Enkheim, Frankfurt.

Im Herbst wurde in München ein "Solidaritätskomitee freies Afrika" gegründet. Auf der Buchmesse vom 14.-18. Oktober demonstrierten Mitglieder der "Cabora Bassa Gruppe", Frankfurt, in einer Art "Picketin line". Vor dem Eingang hatten sie einen Informationsstand aufgestellt. Auf der parallel verlaufenden "Art meeting" - Schau waren sie mit einem Stand vertreten.

Die Gruppe Entwicklungspolitik in der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung sowie Teilnehmer eines von ihr in der Evangelischen Akademie Arnoldshain veranstalteten Seminars gratulierten am 2o. Oktober in einem offenen Brief Bundeskanzler Brandt zur Verleihung des Friedens-Nobel-Preises. Sie baten ihn, den Geldbetrag von 3oo.ooo DM für die Sozialarbeit von Helder Camara in Recife und die Befreiungsbewegung im Südlichen Afrika zu spenden.

Die Teilnehmer des von der Katholischen Deutschen Studenten-Einigung vom 21.-24. Oktober in Nürnberg organisierten Seminar

Am 11.-12.12. fand in Bonn eine Vorbereitungstagung zum Portugal Tribunal statt. Im Rahmen der Woche der Brüderlichkeit verteilten Mitglieder der "Aktion Dritte Welt" in Freiburg in der Stadt Flugblätter, in den auf den Kolonialkrieg und den Auszug der "Weißen Väter" aus Mozambique eingegangen wurde. Sie organisierten mit einem "Weißen Vater" vier Vorträge in Kirchengemeinden. In der Universität zeigten sie zweimal den Film "Behind the lines".

Am Rande des Weihnachtsmarktes in Warburg informierte die "Cabora Bassa Gruppe", Warburg (hauptsächlich Schüler) am 18.12. über Cabora Bassa, nachdem der Rat der Stadt ihnen nicht erlaubt hatte, auf dem Markt selbst einen Informationsstand zu errichten. Sie sammelten Unterschriften für den Boykott und verteilten Flugblätter. Unterstützung erhielten sie von den Jungsozialisten.

Mit 45 Lehrlingen von Mercedes Benz Stuttgart erörterten während eines Seminars in Lauterbach über "Rassenprobleme - Ursachen von Unruhen ? " Mitglieder der "Aktion Dritte Welt", Freiburg, die Situation im Südlichen Afrika.

In Heidelberg wurde in der Universität im Rahmen einer "Antiimperialistischen Woche" über die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien informiert.

Auf dem Wochenendseminar am 15. und 16.1.72 in Konstanz, von "Aktion 1 Prozent" vorbereitet, wurden Themen wie "Entwicklungsprobleme der Dritten Welt am Beispiel Mozambique" und "Die Kirche innerhalb der südafrikanischen Mächteverhältnisse" vor ca. 100 Teilnehmern behandelt. In der Ev. Akademie Arnoldshain fand vom 21.-23.1. ein Seminar "Europa - Afrika, Lern- und Handlungsstrategie für Frieden und Gerechtigkeit" statt.

Im Rahmen einer antiimperialistischen Woche an der Universität Saarbrücken im Januar hielt E. Ferreira einen Vortrag über die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien.

Mitglieder und Sympathisanten des Komitees Südliches Afrika Berlin (ehemals Cabora Bassa Komitee) störten am 27.1. eine Filmveranstaltung der "Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft" in Berlin. Sie forderten die ca. 300 Teilnehmer auf, sich nicht Filme über weiße Nashörner im Krüger Park anzusehen, sondern sich über Rassismus und Kolonialismus im Südlichen Afrika zu informieren. Eine größere Anzahl herbeigerufener Polizisten schaffte mehrere Akteure aus dem Saal und stellte ausschließlich die Personalien der mitprotestierenden Schwarzafrikaner fest.

Zu einer Koordinierungsbesprechung trafen sich am 29.2. mehrere Dritte Welt Gruppen aus dem Ruhrgebiet in Gelsenkirchen. Es wurden Aktionen zu Cabora Bassa und dem Südlichen Afrika besprochen.

Im Namen des Komitees Südliches Afrika, der Sozialistischen Jugend "Die Falken", des DED-Rückkehrerkreises, des Türkischen Studentenverbandes, der Patriotischen Antidiktatorischer Front P.A.M. Griechenland, Amnesty International, der deutschen Sektion ISMUN, des Internationalen Arbeitskreises (IAK), der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (alle Berlin), der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Berlin wurden auf der "Grünen Woche" am 3o.1. 15.ooo Flugblätter verteilt, in denen auf Apartheid und die Unrechtssituation im Südlichen Afrika hingewiesen wurde.

Im Februar wurde auf einem Teach-in der Universität Regensburg über die portugiesische Kolonialpolitik berichtet.

In Berlin führte im Februar eine vom Antirassismuskreis vorbereitete und vom ökumenisch-missionarischen Institut der Landeskirche getragene Antirassismusausstellung während ihres Aufenthaltes im Schöneberger Rathaus zu einer Auseinandersetzung zwischen der CDU und Bischof Scharf und zwischen den Parteien SPD und CDU in Berlin. Als Begleitmaterial hatten u.a. der Ausstellung Exemplare der Gewaltfreien Aktion Heft 5/6 mit den Boykottaufrufen beigelegen. Der Boykottaufruf gegen die Firmen wurde zum Stein des Anstoßes. Bischof Scharf hatte am 26. Oktober 1971 diese Ausstellung eröffnet.

Zur Eröffnung der bundesweiten Misereor-Fasten-Aktion der kath. Bischöfe mit Bischof Schäufele, Ministerpräsident Filbinger und Minister Eppler in Freiburg am 2o.2. wurden die Festredner durch Flugblätter um Stellungnahme zur Unterstützung der BRD für den Kolonialkrieg Portugals in Afrika aufgefordert. Filbinger wurde durch Zwischenrufe aufgerufen, zum Inhalt des Flugblattes zu reden, allerdings ohne Erfolg. Beim Publikum wurden massive Drohungen gegen die Zwischenrufer laut.

Auf der Aktionärshauptversammlung der Siemens AG am 16.3.72 wurde von mehreren Cabora Bassa Gegnern für eine längere Zeit das Mikrophon besetzt gehalten, nachdem die Leitung, obwohl

sich mehrere Gruppen zu Wort gemeldet hatten, nur einen Opponenten sprechen ließ. Polizei wurde gerufen. Sechs Akteure erhielten später eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Die Hauptversammlung war vorher inhaltlich und taktisch von den Cabora Bassa Gegnern (Mitglieder der verschiedensten Gruppen aus dem Bundesgebiet) gut vorbereitet worden.

In Hamburg protestierten am 21.3. in einer Flugblattaktion die Jungsozialisten, Jungdemokraten und die Ev. Reformierte Kirche Hamburg Altona gegen Hamburger Firmen, die in der Südafrikanischen Republik Niederlassungen haben.

Eine Aufklärungskampagne über Kolonialismus im Südlichen Afrika fand im April in Göttingen und innerhalb der PH Lüneburg statt.

In einem Flugblatt warf das Komitee Südliches Afrika, Berlin, der "Berliner Mission" vor: "Vor Gott sind alle Menschen gleich, aber die Berliner Missionen in Südafrika haben sich seit 150 Jahren mit dem Status quo identifiziert" (aus dem Flugblatt). Das Flugblatt wurde zu Ostern vor mehreren Westberliner Kirchen an ev. Christen verteilt.

Der Vizepräsident der SWAPO sprach im Mai über Namibia auf Veranstaltungen in Heidelberg, organisiert vom Komitee Südliches Afrika, Heidelberg, in Freiburg und anderen Städten.

Innerhalb der "Anti-Imperialistischen Woche" der Roten Zellen, ML an der Universität Kiel, wurde im Juni auf den Imperialismus und Kolonialismus im Südlichen Afrika eingegangen.

Vom 2.-4. Juni trafen sich Vertreter der Gruppen in der Ev. Akademie Loccum zur Vorbereitung der AEG-Hauptversammlung und zur Absprache über andere längerfristige Aktionen, wie z.B. das Portugal Tribunal. Zu diesem Vorhaben hatten schon mehrere Vorbereitungstreffen stattgefunden, aber wegen ideologischer und organisatorischer Schwierigkeiten konnte der Plan noch nicht endgültig in ein Stadium der Konkretion gebracht werden.

Die Afrikanische Studentenunion Stuttgart führte vom 5.6. - 12.6. eine "Afrika-Woche" durch. Sie wurde unterstützt vom Auslandsamt des ASTA, der ESG, dem Institut für Auslandsbeziehungen, dem Internationalen Studentenclub und der Kath. Studentengemeinde. In mehreren Referaten, Filmen und Diskussionen, in Flugblättern und Informationsschriften wurde über den Befreiungskampf im südlichen Afrika informiert.

Auf der AEG-Hauptversammlung am 15.6. in Berlin protestierten erneut mehrere kritische Aktionäre gegen Cahora Bassa und diesmal zusätzlich gegen die Kriegsrüstung der AEG-Telefunken AG.

Gegen den nicht öffentlich bekanntgewordenen Besuch des Südafrikanischen Finanzministers Diedrichs am 29. Juni bei dem Übersee-Club in Hamburg demonstrierten und protestierten eine größere Zahl von Menschen.

Bei der BBC-Hauptversammlung in Mannheim am 10. Juni kam es wiederum zu Protesten gegen die Beteiligung der Firma am Bau des Staudammes.